Open Doors
Im Dienst der verfolgten **Christen** weltweit

Weltverfolgungsindex 2014

Wo Christen am stärksten verfolgt werden

Berichtszeitraum: 1. November 2012 bis 31. Oktober 2013

Inhalt

Allgemeines zur Entstehung
Weltverfolgungsindex 2014 in Kürze
Rangliste der 50 betroffenen Länder
Wichtige Trends
Informationen zu den einzelnen Ländern
Open Doors in Kürze
Kontakt

Allgemeines zur Entstehung des Weltverfolgungsindex

Der von Open Doors veröffentlichte Weltverfolgungsindex (WVI) listet die Länder auf, in denen Christen wegen ihres Glaubens am stärksten verfolgt und benachteiligt werden. Jedes Jahr neu bewertet dafür eine internationale Arbeitsgruppe von Open Doors die Situation der Christen in Staaten mit eingeschränkter Religionsfreiheit. Der WVI erscheint seit 1993 und soll Kirchen, Gesellschaft, Medien und Politik die Situation der verfolgten christlichen Gemeinde weltweit bewusst machen, und so effektive Hilfe auf verschiedenen Ebenen ermöglichen.

Informationen aus erster Hand

Open Doors ist ein überkonfessionelles christliches Hilfswerk, das in über 50 Ländern mit stark eingeschränkter Religionsfreiheit verfolgte und benachteiligte Christen unterstützt, stärkt und ermutigt. Seit Jahrzehnten ist es durch eigene Mitarbeiter in Ländern mit Christenverfolgung präsent und arbeitet zumeist im Verborgenen – «im Untergrund» – und konfessionsübergreifend mit den Untergrundkirchen der jeweiligen Länder zusammen. Denn in vielen Staaten können sich Christen aufgrund ihres Glaubens nicht öffentlich versammeln und müssen ihren Glauben geheim halten.

Für die Erhebungen zum Weltverfolgungsindex werden Experten, Pastoren und Kirchenleiter sowie Mitarbeiter vor Ort zur aktuellen Situation befragt. Die Platzierung eines Landes ergibt sich nicht nur aus bekannt gewordenen Übergriffen auf Christen im Berichtszeitraum, sondern spiegelt vielmehr den grundsätzlichen Grad der Religionsfreiheit für Christen im jeweiligen Land wider.

Eine Verschiebung in der Rangfolge im Index sagt nicht unbedingt etwas darüber aus, ob die Situation für Christen besser geworden ist. Durch eine Verschlechterung der Lage in anderen Ländern kommt es immer wieder dazu, dass ein Land trotz konstanter Situation «überholt» wird.

Erweiterter Fragenkatalog

Der Weltverfolgungsindex 2014 erscheint zum zweiten Mal in einer deutlich erweiterten Form. Die weiterentwickelte Methode stützt sich auf eine differenziertere Fragestellung mit nahezu doppelt so vielen Fragen wie bisher. Diese werden von unabhängigen Fachleuten aus drei Bereichen beantwortet: Experten des WVI-Teams, Forscher und Fachleute von Open Doors sowie externe Experten. Die Aussagen aus diesen drei Quellen werden zusammengeführt, um die Position eines Landes im Weltverfolgungsindex zu bestimmen.

Mithilfe einer quantitativ und qualitativ größeren Datenmenge wurden die Ergebnisse bereits im vergangenen Jahr geschärft. Auch 2014 lassen sich die unterschiedlichen Ursachen und Auswirkungen von Verfolgung aufgrund der detaillierten Fragestellung wieder gut beschreiben. Der Fragebogen kann unter www.weltverfolgungsindex.de eingesehen werden.

Zudem sollen irrtümliche Annahmen vermieden werden, die die Ergebnisse verfälschen. Ein Beispiel: Je mehr Übergriffe auf Christen in einer Region, umso größer die Verfolgung. Was wie eine logische Schlussfolgerung scheint, entspricht nicht unbedingt der Wirklichkeit. Zum Beispiel werden christliche Konvertiten auf den Malediven von Freunden, Nachbarn, Angehörigen und der Regierung so massiv unter Druck gesetzt, dass sie ihren Glauben weder ausüben noch überhaupt darüber sprechen können. Sie werden geistlich regelrecht erstickt, während Übergriffe wie Misshandlungen, Gefängnis oder Deportation sehr selten vorkommen. Der soziale Druck ist so übermächtig, dass dies eine viel wirksamere Form der Verfolgung sein kann als Gewalt. Die zweite falsche Annahme: Diejenigen, die am meisten Gewalt gegen die Kirche ausüben, sind gleichzeitig die Hauptverfolger. Mitglieder der

Boko Haram in Nordnigeria zum Beispiel versuchen durch Bombenanschläge und die Ermordung von Pastoren die Kirche regelrecht zu zerschmettern. Doch für die meisten Christen droht die größte Gefahr von der seit den 1980er Jahren langsam und stetig voranschreitenden Islamisierung, die alle Gesellschaftsbereiche durchdringt. Plötzlich sind Christen Bürger zweiter Klasse in einem Land, in dem sie einst zu Hause und willkommen waren und das ihnen nun mit Feindseligkeit begegnet.

Zusätzliche Bewertungskriterien

Der Fragenkatalog folgt der Annahme, dass ein Christ sein Leben mit Gott in fünf sich überschneidenden Bereichen lebt. Die Antworten zu den fünf Themenbereichen werden ausgewertet und in einer Ergebnisliste zusammengefasst. Mit den zusätzlichen Bewertungskriterien versuchen wir, das Umfeld und die Lebenswirklichkeit verfolgter Christen in den verschiedenen Ländern besser zu verstehen.

1. **Privatleben**: Jeder Mensch hat das Recht auf ein geschütztes Privatleben. Im Bereich der Menschenrechte spricht man hier von der Gedanken- und Gewissensfreiheit. Im Bereich der Religionsfreiheit vom «forum internum». Können Christen zu Hause ungestört beten oder Bibel lesen? Müssen sie unangemeldete Hausbesuche mit Konsequenzen fürchten?

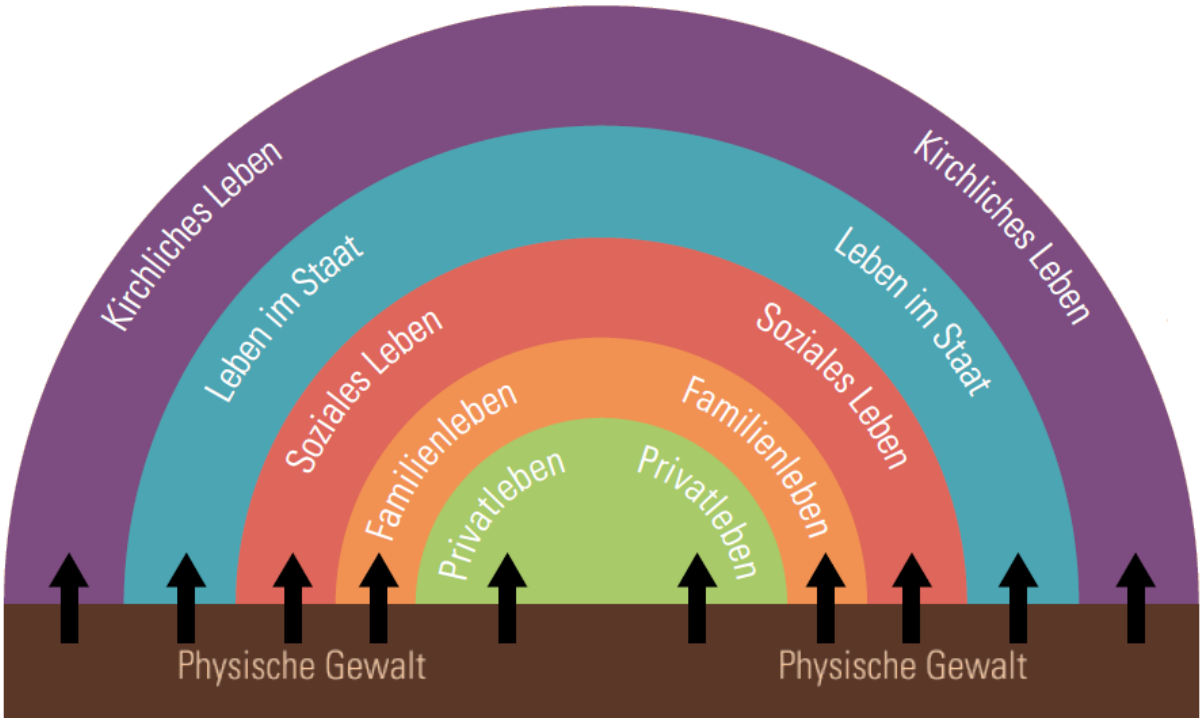
2. **Familienleben**: Jeder Mensch ist Teil einer Familie. Neben der individuellen Privatsphäre ist dieser Bereich der persönlichste von allen. Versuchen Staat oder Angehörige einen Christen innerhalb seiner Familie an der Ausübung oder Weitergabe seines Glaubens zu hindern? Besonders für Christen muslimischer Herkunft, aber auch für andere Konvertiten, kann diese Form der Verfolgung extrem belastend sein.

3. **Soziales Leben**: Jeder Mensch lebt innerhalb eines nachbarschaftlichen Verbands mit bestimmten Eigenarten. Besonders in Ländern, wo die Zugehörigkeit zu einem Stamm oder einer ethnischen Gruppe große Bedeutung hat, kann dies für Christen zu einem Problem werden. Können sich Christen im täglichen Leben ungehindert bewegen und am sozialen Leben teilnehmen, z.B. den Dorfbrunnen nutzen? Nehmen lokale Behörden oder einflussreiche Persönlichkeiten – etwa lokale religiöse Führer – den Glauben der Christen zum Anlass, sie zu diskriminieren oder gar die Gemeinschaft gegen sie aufzuhetzen?

4. **Leben im Staat**: Jeder Mensch lebt in einem Staat. In diesem Bereich werden Fragen nach der Rolle der Zentralregierung und der Provinzregierungen untersucht: Kontrollieren sie das Leben ihrer Bürger? Sind Christen frei und können ungehindert an der Zivilgesellschaft und am öffentlichen Leben teilhaben? Kommt es im Bereich der Gesetzgebung oder der Rechtsprechung zu Einschränkungen der Glaubensfreiheit?

5. **Kirchliches Leben**: Ein Christ ist normalerweise Teil einer Kirche oder einer Untergrundgemeinde. Haben die Christen die Freiheit, ihren Glauben in einer Gemeinschaft zu praktizieren? Wie stark sind die Einschränkungen? Man beachte auch die Bedeutung, die der gemeinschaftliche Aspekt der Glaubensfreiheit in den Menschenrechtsdebatten hat.

Ein weiterer und entscheidender Abschnitt des Fragenkatalogs betrifft das Thema **«physische Gewalt».** Hier fließen Fragen aus allen der genannten fünf Lebensbereiche ein, bei denen es um tatsächliche Übergriffe gegen Menschen und Gebäude mit Bezug zum christlichen Glauben geht. Durch das gesonderte Betrachten dieses Bereiches wird vermieden, dass einzelne mitunter spektakuläre Gewaltakte das Gesamtbild verzerren und dadurch der tatsächliche Grad der Verfolgung nicht richtig wiedergegeben wird. Jede der genannten fünf Sphären sowie der Bereich «physische Gewalt» gehen mit je 1/6 in die Bewertung des Index ein.



Neu in 2014

Nach wie vor beschränkt sich der WVI auf die 50 Länder, in denen Christen am stärksten verfolgt werden. Dennoch hört Verfolgung nicht mit Platz 50 des WVI auf. Aus diesem Grund wurden auf dem WVI 2014 erstmalig Länder schraffiert dargestellt, die zwar nicht auf dem Index sind, in denen unsere Experten aber dennoch eine Bedrängung für Christen sehen.

Erstmalig werden der Fragebogen und ausführliche Hintergründe zur Methodik veröffentlicht. Weitere Informationen unter www.weltverfolgungsindex.de.

Schlussfolgerung

Der Open Doors Weltverfolgungsindex, möchte keine Statistik abbilden, in der verfolgte Christen nur nackte Zahlen bleiben. Ziel ist, dass jeder einzelne von ihnen Trost und Ermutigung in seinem Leid erfährt. Der WVI soll deshalb als Anstoß zum Gebet und als kraftvolles Instrument dienen, um verfolgten Geschwistern wirksam zu helfen.

zurück zu Inhalt

Weltverfolgungsindex 2014 in Kürze

• Der Open Doors Weltverfolgungsindex (WVI) 2014 ist die einzige, jährliche Studie zum Thema Religionsfreiheit der Christen weltweit. Er misst den Grad der Freiheiten, die ein Christ in fünf Lebensbereichen hat, seinen Glauben in zu praktizieren – Privatleben, Familie, Gesellschaft, Land und kirchliches Leben, sowie einen sechsten Bereich, der das Maß der Gewalt gegen Christen thematisiert. Die Methodik gewichtet jeden Bereich gleich und ist darauf ausgelegt, die tieferen Strukturen der Verfolgung nachzuvollziehen und nicht nur Zwischenfälle zu bewerten.

• Um den Prozess der Informationssammlung und der Berechnung transparenter zu gestalten, wird in diesem Jahr erstmalig die Methodik des WVI veröffentlicht. Sie wurde vom unabhängigen Internationalen Institut für Religionsfreiheit (http://www.iirf.eu) bewertet.

• Das 12. Mal in Folge steht Nordkorea auf Platz 1 des WVI. Geschätzte 50.000 bis 70.000 Christen leben in Lagern für politische Gefangene. Wer im Besitz einer Bibel ist und entdeckt wird, muss eine lange Haftstrafe oder den Tod fürchten.

• Nach Nordkorea finden sich in der Liste der zehn am stärksten betroffenen Länder Somalia, Syrien, Irak, Afghanistan, Saudi-Arabien, die Malediven, Pakistan, Iran und Jemen. Neun der zehn Länder sind muslimische Länder. Zudem ist in 36 der 50 Länder des WVI der islamische Extremismus die Haupttriebkraft der Verfolgung von Christen. Dies zeigt eine Intensivierung des Trends der letzten 15 Jahre auf, der deutlich macht, dass der extremistische Islam der stärkste Verfolger der weltweiten Kirche ist.

• Zum ersten Mal steht ein afrikanisches Land südlich der Sahara auf Platz 2: Somalia. Sudan, ebenfalls ein afrikanisches Land, rangiert auf Platz 11. Der Anteil an afrikanischen Ländern im WVI nimmt zu. Die zentralafrikanische Republik auf Platz 16 ist der höchste Neueinsteiger in diesem Jahr. Dort wurde durch die Seleka Rebellenallianz unvorstellbare Gewalt gegen Christen verübt.

• Erstmalig sind Syrien (von Platz 11 auf Platz 3) und Pakistan (von Platz 14 auf Platz 8) unter den ersten zehn Ländern des WVI. Der nun beinahe dreijährige Bürgerkrieg in Syrien und die dadurch verschlechterte Situation im Land, tragen offenbar zu dieser Entwicklung bei. In Pakistan zu leben wird für Christen immer schwieriger. Radikale Muslime bekommen immer mehr Freiraum, Gewalt an Christen zu verüben und die Regierung ist nicht in der Lage, sie zu kontrollieren.

• Gewalt gegen Christen ist in den sogenannten „failed states“ (gescheiterte Staaten) weit verbreitet. Dazu gehören Somalia, Syrien, Irak, Afghanistan, Pakistan, Jemen und die zentralafrikanische Republik. Libyen (Platz 13) und Nigeria (Platz 14) sind weitere „failed states“, die ebenfalls einen hohen Rang im WVI einnehmen.

• Länder, die der WVI 2014 nicht erfasst, weil sie nicht mehr zu den 50 am stärksten betroffenen Ländern gehören, sind folgende: Aserbaidschan (2013 Platz 38), Kirgisistan (2013 Platz 49) und Uganda (2013 Platz 47). Neu im WVI 2014 sind neben der erwähnten zentralafrikanischen Republik (Platz 16) Sri Lanka (Platz 29) und Bangladesch (Platz 48). Kolumbien stieg von Platz 46 auf Platz 25.

• Die Kategorie „physische Gewalt“ gibt Auskunft über das Ausmaß an Morden, Vergewaltigungen, Entführungen und Kirchenverbrennungen. Im Folgenden die in dieser Kategorie höchstbewerteten Länder in absteigender Reihenfolge: Zentralafrikanische Republik, Syrien, Pakistan und Ägypten (gleich bewertet), Irak und Myanmar (gleich bewertet), Nigeria, Kolumbien, Eritrea und Sudan.

• Positiv zu bewerten ist, dass Mali von Platz 7 auf Platz 33 gesunken ist. Ebenso fiel Tansania von Platz 24 auf Platz 49.

zurück zu Inhalt

Weltverfolgungsindex 2014 – Rangliste

Berichtszeitraum 1. November 2012 bis 31. Oktober 2013

www.weltverfolgungsindex.de

	2014										2013	2013
	Platz	Land	Privat-leben	Familien-leben	Soziales Leben	Leben im Staat	Kirchliches Leben	Physische Gewalt	TOTAL PUNKTE	PUNKTE GERUNDET	Platz	Punkte
	1.	Nordkorea	16,667	16,667	16,667	16,667	14,496	8,519	**89,683**	**90**	1.	87
	2.	Somalia	15,436	14,360	15,365	13,322	15,234	6,296	**80,013**	**80**	5.	74
	3.	Syrien	12,405	12,798	12,695	11,294	13,238	16,112	**78,542**	**79**	11.	71
	4.	Irak	12,216	13,170	12,435	11,897	12,891	15,556	**78,165**	**78**	4.	74
	5.	Afghanistan	15,720	15,923	15,104	13,816	15,799	1,667	**78,029**	**78**	3.	74
	6.	Saudi-Arabien	14,678	14,807	13,802	14,035	16,146	4,259	**77,727**	**78**	2.	75
	7.	Malediven	16,099	14,881	13,151	16,228	15,885	0,926	**77,170**	**77**	6.	74
	8.	Pakistan	12,689	12,798	13,412	12,994	9,505	15,741	**77,139**	**77**	14.	63
	9.	Iran	12,595	13,095	13,021	14,035	15,061	8,889	**76,696**	**77**	8.	72
	10.	Jemen	13,826	15,030	13,672	13,816	14,149	3,519	**74,012**	**74**	9.	72
	11.	Sudan	12,216	13,393	12,630	11,787	11,979	10,926	**72,931**	**73**	12.	70
	12.	Eritrea	13,826	8,408	10,873	11,458	12,630	15,186	**72,381**	**72**	10.	72
	13.	Libyen	14,489	13,467	12,240	12,390	13,802	4,259	**70,648**	**71**	17.	60
	14.	Nigeria	9,849	9,970	12,305	11,349	11,458	15,556	**70,487**	**70**	13.	68
	15.	Usbekistan	15,152	10,417	10,742	12,116	15,495	3,704	**67,626**	**68**	16.	62
	16.	Zentralafrikanische Republik	7,386	6,548	11,849	11,787	12,760	16,667	**66,998**	**67**	-	-
	17.	Äthiopien	12,112	10,782	11,257	9,995	11,315	9,259	**64,720**	**65**	15.	63
	18.	Vietnam	11,932	8,036	12,044	14,638	15,017	2,963	**64,630**	**65**	21.	57
	19.	Katar	12,879	12,723	11,654	12,445	13,759	0	**63,460**	**63**	20.	58
	20.	Turkmenistan	13,731	9,301	11,133	12,007	14,670	1,296	**62,138**	**62**	19.	58
	21.	Laos	11,553	11,086	11,003	11,623	14,627	1,667	**61,559**	**62**	18.	59
	22.	Ägypten	10,133	8,557	10,287	10,033	6,228	15,741	**60,979**	**61**	25.	54
	23.	Myanmar (Burma)	6,155	7,887	8,984	9,704	11,111	15,556	**59,397**	**59**	32.	50
	24.	Brunei	14,489	12,946	10,026	7,127	12,804	0	**57,392**	**57**	27.	53
	25.	Kolumbien	8,750	7,768	8,750	7,193	8,613	15,371	**56,445**	**56**	46.	41
	26.	Jordanien	11,648	11,458	9,766	9,594	10,807	2,963	**56,236**	**56**	34.	48
	27.	Oman	10,511	11,756	10,807	12,116	10,807	0	**55,998**	**56**	22.	56
	28.	Indien	8,712	9,821	8,854	9,649	8,550	9,815	**55,401**	**55**	31.	50
	29.	Sri Lanka	8,807	7,366	11,393	9,485	10,243	7,593	**54,887**	**55**	-	-
	30.	Tunesien	11,364	11,682	10,156	7,456	10,937	2,963	**54,558**	**55**	30.	50
	31.	Bhutan	9,849	9,449	10,807	9,649	13,325	1,111	**54,190**	**54**	28.	52
	32.	Algerien	12,784	12,574	9,310	10,197	7,986	1,296	**54,148**	**54**	29.	51
	33.	Mali	10,511	10,417	11,133	9,814	11,762	0,185	**53,822**	**54**	7.	73
	34.	Palästinensergebiete	10,322	11,905	9,245	8,553	11,762	1,482	**53,269**	**53**	36.	48
	35.	Vereinigte Arabische Emirate (VAE)	10,810	9,821	9,793	10,063	10,085	0,926	**51,498**	**51**	26.	54
	36.	Mauretanien	9,659	10,938	9,505	9,923	10,981	0,370	**51,377**	**51**	23.	56
	37.	China	8,580	6,124	6,471	7,593	13,086	8,889	**50,743**	**51**	37.	48
	38.	Kuwait	10,649	9,109	8,999	9,253	11,467	0,370	**49,847**	**50**	33.	49
	39.	Kasachstan	11,174	7,143	7,162	9,594	12,196	2,037	**49,306**	**49**	48.	38
	40.	Malaysia	10,985	11,458	8,659	8,333	9,201	0,556	**49,192**	**49**	42.	45
	41.	Bahrain	11,112	8,113	8,866	9,716	10,643	0	**48,450**	**48**	35.	48
	42.	Komoren	8,902	10,119	8,984	9,923	9,722	0,370	**48,020**	**48**	41.	45
	43.	Kenia	8,049	8,110	8,399	6,195	8,811	7,963	**47,527**	**48**	40.	47
	44.	Marokko	10,133	9,449	7,031	8,608	11,675	0,556	**47,452**	**47**	39.	47
	45.	Tadschikistan	11,553	7,589	7,487	7,456	11,588	1,482	**47,155**	**47**	44.	42
	46.	Dschibuti	8,239	8,780	7,878	8,827	10,807	1,667	**46,198**	**46**	43.	44
	47.	Indonesien	7,386	10,119	7,096	8,059	6,076	7,408	**46,144**	**46**	45.	41
	48.	Bangladesch	8,144	8,557	9,050	8,443	4,731	6,852	**45,777**	**46**	-	-
	49.	Tansania	8,996	6,222	10,482	7,621	9,288	3,148	**45,757**	**46**	24.	55
	50.	Niger	8,902	10,119	10,612	4,989	5,599	4,445	**44,665**	**45**	50.	35

	Höhere Platzierung und höhere Punktzahl
	Gleiche Platzierung aber höhere Punktzahl
	Niedrigere Platzierung aber höhere Punktzahl
	Niedrigere Platzierung aber gleiche Punktzahl
	Niedrigere Platzierung und niedrigere Punktzahl
	Neu auf der Liste in 2014

Erläuterung zum Punktesystem

In jedem der sechs Bereiche werden zwischen 0 Punkte (= völlige Freiheit) und 16,667 Punkte (= massivste Verfolgung) vergeben, insgesamt also maximal 100 Punkte pro Land. Die tatsächlich erreichte Punktzahl eines Landes ist unter „TOTAL PUNKTE“ aufgelistet und bestimmt die Platzierung.

zurück zu Inhalt

Wichtige Trends

Verfolgte Christen stark vertreten in „Failed States“

Nordkorea erweist sich das 12. Jahr in Folge als der Staat, in dem Christen wegen ihres Glaubens am unnachgiebigsten verfolgt werden. Der Weltverfolgungsindex (WVI) 2014 von Open Doors belegt jedoch auch ein deutliches Anwachsen der Christenverfolgung in Ländern, die als sogenannte „Failed States“ (gescheiterte Staaten) gelten, z.B. Somalia und Afghanistan.

Die zehn Länder, in denen Christen während des Berichtzeitraumes für den WVI 2014 das höchste Maß an Bedrängnis und Gewalt erleiden mussten, sind: Nordkorea, Somalia, Syrien, Irak, Afghanistan, Saudi Arabien, Malediven, Pakistan, Iran und Jemen. Der WVI 2014 macht deutlich, dass Christen in immer mehr Ländern und immer intensiver verfolgt werden, was wesentlich auf die Zunahme von Verfolgung in afrikanischen Ländern zurückzuführen ist.

In 36 von 50 gelisteten Verfolgungsländern wird der Islamische Extremismus als treibende Kraft der Verfolgung genannt, was ihn mit Abstand zum dominierenden Faktor macht. Am stärksten von Gewalt betroffen sind die Länder der afrikanischen Sahelzone, in denen 20% aller Christen weltweit mit 14% aller Muslime weltweit in gefährlicher Nachbarschaft leben. Unter den ersten zehn Ländern des WVI 2014 werden sechs Failed States aufgeführt: Somalia (2), Syrien (3), Irak (4), Afghanistan (5), Pakistan (8) und Jemen (10). Ein weiterer dramatisch gescheiterter Staat ist die Zentralafrikanische Republik (ZAR), die auf Platz 16 neu auf dem Index erscheint, während Libyen (13) und Nigeria (14) unverändert hoch eingestuft bleiben.

Jedes Jahr neu listet der Weltverfolgungsindex die 50 Länder auf, die am härtesten gegen das Praktizieren des christlichen Glaubens vorgehen. Millionen von Christen leiden unter Verfolgung, definiert als: „Jede Feindseligkeit, die eine Person wegen ihrer Identifikation mit Christus erleidet, einschließlich feindseliger Haltungen, Worte und tätlicher Übergriffe“.

Somalia zum ersten Mal auf Rang 2

Zum ersten Mal seit Open Doors den WVI publiziert, steht ein afrikanisches Land südlich der Sahara auf Rang 2: Somalia. Auch wenn die gegenwärtige Regierung in der Hauptstadt Mogadischu einen eher gemäßigten Islam vertritt, herrscht im Land weiterhin strenge Überwachung, um „Abtrünnige“ vom Islam aufzuspüren. Der Druck im Privatleben ist hoch und die christliche Gemeinde muss sich sehr gut verstecken. Somalia wird überwiegend von muslimischen Clans und Stämmen regiert, die keine Christen dulden, sondern sie im Fall ihrer Entdeckung häufig töten. Weite Teile des Landes sind unregierbar, auf dem Rückzug befindliche Al Shabaab Rebellen machen ihrem Ärger Luft, indem sie den Menschen eine noch striktere Form der Scharia aufbürden. Ein einheimischer Christ des Landes teilte seine Sorge mit einem Open Doors Mitarbeiter: „In diesem Land kannst du als Christ niemandem trauen … einmal dem Falschen zu vertrauen, kann dich buchstäblich deinen Kopf kosten.“

Zunehmender islamischer Extremismus in Syrien

Bei Syrien verwundert es am wenigsten, dass es nun zu den zu den ersten 10 Ländern des WVI gehört. Allerdings ist es auch eines der Länder, das auf dem Index einen sehr weiten Sprung nach oben gemacht hat: von Platz 11 auf Platz 3. Der seit zweieinhalb Jahren andauernde Bürgerkrieg tobt weiter, beobachtet von einer verwirrten und deshalb viel zu passiven internationalen Gemeinschaft, die keine realisierbare Lösung sieht. Die zumeist von Christen bewohnten Städte wie Homs oder Aleppo haben sich in Geisterstädte verwandelt. Seit Ausbruch der Kämpfe werden immer wieder schlimmste Gräueltaten gegen die christliche Gemeinde verübt. Dies geschieht überwiegend durch die Hand von

aus dem Ausland finanzierten Dschihad-Gruppierungen. Das wohl furchtbarste Beispiel hierfür ereignete sich am 21. Oktober, als in der vorwiegend von Christen besiedelten Stadt Sadad 46 von ihnen durch islamistische Milizen abgeschlachtet wurden. Es gibt Hinweise, dass die gleichen Kämpfer auch Nachbarstaaten wie den Irak (4) gezielt destabilisieren. Der für die Region zuständige Analyst des WVI dazu: „Die Polarisierung im Mittleren Osten nimmt zu. Im Verlauf des syrischen Bürgerkriegs wird der Islam zunehmend radikalisiert, was den Dschihadisten Auftrieb verleiht."

Verfolgung tritt heute in anderer Gestalt auf als früher. In der Vergangenheit litten die Christen eher unter der totalitären Paranoia ihres Diktators, während heute der Islamische Extremismus die treibende Kraft ist. Durch den Bürgerkrieg ist die Gesellschaft Syriens derart aus den Fugen geraten, dass alle enorm unter Druck stehen. In diesem Kontext und durch den wachsenden Einfluss der Dschihadisten innerhalb der Opposition, hat die Gefährdung der Christen beständig zugenommen, da sie sich einer religiös motivierten Bedrohung in allen Lebensbereichen ausgesetzt sehen.

Pakistan: Verheerendster Anschlag auf Christen seit der Staatsgründung

Die christliche Kirche in Pakistan musste 2013 den schlimmsten Vorfall von Verfolgung seit der Gründung des Landes im Jahr 1947 hinnehmen. Am 22.September rissen zwei Selbstmordattentäter mindestens 89 Christen vor der Allerheiligenkirche in Peshāwar in den Tod. Der achte Rang auf dem WVI ist jedoch auch dem zunehmenden Druck der pakistanischen Gesellschaft gegenüber den Christen geschuldet. In keinem anderen Land halten sich mehr Extremisten auf. Im Vorfeld der Wahlen im Mai 2013 hofierten gleich mehrere prominente politische Kandidaten in aller Öffentlichkeit Taliban-Gruppierungen. Dass einige dieser Bewerber auch gewählt wurden, trug ein Übriges dazu bei, den Druck auf die zwar zahlenmäßig bedeutsame, aber dennoch massiv bedrängte christliche Minderheit zu erhöhen.

Die Christen Pakistans waren in allen Lebensbereichen starker Bedrängnis ausgesetzt. Argwohn und Vorurteile gegen sie sind an der Tagesordnung, schon das Aufbewahren christlicher Materialien ist gefährlich. Jederzeit drohen Anschuldigungen wegen angeblicher Blasphemie. Christen müssen deshalb immer auf der Hut sein, obwohl sich regelmäßig herausstellt, dass diese Vorwürfe nur als Vorwand dienten, persönliche Streitigkeiten auszutragen. Christen muslimischer Herkunft stehen unter noch größerem Druck und werden von Familienangehörigen und Nachbarn ständig beobachtet.

Die Zentralafrikanische Republik steigt weit oben auf dem Weltverfolgungsindex ein

Einige der grauenhaftesten Schlagzeilen des Jahres kamen aus der wenig bekannten Zentralafrikanischen Republik. Das mehrheitlich christlich geprägte Land landete auf Anhieb auf Rang 16 des WVI, nachdem die Allianz der Seleka Rebellen die Regierung im März gestürzt und anschließend das Land mit furchtbaren Gewalttaten überzogen hatte. Die meisten davon waren gegen Christen gerichtet. Nach Auflösung der Seleka Allianz im September wurde das Land von Warlords und ausländischen Söldnern aus dem Tschad und Sudan terrorisiert, die mit Vergewaltigungen, Raubzügen und Morden insbesondere gegen Christen vorgehen. Christliche Leiter warnten vor einem „religiös motivierten Genozid", sollten die Friedenstruppen der UN nicht zu Hilfe eilen. Wie in Mali im vergangenen Jahr macht auch das Beispiel der ZAR deutlich, wie schnell ein scheinbar stabiles Land zerfallen und die christliche Bevölkerung – sogar wenn sie die Mehrheit stellt – an den Rand der Auslöschung getrieben werden kann. Selbst nachdem in Mali ausländische Militäreinheiten eingegriffen haben, um die die islamistischen Rebellen zu vertreiben, fürchten sich die Christen aus dem Norden davor, in ihre Häuser zurückzukehren. Das Land bleibt im Index, nun auf Rang 33.

Kolumbien und Sri Lanka steigen im Index am weitesten nach oben

Zwei andere Länder machen durch einen weiten Sprung im Index nach oben von sich reden. Mit Rang 25 rangiert Kolumbien zum ersten Mal unter den ersten 30 Ländern, da die Zahl der Entführungen und Mordanschläge in den von Rebellen kontrollierten Gebieten enorm hoch ist. Nach ihren ursprünglich kommunistischen Anfängen, sind die FARC Rebellen heute nicht mehr als gemeine Banditen und Drogenhändler. Christen, die ihren Geschäften im Weg stehen, werden Ziele von Gewalt. Die Rebellengruppen haben ihre Gebiete in den letzten Jahren ausgeweitet, was ein Ansteigen der Verfolgung befürchten lässt. Außerdem sind noch weitere kriminelle Gruppen ohne ideologischen Hintergrund in diesen Regionen tätig. Bemerkenswert ist der Umstand, dass das Land mit seinen 44 Millionen Einwohnern mehr Binnenflüchtlinge aufweist (etwa 5,5 Mio.) als Syrien oder der Kongo.
Sri Lanka (29) ist ebenfalls unter den ersten 30 Ländern zu finden und damit neu auf dem WVI. Eine starke Welle der Gewalt gegen Christen mit über 50 Anschlägen gegen Kirchen in nur einem Jahr hat die einheimische Gemeinde schwer getroffen. Dahinter steht eine schrill-nationalistische buddhistische Bewegung.

China – Subtiler Druck auf alle religiösen Aktivitäten

China verbleibt auf Rang 37, nachdem es im Vorjahr im Index stark nach unten gerutscht war. Die Art und Weise, wie China subtilen Druck auf alle religiösen Aktivitäten ausübt, dient anderen Ländern Asiens als Vorbild, wie das Beispiel Vietnam (18) zeigt. Mit seinem „Erlass 92“ vom Januar 2013 reglementiert es massiv alle religiösen Aktivitäten und gehört nun wieder zu den ersten 20 Ländern des WVI. Auch die große christliche Gemeinschaft in Indien (jetzt auf Rang 28) wird weiterhin von einem unerträglichen Maß an Gewalt gebeutelt, zum einen von hinduistischen Extremisten, zum anderen von maoistischen Rebellen. Ein Open Doors Analyst der Region beobachtet, dass „die Verfolgung besonders in Süd-Ost Asien häufig in eng abgesteckten Gebieten und möglichst heimlich geschieht … Regierungen werden immer findiger darin, ihre Spuren zu verwischen. Sie erlassen beispielsweise Gesetze, die scheinbar nichts mit Religion zu tun haben, den Gemeindebau aber mindestens ebenso heftig behindern wie ein direkter Angriff.“

Weltverfolgungsindex: Erfassung von Bedrängnis und Gewalt gegen Christen weltweit

Der Open Doors Weltverfolgungsindex ist die einzige alljährlich durchgeführte Untersuchung zur Religionsfreiheit von Christen weltweit. Der Index erfasst das Maß an Freiheit, das Christen hinsichtlich ihres Glaubenslebens haben, in fünf spezifischen Lebensbereichen: privat, in der Familie, in der Gesellschaft sowie auf nationaler und politischer Ebene. Dazu kommt ein sechster Bereich, der den Grad der Gewalt im Land erfasst. Die Methodik wertet alle sechs Bereiche gleich und stellt dadurch sicher, dass nicht nur isolierte Vorfälle Beachtung finden, sondern auch die zugrundeliegenden Strukturen der Verfolgung ermittelt werden. Die Länder, die im Berichtszeitraum 1. November 2012 – 31. Oktober 2013 den höchsten Druck auf Christen ausgeübt haben, sind: Nordkorea, Afghanistan, Malediven, Somalia, Saudi Arabien, Jemen, Libyen, Usbekistan und Katar. In den meisten dieser Länder kann bereits die Entdeckung einer Bibel in der Wohnung des Betroffenen zu schwerwiegenden Problemen führen.

Die Länder, in denen Christen 2013 die meiste Gewalt erlitten haben, sind der Reihenfolge nach: Zentralafrikanische Republik, Syrien, Pakistan, Ägypten, Irak, Myanmar, Nigeria, Kolumbien, Eritrea und der Sudan.

Methodik von unabhängiger Stelle geprüft

Erstmalig wird in diesem Jahr die zur Ermittlung des WVI angewendete Methodik veröffentlicht und zum ersten Mal wurde sie von unabhängiger Seite durch das Institut für Religionsfreiheit geprüft. Dies geschieht in dem Bemühen, die Informationszusammenstellung und den Bewertungsprozess transparenter zu machen. Der Leiter der Abteilung „Strategie und Forschung“ bei Open Doors International, Dr. Ronald Boyd-MacMillan, dazu: „Wir wollen mit dieser Vorgehensweise mehr Menschen und Organisationen dazu ermutigen, die Nöte und Lebensgeschichten verfolgter Christen genauer zu studieren, damit sie mehr für sie beten und auch, damit bessere Strategien zur Unterstützung verfolgter Christen entwickelt werden.“ Weiter betonte Boyd-MacMillan: „Was unter verfolgten Christen geschieht, muss noch besser kommuniziert werden. So wird jeder einzelne Christ noch besser erkennen, wie Gott seinem Volk beisteht und ihm hilft, in unserer heutigen Zeit voller Hoffnung und Kraft zu leben.“

Der führende Stratege von Open Doors fügte hinzu: „Der WVI ist weit mehr als eine Sammlung von Zahlen, sondern vielmehr ein Dokument über Menschen, das millionenfach ihre Geschichten von Furcht und Glauben wiedergibt.“ Ein Open Doors Analyst traf in Sri Lanka einen Pastor, der von einem Mob schwer verprügelt worden war und mitansehen musste, wie seine Kirche vor seinen Augen zerstört wurde. Seine blauen Flecken waren noch gut sichtbar, als er beobachtete, wie sein junger Sohn Holzstöcke anspitzte. Darauf angesprochen erklärte der Sohn entschlossen: „Ich mache mir Waffen und wenn du wieder angegriffen wirst, kann ich dich verteidigen.“ Der Sohn wollte seinen Vater um jeden Preis schützen. Ein anderes Beispiel kommt von Bischof Samuel aus Pakistan: „Wir Christen können nicht einmal in dem Land, wo wir geboren sind, friedlich schlafen.“

Gute Nachricht inmitten von schlechter

Und doch findet inmitten all dieser Tragödien Wachstum statt, weil Gott seiner Kirche in der Situation der Verfolgung immer wieder großartige Gelegenheit schenkt, das Evangelium zu verkünden. So kommen selbst aus Pakistan gute Nachrichten. Nachdem in der St. Joseph Kolonie in Lahore im März aufgrund falscher Blasphemievorwürfe die Häuser von 160 Familien zerstört worden waren, äußerte ein Bischof in privatem Umfeld: „Hier haben sich zum allerersten Mal pakistanische Muslime für die Gewalt entschuldigt und einen Bischof eingeladen, in ihrer Moschee zu sprechen.“

Trotz all des Hassens und Mordens in Syrien, oder vielleicht auch gerade deshalb, erfährt die Gemeinde dort ein so schnelles und zahlenmäßiges Wachstum wie nie zuvor. Und die bemerkenswerte Einheit zwischen jahrtausendealten christlichen Traditionen bleibt ein bislang kaum berichtetes Wunder. Dazu ein Pastor aus Aleppo: „Wir können momentan noch gar nicht abschätzen, was gerade alles geschieht. Sollte ich aber lange genug leben, so werde ich in 20 Jahren meinen Kindern und Enkelkindern von der Zeit ‚der großen Ernte‘ erzählen, die gerade jetzt geschieht.“

zurück zu Inhalt

Informationen zu den einzelnen Ländern

1. Nordkorea
2. Somalia
3. Syrien
4. Irak
5. Afghanistan
6. Saudi-Arabien
7. Malediven
8. Pakistan
9. Iran
10. Jemen
11. Sudan
12. Eritrea
13. Libyen
14. Nigeria
15. Usbekistan
16. Zentralafrikanische Republik
17. Äthiopien
18. Vietnam
19. Katar
20. Turkmenistan
21. Laos
22. Ägypten
23. Myanmar (Burma)
24. Brunei
25. Kolumbien
26. Jordanien
27. Oman
28. Indien
29. Sri Lanka
30. Tunesien
31. Bhutan
32. Algerien
33. Mali
34. Palästinensergebiete
35. Vereinigte Arabische Emirate
36. Mauretanien
37. China
38. Kuwait
39. Kasachstan
40. Malaysia
41. Bahrain
42. Komoren
43. Kenia
44. Marokko
45. Tadschikistan
46. Dschibuti
47. Indonesien
48. Bangladesch
49. Tansania
50. Niger

zurück zu Inhalt

Platz 1: Nordkorea

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit insgesamt 90 Punkten hat Nordkorea auf dem Weltverfolgungsindex 2014 den ersten Platz inne. Bereits das 12. Jahr in Folge führt das Land die Aufstellung der Länder an, in denen Christen am meisten verfolgt werden. Man kann mit Sicherheit sagen, dass sich für die christliche Minderheit im Land seit Kim Jong Uns Machtübernahme nichts zum Besseren verändert hat. Der Druck bleibt außerordentlich stark, und für diejenigen, die nicht in der Nähe der chinesischen Grenze wohnen, besteht praktisch keine Fluchtmöglichkeit.

Triebkräfte der Verfolgung

Nordkorea ist in vieler Hinsicht eine auffallende Ausnahme. In den meisten Ländern wirken verschiedene Triebkräfte als Auslöser für Verfolgung, obwohl in aller Regel eine davon als die Wichtigste ermittelt werden kann. In Nordkorea gibt es eine einzige alles umfassende Triebkraft der Verfolgung, die alle anderen möglichen Triebkräfte ausschließt: kommunistische Unterdrückung. Die Herrschaft Kim Jong Uns und seiner Arbeiterpartei ist absolut und rigoros. Niemand darf es wagen oder wäre auch nur fähig, diese Herrschaft in Frage zu stellen. Diese Ideologie basiert auf dem Kommunismus, so dass er als Haupttriebkraft der Verfolgung bezeichnet werden kann. Da das System jedoch auch mit einem unvorstellbaren Personenkult verbunden ist, beschreibt 'totalitäre Paranoia' die Situation im Land ebenso zutreffend. Das Land existiert sozusagen, um den Führern zu dienen.

Die gottähnliche Verehrung der Herrschenden lässt keinen Raum für eine andere Religion. Jede Ehrerweisung, die sich nicht auf die Kim-Dynastie bezieht, wird als gefährliche Bedrohung des Staates betrachtet. Das politische System des Landes gründet sich auf zwei Ideologien. Eine heißt „Juche“, die im Grunde genommen besagt, dass der Mensch selbstständig sei. Die andere ist der „Kimilsungismus“, die Verehrung der jeweiligen Führer. Sie sind die allgewaltigen Instanzen, welche Nordkorea führen und leiten. Jeder Bürger muss zumindest an den wöchentlichen Sitzungen teilnehmen und über 100 Seiten mit ideologischem Unterrichtsmaterial auswendig lernen. In diesen Texten werden unter anderem die moralische Größe und die Erhabenheit von Kim Il Sung, Kim Jong Il und Kim Jong Un verehrt, etwa in Form verschiedener Gedichte und Lieder. Kim Jong Un wurde zum „Großen Nachfolger“ ausgerufen und trägt nun die Titel „Oberster Führer“ und „Oberster Kommandeur der Streitkräfte“. Noch wichtiger ist, dass er in allen wichtigen Machtzentren entscheidende Positionen innehat, darunter den des Ersten Sekretärs der Arbeiterpartei Koreas.

Aktuelle Einflüsse

Nordkorea befindet sich in einer wirtschaftlich fatalen Lage. UN-Berichten zufolge leiden rund 16 Millionen Menschen an chronischer Ernährungsunsicherheit (in unterschiedlichem Maße), hohen Unterernährungsraten und tiefgreifenden ökonomischen Problemen. Kleine Kinder, schwangere und stillende Frauen sowie die Alten sind besonders gefährdet. Das Land ist auf internationale Hilfe angewiesen, was neue Probleme schafft, da das Regime den Zugang zu notleidenden Bürgern einschränkt. Der große Nachbar China liefert das Nötigste, scheint aber immer unzufriedener zu werden mit dem eigensinnigen, kaum lenkbaren Regime in Pjöngjang. Diese Unzufriedenheit hat jedoch noch nicht den Punkt erreicht, das Regime einfach sich selbst zu überlassen.

Das einst isolierte Land, in dem Informationen aus dem Ausland bis heute nur sehr eingeschränkt zugänglich sind, beginnt langsam sich modernen Medien gegenüber zu öffnen. Zwar versucht das Regime, die verfügbaren Informationen zu steuern, doch diese Aufgabe erweist sich zunehmend als schwierig. Es gibt keinen freien Zugang zum Internet im Land, gleichzeitig besitzen jedoch immer mehr Menschen ein UMTS-fähiges Handy. Internationale Funknetze sind zwar nicht verfügbar, doch in dem 20km breiten Grenzstreifen zu China sind die dortigen Sendestationen erreichbar. Auch in den Grenzstädten haben viele Menschen chinesische Handys. Trotz starker Überwachung können Verbindungen nicht verhindert werden. Berichten zufolge werden häufig DVDs mit chinesischen und südkoreanischen Fernsehshows ins Land geschmuggelt. Das ist einer der möglichen Gründe für die beachtliche Verschärfung der Grenzkontrollen in diesem Jahr.

Betroffene Kategorien von Christen

Eine geringe Anzahl von Personen besucht staatlich kontrollierte Kirchen. Diese werden vom Regime benutzt, um seinen internationalen Besuchern die angeblich herrschende Religionsfreiheit zu beweisen. Seien diese Kirchen lediglich „Potemkinsche Dörfer“ oder nicht: Auch diese staatlich kontrollierten Kirchen können nicht im wahren Sinn des Wortes wie Kirchen funktionieren.
Ernsthafte Christen sind mit mehr Druck konfrontiert. Sie werden tief in den Untergrund gedrängt und wagen in dem meisten Fällen nicht einmal, ihren Glauben in der eigenen Familien zu zeigen. Das gilt vor allem für kleine Kinder, weil man befürchtet, dass sie Lehrern oder Nachbarn von dem Glauben der Eltern erzählen und diese entdeckt werden. Bekanntermaßen wird alles, was sich der Kontrolle der Regierung entzieht, ausgerottet. Deshalb bleiben Untergrundgemeinden so geheim wie möglich.

Betroffene Lebensbereiche

In jedem Lebensbereich herrscht für Christen der größte denkbare Druck. Alle Flüchtlinge haben einheitlich ausgesagt, dass man für eine Religionsausübung im Privaten unweigerlich verfolgt wird. Im Widerspruch zu seiner sozialistischen Verfassung ist Nordkorea nicht fähig, Religionsfreiheit in der Praxis zu garantieren. Der tiefere Grund dafür liegt in der herrschenden Überzeugung, dass Religionen lediglich ein Mittel der Unterwanderung durch ausländische Mächte sind und Nordkoreas gesellschaftlicher Disziplin Schaden zufügen. Infolgedessen werden alle Christen in dem „Sogbun“ genannten System der gesellschaftlichen Schichten als „feindlich“ eingestuft und sogar als eigene Unterklassen betrachtet, nämlich [Klasse] 37 für protestantische und 39 für katholische Christen. Nicht nur die Gläubigen selbst werden im Fall der Entdeckung bestraft, sondern in aller Regel auch ihre Familien. Als mindeste Konsequenz wird ein naher Verwandter im Sogbun-System stark herabgestuft. Nicht als Christen überführte direkte Familienangehörige werden in ein Umerziehungslager eingewiesen. Überzeugte Christen werden in politische Arbeitslager geschickt, aus denen keine Haftentlassung möglich ist.

Jede Beteiligung an heimlichen religiösen Aktivitäten führt für die Betroffenen zu Diskriminierung, Verhaftung, willkürlicher Inhaftierung, Folter oder der öffentlichen Hinrichtung. Für Flüchtlinge, die von China zurückgeschickt werden, ist das Risiko einer Verhaftung besonders hoch. Ihnen droht aber lediglich eine leichte Strafe, z. B. einige Monate in einem Arbeitslager – vorausgesetzt, sie werden keiner christlichen Aktivitäten in Nordkorea überführt.

Niemand kann – geschweige denn darf – von den staatlichen Vorgaben abweichende Gedanken entwickeln, seien es religiöse oder andere. Das System strenger gesellschaftlicher Kontrolle führt zu einem hohen Maß an Selbstzensur und Selbstkontrolle hinsichtlich der Frage, was man zu wem sagt.

Nordkoreanische Polizeibeamte machen regelrecht Jagd auf Grenzgänger, die sich während ihres Aufenthalts in China zum Christentum bekehrt haben oder christliche Literatur, vor allem Bibelverse, nach Nordkorea einführen wollen. Jeder ertappte und repatriierte Flüchtling wird ausführlichen Verhören unterzogen. Allen Berichten zufolge gehören dazu auch die Fragen: „Hast du in China irgendwelche Christen getroffen?“, und: „Hast du in China eine Kirche besucht?“ Ein weiterer Beleg für den unverändert hohen Druck unter dem neuen Führer ist die Zahl der Deserteure nach Südkorea, die 2012 scharf gefallen ist (um ca. 43 %). Einem Bericht des zuständigen südkoreanischen Ministeriums zufolge blieb die Zahl in der ersten Jahreshälfte 2013 auf diesem Niveau. Das Regime soll seine Grenzsicherung verstärkt und dafür auch moderne Technik eingesetzt haben. Berichten zufolge hat Kim Jong Un über hundert Spione nach China geschickt, um (christliche) Netzwerke zu entlarven, die sich bei der Hilfe für Flüchtlinge engagieren. Die Lage im Grenzgebiet ist sehr angespannt.

Auftreten von Gewalt

Zahlreiche Christen sind in Nordkoreas berüchtigten Straf- und Arbeitslagern (kwan-li-so) eingesperrt. Die genaue Anzahl ist allerdings schwer zu beziffern, wie es auch im neusten Bericht des US-Ausschusses für Internationale Religionsfreiheit heißt. Die Zahlenschätzungen basieren weitgehend auf den Berichten von Flüchtlingen, deren Erfahrungen manchmal weit in der Vergangenheit liegen und deshalb eine zeitliche Lücke hinterlassen.

Neueste Berichte über das System der Arbeitslager schätzen die Zahl der Insassen in politischen Straflagern auf etwa 150.000 bis 200.000, die anderen Lagerarten nicht eingeschlossen. Ein Bericht legt nahe, dass die Zahl der politischen Gefangenen wegen der hohen Sterberate auf zwischen 80.000 und 12.000 gefallen ist.

Allein für Gefängnis Nr. 15 – besser als politisches Straflager Yodok bekannt – schätzen Experten aufgrund der Erklärungen von Deserteuren, dass dort bis zu 6.000 Christen eingekerkert sein könnten. In jedem einzelnen Jahr sterben viele Christen in diesen Lagern, doch infolge spärlicher Informationen ist das schwer zu überprüfen, da der Druck und die Informationssperre so massiv sind.

Ausblick

Kim Jong Un muss erst noch beweisen, dass er Nordkorea so wie seine Vorfahren führen kann. Deshalb wird das Land höchstwahrscheinlich keine größeren Veränderungen erleben. Christen werden, wenn man sie entdeckt, weiterhin Zielobjekte für den Grimm des Regimes sein. Falls das Land in neue wirtschaftliche Schwierigkeiten gerät und das Regime die Lebensmittelversorgung des Volkes nicht sicherstellen kann, wird dies möglicherweise sogar noch stärker der Fall sein. „Ausländische Kräfte“ – Christen eingeschlossen – werden gerne als Sündenböcke benutzt.

Obwohl das Auftreten des neuen Führers Kim Jong Un offener erscheint als das seines Vaters und Großvaters, muss man das als reine Fassade einstufen. Seine betont wohlwollende und kommunikative Selbstdarstellung bedeutet lediglich eine Veränderung der Methoden, nicht der Taten. Ideologie und Personenkult sind so intakt wie eh und je, und jeder, der seine Knie nicht beugt, muss mit dem vollen Zorn des Regimes rechnen.

zurück zu Länderübersicht

Platz 2: Somalia

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit einer Punktzahl von 80 rangiert Somalia auf dem aktuellen Weltverfolgungsindex an zweiter Stelle. Die Stellung der Christen in Somalia hat sich gegenüber 2013 verschlechtert, als das Land mit 74 Punkten auf Position 5 geführt wurde. Die meisten Christen in Somalia sind Konvertiten aus dem Islam, außerdem gibt es eine verschwindend kleine Gruppe ausländischer Entwicklungshelfer.

Triebkräfte der Verfolgung

In Somalia ist die Haupttriebkraft der Verfolgung „Islamischer Extremismus“, eine untergeordnete Rolle spielen „Exklusives Stammesdenken“ sowie „Systematische Korruption“.

Islamischer Extremismus: Die Mehrzahl der Menschen in Somalia sind Muslime; es gilt generell als undenkbar, dass ein Somalier Christ ist. Zudem behaupten islamische religiöse Führer öffentlich, dass in Somalia kein Platz für das Christentum, Christen oder Kirchen sei. Diese Sichtweise bestimmt das Denken und Handeln der Regierungsbeamten aller Ebenen in den verschiedenen Verwaltungen (die somalische Zentralregierung mit Sitz in Mogadischu eingeschlossen) sowie von Parteien und der allgemeinen Bevölkerung.

Hinzu kommt als nicht-staatlicher Akteur die militant-islamistische Terroristengruppe Al Shabaab, die einen wahhabitischen Islam propagiert. Ihr Kampf gilt der Einführung der Scharia als Richtschnur aller Aspekte des Lebens in Somalia inklusive der Rechtsprechung und Politik sowie in allen sozialen und wirtschaftlichen Belangen. Al Shabaab nutzt ihre Präsenz in verschiedenen Teilen des Landes zur Radikalisierung ganzer Dorfgemeinschaften zu Lasten des Christentums im Allgemeinen und einzelner Gläubiger im Besonderen. Die Umsetzung ihrer wahhabitischen Weltsicht ist so extrem, dass einem Open Doors-Feldforscher zufolge sogar Sufi-Muslime in den Untergrund gegangen sind, um der Verfolgung durch die Al Shabaab zu entgehen.

Exklusives Stammesdenken: Die somalische Gesellschaft wird vom Stammesdenken beherrscht. Diese Prägung bestimmt auch die Art, in der das Land regiert wird: Jeder Clan hat seine eigene Miliz. Das Stammessystem ist gleichzeitig der Nährboden, auf dem der Islamische Extremismus wie etwa in Form der Al Shabaab gedeiht. Trotz einiger militärischer Rückschläge sind sie in wichtigen Teilen des ländlichen Somalias und in Nachbarländern aktiv und nutzen diese Gebiete als Rückzugsgebiete, um Anschläge auf Ziele in Somalia und Kenia zu organisieren (z. B. den Anschlag auf das Westgate Einkaufszentrum in Nairobi, Kenia). Bei diesen Vorgängen ist Al Shabaab nicht nur eine Bedrohung für die kleine Zahl der Christen, sondern auch für die muslimische Bevölkerung im Allgemeinen.

Systematische Korruption: 2012 führte Somalia den Korruptionsindex von Transparency International an als weltweit schlimmstes Land in diesem Bereich[1]. Die grassierende Korruption verstärkt das herr-

[1] http://www.theguardian.com/news/datablog/2012/dec/05/corruption-index-2012-transparency-international#data, Zugriff am 12.11.2013

schende Maß an Gewalt und ungeahndeten Straftaten weiter und schlägt sich auch auf das ohnehin hohe Verfolgungsniveau nieder. Nach Aussage eines Open Doors-Feldforschers sind Islamischer Extremismus und Systematische Korruption eng miteinander verflochten und schwer auseinanderzuhalten. Dieser Bereich muss noch mehr erforscht werden, um Licht auf diese Dynamik zu werfen und ihre Auswirkungen auf das tägliche Leben der Christen in Somalia zu ermessen.

Aktuelle Einflüsse

Die in Somalia wirkenden Triebkräfte für Verfolgung lassen sich durch mindestens zwei Faktoren erklären. Der erste Faktor ist historisch bedingt. In Somalia war der Islam bereits vor der Ankunft des Christentums fest etabliert. Die kolonialen Eingriffe Italiens und Großbritanniens haben schweren Widerstand gegen das westliche Christentum ausgelöst.

Ein zweiter Faktor, der eng mit dem ersten verbunden ist, betrifft die Art und Weise in der das Land gegenwärtig regiert wird. Somalias Stammessystem – seine informelle Regierung – ist sehr resistent gegenüber der offiziellen staatlichen Regierung und zudem dauerhafter als diese. Bei ihren Anstrengungen, die allgemeine Sicherheit und Staatsführung in größtmöglicher Harmonie mit den Clans zu gestalten, hat die offizielle Regierung das Thema bürgerliche Freiheiten zurückgestellt. Dabei werden innerhalb des Stammessystems auch christenfeindliche Gefühle toleriert.

Betroffene Kategorien von Christen

Für Christen und die Kirche ist die Lage in Somalia außerordentlich hart gewesen. In jüngster Zeit sind Christen muslimischer Herkunft bei ihrer Entdeckung oft auf der Stelle getötet worden – mitunter genügte auch der bloße Verdacht, sich vom Islam abgewendet zu haben. Im Laufe des Berichtszeitraums scheint sich die Lage verschlechtert zu haben. Die Regierung hat Ermittlungen gegen Personen intensiviert, die Christen sind und sich in leitender Stellung befinden. Daraus folgten Versuche, Christen zu verhaften. Auch die Überwachung von (mutmaßlichen) „Zeltmachern“[2] hat zugenommen. Einem Open Doors-Feldforscher zufolge waren Normalbürger – in Zusammenarbeit mit Al Shabaab – an der Tötung von Christen beteiligt: „Christen sind durch ihre Nachbarn an die Al Shabaab verraten worden“, so der Mitarbeiter. Derartige Vorfälle haben zu einem hohen Maß an Furcht und Misstrauen unter Gläubigen geführt. Man will um jeden Preis vermeiden, dass die eigene Gemeinschaft entdeckt wird. Die Konsequenz ist, dass Christen ihren Glauben in ihrem lokalen Umfeld streng geheim halten müssen. Sie treffen sich in sehr kleinen Gruppen und sind oft isoliert.
Ausländische Christen sind auf andere Art betroffen, wie einem Open Doors-Experte berichtet: „Die meisten westlichen Nichtregierungsorganisationen (NGOs) wurden verdächtigt, einen christlichen Hintergrund zu haben, und haben sich aus Somalia zurückgezogen.“ Die Folge ist, dass noch verbliebene Christen wie auch nichtchristliche Ausländer mit einem erhöhten Sicherheitsrisiko konfrontiert sind.

Betroffene Lebensbereiche

Christen aus Somalia erleben den stärksten Druck in ihrem privaten Umfeld. Sie müssen ihre Bekehrung zum Christentum vor ihrer Verwandtschaft und den Mitgliedern ihres Clans verbergen. Letztere haben nicht nur keine Sympathien für das Christentum, sondern befürchten auch, selbst als Konverti-

[2] Bezeichnung für Menschen, die ähnlich wie Paulus in der Bibel einem Beruf nachgehen und gleichzeitig das Ziel verfolgen, andere für den christlichen Glauben zu gewinnen

ten verdächtigt zu werden. In diesem Fall stünden auch sie in der Gefahr, von religiösen Gruppen und Clan-Milizen wie der Al Shabaab exekutiert zu werden.

Es ist schwierig für Christen, ihren Glauben an Christus bekannt zu machen in einem Umfeld, wo der bloße Verdacht, mit dem christlichen Glauben zu sympathisieren, ein Todesurteil bedeuten kann. Zwar ist die Teilnahme am islamischen Unterricht in den Koranschulen (Madrassas) für somalische Kinder obligatorisch, doch christliche Eltern versuchen, ihre Kinder im Geheimen in ihrem eigenen Glauben zu unterrichten.

Hinsichtlich der Bereiche „Gesellschaftliches Leben“ und „Leben im Staat“ zeigen Berichte von Open-Doors-Mitarbeitern, dass somalische Christen ihren Glauben verbergen müssen, um Zugang zur Grundversorgung, Bildung oder Justiz zu bekommen. Das kirchliche Leben ist eingeschränkt und muss im Untergrund stattfinden. Open Doors-Feldforschern zufolge organisieren sich Gläubige in kleinen Gemeindegruppen und treffen sich im ganzen Land heimlich. Es wird gemeldet, dass die Regierung Ermittlungen nicht nur hinsichtlich der Versammlungsorte von Christen anstellt, sondern auch hinsichtlich Personen, die andere Christen im Glauben begleiten, und solcher, die mit Muslimen über den christlichen Glauben sprechen. Neben ihrem generell feindseligen Umfeld fürchten somalische Christen vor allem solche Personen, die einmal einer christlichen Gemeinschaft angehörten und sich wieder zum Islam bekehrt haben; diese Personen könnten schnell zu Verrätern werden.

Die kleine Anzahl von Ausländern mit christlichem Hintergrund muss ihre christliche Identität im privaten und staatlichen Bereich ebenfalls verbergen. Außerdem sind sie aufgrund des hohen Maßes an Gewalt und der schwachen Sicherheitsstruktur mit enormen Sicherheitsrisiken konfrontiert, und zwar nicht in erster Linie wegen ihrer ausländischen Herkunft, sondern wegen des Verdachts Christen zu sein.

Auftreten von Gewalt

Neben den normalen Herausforderungen des Lebens in Somalia sehen sich somalische Christen, insbesondere Gläubige mit muslimischem Hintergrund, im Fall ihrer Entdeckung gezielter Gewalt seitens ihrer Familie, des Clans, der Behörden oder Milizen ausgesetzt. Ein Open Doors-Feldforscher berichtete von zahlreichen Fällen gezielter Gewalt gegen Christen aufgrund ihres Glaubens. Beispielsweise wurde ein Gläubiger in einer nordsomalischen Stadt der Schulung von Christen muslimischer Herkunft beschuldigt und neun Monate lang ohne Gerichtsverhandlung von der örtlichen Polizei festgehalten. Zudem durchwühlten Al-Shabaab-Mitglieder auf der Suche nach christlichen Materialien die Häuser von Christen und hinterließen Chaos und Zerstörung. Eine andere Meldung betraf eine Christin, die von Al-Shabaab-Mitgliedern belästigt, vergewaltigt und später getötet wurde. Darüber hinaus deuten Berichte aus Somalia darauf hin, dass Al Shabaab für die Tötung von zehn Christen verantwortlich war. Aufgrund dieser massiven Gewalt sehen einige Somalier für sich keine andere Möglichkeit als zu fliehen. Ein Beispiel hierfür sind vier Männer, die nach Meldung eines Open Doors-Feldforschers aufgrund von Drohungen der Al Shabaab geflohen sind. Die Islamisten hatte die Männer beschuldigt, Christen zu sein. Ebenfalls berichtet wurde, dass somalische Christen in den Flüchtlingslagern nahe der kenianischen Stadt Dabaab leben.

Ausblick

Wie 2012 ist die Lage in Somalia 2013 weiterhin sehr schwierig für Christen gewesen. In allen Lebensbereichen gibt es starke Bestrebungen, das Christentum vollständig aus Somalia auszulöschen. Christen gelten im Land weithin als unerwünscht. Ein Bericht, der sich mit expliziter Gewalt gegen Christen befasst, belegt einen scharfen zahlenmäßigen Anstieg der Übergriffe im Berichtszeitraum. Außerdem haben sich die meisten westlichen NGOs als Reaktion auf diese antichristlichen Tendenzen aus Somalia zurückgezogen. Ausschlaggebend war nicht so sehr eine tatsächlich vorliegende

christliche Motivation, sondern die Gefährdung aufgrund ihrer (vermuteten) Verbindung mit dem Christentum. Diese macht sie zu einem Angriffsziel für Gewalt. Die Zukunft hält vielleicht etwas Erleichterung bereit.

Im November 2013 genehmigte der UN-Sicherheitsrat die Entsendung von 4.400 zusätzlichen Soldaten als Verstärkung für die Streitkräfte der Afrikanischen Union. Die bereits präsenten 18.000 Militärangehörigen haben die Aufgabe, militante Gruppen in Somalia zurückzudrängen und zu besiegen[3]. Die Anwesenheit dieser UN-Streitmacht hat zu einer Schwächung der Position von Al Shabaab in verschiedenen Teilen Somalias beigetragen, vor allem in den größeren Städten und in den südlichen Teilen des Landeszentrums. Weniger ideologisch motivierte Mitglieder haben sich möglicherweise von der Bewegung abgesetzt. Außerdem hat die internationale Gemeinschaft die wirtschaftliche Erholung des Landes durch die Erhöhung ihrer Wirtschaftshilfe unterstützt. Dies geschieht zu einer Zeit, in der viele Somalier aus Orten wie Nordamerika und Europa in ihre Heimat zurückkehren. Sie bringen neue Ideen aus den Gesellschaften mit sich, in denen sie gelebt haben (und vielleicht auch einen differenzierteren Blick auf das Christentum und Christen). Besonders Großstädte wie Mogadischu, Baidoa und Kismayo erleben infolge dieser Entwicklung eine Zunahme öffentlicher und privater Initiativen in der Baubranche, der Produktion und dem Handel. Der Ausbau der Infrastruktur in den Bereichen Radio, Fernsehen, Telekommunikation und Internet hat darüber hinaus den Zugang zu christlichen Sendungen und Materialien vereinfacht und trägt zum Wachstum der einheimischen Kirche bei. Dieses Wachstum ist jedoch, wie ein Open Doors-Feldforscher treffend feststellt, nicht leicht in Zahlen auszudrücken. Die somalische Verfassung definiert den Islam weiterhin als einzige Religion des Landes und den Koran sowie die Sunna als maßgebliche Rechtsgrundlagen. Die Folgen des Islamischen Extremismus, exklusives Stammesdenken und systematische Korruption dürften auch weiterhin die bestimmenden Faktoren für die Art und Weise sein, in der Christen in Somalia verfolgt werden. Wie sich die somalische Kirche in Zukunft entwickelt, bleibt angesichts dieser massiven Herausforderungen abzuwarten.

zurück zu Länderübersicht

Platz 3: Syrien

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Es überrascht nicht, dass Syrien in der Rangfolge des Weltverfolgungsindex (WVI) immer weiter nach oben klettert. Zum ersten Mal in der Geschichte des WVI rangiert das Land unter den ersten 10 Ländern. Während es bereits 2013 mit 71 Punkten von Platz 36 auf Platz 11 sprang, belegt es dieses Jahr mit 79 Punkten sogar den dritten Platz. Bedingt durch den Bürgerkrieg ist die Gewalt im Land insgesamt angestiegen. Den Christen in Syrien geht es dabei zusehends schlechter, die Hauptursache dafür ist der zunehmende Islamische Extremismus.

[3] http://www.nation.co.ke/news/world/UN-Council-boosts-Somalia-force-by-4400/-/1068/2072272/-/yhb4ti/-/index.html, Zugriff am 14.11.2013

Triebkräfte der Verfolgung

Verfolgung zeigt sich heute in Syrien mit einem neuen Gesicht. In der Vorkriegszeit war totalitäre Paranoia hauptverantwortlich für die Verfolgung, heute kommt sie überwiegend durch den Islamischen Extremismus. Eine kürzlich durchgeführte Studie der für Verteidigungsbelange bekannten Analystengruppe IHS Jane's hat ergeben, dass fast die Hälfte der in Syrien kämpfenden Rebellen Dschihadisten sind oder einen islamistisch extremistischen Hintergrund haben.

Der Einfluss der Al Kaida nahestehenden und anderer extremistischer Gruppierungen hat im vergangenen Jahr deutlich zugenommen. Vor kurzem haben diese fanatischen Gruppen - die oft besser bewaffnet und die zäheren Kämpfer sind – damit begonnen, die gemäßigten Splittergruppen zu bekämpfen, um sich die gesamte Kontrolle eines Gebietes zu sichern. Im Norden des Landes kontrollieren sie bereits weite Teile der Einkommensressourcen wie Öl, Gas und Getreide. So konnten sie die örtliche Bevölkerung mit Nahrungsmitteln versorgen, die im Gegenzug ihre Unterstützung verstärkt. Die salafistische-dschihadistische Organisation ISIS (bzw. ISIL - Islamischer Staat im Irak und der Levante) hat in den von den Rebellen kontrollierten Gebieten Syriens ein Indoktrinationsprogramm zur Radikalisierung gemäßigter sunnitischer Muslime gestartet. Ihr großes Ziel ist die Umwandlung Syriens in einen rein islamischen Staat in einem regionalen islamischen Kalifat.

Dieser Konflikt spiegelt die Rivalität zwischen der sunnitischen Mehrheit des ‚Gulf Coordinating Council', angeführt von Saudi-Arabien und Katar, die mehrere Gruppierungen der syrischen Opposition unterstützen und der Islamischen Republik Iran und deren ‚Resistance Axis' wider, einmal indirekt durch die Hisbollah und zum anderen durch direkte Unterstützung der Assad Regierung.

Aktuelle Einflüsse

Der Bürgerkrieg in Syrien begann mit dem Volksaufstand 2011, ähnlich wie in anderen arabischen Staaten, in dem größere politische Freiheiten und wirtschaftliche Reformen gefordert wurden. Der Konflikt reicht jedoch tiefer und ist viel komplizierter, da er in Klassenkonflikten, in dem Stadt-Land Gefälle und in der Unterdrückung politischer Freiheit wurzelt. Dies erklärt zumindest teilweise, warum sich die Auseinandersetzung so schnell zu einem äußert gewalttätigen religiös motivierten Identitätskonflikt entwickelt hat, der nun bereits mehr als drei Jahre andauert.

Da der Konflikt in der Tat immer mehr religiös motivierte Züge annimmt, hat auch gezielte Gewalt gegen Christen im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex entsprechend zugenommen. Die religiöse Dimension dieses Konfliktes hat die besondere Gefährdung der Christen und anderer religiös/ethnischer Minderheiten verstärkt. In ihrem Sonderbericht „Schutz und Förderung der Religionsfreiheit in Syrien"[4] erläutert die USCIRF: *'Durch den sich verschärfenden Konflikt zwischen den Regierungstruppen samt ihren Gruppierungen, die das Assad Regime unterstützen und Anti-Regierungseinheiten, die diese Regierung stürzen wollen, hat das syrische Volk ungeheuerliche Verletzungen der Menschenrechte, einschließlich der Religionsfreiheit, erfahren.'*

Die „Islamisierung" der syrischen Opposition führt dazu, dass der Bürgerkrieg immer mehr die Gestalt eines "Dschihad"-Krieges gegen die syrische Regierung annimmt. Die gesamte syrische Bevölkerung leidet unter diesem Konflikt, doch einige Gruppen sind stärker gefährdet als andere. Im April 2013

[4] United States Commission on International Religious Freedom (USCIRF) Sonderbericht, *Schutz und Förderung der Religionsfreiheit in Syrien*, April 2013.

betonte die ‚Religious Liberty Partnership' die Notwendigkeit *"gefährdete religiöse und ethnische Minderheiten besonders aufmerksam zu beobachten".*[5]

Ein Kennzeichen der christlichen Bevölkerung Syriens ist ihre vermischte (und verworrene) ethnische und religiöse Identität. Weiter bemerkenswert ist die zahlenmäßig starke Präsenz der syrischen christlichen Gemeinschaft, die sie zu einer bedeutenden wirtschaftlichen und politischen Kraft macht. Um die Position der Christen vor dem Hintergrund des Bürgerkrieges richtig einzuordnen, muss vor allem bedacht werden, dass die meisten syrischen Christen in strategisch wichtigen Landesteilen leben, die sowohl für die Regierung als auch für die Ziele der Opposition von entscheidender Bedeutung sind. Dazu gehören die Städte Aleppo und Damaskus samt ihrer Umgebung, sowie der Regierungsbezirk um Homs im Süden des Landes nahe der libanesischen Grenze. Die geografische Ballung der Christen in strategisch wichtigen Gebieten trägt ganz wesentlich zu ihrer Gefährdung bei.

Betroffene Kategorien von Christen

Vor dem Bürgerkrieg lebten alle vier Kategorien von Christen in Syrien. Aufgrund der gefährlichen Situation im Land haben derzeit praktisch alle ausländischen Christen das Land verlassen. Der Bürgerkrieg hat eine große Anzahl der Angehörigen der anderen drei Kategorien gezwungen, aus dem Land zu fliehen. In Syrien leben Christen der traditionellen Kirchen (überwiegend Syrisch-Orthodoxe und Römisch-Katholische Kirche), ehemalige Muslime, die zum Christentum konvertiert sind und eine kleine Anzahl von Protestanten. Auch einige christliche Flüchtlinge aus dem Irak leben dort. Insgesamt zählt die Gemeinde in Syrien etwa 1,3 Millionen, im Vergleich zu 1,7 Millionen Christen im Jahr 2012.

Betroffene Lebensbereiche

Die syrische Gesellschaft ist durch den Bürgerkrieg derart aus der Spur geraten, dass alle Bürger mit großen Schwierigkeiten kämpfen. Der Krieg und der wachsende Einfluss der islamischen Dschihadisten in der Opposition erhöhen die Gefährdung der Christen, deren Bedrängnis um ihres Glaubens willen in allen Lebensbereichen zugenommen hat.

Christen mit muslimischem Hintergrund erleiden viele Schwierigkeiten, meist durch ihre Familien und Freunde, aber auch von Seiten fundamentalistischer Kämpfer und Söldner. Zwar hat aufgrund des Machtschwunds der Regierung deren Druck auf ehemalige Muslime abgenommen, dafür steigt jedoch die Bedrängnis von Seiten islamistischer Kräfte. Hauptverantwortlich dafür ist die wachsende islamische Radikalisierung, insbesondere in den von den Rebellen kontrollierten Gebieten.

Auftreten von Gewalt

Berichten zufolge wurden viele Christen entführt, körperlich verletzt und getötet. Im Verlauf des Bürgerkrieges wurden viele Kirchen beschädigt oder zerstört, in vielen Fällen vorsätzlich. Am 21. Oktober wurde die überwiegend von Christen bevölkerte Stadt Sadad von islamistischen Streitkräften eingenommen, jedoch am 31. Oktober von der syrischen Armee zurückerobert.

Dabei wurden laut Berichten 45 Zivilisten ermordet und in Massengräber geworfen. "In Sadad ist das größte und grausamste Massaker an Christen in Syrien in den vergangenen zweieinhalb Jahren ge-

[5] Istanbuler Erklärung zur Kirche in Syrien, ausgefertigt von der Religious Liberty Partnership, April 2013, http://www.rlpartnership.org/downloads/statements/RLP_Istanbul_Statement_on_Syria_2013.pdf.

schehen", so der Erzbischof Selwanos Boutros Alnemeh, der Syrisch-Orthodoxe Metropolit von Homs und Hama. "Es ist das größte Massaker an Christen in Syrien und das zweitgrößte im Nahen Osten nach dem Anschlag auf die Sajjidat-al-Nadscha-Kirche im Irak 2010. Wir haben in die Welt hinausgerufen, aber keiner hat uns gehört. Wo bleibt das christliche Gewissen? Wo die menschliche Gesinnung? Wo sind meine Brüder?"

Ende Oktober wurden in Raqqah vor der Griechisch-Katholischen Kirche Mariä Verkündigung Bibeln und andere christliche Literatur verbrannt und von der armenischen Kirche in Tal Abyad wurde von den Kämpfern der ISIS das Kreuz heruntergerissen und angezündet.

Doch inmitten all der Gewalt und Verfolgung gibt es auch Funken der Hoffnung. Obwohl viele Christen das Land verlassen haben oder aus ihren Heimatorten fliehen mussten, wächst die Zahl der Christen im Land und auch der Menschen, die sich in dieser beklagenswerten Bürgerkriegssituation Christus zuwenden. Vor kurzem sagte ein Pastor zu einem Open Doors Mitarbeiter: "Wir haben jahrelang für eine Erweckung gebetet, und jetzt ist sie da! Wir hätten jedoch nie erwartet, dass Gott dies in einem Bürgerkrieg wirkt."

Der Vatikan berichtete, dass am 2. Dezember 12 Nonnen der historisch christlichen Stadt Maaloula entführt wurden, nachdem die Rebellen die Stadt eingenommen hatten. Die Mehrheit der christlichen Bevölkerung ist wahrscheinlich während der Kämpfe zwischen den Streitmächten der Regierung und den Rebellen im September geflohen, zurück blieb vor allem die muslimische Bevölkerung.

Eine Ausnahme bildeten nur die 40 Nonnen des Orthodoxen Mar Takla Konvents, bis 12 von ihnen entführt und zur nahe gelegenen und von Rebellen kontrollierten Stadt Yabroud gebracht wurden.

Ausblick

Der wachsende Einfluss der radikalen Islamisten und der Dschihadisten Gruppen wird auch in Zukunft die religiös motivierte Gewalt und damit die Verfolgung von Christen weiter anheizen und so auch die Bedrängnis der Christen verschlimmern, die ja bereits im Kreuzfeuer stehen. Da religiöse Motive in diesem Bürgerkrieg eine immer größere Rolle spielen, werden Christen wohl auch immer stärker wegen ihres Glaubens Leid ertragen müssen. Obwohl die Beweggründe für Verfolgung gerade in einem komplexen Bürgerkrieg von vielen verschiedenen Aspekten genährt werden, ist dennoch klar, dass sich die Situation der Christen durch den Machtzuwachs der radikalisierten Rebellen weiter verschlechtern wird.

Die Gewalt hat inzwischen unmenschliche Züge angenommen. Und das Schlimmste dabei ist, dass kein Ende in Sicht ist. So beschreibt Nicholas Heras in seinem Bericht die Komplexität der Aufgabe, für die Zeit nach dem Ende des Bürgerkriegs eine existenzfähige politische Lösung für das Land zu finden, was besonders durch die religiös motivierte Komponente in diesem Konflikt erschwert wird.

Die weitere Entwicklung der Vorgänge einzuschätzen, gestaltet sich schwierig, im Fall eines Regierungswechsels werden jedoch Anarchie und Machtkämpfe erwartet. Laut der ‚Intelligence Unit' des ECONOMIST ist selbst nach einer Ablösung von Assad zu befürchten, dass ''…der unorganisierte Zustand der Opposition und die zerrüttete Wirtschaft einen ordnungsgemäßen Übergang unwahrscheinlich machen". Sollte dies zu einer Machtübernahme durch die islamischen Extremisten führen, so wäre es um die Zukunft der Christen und anderer Minderheiten noch schlechter bestellt als heute.

zurück zu Länderübersicht

Platz 4: Irak

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Auf dem Weltverfolgungsindex 2014 von Open Doors steht der Irak erneut auf Platz 4. In diesem Jahr jedoch mit einer etwas höheren Punktezahl: 78 statt 74. Die Lage der Christen in der Mitte und im Süden des Irak ist unverändert schwierig, allerdings entwickelt sich nun auch der Norden zu einem immer gefährlicheren Ort für Christen.

Triebkräfte der Verfolgung

Die stärkste Triebkraft der Verfolgung im Irak ist der Islamische Extremismus. Islamisch extremistische Gruppierungen wollen eine religiöse Säuberung des Irak, das Land soll rein islamisch sein. Seit der US-geleiteten Invasion des Irak 2003 hat sich die Lage beständig verschlechtert, wobei eine anti-westliche (und damit christenfeindliche) Stimmung bei gleichzeitig erheblicher Gewalt durch islamistisch-militante und Gruppierungen von Aufständischen immer weiter zunimmt. Unter dem Einfluss des Bürgerkriegs in Syrien wächst die Anzahl der islamistisch-militanten Gruppen im Norden. Sie sind für die meisten Gewalttaten gegen Christen verantwortlich, denn sie wollen das Land christenfrei machen. Dass die Regierung dies straffrei geschehen lässt, verschärft die Lage.

In der irakischen und kurdischen Regierung gewinnt der Islam aufgrund regionaler Entwicklungen an Bedeutung. Die unter Saddam verbotenen islamistischen Parteien – schiitische und sunnitische – haben heute nicht nur einen Platz in der irakischen Politik, sondern stellen sogar die Mehrheit im Parlament. Etliche schiitische Parteien haben gute Beziehungen zur Islamischen Republik Iran, deren Einfluss im Irak infolgedessen zunimmt. Sie stellt den Islam nun mehr in den Vordergrund und bedrängt die kurdische Regierung, dies ebenfalls zu tun. Christen, insbesondere solche mit muslimischem Hintergrund, berichten bereits von Überwachung durch den iranischen Geheimdienst. Die irakische Gesellschaft insgesamt scheint islamischer zu werden. Das betrifft zum einen die Frauen, die nun den Schleier tragen sollen, zum anderen wird aber auch die Einhaltung des Ramadan kontrolliert. Selbst Christinnen in Bagdad und Mosul sehen sich zum Tragen des Schleiers gezwungen, wenn sie sich außerhalb ihres Hauses sicher bewegen wollen.

In Mosul und Bagdad sowie großen Teilen von Basra (mehr im Süden und in der Mitte, noch nicht im Norden) werden Christen auch zum Verkauf ihrer Häuser gezwungen. Ist das Haus erst verkauft, so informiert der Makler einige Extremisten, die dann jene Christen entführen; die haben ja nun Geld. Oftmals zahlen sie das Lösegeld noch am Tag ihrer Entführung und werden auch freigelassen. So erscheint dies auch selten in den Nachrichten. Allerdings auch, weil Christen aus Furcht vor Vergeltungsaktionen keine Anzeige erstatten.

Mittlerweile hat die Regierung in Kurdistan den Verkauf von Land an Jesiden und Muslime in etlichen vorwiegend von Christen bewohnten Gegenden und Städten angeordnet; bislang war der Erwerb von Land oder Häusern dort den Christen vorbehalten. Infolgedessen werden Moscheen, kurdische Häuser und Kulturzentren nun auf Land gebaut, das ursprünglich Christen gehörte. In einer Stadt hat das Bauministerium den Bau von sechs Wohnungen für Schiiten aus Dörfern der Umgebung angeordnet. Das ähnelt dem Prozess der Arabisierung, der früher von Saddam Hussein an Orten wie Kirkuk durchgeführt wurde. Dieser 'demografische Umkehrprozess' geschieht seit Jahren in vielen mehrheitlich

christlichen Gebieten der kurdischen Region. Wird dieser Trend nicht gestoppt, so werden diese Gebiete nach und nach muslimisch.

Aktuelle Einflüsse

Der Irak hat eine lange Kirchengeschichte. Den heutigen Grenzen nach war Abraham Iraker. Mosul ist der heutige Name der früheren großen Stadt Ninive aus dem Buch Jona. Christen haben eine lange Tradition in irakischen Großstädten wie Bagdad und Mosul. Noch vor einem Jahrzehnt war im Irak eine der größten Christengemeinden des Nahen Ostens beheimatet. Bereits seit zweitausend Jahren leben Christen hier, gegenwärtig jedoch droht ihnen die Auslöschung.

Seit Beginn des Abzuges der US-Truppen aus dem Land hat der Irak unter struktureller Unsicherheit, Konflikten und Instabilität gelitten und dies unter einer Regierung, die weder Rechtsstaatlichkeit noch ein Minimum an Sicherheit zu bieten in der Lage ist. Die Korruption befindet sich auf einem Allzeithoch und religiös motivierte Gewalt scheint nicht enden zu wollen.

Der Irak besteht aus zwei Teilen: der halb-autonomen kurdischen Region im Norden, offiziell von der kurdischen Regionalregierung (KRG) in Erbil regiert, und dem restlichen großen arabischen Teil, kontrolliert von der irakischen Regierung in Bagdad. Dabei haben Kurden und Araber je ihre eigene Sprache und Kultur. Die meisten Ölquellen des Irak befinden sich in der Nähe von Kirkuk und Mosul – im Grenzgebiet zwischen der kurdischen Region und dem arabischen Irak – und die gehören im Irak zu den Orten mit dem höchsten Gewaltaufkommen. Christen stehen hier im Kreuzfeuer zweier unterschiedlicher Kriege: der eine wird geführt um ein autonomes kurdisches Land und der andere mit dem Ziel einer religiösen Säuberung des Irak durch militant-islamistische Gruppierungen, die ein rein islamisches Land wollen. Das Streben der Kurden nach Souveränität – ein Wunsch, den auch drei sunnitische Provinzen des arabischen Irak teilen – könnte sehr wohl einer der destabilisierendsten Faktoren für den Irak sein.

In der jüngsten Vergangenheit haben sich in der kurdischen Region Gemeinschaften von Christen muslimischer Herkunft herausgebildet, ein Hinweis auf eine kleine Zunahme der Anzahl dieser Christen. Leider ersetzen sie nicht die große Anzahl der aus dem Land geflüchteten Christen. Ebenso haben etliche Christen mit muslimischem Hintergrund mittlerweile das Land verlassen.

Leider sind die tiefen ethnischen, politischen und religiösen Streitigkeiten auch in den verschiedenen Denominationen zu spüren, wodurch Spannungen unter Christen zunehmen. Die Errichtung eines assyrischen Staates in der Ninive Ebene beispielsweise ist ein solch kontroverses Thema, das auch zu Problemen mit örtlichen Behörden führen kann. Andererseits lässt Open Doors Mitarbeiter durchblicken, dass es auch Funken der Hoffnung gibt. Die Zusammenarbeit der Pastoren von Christen mit muslimischem Hintergrund nimmt an manchen Orten im Norden zu. Und die mehr traditionellen Gemeinden und Organisationen unterstützen syrische Flüchtlinge ganz praktisch, indem sie Decken, Spielzeug und ähnliches sammeln und an die Flüchtlinge verteilen.

Betroffene Kategorien von Christen

Es gibt im Irak vier Kategorien von Christen. Die drei am schwersten betroffenen Kategorien sind (Reihenfolge ist unbedeutend): Erstens, die traditionellen Gemeinden (Assyrisch-Orthodoxe Kirche, Chaldäisch- bzw. Syrisch-Katholische Kirche, Armenische Kirche), zweitens, die evangelischen bzw. evangelikalen Gemeinden (Ninive-Ebene, Bagdad und Basra) und drittens, die zum Christentum übergetretenen Muslime. Diese einheimischen Christen müssen mit Verfolgung oder Diskriminierung zumeist vonseiten der Behörden, nicht-christlicher religiöser Führer und fanatischer Bewegungen rechnen. Christen mit muslimischem Hintergrund und in gewissem Maße auch evangelikale Christen erleiden Bedrängnis durch die eigene (Groß-)Familie.

Die Gemeinde der christlichen Ausländer steht zunehmend unter der Beobachtung der Behörden. Als im März 2012 ein christlicher amerikanischer Lehrer in Sulaymaniyah getötet wurde, erwog das KRG-Parlament ernsthaft, christliche Aktivitäten und die Anstellung von Englischlehrern aus dem Ausland einzuschränken. Manche bezeichneten alle westlichen Arbeitskräfte als Missionare, eine schwerwiegende Anschuldigung gegenüber allen Ausländern. Infolgedessen müssen nun alle Englischlehrer vor Erhalt einer neuen Aufenthaltserlaubnis eine strenge Sicherheitsprüfung durchlaufen. Alle anderen Ausländer müssen nun regelmäßig aktualisierte Sicherheiten vorweisen, beispielsweise einen Bürgen.

Betroffene Lebensbereiche

Der Druck (squeeze) auf Christen ist im Irak in allen Lebensbereichen hoch. Beispiele: Laut Verfassung des Irak genießt jeder Bürger Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit. Allerdings ist die Scharia Hauptquelle der Rechtsprechung, wonach Muslimen der Wechsel zu einer anderen Religion verboten ist. Rein rechtlich können sich Konvertiten weg vom Islam also nicht auf Religionsfreiheit berufen, die Änderung der Religionsbezeichnung in ihrem Personalausweis ist nicht möglich. Das hat dann auch Auswirkung auf ihre Kinder, die automatisch die Religionszugehörigkeit ihres Vaters erhalten. Sie werden als Muslime registriert, auch wenn ihr Vater nun Christ (mit muslimischem Hintergrund) ist.

Christen sind ein leichtes Ziel für Entführer, da sie in der Minderheit sind. Sie gehören weder zu einem Stamm, der sie beschützt, noch setzen sie sich kaum mit Gewalt zur Wehr. Aussagen irakischer Christen zufolge spielen dabei neben dem finanziellen Profit auch religiöse Motive eine Rolle. Viele Christen verbergen dennoch ihre christliche Identität nicht und sind willens, für Christus zu leiden. Insgesamt jedoch scheint die Kirche der gewalttätigen Aggression zu unterliegen: Es gibt Eheprobleme und Kinder werden von Eltern misshandelt, die ihr Leid mit Alkohol und Drogen zu lindern versuchen. Die geistlichen Leiter fühlen sich inmitten all dieser Nöte überfordert, dies umso mehr, da sie ganz oben auf der Abschussliste der Extremisten stehen. Viele von ihnen sind entweder geflohen oder wurden getötet, der Kirche fehlt es an fähigen Leitern.

Die in die kurdische Region im Norden geflüchteten Christen werden oft von den Beamten dort diskriminiert. Außerdem sprechen viele aus Mosul oder Bagdad geflohene irakische Christen (nur) Arabisch und finden kaum christliche Gemeinschaften mit Gottesdiensten in ihrer Sprache, da die meisten traditionellen Kirchen der KRG und der Region um Ninive die ursprünglichen Sprachen wie Chaldäisch oder Assyrisch verwenden. Der Mangel an Priestern und Gemeindemitgliedern – viele sind ausgewandert - in manchen Kirchengemeinden des Zentral- und Südirak ist eine weitere beunruhigende Entwicklung, mancherorts werden nun Kirchengebäude zum Verkauf angeboten.

Auftreten von Gewalt

Lokale Quellen melden, dass Angriffe auf einzelne Christen sowie Drohungen gegen sie im Jahr 2013 zugenommen haben. Einem Beamten in Mosul zufolge wird alle zwei bis drei Tage ein Christ entweder getötet, entführt oder misshandelt. Die Sicherheitslage der Christen im Nordirak verschlechtert sich weiter. Anschläge auf christliche Dörfer und einzelne Christen geben ihnen das Gefühl, dass sie nun auch im Norden nicht mehr sicher sind. Der Ausbruch von etwa 500 Gefangenen, denen Verbindung zu Al Kaida nachgesagt wird, hat den Eindruck einer schwachen und unfähigen Regierung verstärkt, die terroristischen Organisationen ausgeliefert ist. Im Frühjahr 2013 griffen beispielsweise Kurden im Zuge der Islamisierung christlicher Gebiete ein christliches Dorf an. Das war nur ein Angriff von vielen, jedoch der einzige, der auch die Öffentlichkeit erreichte.

Im Zentral- und Südirak ist die Lage so schlimm wie zuvor. Christen in Bagdad können ihre Häuser nicht verlassen, da es für sie auf der Straße zu gefährlich ist. 2013 kam es zu etlichen Tötungsdelikten an Christen. Im Januar wurde einer christlichen Lehrerin in Mosul die Kehle durchschnitten. Dies ge-

schah in einem Zeitraum voll von religiös motivierter Gewalt und Kriminalität, ob hier religiöse Motive zugrunde lagen, ist fraglich. Die Tötungsart und die Tatsache, dass das Opfer eine Christin war, lassen zumindest vermuten, dass der Mord gezielt und aus islamistisch-extremistischen Motiven geschah.

Im Februar 2013 wurde die Wagenkolonne eines christlichen Ministers Ziel eines Bombenattentats. Dabei wurde sein Leibwächter, ebenfalls Christ, verletzt. Zu den Anschlägen und Vorfällen von Gewalt aus jüngerer Zeit gehören Angriffe auf Geschäfte von Assyrern sowie auf eine Kirche in Bagdad im Juni 2013. Ebenfalls im Juni wurde in der kurdischen Region die christliche Stadt Jami Rabatki in der Provinz Dohuk angegriffen. Der Juni 2013 – der Monat des Ramadan – war ein außerordentlich blutiger Monat, wohingegen die Zeit des Ramadan normalerweise eher ruhig ist. Das hat die christliche Gemeinde im Land sehr beunruhigt.

Am 3. September wurden assyrische Christen im kurdischen Dashtak attackiert. Die Assyrer waren aus einem anderen Dorf geflohen, in dem Kurden und Türken sich gegenseitig bekämpften. Unter den Angreifern waren auch kurdische Polizeibeamte, die Dorfälteste schlugen und beleidigten, die zu vermitteln versuchten.

Mehr als 50 Personen wurden verletzt, als am 22. September vor dem Haus eines bekannten assyrisch-christlichen Politikers in Kirkuk eine Autobombe explodierte. Der Politiker kam zwar bei diesem offensichtlichen Selbstmordattentat nicht zu Schaden, jedoch seine Frau und seine Söhne.

Von den mehr als 1,2 Millionen Christen zu Beginn der 1990er Jahre sind nur noch etwa 330 000 im Land. Viele sind wegen der massiven gegen sie gerichteten Gewalt entweder ins Ausland (Jordanien, Libanon und Syrien) oder in die nördliche kurdische Region geflohen; dazu zählen Anschläge auf Kirchen, Entführungen, Morde, Raub, Vergewaltigungen und Bedrohungen. Flüchtlinge in die Kurdenregion werden jetzt als Binnenflüchtlinge betrachtet. Dort erwartet sie hohe Arbeitslosigkeit, unzureichende Wohnmöglichkeiten und aufgrund von Registrierungsproblemen und Diskriminierung durch Behörden auch noch die Schwierigkeit, eine Schule oder Universität für ihre Kinder zu finden, von angemessener ärztlicher Versorgung und monatlicher Lebensmittelzuteilung ganz zu schweigen. Nun fliehen die Christen wegen der Anschläge im September und Oktober sowie der sich ständig verschlechternden Lage auch aus dem Nordirak. Der für das Land zuständige Mitarbeiter von Open Doors ergänzt: "An jedem Tag verlassen zwei oder drei Familien Bagdad, um in den Westen auszuwandern."

Ausblick

Dass sich die Sicherheitslage der Christen nun auch in der bislang relativ freien autonomen kurdischen Region aufgrund des zunehmenden Islamischen Extremismus verschlechtert, ist kein gutes Zeichen. Analysten sehen hinter dem wachsenden Islamischen Extremismus das Abdriften des Irak in den Einfluss des Iran, während die Vereinigten Staaten an Gewicht im Land verlieren.

In ihrer Vorschau für die Jahre 2014 - 2018 erwartet die ‚Intelligence Unit' des ECONOMIST „eine höchst instabile politische Lage im Irak. Die Gewalt hat seit April ihr höchstes Maß seit 2008 erreicht. Die Schwäche der Nationalen Einheitsregierung in Verbindung mit der immer autoritäreren Haltung des Premierministers wird die andauernden Konflikte zwischen den verschiedenen Gemeinschaften des Irak verschärfen. Spannungen zwischen dem arabischen Teil und der Kurdischen Regierung werden bestehen bleiben, da das vorgesehene Referendum über die Zukunft der Provinz Kirkuk sowie etlicher anderer umstrittener Gebiete weiter hinausgezögert wird. Die politische Bühne des Irak bleibt instabil, da die Autorität der Zentralregierung von militanten Gruppen bedroht wird. Es besteht die Gefahr, dass religiös motivierte Gewalt eskaliert und zu einer De-facto-Spaltung zwischen den Religionsgemeinschaften des Irak führen könnte." Diese Schwäche des Staates könnten aufständi-

sche Gruppierungen ausnutzen, um ihre Machtbasis zu vergrößern, was die Lage der Christen noch schwieriger machen würde. Der Exodus der Christen bedeutet den Verlust von Vielfalt in der irakischen Gesellschaft und auch den Verlust von Toleranz zwischen den unterschiedlichen Gruppierungen. Eine Zunahme an Intoleranz in Verbindung mit einer mehr und mehr gespaltenen irakischen Gesellschaft verheißt für die (religiösen) Minderheiten im Irak nichts Gutes.

zurück zu Länderübersicht

Platz 5: Afghanistan

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit einer Wertung von 78 Punkten liegt Afghanistan auf Platz 5 des Weltverfolgungsindex (WVI) 2014. 2013 rangierte das Land bei 74 Punkten auf dem 3. Rang. Die höhere Punktwertung bei gleichzeitig niedrigerer Platzierung liegt darin begründet, dass andere der 10 Höchstplatzierten WVI Länder auf noch mehr Punkte kamen. In den zurückliegenden Jahren hat sich die Lage der Christen immer mehr zugespitzt, während die Regierung sich ähnlich wie die Mehrheit der Gesellschaft einer strengen Form des Islams zugewendet hat. Parallel dazu entwickelte sich eine klare Ablehnung gegen alles Christliche, so dass Christen tief in den Untergrund gedrängt wurden.

Triebkräfte der Verfolgung

Die wesentliche Triebkraft der Christenverfolgung in Afghanistan ist „Islamischer Extremismus“, hinzu kommen in geringerem Maße die Faktoren „Exklusives Stammesdenken“ und „Systematische Korruption“.

Islamischer Extremismus: „Als Satan auf die Erde fiel, fiel er in Kabul“ ist ein häufig zitiertes islamisches Sprichwort. Alle afghanischen Christen haben eine islamische Herkunft. Sobald bekannt wird, dass jemand den christlichen Glauben angenommen hat, muss der oder die Betroffene mit massivem Druck durch die Gesellschaft und seine Familie rechnen. Das Spektrum reicht von diversen Formen der Diskriminierung über offene Feindseligkeit bis hin zu gewaltsamen Übergriffen durch Menschen aus dem familiären Umfeld, dem Freundeskreis oder der Dorfgemeinschaft. In aller Regel geht der Impuls dazu von islamischen Geistlichen aus, auch örtliche Behörden können beteiligt sein. Die Konvertiten werden hart bedrängt, ihrem neuen Glauben abzusagen. Wer sich entschließt, dem Islam den Rücken zuzukehren, gilt als „Abtrünniger“ und begibt sich damit in eine höchst gefährliche Lage, wie auch der jüngste Aufruf des Parlamentariers Nazir Ahmad Hanafi verdeutlicht: Er plädierte dafür, solche Bürger hinzurichten.

Exklusives Stammesdenken: Wie bereits erwähnt, gelten der eigene Stamm und seine Mitglieder für einen Afghanen mehr als das Heimatland. Die Menschen haben eine sehr tiefe Verbindung zu ihren Familien, Dörfern, Stämmen und dem eigenen Volk. Wer es wagt, sich von seinem Stamm und den jahrhundertealten Werten abzuwenden, um sie gegen etwas Neues und möglicherweise sogar Ausländisches einzutauschen, setzt sich damit unweigerlich einem enormen Druck aus, zur Tradition zurückzukehren. Gibt die Person diesem Druck nicht nach, wird sie als Verräter aus der Gemeinschaft

ausgeschlossen. Das gilt für alle „Abweichungen“, ganz besonders aber für den Fall, dass jemand beschließt Christ zu werden. Der christliche Glaube gilt bis heute als Religion des Westens und damit als Bedrohung für die afghanische Kultur, Gesellschaft und den Islam.

Systematische Korruption: Die Korruption grassiert in Afghanistan, wo Bestechungsgelder im Umgang mit Behörden an der Tagesordnung sind. Christen sind davon unmittelbar betroffen, da sie Teil der armen Bevölkerungsmehrheit sind. Afghanistan ist außerdem als größter Mohnproduzent der Welt bekannt. Der Drogenanbau und -handel gehören nach wie vor zu den bedeutendsten Wirtschaftsfaktoren des Landes, und wer sich den Drogenbaronen in den Weg stellt, wird aus dem Weg geräumt. Das betrifft Christen zwar nicht mehr als andere, zumal sie nicht als solche erkennbar sind. Sie haben es jedoch wegen ihres Glaubens noch schwerer, sich diesem System zu entziehen oder Hilfe bei dritten Personen zu suchen.

Aktuelle Einflüsse

Im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen im Mai 2014 wägen potentielle Kandidaten ihr politisches Gewicht, bilden Allianzen und beäugen Rivalen. Alle diese Anstrengungen werden zu keinen entscheidenden Weichenstellungen für eine friedliche Weiterentwicklung des Landes führen; eine besorgniserregende Tendenz zeichnet sich jedoch schon ab: Die Taliban gewinnen zusehends an Stärke und Einfluss. Das Vorgehen der jetzigen Regierung, inhaftierte Taliban ohne weitere Prüfung und ohne Berücksichtigung ihrer Vergehen zu entlassen, stößt im Land auf starke Kritik, zumal viele von ihnen sich umgehend dem Aufstand gegen die Regierung anschließen. Zurzeit scheinen die Taliban ihr Augenmerk besonders auf Frauen in hohen politischen Ämtern bzw. den Sicherheitsbehörden zu richten. Sie oder Menschen aus ihrer Verwandtschaft werden häufig Opfer von Entführungen und Morden.

Es passt zu diesen Beobachtungen, dass die Friedengespräche mit den Taliban ohne Ergebnis beendet wurden. Was nach dem endgültigen Abzug der Truppen aus Afghanistan geschehen wird, wieviel Macht und Entschlossenheit etwa der neue Präsident aufbringen kann und welche Allianzen er eingehen wird, bleibt abzuwarten.

Betroffene Kategorien von Christen

In Afghanistan leben zwei Kategorien von Christen: Einige kleine Gruppierungen ausländischer Christen sowie eine Reihe einheimischer Christen muslimischer Herkunft, die tief in den Untergrund gedrängt werden.

Obgleich die einheimischen Konvertiten die Hauptlast der Verfolgung tragen, müssen auch die Ausländer sehr vorsichtig und besonnen agieren. Bemerkenswert ist, dass selbst im Ausland lebende Konvertiten öffentlich bedroht werden. Dadurch lässt sich leicht erklären, warum im Land befindliche christliche Gruppierungen ihren Glauben so verborgen halten.

Betroffene Lebensbereiche

Afghanische Christen stehen in allen Lebensbereichen unter enormem Druck. Der nicht ganz so hohe Wert im Bereich des „Lebens im Staat“ ist eher auf einen Mangel an Information zurückzuführen, da Christen wie erwähnt im Land nicht als solche erkennbar sind, als auf einen geringeren Druck. Nicht einmal für ausländische Christen existiert eine öffentliche Kirche. Da Bekehrung als ein Akt des Abfalls (vom „wahren Glauben“) gilt und mit Verrat gleichgesetzt wird, halten die Betroffenen ihre Entscheidung streng geheim. Beten oder singen ist für Christen ebenso ein Wagnis wie die Aufbewahrung von christlichem Material –alles was sie in Verbindung mit dem christlichen Glauben bringt,

bedeutet höchste Gefahr. Auch Kinder von Konvertiten leben ein Leben der Geheimhaltung und müssen beständig auf der Hut sein, was sie wem sagen.

Auftreten von Gewalt

Das Niveau der Gewalt in Afghanistan hat im Jahresvergleich abgenommen. So wurde im aktuellen Berichtszeitraum niemand wegen seines oder ihres Glaubens getötet. Auch der Rückzug zahlreicher Hilfsorganisationen aus dem Land hat zu dieser Entwicklung beigetragen, da schlicht weniger potentielle Ziele von Gewalt übrig geblieben sind. Einige Christen haben Übergriffe durch ihre Familien erlitten, andere mussten das Land verlassen. Afghanistan ist eines der besten Beispiele für einen derartig hohen, konstanten Druck, dass es keiner weiteren punktuellen Gewalt bedarf, um die Christen noch weiter in den Untergrund zu drängen.

Ausblick

Mit einer Verbesserung der Situation der Christen ist zurzeit nicht zu rechnen. Der für 2014 geplante Abzug der internationalen Truppen wird eine neue Phase einläuten, in der das herrschende Regime sowohl die Bedrohung durch die Taliban beherrschen als auch die Spannungen zwischen den ethnischen Gruppierungen im Land ausbalancieren muss. Im April 2014 werden Präsidentschaftswahlen stattfinden, was höchstwahrscheinlich zu verstärkter Unsicherheit und Instabilität führen wird. Hinzu kommt eine unberechenbare Lage in Nachbarstaaten wie Pakistan, die ebenfalls Auswirkungen auf Afghanistan haben wird.

Angesichts des extremen Druckes und der alle Lebensbereiche umfassenden Geheimhaltung, in der die christliche Minderheit lebt, ist eine weitere Verschlechterung ihrer Lage kaum vorstellbar. Zieht man jedoch die oben erwähnten Faktoren und ihre Auswirkung auf die bereits herrschende Instabilität in Betracht und bedenkt zudem die engmaschige, durch den Staat geförderte soziale Kontrolle, wird die christliche Gemeinde wohl bis auf weiteres im Untergrund bleiben müssen. Der mutmaßlich wachsende Einfluss von Ländern wie Pakistan, Iran und Saudi Arabien, die einer extremistischen Auslegung des Islam zuneigen, dürfte die Lage der Christen schwerlich verbessern.

zurück zu Länderübersicht

Platz 6: Saudi-Arabien

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Auf dem Weltverfolgungsindex 2014 belegt Saudi Arabien mit 78 Punkten Rang 6. Im vergangenen Jahr nahm das Land mit 75 Punkten Rang 2 ein. Es scheint paradox: das Land sinkt in der Platzierung trotz steigender Punktzahl. Deutlich wird dadurch zumindest eines: die Situation im Land hat sich nicht verbessert. Insgesamt hat sich die Punktzahl bei vielen Ländern erhöht, ganz besonders unter den ersten 10 Ländern. Daraus erklärt sich die niedrigere Platzierung trotz höherer Punktezahl. Seit bereits zehn Jahren nimmt Saudi Arabien auf dem Weltverfolgungsindex einen Platz unter den ersten 10 Ländern ein.

Triebkräfte der Verfolgung

Die Haupttriebkraft der Verfolgung ist der „Islamische Extremismus“. Das Wüstenkönigreich wacht über die heiligen Städte Mekka und Medina (Geburts- und Begräbnisstätte von Mohammed, dem Propheten des Islam) und ist geprägt durch den Wahhabismus, eine puristische und strenge Auslegung des Islam. Demnach dürfen andere Religionen ihren Glauben nicht öffentlich praktizieren. Das Königreich ist ein Nährboden für Extremismus, dazu kommen vielerorts Arbeitslosigkeit und Unzufriedenheit der jungen Generation, die Schere zwischen Arm und Reich öffnet sich immer weiter. Im eigenen Land bekämpft die saudische Regierung den Terrorismus, denn der könnte zu einer Bedrohung für die königliche Familie werden. In anderen Ländern dagegen ist Saudi Arabien der Hauptsponsor des sunnitischen Terrors weltweit. Das Rechtssystem des Königreichs gründet auf der islamischen Rechtsprechung, der Scharia. Apostasie – die Hinwendung zu einer anderen Religion – kann mit dem Tode bestraft werden, wenn der Konvertit seine Bekehrung nicht widerruft.

Aktuelle Einflüsse

Vor Jahrhunderten hatte Saudi Arabien eine große christliche Bevölkerung und es gab Kirchen mit Geistlichen und auch Synagogen. Während der Eroberungszüge des Islam vom 7. bis 10. Jahrhundert wurden Juden und Christen aus dem Land vertrieben oder gezwungen, zum Islam zu konvertieren. Heute sind öffentliche christliche Gottesdienst in Saudi Arabien verboten und die Staatsbürger dürfen nur dem Islam folgen. Dennoch versammeln sich ausländische Christen in privaten Räumlichkeiten.

Das PEW Forschungsforum nennt Saudi Arabien als eines der 18 Länder (9.1 Prozent) mit “sehr starker” Einschränkung der Religionsfreiheit durch die Regierung, insbesondere deswegen, weil Religionsfreiheit weder in der Verfassung noch im Grundgesetz genannt wird. Saudi Arabien ist zwar einer der wichtigsten Verbündeten des Westens im Nahen Osten, belegt aber auch ein “sehr hoch” auf dem Social Hostilities Index (feindselige Einstellungen in der Gesellschaft) des PEW Forum, weil es zu den 15 Ländern (7,6 Prozent) gehört, in denen Vorbehalte gegen andere Religionen in den meisten Teilen der Gesellschaft sehr stark verbreitet sind.

Betroffene Kategorien von Christen

Die meisten der in Saudi-Arabien lebenden Christen sind Ausländer, die vorübergehend im Land arbeiten. Viele kommen aus Indien und den Philippinen, andere aus Afrika und dem Westen. Die asiatischen und afrikanischen Gastarbeiter werden nicht nur ausgebeutet und schlecht bezahlt, sie sind auch regelmäßig körperlicher und verbaler Gewalt ausgesetzt, vor allem ihres christlichen Glaubens wegen. Sklaverei an sich ist seit 1962 in Saudi Arabien illegal, und doch hat der Arbeitgeber - auch Sponsor genannt - eine große Macht über die Gastarbeiter, die er nach alter Denkweise „besitzt”. Ausländischen Dienstboten wird sogar Vergewaltigung angedroht, sollten sie nicht zum Islam konvertieren. Dennoch gibt es immer wieder Berichte von Gastarbeitern, die sich für den christlichen Glauben entscheiden. Oft kommen sie als nominelle Christen, Muslime oder Hindus aus ihren Heimatländern, aber während ihres Aufenthaltes auf der Arabischen Halbinsel entscheiden sie sich bewusst, Jesus nachzufolgen. Dadurch wachsen die Gemeinschaften der ausländischen Christen.

Es gibt auch Konvertiten aus dem Islam im Land, die jedoch ihren Glauben an Gott streng geheim halten. Viele von ihnen antworten auf vom Satellitenfernsehen ausgestrahlte christliche Programme, andere werden Christen, nachdem Gott sich ihnen in einer Vision oder einem Traum offenbart hat. Einige Konvertiten bezeugten, dass sie in dem aufrichtigen Wunsch Gott zu gehorchen, auf der Hadsch – der islamischen Pilgerreise nach Mekka –eine göttliche Offenbarung erhielten, die sie auf Jesus verwies. Das Internet spielt ebenfalls eine wichtige Rolle, denn dadurch erhalten Einheimische

Zugang zu christlichen Materialien. Allerdings ist die Nutzung des Internets in Saudi Arabien streng kontrolliert und geregelt.

Die kleine Anzahl der Christen in Saudi Arabien, die früher Muslime waren (MBBs), wächst und sie werden immer mutiger ihren Glauben weiterzugeben, auch im Internet und in christlichen Fernsehprogrammen. In der jüngsten Vergangenheit hat dieses öffentliche Zeugnis ablegen über den Glauben zu ernsten Schwierigkeiten mit den Familien oder Behörden geführt.

Betroffene Lebensbereiche

Im Grundgesetz und in der Verfassung des Königreiches wird Religionsfreiheit nicht erwähnt und die Gesellschaft lehnt andere Religionen als den Islam stark ab. Das Rechtssystem gründet auf der Scharia, der Wechsel zu einer anderen Religion wird demnach mit dem Tode bestraft. Auch ist es illegal, Muslime zu evangelisieren sowie christliche Literatur, Bibeln und andere nicht-islamische Literatur zu verteilen. Ehemalige Muslime, die Christen geworden sind, stehen in großer Gefahr, Opfer eines „Ehrenmordes“ vonseiten ihrer Familien oder eines Mitglieds der Kommune zu werden, sobald ihr Glaube bekannt wird. Einige sind daher aus dem Land geflohen. Gastarbeiter werden von ihren Arbeitgebern, die immer noch sehr viel Macht über ihre Mitarbeiter haben, beschimpft sowie körperlich und sexuell missbraucht.

Obwohl die Regierung das Recht der Nicht-Muslime, ihren Glauben privat auszuleben, anerkennt, respektiert die „Mutawa” - das ist die Religionspolizei - dieses Recht oft nicht. Die Mutawa ist nicht direkt der Regierung unterstellt, sondern berichtet direkt dem König. Und da das Gesetz nicht detailliert festgeschrieben ist, bleibt die Regelung der Religionsausübung sehr vage und die Ausübung orientiert sich eher an offiziellen Ansagen in den Medien.

Auch die Versammlungsfreiheit ist durch die strikte Trennung der Geschlechter stark eingeschränkt, sie verbietet Männern und Frauen aus verschiedenen Familien, sich gemeinsam im selben Raum aufzuhalten, zum Beispiel um privat Gottesdienst zu feiern. Tun sie es doch, so riskieren sie ihre Verhaftung, werden in kompromittierender Weise körperlich durchsucht, ins Gefängnis gesteckt, ausgepeitscht, deportiert und manchmal sogar getötet.

Auftreten von Gewalt

2013 führten Polizei und Religionspolizei Razzien in einigen Gemeinschaften ausländischer Christen durch. Dabei wurden mehrere Dutzend Besucher verhaftet, wer eine abgelaufene Aufenthaltsgenehmigung hatte, musste das Land verlassen. Selbst einige mit gültigen Dokumenten wurden ausgewiesen, obwohl sie eine Zusage ihrer Arbeitgeber hatten, dass sie wieder an ihren Arbeitsplatz zurückkehren könnten. Entscheidend ist jeweils die Einstellung der örtlichen Behörde, dies umso mehr, wenn man weiß, wie das Rechtssystem funktioniert. Es gibt kein festgeschriebenes Recht, die jeweilige Anwendung der Gesetze hängt von der lokalen Interpretation der Scharia ab, mit einigen Leitlinien der Nationalregierung als Orientierungshilfe.

So wurden beispielsweise zwei Männer für schuldig befunden, sie hätten eine saudische Frau zum Glaubenswechsel geführt. Die Frau jedoch streitet eine Bekehrung ab. Dennoch wurden die Männer zu mehreren Hundert Peitschenhieben und einigen Jahren Gefängnis verurteilt. Beide legten gegen diesen Urteilsspruch Berufung ein.

Obwohl aus jüngster Zeit keine Berichte darüber vorliegen, dass saudische Bürger wegen Apostasie angeklagt und zum Tode verurteilt wurden, ist das Risiko für sie, außerhalb der Gerichtsbarkeit ermordet zu werden, ziemlich hoch.

Ausblick

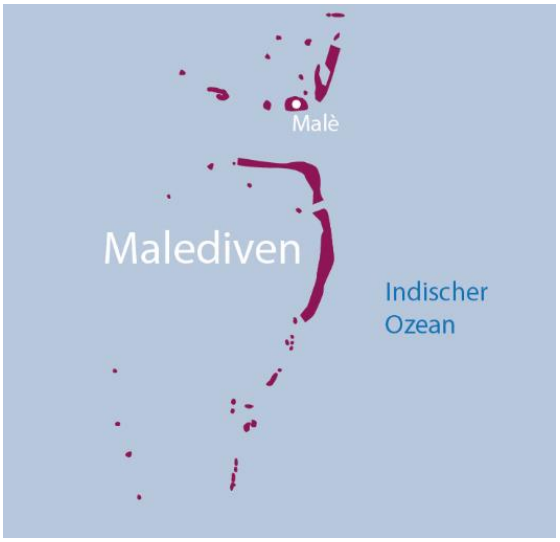
Es ist schwer vorhersehbar, wie sich die Situation der Christen in Saudi Arabien entwickeln wird. Da sich die politische und wirtschaftliche Situation auf absehbare Zeit kaum verändern wird, ist auch eine Verbesserung der Lage der Christen unwahrscheinlich. Dennoch nimmt die Anzahl der Christen mit muslimischem oder anderem religiösen Hintergrund zu und damit auch ihr Mut, ihren neuen Glauben weiterzugeben. Dass sie dafür noch stärker verfolgt und unterdrückt werden, steht zu befürchten.

Langfristig sind einige Veränderungen zu erwarten: König Abdullah bin Abdul al-Saud ist 89 und ein Machtwechsel in den nächsten Jahren gilt als sehr wahrscheinlich. Im Vergleich zu seinen Vorgängern wird der derzeitige König bemerkenswerterweise als relativ unvoreingenommen eingeschätzt. Unter seiner Herrschaft fanden einige weniger auffällige Verbesserungen statt. Und trotzdem wächst die Kluft zwischen der zahlreichen jungen Bevölkerung und dem vergreisten Monarchenhaus. Die Mehrheit der Bevölkerung ist jünger als 30 und die Jugendkultur hat sich unter dem Einfluss von Satelliten TV und Internet mit seinen Social Media radikal verändert. Sie sehnen sich nach mehr Freiheit, insbesondere für Frauen, und lehnen die Einschränkungen durch die Religionspolizei völlig ab. Dazu kommt die hohe Jugendarbeitslosigkeit, die zu weit verbreiteter gesellschaftlicher Unzufriedenheit führt. Der Reichtum einer kleinen Elitegruppe gegenüber der Armut eines großen Teils der Bevölkerung verschärft die Spannung noch. Kurzfristig werden diese Faktoren keine große Instabilität auslösen, in zwei Jahrzehnten jedoch kann die Lage im Land bereits völlig anders aussehen.

zurück zu Länderübersicht

Platz 7: Malediven

Position auf dem Weltverfolgungsindex



Mit 77 Punkten rangieren die Malediven auf Platz 7 des Weltverfolgungsindex 2014. Im Jahr 2013 standen die Malediven mit 74 Punkten auf der 6. Position. In den letzten Jahren hat sich an der Stellung der sehr kleinen christlichen Gemeinde nichts Wesentliches verändert, weder für die Gruppe der Ausländer noch für die einheimischen Gläubigen. Im Gegenteil: Islamische Rhetorik und der damit einhergehende Druck nehmen zu. Seit über 10 Jahren rangieren die Malediven bereits unter den ersten 10 Ländern des WVI. Die Drohung, Konvertiten ihre Staatsbürgerschaft zu entziehen, ist weltweit einzigartig und trägt zu der dauerhaft hohen Einstufung bei.

Triebkräfte der Verfolgung

Die wesentliche Triebkraft der Christenverfolgung in den Malediven ist „Islamischer Extremismus“.

Islamischer Extremismus: Die islamische Regierung betrachtet sich selbst als Beschützerin des Islams und hat eine Reihe von Gesetzen erlassen, die es einem Malediver im Grunde genommen verbieten, zu einem anderen Glauben überzutreten. Bei Zuwiderhandlung drohen harte Konsequenzen einschließlich des Verlusts der Staatsbürgerschaft. Malediver zu sein gilt als gleichbedeutend damit, Muslim zu sein. Dies lässt keinen Raum für irgendeine Abweichung in Richtung anderer Glaubensrich-

tungen oder die generelle Ablehnung des Glaubens. Offiziell gibt es keine maledivischen Christen, bestenfalls im Land wohnende ausländische Christen. Angetrieben wird diese Entwicklung durch Geld und Ideologien aus dem Ausland. Ein Beispiel hierfür war die Ankündigung des Übergangspräsidenten Hassan im Jahr 2012, auf dem Gebiet der Bildung künftig enger mit dem Iran zu kooperieren. Im Juli 2012 startete der erste islamische Fernsehkanal, der mutmaßlich aus dem Ausland finanziert wurde.

Aktuelle Einflüsse

Die Malediven suchen noch nach ihrer Rolle in der Welt und haben Mühe, nicht von bilateralen oder internationalen Beziehungen erdrückt zu werden. Eine der wichtigsten Fragen ist das Verhältnis zu Indien: Einer der Gründe für die Amtsenthebung von Präsident Nasheed hatte mit dem internationalen Flughafen der Inselhauptstadt Malé zu tun. Dieser Flughafen hatte Erweiterungsbedarf. Ein indisches Unternehmen erhielt den Zuschlag für die Ausführung, der jedoch für ungültig erklärt wurde, als Nasheed sein Amt niederlegen musste.

Für jedes Problem im Land wird der Islam als einzige Lösung propagiert. Der maledivische Oberrichter Ahmed Faiz Hussein übte beispielsweise Kritik an einer schweigenden Demonstration einiger weniger Bürger für religiöse Toleranz am 10. Dezember 2011, dem internationalen Menschenrechtstag. Nach seinen Worten hat dies „die Nation schockiert“ und sei ein Hinweis auf eine Schwächung des islamischen Glaubens im Land gewesen. Als die Malediven im November 2011 zum ersten Mal Gastgeber des Gipfeltreffens der Südasiatischen Vereinigung für regionale Kooperation (SAARC) waren, kam es zu einem Zwischenfall: Ein mutmaßlich von Anhängern des früheren Präsidenten Gayoom angeführter Mob zerstörte eine Fahne mit einer Malerei von Jesus, die das Christentum als eine der Religionen Südasiens darstellen sollte.

Betroffene Kategorien von Christen

Die Christen auf den Malediven teilen sich auf in eine Gruppe ausländischer und eine sehr kleine Gruppe einheimischer Christen. Während beide Gruppen in ihrer Glaubens- und Anbetungsfreiheit stark eingeschränkt sind, können sich ausländische Christen, sofern sie in der Hauptstadt leben, zumindest in Botschaftsgebäuden versammeln. Maledivische Christen haben überhaupt keine Freiheiten. Sie sind Opfer aller Arten der Verfolgung und werden tief in den Untergrund getrieben.

Betroffene Lebensbereiche

Maledivische Christen erleben einen enormen Verfolgungsdruck in jedem Lebensbereich. Es besteht eine umfangreiche gesellschaftliche Kontrolle, mit der jeder Einzelne überwacht wird, um jedes Abweichen vom Pfad des Islams umgehend zu korrigieren. Da die Einwohnerdichte außerordentlich hoch ist, gibt es praktisch keine Privatsphäre. Dieser Druck spiegelt sich auch im Bereich der Familie und dem gesellschaftlichen Umfeld wider. Infolgedessen gibt es auf den Malediven keine kirchlichen Versammlungen und Gebäude. Die wenigen maledivischen Christen ergreifen alle denkbaren Vorsichtsmaßnahmen, um ihre Entdeckung zu vermeiden.

Auch im staatlichen und kirchlichen Bereich ist der Druck hoch. Die im September 2011 erfolgte Änderung des bestehenden Religionsgesetzes („Protection of Religious Unity Act“) zeigt ein zunehmendes Festhalten am Islam. Dem Gesetz zufolge muss jedermann vermeiden, gegenüber Angehörigen anderer Religionen Hass zu erzeugen. Was zunächst gut klingt, verstärkt in der Realität die gegenwärtige Politik der Regierung, die den Islam als untrennbaren Bestandteil der nationalen kulturellen Identität festschreibt. Es bestätigt zudem erneut die Gesetzgebung, welche die Ausübung anderer Religionen als des Islams verbietet. In einem Kommentar seitens des unabhängigen Nachrichtendienstes Minivan News zum Religious Unity Act wurde erwähnt, dass die Vorschriften den deutlichs-

ten Hinweis auf die offizielle Richtung geliefert haben, in die sich das Land gegenwärtig bewegt: der Deobandi-Islam, die Religion der Taliban. Die offizielle Einfuhr von Schriften und christlicher Literatur ist unmöglich. Selbst Touristen haben von Schwierigkeiten berichtet, in die sie gerieten, weil sie ihre persönliche Bibel bei sich hatten.

Auftreten von Gewalt

Wie bereits erwähnt ist das Gewaltniveau nicht sehr hoch. Christen befinden sich tief im Untergrund, da sie ihnen die Folgen einer Entdeckung sehr bewusst sind. Die Malediven sind ein gutes Beispiel für ein Land, in dem der generell herrschende Druck so ungeheuer hoch ist, dass keine zusätzliche Gewalt erforderlich ist, um Christen zu unterdrücken. Einige Christen mussten nach ihrer Entdeckung ins Ausland fliehen. In einem Fall wurde eine Ehefrau schwer geschlagen und misshandelt, als ihr Mann von ihrer Bekehrung erfuhr.

Ausblick

Gerade jetzt ist die Entwicklung in Richtung mehr Demokratie auf den Inseln in Gefahr. Beim ersten Wahlgang im September 2013 stimmte die Wählerschaft für Mohammed Nasheed, einen früheren Menschenrechtsaktivisten. Nach Protesten der anderen Kandidaten annullierte der Oberste Gerichtshof die Wahlen, doch aus einer zweiten Wahl am 9. November 2013 ging Nasheed mit einem Stimmenanteil von 48 Prozent erneut als Gewinner hervor. Die Stichwahl entschied mit einem Vorsprung von 1,61 Prozent Abdullah Yameen von der Islamischen Volkspartei der Malediven für sich, ein Bruder des langjährigen Präsidenten und Diktators Gayoom. Die Ergebnisse zeigen eine stärkere Unterstützung von Offenheit und Wandel. Wenn diese Stimme ignoriert wird, könnte es auf den Malediven gefährlich werden. Die Unsicherheit hat Auswirkungen auf alle Minderheiten, besonders aber auf diejenigen, die vom Islam abweichen und beispielsweise Christen werden.

Die gegenwärtige maledivische Regierung bestätigte erneut ihre Rolle als Schutzherrin und Verteidigerin des Islams und wiederholte, wie wichtig islamische Werte seien. Bestärkt wurde die Regierung in ihrem Kurs durch eine Demonstration junger maledivischer Bürger im April 2013, die sich für die volle Einführung der Scharia aussprachen. In Anbetracht der Strenge der Regierung und derartiger Unterstützung seitens maledivischer Bürger ist nicht zu erwarten, dass es in den nächsten Jahren zu wesentlichen Veränderungen kommen wird.

zurück zu Länderübersicht

Platz 8: Pakistan

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit einer Gesamtpunktezahl von 77 rangiert Pakistan auf Platz 8 des Weltverfolgungsindex 2014. Im Vorjahr stand das Land mit 63 Punkten auf Rang 14. Die Stellung der Christen im Land hat sich in den letzten Jahren kaum verändert, da sie weiterhin unter enormem Druck vonseiten der Regierung und gesellschaftlicher Gruppen stehen. Die Zunahme an Punkten ist zum einen die Folge eines höheren Gewaltaufkommens, zum anderen aber auch eine den Christen gegenüber stark ansteigende feindselige Haltung der Gesellschaft. Belegt wird dies auch durch den 2013 aktualisierten Bericht des Pew Forum über "Weltweite Einschränkung der Religionsfreiheit" mit Blick auf gesell-

schaftliche Ablehnung mit einer noch nie dagewesenen Höchstzahl an Punkten. Dieser steile Anstieg kann auch mit der Situation im Land während der allgemeinen Wahlen von 2013 erklärt werden. Die meisten Kandidaten hofierten islamisch-extremistische Gruppierungen, die wiederum zu einem erhöhten Druck innerhalb der fünf Lebensbereiche beitrugen, die der Weltverfolgungsindex (WVI) erfasst.

Triebkräfte der Verfolgung

Die stärkste Triebkraft für die Verfolgung der Christen in Pakistan ist der 'Islamische Extremismus' und in geringerem Maße auch die 'Systematische Korruption'.

Islamischer Extremismus: Pakistans Christen stehen im Kreuzfeuer zwischen militanten islami-schen Organisationen und aufgebrachten Mobs, die regelmäßig gewalttätig gegen Christen loszie-hen. Auf der anderen Seite führt eine zunehmend islamisierende Kultur zu einer Isolierung der Christen vom Rest der Bevölkerung. Sind Christen finanziell in der Lage, das Land zu verlassen, so nutzen viele diese Möglichkeit. Die von Beobachtern genannte "Talibanisierung" der pakistanischen Gesellschaft bezeichnete Entwicklung trägt dazu bei. Weiterhin haben die berüchtigten Blasphemiegesetze für Minderheiten wie die Christen verheerende Auswirkungen, wenngleich der Fall von Rimsha Masih im August 2012 doch etwas Hoffnung aufkommen ließ. Wegen Entweihung des Koran war die Jugendliche beschuldigt und inhaftiert worden. Als sich herausstellte, dass sie geistig zurückgeblieben und einem gerichtlich bestellten ärztlichen Gutachten zufolge erst 14 Jahre alt war, forderten selbst muslimische Geistliche mit engen Verbindungen zu extremistischen Organisationen ihre Freiheit und verurteilten die falschen Anklagen. Sie kam schließlich auf Kaution frei und wurde im November 2012 von allen Anklagen freigesprochen. Die gesamte Familie musste jedoch das Land verlassen und die durch den Fall aufgekommenen Diskussionen über die Blasphemiegesetze ebbten schnell ab. Vom neu gewählten Premierminister ist diesbezüglich keine Initiative zu erwarten, er will die Gunst der starken islamisch-extremistischen Bewegungen im Land behalten und hält sich zurück. Ein im wörtlichen Sinne vernichtender Schlag des wachsenden Extremismus gegen die Christen war das Selbstmordattentat zweier Islamisten am 22. September 2013 auf die anglikanische Allerheili-genkirche in Peschawar.

Systematische Korruption: Unter der steil ansteigenden Korruption im Land leiden alle Bürger. Ob Behörden auf lokaler oder staatlicher Ebene, ob Militär oder Leiter der Kommunen und Stämme, Schmiergeld wird erwartet und muss fließen, will man etwas bewegen. Viele Christen sind Tagelöhner und damit ihren Arbeitgebern und deren wirtschaftlichen oder gesellschaftlichen Forderungen völlig ausgeliefert.

Aktuelle Einflüsse

Nach Angaben eines im Januar 2011 veröffentlichten Pew Research Reports steht das Land im Begriff, Indonesien in Bezug auf die Zahl der muslimischen Einwohner im Jahr 2030 (256 Millionen) zu überholen. Dieses Bevölkerungswachstum wird für Pakistan Probleme zur Folge haben, deren Hauptlast voraussichtlich von religiösen Minderheiten - Christen, aber auch Ahmadyya-Muslimen, Hindus, Sikhs, Juden und Schiiten - zu tragen sein wird. Eine von systematischen Fehlern freie und unvoreingenommene Volkszählung hat das Land bislang nicht durchgeführt, die offiziellen Zahlen stehen damit in Frage. Unter den derzeit über 180 Millionen Einwohnern mit 96 % muslimischem Bevölkerungsanteil sind die Christen in Pakistan mit ca. 2,5 % jedoch eine schwergeprüfte Minderheit.

Der zu erwartende Bevölkerungszuwachs wird auch die fehlende Perspektive für die zunehmende Anzahl von Jugendlichen im Land aufzeigen. Schon heute ist die Arbeitslosigkeitsrate hoch, und das unabhängig von Ausbildung oder gar Studium. Den Jugendlichen mangelt es weiterhin an Zukunftsaussichten. Von Regierung, Interessengruppen und Medien werden sie jedoch pausenlos mit anti-

westlicher Propaganda gefüttert. Auf ihrer Suche nach Alternativen sind sie in Gefahr, zu Infanteristen extremistischer Gruppierungen zu werden, die ihnen ein besseres (islamisches) System mit mehr Gerechtigkeit und wirtschaftlicher Tragfähigkeit versprechen. Christen und andere Minderheiten wie die Ahmadis und Hazara könnten dabei leicht zu Zielscheiben ihres Verdrusses werden.

Betroffene Kategorien von Christen

In Pakistan finden wir drei Kategorien von Christen: die traditionellen Kirchen der Katholiken und Anglikaner, die seit dem späten 18. Jahrhundert im Land sind, sowie nicht-traditionelle protestantische Gemeinden einschließlich einer Anzahl christlicher Konvertiten mit muslimischem Hintergrund.

Im Falle ihrer Entdeckung müssen Christen mit muslimischem Hintergrund mit heftigsten Widerständen rechnen. Deshalb halten sie ihre Bekehrung geheim oder wechseln aus Gründen der Sicherheit sogar den Wohnort. Sobald jedoch der Vorwurf der Blasphemie aufkommt, schlagen Mobs in unschöner Regelmäßigkeit gegen die Christen los, ohne Rücksicht auf Kirchenzugehörigkeit. So heißt es in einem Bericht an Open Doors: "Wann immer Verfolgung geschieht, ist es völlig gleichgültig, welcher Gemeinde oder Organisation jemand angehört". Gleiches gilt für den hohen gesellschaftlichen Druck, dem Christen und andere Minderheiten ausgesetzt sind.

Betroffene Lebensbereiche

Christen in Pakistan erfahren schwere Bedrängnis in allen Lebensbereichen. Bei derart großem Argwohn und Vorurteilen ist die Aufbewahrung christlicher Materialien im Haus grundsätzlich gefährlich, da man jederzeit der Blasphemie bezichtigt werden kann. Zwar stellt sich meist heraus, dass derlei Blasphemievorwürfe nur zur Austragung persönlicher Streitigkeiten erhoben werden, dennoch müssen die Christen außerordentlich vorsichtig sein. Aus dem Islam konvertierte Christen umso mehr, da sie mit zusätzlichem Druck und Beobachtung vonseiten ihrer Familien und Nachbarn rechnen müssen.

Das kirchliche Leben hat im Vergleich zu den anderen Lebensbereichen eine relativ niedrige Punktezahl. Das zeigt sich darin, dass sich Gemeinden noch immer ungehindert versammeln und arbeiten können. Sie werden beobachtet und Gottesdienste zuweilen unterbrochen und attackiert, nach wie vor jedoch nimmt die Kirche ihren Platz im öffentlichen Leben ein. Erwähnt werden muss allerdings, dass Kirchgebäude oft hinter hohen Mauern versteckt sind und so eher einer Festung gleichen, geschützt von bezahlten Wachleuten. "Kirche" in Pakistan ist nicht nur eine Stätte der Anbetung, sondern vielmehr ein Ort gesellschaftlichen Lebens. Deshalb bieten Sonntagsgottesdienste und all die gesellschaftlichen Aktivitäten Anlass, die ganze Woche über in der Kirche zu sein. Die relative Freiheit im kirchlichen Leben schafft ein weiteres Verständnis für das kollektive Ausmaß an Religionsfreiheit im Land.

Auftreten von Gewalt

Gewalt gegen seine religiösen Minderheiten ist für Pakistan nicht neu, dies betrifft auch Christen. Für den aktuellen Berichtszeitraum liegen Open Doors Berichte etlicher Übergriffe vor. Das hinsichtlich Gewalt bislang erschütterndste Ereignis war der Anschlag zweier Selbstmordattentäter auf die Allerheiligenkirche in Peschawar am 22. September 2013. Er hatte den Tod von mindestens 84 Christen und mehr als 175 Verletzte zur Folge. Es war der schwerste Angriff auf einen Gottesdienst überhaupt und geschah völlig überraschend. Laut Asian Human Rights Commission hat die islamische Extremistengruppierung Jundallah die Verantwortung dafür übernommen und angekündigt, sie wolle Christen weiterhin töten, "da sie die Feinde des Islam seien".

Übergriffe größeren Ausmaßes geschehen auch dann, wenn das Gerücht angeblicher Blasphemie verbreitet wird. Im Berichtszeitraum geschah dies beispielsweise an Weihnachten 2012 in Iqbal Town, im März 2013 in Badami Bagh und im April in der Francis-Siedlung von Gujranwala, Khanewal und in Multan sogar in einem größeren Ausmaß; etliche verletzte Christen und Dutzende zerstörter Wohn- und Geschäftshäuser waren zu beklagen. Der Grad an Gewalt ist insgesamt steil angestiegen und damit auch die Bewertung um mehr als fünf Punkte.

Außerdem werden jeden Tag Frauen und Mädchen Opfer von Gewalt. Besonders solche aus Minderheitsgruppen sind gefährdet und oft Ziele von Vergewaltigung und sexuellen Übergriffen. Sie werden als minderwertig und leichte Beute angesehen. Viele von ihnen sind arm und ihren Vermietern und Arbeitgebern ausgeliefert. Selbst wenn sie es wagen sollten, bei der Polizei Anzeige zu erstatten oder vor Gericht zu gehen, würden sie kein Recht bekommen. Sexuelle Belästigungen minderjähriger Christinnen durch muslimische Männer werden kontinuierlich gemeldet. Katholische Nichtregierungsorganisationen schätzen, dass jedes Jahr mindestens 700 christliche Mädchen entführt und zum Übertritt in den Islam gezwungen werden.

Ausblick

Pakistan hat gewaltigen Einfluss auf die politischen Veränderungen im benachbarten Afghanistan, die sich wiederum entscheidend auf Pakistan auswirken können. Zugunsten der christlichen Minderheit wird dies wohl kaum ausschlagen, denn die Mischung aus zunehmendem islamischen Extremismus, von Teilen der Gesellschaft geschürt, den immer größer werdenden Herausforderungen aufgrund des Bevölkerungswachstums sowie dem gleichzeitigen Mangel an wirtschaftlichen Perspektiven in einer immer noch sehr konservativ geprägten Gesellschaft weisen in eine andere Richtung.

Ein weiterer Hemmschuh steht einer Verbesserung im Weg: Wer regiert das Land tatsächlich? In einigen Gegenden Pakistans ist die Macht in den Händen einheimischer Stämme, die Regierung in Islamabad bleibt außen vor. Die Mächtigen sitzen weder in der Regierung noch in der Armee. Also schweigt die Regierung vielfach bei Angriffen auf Minderheiten oder heißt diese sogar aus taktischen Gründen gut – entweder, um radikale Gruppen zu beschwichtigen, oder um dem Volk zu gefallen und damit dessen Unterstützung – sprich Wählerstimmen – zu erhalten. So muss zusätzlich 'Totalitäre Paranoia' als treibende Kraft der Christenverfolgung genannt und in Zukunft weiter beobachtet und untersucht werden.

zurück zu Länderübersicht

Platz 9: Iran

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Auf dem Weltverfolgungsindex 2014 von Open Doors steht der Iran mit 77 Punkten auf Platz 9 und dennoch eine Position niedriger als 2013 (72 Punkte). Ähnlich wie bei anderen Ländern unter den ersten 10 hat sich auch hier die Punktezahl erhöht, während die Einstufung des Landes niedriger ausfiel. Insgesamt hat sich die Punktezahl für etliche Länder erhöht, gerade bei den ersten 10 Ländern. Der Punkteanstieg für den Iran erklärt sich dadurch, dass sich die Lage der Christen dort weiter verschlechtert hat und für den Berichtszeitraum mehr Informationen über Fälle der Verfolgung vorlagen als frü-

her.

Triebkräfte der Verfolgung

Die Haupttriebkraft der Verfolgung im Iran ist der „Islamische Extremismus“. Mit dem Islam als Staatsreligion müssen alle Gesetze mit der offiziellen Auslegung der Scharia übereinstimmen. Insbesondere Regierungsbeamte, nicht-christliche religiöse Leiter, fanatische Bewegungen sowie revolutionäre oder paramilitärische Gruppen treiben die Verfolgung der Christen an.

Die religiös motivierte Verfolgung bestimmter Minderheiten im Land ist seit 2005 intensiver geworden. Besonders betroffen davon sind die Bahai, die Derwische – ein Sufi-Orden (Quelle: Amnesty International 2012) – und die Christen, speziell Christen mit muslimischem Hintergrund. Laut staatlicher Verordnung dürfen nur Armenier und Assyrer Christen sein. Einheimische Perser müssen per Definition Muslime sein, ethnisch-persische Christen sind dieser Logik folgend also Apostaten (d. h. vom Glauben Abgefallene). Somit gerät fast jede christliche Aktivität in Farsi von Evangelisation über biblische Lehre bis zur Publikation von Bibeln und christlicher Literatur, genauso wie Predigen zur illegalen Aktion. Die harte Behandlung der Christen durch das Regime befeuert jedoch noch das Gemeindewachstum.

Seit der im Jahr 2010 von Religionsführer Ayatollah Ali Khamenei ausgegebenen Warnung hinsichtlich des zunehmenden Einflusses und der wachsenden Anzahl von Hauskirchen hat die Verfolgung im Iran zugelegt, die Christen werden zusehends schlechter behandelt.

Aktuelle Einflüsse

Die Unzufriedenheit im Land ist weit verbreitet. Proteste vonseiten der Gesellschaft sowie auf der politischen Bühne waren seit der Islamischen Revolution nicht mehr so engagiert, auch die Demonstrationen halten an. Der Versuch der Opposition mehr Macht zu erlangen, wurde bislang von den Machthabern niedergehalten. Die mit Härte durchgeführten Razzien offenbaren das unterdrückende Wesen des politischen und religiösen Systems. Für einen gesellschaftlichen Wandel zeigt das Regime keinerlei Offenheit. Entsprechend geringer ist dann auch jegliche Flexibilität gegenüber Minderheiten.

Die Christen stellen für das Regime eine ganz spezielle Bedrohung dar, denn ihre Anzahl wächst und man hört, dass Kinder politischer und geistlicher Führer den Islam zugunsten des Christentums verlassen. Ein großer Teil der Gesellschaft hat genug vom System, die Mängel nach 30 Jahren Islamischer Republik sind allzu sichtbar.

Mittels Unterwanderung, Festnahmen, Verbot von Gottesdiensten in Farsi sowie Schließung einiger Kirchen geht das Regime gezielt gegen Christen vor, die Konvertiten betreuen und Suchenden Hilfe anbieten. Es übt Druck auf christliche Gemeinschaften - besonders evangelikale Christen – aus. Angriffe, auch auf Anbetungsstätten, haben zugenommen. Das Verbot von Aktivitäten in Hausgemeinden wird strenger durchgesetzt.

Betroffene Kategorien von Christen

An vorderster Stelle stehen Christen muslimischer Herkunft und protestantische Evangelikale. Traditionelle Kirchen der ethnischen Minderheiten der Armenier und Assyrer erfahren vergleichsweise weniger Druck, solange sie nicht Muslime evangelisieren. Evangelisation, Bibelschulungen sowie die Veröffentlichung christlicher Literatur in Farsi sind gesetzeswidrig, das Gemeindewachstum vermag dies jedoch nicht aufzuhalten.

Betroffene Lebensbereiche

Bedrängnis erleiden Christen in allen Lebensbereichen. Der Druck auf sie nimmt zu und kommt dabei zuerst von der Familie und von Behörden. Für eine muslimische Familie im Nahen Osten ist es eine große Schande, wenn eins ihrer Mitglieder den Islam verlässt. Der von Christen mit muslimischem Hintergrund im Iran gemeinhin erlebte Druck durch die eigene Familie schien bislang weniger hart zu sein, als anderswo in der Region. Grund dafür war, dass Christen muslimischer Herkunft der ersten Generation zumeist nur dem Namen nach Muslime waren. Das hat sich geändert, denn immer mehr dieser Christen entstammen strenggläubigen islamischen Familien. Entsprechend bläst nun auch der Gegenwind aus der Familie schärfer.

Viele Gottesdienste werden von der Geheimpolizei beobachtet. Christen und besonders in Kirchen oder Hausgemeinden aktive Konvertiten aus dem Islam, werden unter Druck gesetzt: Sie werden verhört, verhaftet, ins Gefängnis gesteckt und geschlagen.

Wer als Muslim vom Islam abfällt, muss mit der Todesstrafe rechnen. Die Geheimpolizei ist in Gottesdiensten immer auf der Suche nach ihnen. Wer Konvertiten hilft, gerät schnell ins Visier des Regimes, auch gut etablierte Kirchen sind vor Schikanen nicht gefeit. Aktivitäten werden genau überwacht, die Identität von Mitgliedern wird erfasst und registriert. Die Furcht der iranischen Behörden vor weiterem Zuwachs unter den Christen - besonders in Hausgemeinden - ist nicht unbegründet, denn viele vom Islam enttäuschte Muslime im Land sind dem Christentum gegenüber neugierig geworden.

Da der Islam offiziell Staatsreligion ist, müssen alle Gesetze und Vorschriften mit der offiziellen Auslegung der Scharia übereinstimmen. Obwohl den ethnischen Christen der Armenier und Assyrer als anerkannte religiöse Minderheit offiziell Religionsfreiheit garantiert ist, berichten auch sie über Inhaftierungen, Misshandlungen, Bedrohungen und Diskriminierung um ihres Glaubens willen. Sie dürfen wohl ihre Landsleute in deren eigenen Sprache unterweisen, christliche Dienste an Farsi sprechenden Personen mit muslimischem Hintergrund sind jedoch verboten.

Auftreten von Gewalt

Verhaftungen von Christen sind im Iran nichts Ungewöhnliches. Auch nicht Körperverletzungen und Schläge (viel davon geschieht im Gefängnis). Etliche Christen waren gezwungen, aus ihrem Haus oder sogar aus dem Land zu fliehen. Bereits in den vergangenen Jahren konnten wir beobachten, wie besonders zur Weihnachtszeit die Hausgemeinden drangsaliert werden. Razzien nehmen dort zu, genauso auch Verhaftungen. Für den vorliegenden Berichtszeitraum wurden uns mehr Razzien in Hausgemeinden gemeldet. Auch das hat zum Anstieg der Punktezahl für den Iran beigetragen.

Drangsalierungen und Angriffe auf christliche Gemeinschaften, vor allem auf protestantische Christen (Evangelikale und Presbyterianer eingeschlossen) sowie deren Anbetungsstätten wurden fortgesetzt. Das iranische Regime will alle Dienste protestantischer Gemeinden in Farsi unterbinden. Das lässt ein weiteres Wachstum an und in Hausgemeinden erwarten, denn neue Kirchen zu eröffnen ist nicht möglich.

Noch beunruhigender ist, dass auch die Leiter der seit langem im Iran etablierten christlichen Kirchen - Armenier und Assyrer - schikaniert werden. So will die Regierung sie zum Verlassen des Landes drängen. Ihre Aktivitäten werden genau überwacht, die Identität von Gemeindemitgliedern wird erfasst. Einige Pastoren und Mitglieder dieser Gemeinden wurden verhaftet.

Ausblick

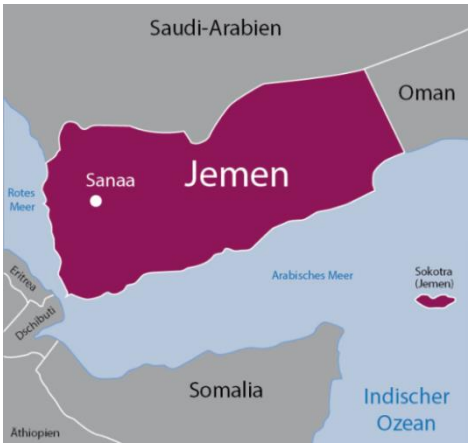
Mit der Wahl von Hassan Rouhani zum neuen Präsidenten im Juni 2013 wurde erwartet, dass der Iran eine neue Richtung einschlägt. Westliche Medien erweckten nicht selten den Eindruck, das iranische Volk könne zwischen konservativen und gemäßigten Kandidaten wählen. Die Wahrheit sieht jedoch ganz anders aus, denn alle Kandidaten werden vom Obersten Führer Ayatollah Ali Khamenei ausgesucht. Rouhanis moderater Ton kommt zumindest beim Knüpfen internationaler Beziehungen gut an und hat zu einem vorläufigen Abkommen mit internationalen Machthabern hinsichtlich des iranischen Atomprogramms geführt. Große Auswirkungen auf die rückläufige Wirtschaft im Land hatte das nicht: die meisten Sanktionen blieben zunächst bestehen. Rouhani wird also seine Charme-Offensive fortsetzen, bis er die gewünschten Ergebnisse erreicht hat: die Aufhebung der Sanktionen, nur so wird die Wirtschaft im Iran Aufschwung erleben. Vor der Wahl hatte Rouhani versprochen, eine 'Charta der Bürgerrechte' aufzustellen, welche 'Gleichheit aller Bürger ohne Diskriminierung aufgrund von Rasse, Religion oder Geschlecht' beinhaltet. Konkrete Ergebnisse lassen noch auf sich warten. Die Zeit wird zeigen, ob der Unterschied zwischen Rouhani und Ahmadinedschad in mehr besteht, als nur in Fassade und Stil.

Neugier und Interesse der iranischen Muslime am Christentum (und anderen nicht-islamischen Religionen) nehmen unterdessen ständig zu. Sie sind enttäuscht von der staatlich geförderten Schia. Geschätzte 450 000 Christen leben heute im Iran, 80 000 haben einen ethnischen (assyrisch/armenisch) und 370 000 einen muslimischen Hintergrund. Viele ethnische Christen und Christen muslimischer Herkunft verlassen jedoch das Land. Zwar wächst die christliche Gemeinde, insbesondere in den Großstädten, Agnostizismus und ein Islam-nur-dem-Namen-nach sind jedoch laut ‚Persian Cluster Forecast 2013' derzeit stärkere Trends.

zurück zu Länderübersicht

Platz 10: Jemen

Position auf dem Weltverfolgungsindex



Auf dem Weltverfolgungsindex 2014 steht der Jemen mit 74 Punkten auf dem 10. Platz. Das ist ein Rang tiefer als letztes Jahr, obwohl die Punktzahl leicht höher ist. Dies erklärt sich durch die generell höheren Punktzahlen aller Länder im Weltverfolgungsindex, besonders unter den ersten 10 Ländern. Der Jemen wird seit 9 Jahren auf dem Weltverfolgungsindex geführt. Der Druck auf die Christen in diesem Land ist mit dem in Saudi Arabien vergleichbar. Der einzige wesentliche Unterschied zwischen beiden Ländern sind die wenigen Gemeinden von Ausländern im Jemen.

Triebkräfte der Verfolgung

Die Haupttriebkraft der Verfolgung im Jemen ist „Islamischer Extremismus". Die Verfassung schreibt den Islam als Staatsreligion und die Scharia als Rechtsgrundlage fest. Für Ausländer herrscht ein gewisses Maß an Religionsfreiheit, die Weitergabe des Evangeliums ist jedoch verboten. Mehrere Gastarbeiter aus dem Ausland wurden wegen christlicher Aktivitäten des Landes verwiesen. Es ist Muslimen verboten den Glauben zu wechseln; einem Jemeniten droht bei Zuwiderhandlung die Todesstrafe. Christen muslimischer Herkunft erleiden Verfolgung durch Behörden, die eigene Familie und Extremistengruppen, die „Abtrünnigen" den Tod androhen, sollten sie nicht zum Islam zurückkehren.

Der Jemen ist sehr instabil, und die Situation hat sich seit dem arabischen Frühling im Jahr 2011 weiter verschlechtert. Das Land steht am Rande eines Bürgerkrieges. Al Kaida Mitglieder haben das herrschende Chaos genutzt, um sich auch in den Landesteilen niederzulassen, in denen die Regierung bisher wenigstens halbwegs die Kontrolle aufrechterhalten konnte. Diese Entwicklung hat zu einer Erhöhung des Drucks auf Christen geführt. Regelmäßig kommt es zu Entführungen von Ausländern. Christen muslimischer Herkunft erleben starken Druck durch Familie und Gesellschaft, man vermutet, dass Christen durch Extremisten verstärkt überwacht werden.

Aktuelle Einflüsse

Im 4. Jahrhundert kamen sowohl der christliche als auch der jüdische Glaube in den Jemen. Die Region war Anfang des Jahrhunderts durch Äthiopier besetzt. Um das Jahr 630 erreichte der Islam den Jemen und eine Reihe von Kalifen regierte das Land. Die ersten Moscheen wurden in San'a al-Janad und in der Nähe des Wadi Zabid gebaut und existieren bis heute. Im späten siebten Jahrhundert verlor der Jemen seine politische Bedeutung, als die Kalifen ihre Hauptstadt erst nach Damaskus und später nach Bagdad verlegten. Seit dieser Zeit bestimmt der Islam den Jemen.

Das Land ist in Anhänger und Gegner der Regierung gespalten, hinzu kommen Unabhängigkeitsbestrebungen des südlichen Landesteils. Es existiert ein ausgeprägtes Stammessystem, und kleine Al Kaida Gruppen kämpfen um Einfluss.

Betroffene Kategorien von Christen

Es gibt zwei Arten von Christen im Jemen: a) ausländische oder eingewanderte Christen und b) Christen muslimischer Herkunft, die konvertiert sind. In Aden gibt es vier offizielle Kirchen (drei katholische und eine anglikanische) für mehrere Tausend ausländische Christen (die meisten stammen aus dem Westen, aus Süd- und Ostasien oder sind Araber) und für die hier lebenden Flüchtlinge (meist aus Äthiopien). Außerhalb von Aden im äußersten Süden des Landes ist der Bau von Kirchen verboten. Inzwischen hat eine große Zahl der westlichen Ausländer wegen der schwierigen Sicherheitslage den Jemen verlassen. Man schätzt die Zahl der jemenitischen Christen mit muslimischem Hintergrund auf einige Hundert.

Betroffene Lebensbereiche

Wenn ihre Abkehr vom Islam zum christlichen Glauben bekannt wird, haben Christen muslimischer Herkunft nicht nur mit Verfolgung durch die Behörden, sondern auch durch die Familie und andere Teile der Gesellschaft zu rechnen. Sie dürfen sich nicht versammeln, also treffen sie sich an geheimen Orten. Mitglieder der eigenen Familie, der Gesellschaft und islamische Extremistengruppen bedrohen „Abtrünnige" mit dem Tod, wenn sie nicht zum Islam zurückkehren.

Die unsichere Lage durch den Einfluss extremistischer Gruppen sorgt für ein hohes Maß an Instabilität im Jemen. Die häufigen Entführungen von Ausländern enden normalerweise damit, dass die Forderungen der Kidnapper nach Gemeinschaftshilfe, Geld oder der Freilassung von Clanmitgliedern aus der Haft erfüllt werden. Es wird angenommen, dass die Extremisten Christen überwachen, auch ausländische Christen können zu ihren Zielen werden.

Auftreten von Gewalt

Die Drohungen von Familie, Gesellschaft und den Extremistengruppen gegen Christen muslimischer Herkunft sind sehr ernst zu nehmen. Immer wieder wurden in den letzten Jahren einheimische Christen wegen ihres Glaubens getötet. Auf Grund dieses Risikos mussten viele von ihnen in den Unter-

grund gehen oder sogar aus dem Land fliehen. Weibliche Konvertiten stehen in der Gefahr zwangsverheiratet zu werden, sollte man ihren Wechsel zum christlichen Glauben entdecken.

Bei den Entführungen ausländischer Christen ist es schwer einzuschätzen, in welchem Maß religiöse Motive über finanzielle und politische Motive hinaus eine Rolle spielen. Versammlungen christlicher Einwanderer wurden überfallen und die Beteiligten gezwungen, ihre Treffen einzustellen. Da die Behörden sich in den letzten Jahren auf die politischen Entwicklungen konzentrierten, haben Extremisten mehr Spielraum für ihre Aktivitäten bekommen.

Ausblick

Die politische Landschaft im Jemen ist äußerst komplex. Das Land ist tief gespalten zwischen Unterstützern und Gegnern des früheren Präsidenten Saleh. Er wurde 2012 zum Rücktritt gezwungen, spielt aber immer noch eine wichtige Rolle in der nationalen Politik. Der Süden des Landes fordert Unabhängigkeit, der nationale Dialog macht keine Fortschritte und der Konflikt zwischen schiitischen Rebellen und sunnitischen Extremisten wird zunehmend blutiger. Das komplexe Stammessystem, das für Ausländer nur schwer zu verstehen ist, macht alles noch komplizierter. Gleichzeitig gewinnen Al-Kaida-nahe Gruppen an Macht und Einfluss.

Lokale Beobachter erwarten, dass die Regierung künftig verstärkt ausländische Aktivitäten im Land beobachten wird. Der Tourismus ist dramatisch eingebrochen. Diese Verschiebung wird die Situation der kleinen, größtenteils aus Christen muslimischer Herkunft bestehenden Gemeinde im Jemen weiter verschärfen, die durch die Abwanderung der ausländischen Christen bereits geschwächt ist.

zurück zu Länderübersicht

Platz 11: Sudan

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Der Sudan ist ein verarmtes muslimische Land, umgeben von den Nachbarstaaten Ägypten, Libyen, Tschad, Zentralafrikanische Republik, Südsudan, Äthiopien, Eritrea und dem Golf von Aden. Im Juli 2011 wurde der Südsudan vom Norden unabhängig. Mit einer Anzahl von 73 Punkten rangiert der Sudan auf Platz 11 des Weltverfolgungsindex (WVI) 2014. 2013 stand der Sudan mit 70 Punkten auf Platz 12.

Die gestiegene Punktzahl kann einer allgemeinen Verschlechterung der Stellung von Christen zugeschrieben werden. Am stärksten von dieser Entwicklung betroffen sind Christen mit muslimischem Hintergrund. Das bestätigen Berichte einheimischer Feldforscher, denen zufolge sich die Verfolgung im Sudan intensiviert hat. Drei Faktoren könnten dazu geführt haben. Der erste Faktor ist die Trennung des christlich orientierten Südsudans vom Sudan, was einen stark muslimisch dominierten Staat geschaffen hat. Der zweite Faktor sind die Bemühungen des sudanesischen Präsidenten Al-Bashir und seiner regierenden Elite, ihre führende Rolle im Land beizubehalten. Der dritte Faktor ist die Zunahme islamisch extremistischer Tendenzen in der sudanesischen Gesellschaft. Anscheinend macht sich Präsident Al-Bashir die letztgenannte Entwicklung zunutze, um seine Machtbasis zu erhalten.

Triebkräfte der Verfolgung

Die Haupttriebkräfte, welche die Verfolgung von Christen im Sudan stützen, sind „Islamischer Extremismus“ sowie „Totalitäre Paranoia“.

Islamischer Extremismus: Seit langer Zeit ist der Islam in der sudanesischen Gesellschaft tief verwurzelt. Die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung ist muslimisch. Dabei handelt es sich zumeist um Sunniten, aber es gibt auch schiitische Gemeinschaften. Die Scharia ist die Grundlage des herrschenden Rechtssystems. Die Elite des Sudans scheint die Etablierung eines islamischen Regimes im Land anzustreben. Außerdem ist Apostasie (der Abfall vom Glauben) zum Verbrechen erklärt und mit der Todesstrafe belegt worden. Blasphemie Gesetze werden landesweit eingesetzt, um Christen auch strafrechtlich zu verfolgen, vor allem christliche Konvertiten mit muslimischem Hintergrund.

Totalitäre Paranoia: Die sudanesische Regierung ist mit einer Existenzkrise konfrontiert. Als Folge der Abspaltung des Südsudans gingen die Öleinkünfte spürbar zurück; die Darfur Krise dauert hingegen an, ähnlich wie der Konflikt mit der aufständischen SPLM-N (Sudan's People Liberation Movement North); selbst innerhalb der Regierungspartei von Präsident Al-Bashir gibt es politische Unzufriedenheit. Eine örtliche Quelle erwartet für den Fall größerer sozio-ökonomischer und politischer Herausforderungen, dass Präsident Al-Bashir und seine Regierung durch flammende Reden gegen den Westen versuchen werden, die Unterstützung der Bevölkerung zurückzugewinnen. Dies wiederum hätte eine negative Auswirkung auf sudanesische Christen, da diese generell als westlichen Ländern nahestehend betrachtet werden.

Berichte lassen darauf schließen, dass die Grenze zwischen islamischem Extremismus und totalitärer Paranoia schmal ist. Die führenden Köpfe des Regimes gelten durchweg als radikale Islamisten, die in der regierenden National Congress Party (NPC) mutmaßlich ein Mittel sehen, ihre islamische Agenda voranzubringen. Das lässt vermuten, dass die Regierung in ihrer Rolle bei der Verfolgung von Christen nicht vornehmlich von totalitären Tendenzen, sondern primär von radikal-islamistischen Sympathien angetrieben wird.

Aktuelle Einflüsse

Folgende Elemente sind für ein Verständnis der Zusammenhänge der Christenverfolgung im Sudan wichtig. Zunächst einmal ist der Islam seit Jahrhunderten in der sudanesischen Gesellschaft tief verankert. Er ist seit dem 7. Jahrhundert im Sudan präsent; parallel dazu erfuhr das Christentum im 19. Jahrhundert eine ernsthafte Wiederbelebung. Zweitens wird das Christentum, obwohl es seit dem 1. Jahrhundert im Land präsent ist, paradoxerweise als der sudanesischen Kultur fremd angesehen. Drittens ist die ethnisch-kulturelle Landschaft sehr unterschiedlich und kompliziert. Im Norden des Sudans leben hauptsächlich Nachfahren der Araber, während die im Süden lebenden Menschen vor allem afrikanische Vorfahren haben. Nach der Abspaltung [des Südsudans] lebt im südlichen Teil des Sudans (in den Nuba-Bergen) jedoch nach wie vor eine bedeutende Anzahl von Christen. Diese Christen sind hauptsächlich arabischer Herkunft. Der muslimisch dominierte Nord-Sudan und der christlich dominierte Süd-Sudan sind seit Jahrzehnten in bewaffnete Kämpfe verwickelt. Während der Süden schon lange bestrebt war, sich abzulösen, stand der Norden diesem Gedanken sehr ablehnend gegenüber, z. T. weil er Erdöleinkünfte zu verlieren fürchtete. Nach der Teilung des Landes zeigen Berichte von Abschiebungen christlicher Evangelisten, Verhaftungen und gewaltsame Übergriffe gegen Gemeindeleiter eine Zunahme der Verfolgung im Sudan.

Betroffene Kategorien von Christen

Im Sudan sind vier Kategorien von Christen anzutreffen. Anfang 2013 wurde die Mehrheit ausländischer Christen angewiesen, den Sudan zu verlassen. Infolgedessen gibt es von ihnen nur noch eine

verschwindend kleine Gemeinschaft. Andere Christen gehören historischen christlichen Gemeinschaften an sowie Gemeinschaften mit nicht-traditionellem protestantischem Hintergrund und kleinen Gemeinschaften von Christen mit muslimischem Hintergrund. Wie in den Nachbarländern werden diese unterschiedlichen Kategorien von Christen mit unterschiedlichen Stufen und Formen der Verfolgung konfrontiert. Zwischen 1850 und 1900 trat eine bedeutende Anzahl von koptisch-orthodoxen Christen zum Islam über. Man schätzt jedoch, dass sich immer noch ca. 200.000 praktizierende orthodoxe Kopten im Land befinden. Eine weitere Gruppe von verschiedentlicher Verfolgung betroffene sind die Sudanesen, die unterschiedlichen nicht-traditionellen protestantischen Denominationen angehören (die Größe dieser Gruppe ist ca. 100.000). Den stärksten Druck erleben Christen mit muslimischem Hintergrund, da sie nicht nur den Verfolgungsdruck in den Bereichen des staatlichen und kirchlichen Lebens zu spüren bekommen, sondern auch in ihrem gesellschaftlichen und familiären Umfeld sowie in ihrem privaten Leben.

Betroffene Lebensbereiche

Die Punktezahl des Sudans auf dem WVI ist von 70 auf 73 gestiegen, was auf eine Verschärfung der Verfolgung hindeutet. Dass die religiös motivierte Gewalt jedoch im gleichen Zeitraum zurückgegangen ist, führt zu einer anderen Feststellung: Der Anstieg des generell herrschenden Drucks auf Christen ist noch gravierender, als die nur leicht gestiegene Punktzahl vermuten lässt. Ein Teil des Zuwachses ergibt sich aus der Situation von Christen mit muslimischem Hintergrund. Ihre Stellung im Privatleben, der familiären Gemeinschaft und dem gesellschaftlichen Umfeld hat sich weiter verschlechtert. Wie schon angedeutet, sind die treibenden Kräfte hier die erweiterte Familie, religiöse Führer und Personen aus ihrem örtlichen Umfeld. Ein weiterer Faktor, der zum Anstieg der Punktzahl geführt hat, ist der wachsende Druck im staatlichen und kirchlichen Bereich, von dem alle Kategorien von Christen betroffen sind. So meldete ein einheimischer Experte, dass sich die sudanesische Regierung bei religiösen Einrichtungen zunehmend in die internen Abläufe eingemischt habe. Aufgrund von Regierungsvorschriften sahen sich Pastoren zur Selbstzensur und Einschränkung ihrer Aktivitäten genötigt.

Auftreten von Gewalt

Trotz des Rückgangs zielgerichteter Gewalt im Vergleich zu anderen Ländern auf dem WVI, ist das Ausmaß der Gewalt gegen Christen im Sudan immer noch erschreckend. Ein Open Doors-Feldforscher hat verschiedene Vorfälle gemeldet: religionsbezogene Tötungsdelikte und Schäden an mindestens zehn christlichen Immobilien wie Schulen, Krankenhäusern und anderen Gebäuden. Es gibt Hinweise, dass zehn Christen allein aus Glaubensgründen in Gewahrsam genommen wurden. Eine beträchtliche Zahl junger christlicher Mädchen wurde gezwungen, nichtchristliche Männer zu heiraten. Eine Reihe von Gemeindeleitern und anderen Christen haben, teils wegen des allgemeinen Drucks, teils wegen konkreter Gewaltandrohungen, außerhalb des Sudans Schutz gesucht, die meisten von ihnen in Ägypten und im Südsudan. Berichten zufolge müssen die Täter in solchen Fällen kaum mit Strafen rechnen, da der sudanesische Staat Gewalt gegen Christen nicht ahndet.
Überdies ist die sudanesische Regierung zum Teil unmittelbar an Konflikten und Spannungen in den Regionen Darfur, Süd-Kordofan und Blauer Nil beteiligt. Über Darfur wird berichtet, dass die Regierung die Dschandschawid-Milizen unterstützt und ausgebildet hat. Diese arabischen Milizen haben neben anderen in Darfur lebenden Minderheiten auch die Christen schwer drangsaliert. Auch in Süd-Kordofan – besonders in Abyei – gibt es weiter große Spannungen. Dieses, für seinen Ölreichtum bekannte Gebiet, wird vom Südsudan beansprucht, aber von der Regierung in Khartum kontrolliert.

Ausblick

Präsident Al-Bashir und seine Regierung kontrollieren den Sudan immer noch, trotz der Unzufriedenheit bei Teilen der Bevölkerung angesichts der wirtschaftlichen Schwächung des Landes aufgrund der

geringeren Öleinkünfte nach der Teilung. Open Doors-Feldforscher weisen darauf hin, dass sich die Lage der Kirche im Sudan verschlechtert. Unter Christen wächst die Angst. Bedenkt man, wie wichtig Vertrauen für ein funktionierendes Gemeindeleben ist, so stimmen Berichte von Misstrauen unter Gemeindemitglieder besorgt. Einzelne verdächtigen sich gegenseitig sogar, für die staatlichen Geheimdienste (NISS) zu spionieren. Die Gewalt gegen Christen muslimischer Herkunft hat zugenommen, oftmals ausgehend von engen Familienmitgliedern. Die Abwanderung von Christen in den Südsudan hält auch in diesem Jahr unvermindert an. Es bleibt abzuwarten, ob und wie Präsident Al-Bashir sich an der Macht halten kann und wie er mit den Verfechtern einer islamisch-extremistischen Agenda umgeht. Zu beobachten sein wird auch, wie traditionelles Stammesdenken und systematische Korruption sich auf die ohnehin labile Stellung der Christen im Sudan auswirken. Obwohl gegen Präsident Al-Bashir zwei internationale Haftbefehle vorliegen, schwindet die Aufmerksamkeit der internationalen Gemeinschaft für den Sudan zusehends. Die daraus folgende, ebenfalls rückläufige Präsenz ausländischer Vertreter könnte dazu beitragen, dass die Gefährdung der Christen innerhalb der sudanesischen Gesellschaft weiter zunimmt.

zurück zu Länderübersicht

Platz 12: Eritrea

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit einer Punktzahl von 72 rangiert Eritrea auf dem Weltverfolgungsindex 2014 an 12. Stelle gegenüber 72 Punkten und Platz 10 im Vorjahr. In den letzten Jahren hat sich für Christen der Druck erhöht, vor allem für nicht traditionelle protestantisch-christliche Gemeinschaften, für Angehörige der eritreisch-orthodoxen Gemeinschaft, die sich nicht-traditionellen protestantischen Gemeinden annähern sowie eine nicht bekannte Zahl von Christen muslimischer Herkunft. Dieser Druck geht vor allem von Präsident Isaias Afewerki und seiner Regierung aus, die von der Volksfront für Demokratie und Gerechtigkeit (PFDJ) gestellt wird.

Triebkräfte der Verfolgung

Die Haupttriebkraft für die Verfolgung von Christen in Eritrea ist „Totalitäre Paranoia“. Hinzu kommt ein Anstieg des ‚Islamischen Extremismus‘ sowie Spuren ‚Klerikalen Anspruchsdenkens ‘.

Totalitäre Paranoia: Seit 1993 übt die PFDJ unter der Führung von Präsident Afewerki in Eritrea die Macht aus. Damit leidet Eritrea schon eine lange Zeit unter diesem autoritären Regime, das bemüht ist, umfassenden Einfluss auf das Leben seiner Bürger auszuüben. Der Wunsch nach weitreichender Kontrolle rührt wesentlich aus Eritreas Krieg gegen seinen Erzfeind Äthiopien her; um in diesem Konflikt die Oberhand zu behalten, schien es nötig, die Ressourcen des Landes so effektiv wie möglich einzusetzen. Gegenwärtig tut das Regime alles, um an der Macht zu bleiben. Anfang 2013 kam es zu einem gescheiterten Putschversuch gegen die PFDJ-Regierung. Überdies unterhält die eritreische Regierung enge Verbindungen zu der sudanesischen Regierung, die ebenfalls massiven Druck auf Christen ausübt.

Islamischer Extremismus: Etwa die Hälfte der eritreischen Bevölkerung ist muslimisch. Ausgelöst durch den gescheiterten Staatsstreich Anfang 2013, scheint sich ein paradoxer, mit islamischem Extremismus verwandter Trend herauszubilden. Im Allgemeinen pflegt die Regierung einen kompro-

misslosen Umgang mit allem religiösen Leben und ist bemüht, ihre Kontrolle über die religiösen Aspekte des privaten und öffentlichen Lebens von Christen wie Muslimen gleichermaßen auszuweiten (bei letzteren vor allem im Blick auf dem Wahhabismus nahestehende Strömungen). Die Lage der Christen hat sich dadurch weiter verschlechtert, da christliches Leben wesentlich davon abhängt, den eigenen Glauben mit anderen zu teilen. Die extremen Formen des Islam hingegen scheint diese Bedrängnis zu begünstigen. Berichten zufolge sind Muslime mit extremistischen Neigungen in der Lage, ihre Aktivitäten gut verborgen halten. Sie gewinnen an Unterstützung und bereiten sich derzeit auf den Moment vor, an dem der Druck auf Kirchen und Moscheen nachlässt. Zudem wird gemeldet, dass die eritreische Regierung Sympathien für den Islam und islamisch-militante Gruppen wie Rashaida und Al Shabaab hegt.

Klerikales Anspruchsdenken: Neben dem sunnitischen Islam erkennt der eritreische Staat offiziell drei verschiedene Arten des Christentums an: die Eritreisch-Orthodoxe Kirche, die Römisch-Katholische und die Evangelisch-Lutherische Kirche. Bis zu einem gewissen Grad gelingt der eritreischen Regierung die Einflussnahme auf diese Denominationen. Christen außerhalb der Eritreisch -Orthodoxen Kirche müssen zudem mit Druck aus den Reihen dieser größten Kirche des Landes rechnen. Dahinter stehen zum einen theologische Unterschiede zwischen den Konfessionen, zum anderen aber auch ganz pragmatische Überlegungen. Die Eritreisch-Orthodoxe Kirche versucht, sich eng an das totalitäre Regime zu halten, das vor allem unabhängige Christen als Bedrohung wahrnimmt.

Aktuelle Einflüsse

Zahlreiche Aspekte sind für das Verständnis der Lage in Eritrea wichtig. Zunächst einmal hat die enge Verbindung der eritreischen Regierung zur islamischen Regierung des Sudans starken Einfluss auf ihre Haltung gegenüber Christen. Bedeutsam ist zudem der gescheiterte Putschversuch gegen Präsident Isaias Afewerki, zu dem es vor allem wegen der weit verbreiteten Unzufriedenheit mit der Regierung angesichts der schlechten Wirtschaftslage kam. Nach Aussage eines Open Doors-Feldforschers vermuten Regierungskreise die Urheber des fehlgeschlagenen Staatsstreichs in den Reihen westlicher Regierungen, im Nachbarland Äthiopien sowie bei christlichen Kollaborateuren in Eritrea selbst. Nach Einschätzung eines Open Doors-Feldforschers hat der Vorfall muslimischen Gruppierungen zu der Gelegenheit verholfen, sich bei Präsident Isaias Afewerki in Gunst zu setzen. Gleichzeitig nahm der Druck auf die Christen weiter zu.

Betroffene Kategorien von Christen

Etwa 50 Prozent der Bevölkerung Eritreas haben einen christlichen Hintergrund. Im Grunde gibt es in Eritrea vier Arten des Christentums. Zur ersten Gruppe gehören die Mitglieder der seit Jahrhunderten in Eritrea etablierten Kirchen, wie die Eritreisch-Orthodoxe Kirche, die Anglikaner, die Evangelisch-Lutherische und die Römisch-Katholische Kirche. Als zweite Gruppe gibt es nicht-traditionelle Protestanten. Die dritte Gruppe besteht aus Christen, die sich von historisch in Eritrea präsenten Kirchen, vor allem von der Eritreisch-Orthodoxen Kirche, zu verschiedenen Formen des nicht-traditionellen Protestantismus bekehrt haben. Bei der vierten Gruppe handelt es sich um ehemalige Muslime, die zu einer der oben beschriebenen drei Arten des Christentums übergetreten sind. Die ersten drei kirchlichen Gruppen leben hauptsächlich im christlich dominierten zentralen und südlichen Teil des Landes, während Christen muslimischer Herkunft im osteritreischen Tiefland an der Küste zu finden sind, das an Äthiopien grenzt, oder im westlichen Tiefland an der Grenze zum Sudan.

Betroffene Lebensbereiche

Eritreische Christen sind mit viel Druck konfrontiert und erleiden ein hohes Maß an Gewalt (siehe den Abschnitt über Gewalt). Zwar hat die Gewalt einen etwas anderen Charakter, doch die Punktzahl in diesem Bereich (15.186 Punkte) ist mit Somalia vergleichbar. Sie steht in enger Beziehung zum

repressiven Charakter des eritreischen Regimes, spiegelt aber auch aufkommende extremistisch-islamische Tendenzen wider. Angesichts dieser Bedrohungslage müssen Muslime, die zum Christentum übertreten wollen, im privaten, familiären und kommunalen Bereich mit heftigem Druck rechnen. Diese Punktzahlen setzen sich zusammen aus den relativ hohen Ergebnissen im Bereich des Lebens im Staat wie auch des kirchlichen Lebens und betreffen alle Kategorien von Christen. Diese hohen Punktzahlen sind maßgeblich der Haltung und dem Verhalten der eritreischen Regierung gegenüber allen existierenden Arten von christlichen Gemeinschaften geschuldet. Jedoch muss gesagt werden, dass Angehörige der Eritreisch-Orthodoxen Kirche im Vergleich mit anderen verfolgten Kirchenarten eine relative Freiheit genießen. Das kann damit erklärt werden, dass die Regierung sie als „weniger westlich“ wahrnimmt, und zudem für „kontrollierbar“ hält.

Auftreten von Gewalt

In Eritrea schränkt der alltägliche Druck das christliche Leben stark ein. Hinzu kommt ein relativ hohes Maß an expliziter Gewalt gegen sie. Ein Open Doors-Feldforscher meldete beispielsweise den Tod eines Konvertiten aus dem Islam, der im Polizeigewahrsam unter ungeklärten Umständen starb. Zudem berichtete ein einheimischer Open Doors-Kontakt, die eritreische Regierung habe ihr hartes Vorgehen gegen die Untergrundkirche verschärft, was zu über 100 Verhaftungen von jungen Gläubigen und Gemeindeleitern führte. Diese Verhaftungen weisen nach Einschätzung des Kontaktes darauf hin, dass die Regierung Kenntnis von kirchlichen Untergrund-Netzwerken hat. Häuser von Christen wurden durchsucht, angegriffen und beschädigt. Außerdem wurde gemeldet, dass sich Mitarbeiter der eritreischen Sicherheitsdienste an systematischer Gewalt bis hin zu Folterungen von Christen beteiligten. Andere Christen werden vom Staat unter menschenunwürdigen Umständen festgehalten. Dieses Niveau und diese Art der Gewalt im Zusammenwirken mit anderen Beispielen totalitärer Paranoia haben dazu beigetragen, dass Christen auf der Suche nach besseren Lebensumständen ihr Land verlassen.

Ausblick

Trotz weit verbreiteter Unzufriedenheit mit dem eritreischen Regime hat Präsident Isaias Afewerki das Land immer noch fest in seiner Hand. Ein Open Doors-Bericht aus dem Land lässt ahnen, dass in der eritreischen Gesellschaft weithin eine Atmosphäre der Angst herrscht. Zum Teil spiegelt sich das in der steigenden Anzahl von Eritreern wider, die aus dem Land fliehen, z. B. in Länder wie den Jemen. In diesem Zusammenhang ist auch zu erwähnen, dass Schätzungen des Open Doors-Feldforschers zufolge prozentual gesehen mehr Christen als Muslime aus Eritrea zu fliehen versuchen. Das hat u.a. zur Folge, dass die Stellung der Kirche und die Leuchtkraft des kirchlichen Lebens vor Ort weiter geschwächt werden.

In diesem Zusammenhang haben Open Doors-Nachforschungen noch einen weiteren beunruhigenden Trend ermittelt: Den Zuwachs an Islamischem Extremismus – zumal ca. 50 % der eritreischen Bevölkerung einen muslimischen Hintergrund haben und für Extremismus anfällig sein könnten. Darüber hinaus haben führende Muslime offenbar versucht, sich die Unterstützung von Präsident Isaias Afewerki zu sichern. Wie in Äthiopien, scheint die Eritreisch-Orthodoxe Kirche zudem weiter Druck auf diejenigen auszuüben, die zu anderen Gemeinden übergetreten sind. Vor dem Hintergrund der Tatsache, dass Eritrea noch immer ohne eine ratifizierte Verfassung regiert wird, sieht die Zukunft düster aus. Dass es bald zu einer positiven Veränderung kommen wird, ist nicht zu erwarten. Christen werden weiterhin um ihres Glaubens willen Verfolgung erleben.

zurück zu Länderübersicht

Platz 13: Libyen

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Auf dem Weltverfolgungsindex 2014 erreicht Libyen 71 Punkte. Das sind 11 Punkte mehr als 2013 und belegt damit Rang 13. Die Lage der Christen war bereits zuvor extrem schwierig und hat sich nun weiter verschlechtert, so dass Libyen innerhalb von Nordafrika den schlechtesten Platz einnimmt. In einem Umfeld von Anarchie und fehlender Rechtsstaatlichkeit werden die Christen – einheimische wie auch Ausländer - zwischen fanatischen religiösen Gruppen und kriminellen Banden zerrieben.

Triebkräfte der Verfolgung

Der Islamische Extremismus ist die Kraft, welche die Verfolgung der Christen in Libyen vorantreibt. Das äußert sich in unterschiedlicher Weise. Zum einen ist hier eine tief islamische Kultur, die den zum Christentum übergetretenen Bürgern mit enorm großem Druck seitens deren Familienmitgliedern und der Gesellschaft begegnet. Zum anderen haben seit dem Sturz von Gaddafi eine Vielzahl von radikalen islamistischen Gruppen, einschließlich der Salafisten und anderer Dschihadisten, freie Hand im Land und erhalten zunehmend auch Unterstützung.

Aktuelle Einflüsse

Bereits unter der despotischen Herrschaft von Muammar al-Gaddafi war die Situation für die Christen in Libyen extrem hart. Ausländische Christen, meist Zeitarbeiter aus benachbarten afrikanischen Ländern, genossen eine gewisse Freiheit. Dunkelhäutige und nicht-arabische Afrikaner wurden jedoch mit Rassismus konfrontiert. Unmittelbar nach der Revolution war ihre Lage schwierig, da sie als mögliche Söldner Gaddafis gesehen wurden.

Unter Gaddafi hatte Libyen keine echte Verfassung. Es gab das sogenannte „Grüne Buch“, das einige gesetzliche Vorschriften enthielt, aber in der Praxis war Gaddafis Wille Gesetz. Die gefürchtete Geheimpolizei war allgegenwärtig und sorgte dafür, dass Einschränkungen bei der Organisation kirchlicher Aktivitäten sowie der Verteilung christlicher Literatur auch eingehalten wurden und Evangelisation als kriminelle Handlung galt. Während Gaddafis Regierungszeit war der Staat die Hauptquelle der Unterdrückung von Christen. Heute geht Verfolgung der Christen überwiegend von der eigenen Familien und Verwandtschaft aus, dazu auch von fanatischen bewaffneten Gruppierungen (einschließlich Salafisten) und nur zu einem geringen Anteil von der Regierung. Die Einfuhr biblischer Schriften in arabischer Sprache ist streng verboten. Auch dadurch wird das Wachstum der einheimischen Kirche niedergehalten. Missionierung von Muslimen sowie missionarische Tätigkeiten sind offiziell verboten in einem Land, in dem trotz Gaddafis Untergang die Angst vor den gefürchteten Sicherheitskräften anhält.

Aufgrund der Unterdrückung, die der Intoleranz vonseiten Gesellschaft und Familie entspringt, wagen es libysche Christen kaum, mit anderen über ihren Glauben zu sprechen. Viele von ihnen befinden sich auf der Flucht aus ihrem Heimatland (oder ziehen das in Betracht). Männliche Konvertiten stehen vor dem Problem, einen (hinsichtlich Religion) passenden Partner zu finden. Das Land hält am traditionellen islamischen Gesetz fest, nach dem ein nicht-muslimischer Mann erst zum Islam konvertieren muss, bevor er eine muslimische Frau heiraten darf.

Die Regierung bestimmt, dass alle Bürgerinnen und Bürger des Landes sunnitische Muslime sein müssen. Dies ist verbunden mit weitgefassten Verboten unabhängiger politischer Vereinigungen jeglicher Art, was die Identifikation der Bürger mit einer religiösen oder politischen Gruppe verhindern soll. Es gibt eine Vielzahl unterschiedlicher Geheimpolizei- und Spionageorganisationen bzw. -netzwerke, die alle als Staatsfeinde Verdächtigte laufend beobachtet. Auch Ausländer werden eingehend überwacht. Diese Gesamtsituation macht Evangelisation in Libyen praktisch unmöglich. Auch nach der Verabschiedung der neuen Landesverfassung wird sich daran voraussichtlich kaum etwas ändern.

Betroffene Kategorien von Christen

Einheimische Christen müssen ausnahmslos ihren Glauben im Verborgenen leben, für sie gibt es keine Kirchen. Selbst der Besuch von Kirchen ausländischer Christen ist für Libyer verboten. Die Anzahl libyscher Christen mit muslimischem Hintergrund ist sehr gering, das Interesse am christlichen Glauben hat allerdings mit dem Angebot christlicher Programme auf Satelliten-TV und christlicher Webseiten in Arabisch zugenommen.

Wie in den meisten muslimischen Ländern zieht der Abfall vom Islam gesellschaftlichen Druck nach sich. Christen mit muslimischem Hintergrund droht immer Gefahr von der eigenen Familie; mehrere Berichte über Schläge durch Familienmitglieder liegen vor. Aus Furcht treffen sich die meisten libyschen Christen nicht mit anderen Gläubigen, da religiöse Versammlungen aller Art (außer islamische) für Libyer verboten sind. Ausländische Christen dürfen sich in ihren eigenen Kirchen versammeln, Libyer haben jedoch keinen Zutritt.

Betroffene Lebensbereiche

Nach dem Niedergang des Gaddafi-Regimes erlebten die Christen Verfolgung aus einer anderen Richtung, dabei waren sie jedoch weiterhin hohem Druck in allen Lebensbereichen ausgesetzt. Unter Gaddafi kam Verfolgung hauptsächlich vonseiten der Regierung und der Geheimdienste. Heute sind fanatische islamistische Bewegungen wie die Salafisten die Hauptverantwortlichen für Bedrängnis und gewaltsame Übergriffe gegen Christen in einem Land ohne Zentralregierung und Rechtsstaatlichkeit. Die Ablehnung der christlichen Konvertiten durch ihre eigenen Familien erhöht in dieser sehr konservativen Gesellschaft den Druck auf die Christen.

Wegen der schwachen Zentralregierung treibt eine große Anzahl von Milizen - mit religiösen wie auch nicht-religiösen Absichten - ungestraft ihr Unwesen im Land. Sie gehen gezielt gegen die meist gefährdeten Gruppen, einschließlich der Christen, vor. Ihre Anwesenheit schafft eine Kultur der Furcht, welche die Freiheiten der Christen zusätzlich einschränkt.

Auftreten von Gewalt

Die Gewalt gegen Christen in Libyen hat während des Berichtszeitraums zugenommen, viele gewaltsame Übergriffe gegen einheimische wie auch ausländische Christen wurden gemeldet. Salafisten und andere islamistische Gruppen sind für die meisten der Vorfälle verantwortlich. Besonders ein Vorfall sollte zur Kenntnis genommen werden: Im Februar 2013 wurden in Bengasi fünf ägyptische Christen festgenommen, gefoltert und beschuldigt, “christliche Missionare” zu sein. Einer von ihnen starb während der Haft, die anderen vier wurden später frei gelassen.

Ausblick

Libysche Analysten beobachten, dass in dem Land mit schwacher Zentralregierung der schlechte Zustand der inneren Sicherheit und die anhaltende Vorherrschaft lokaler Milizen, darunter auch mili-

tanter Salafisten, zu einer Situation geführt haben, in der Christen nicht erwarten sollten, dass diese Milizen, die im Rahmen ihrer Tätigkeit für den „Geheimdienst“ Gewalt gegen Christen ausüben, dafür bestraft werden. Deshalb sollten sie unbedingt von allen Handlungen Abstand nehmen, die als Missionierung ausgelegt werden könnten.[6]

Dieser “Spionage-Abwehrdienst” sollte ursprünglich bei der Bildung des “Libyschen Nachrichtendienstes” im Februar 2012 aufgelöst und in denselben integriert werden. Das ist allerdings nie geschehen, vielmehr ist parallel ein islamistischer und manchmal militant salafistischer weiterer Geheimdienst entstanden, der regelmäßig außerhalb der Kontrolle des NTC operiert.[7]

Führer des “Spionage-Abwehrdienstes” in der Gegend von Bengasi haben Aussagen gemacht, die Christen gegenüber ziemlich aufwieglerisch klingen. Ein Kommandeur jenes Geheimdienstes in Bengasi, Hussein bin Hmeid, erklärte mit Nachdruck, dass Libyen ein "zu 100% muslimisches Land" sei.[8] Abdul Salam Bargathi, ehemaliges Ansar al-Scharia-Mitglied und ebenfalls einer der Kommandeure des Geheimdienstes in Bengasi, hat gegenüber den Christen der Region Aussagen gemacht, die sehr bedrohlich klingen. Während er einerseits bekräftigt, dass er mithilfe der lokalen Kräfte des Geheimdienstes die christlichen Kirchen in und um Bengasi schützen wolle - unter den derzeitigen Gesetzen Libyens ist er dazu auch verpflichtet - warnt er gleichzeitig die Christen im Land, sie sollten besser vorsichtig sein. Weiter meint Bargathi, dass Christen in Libyen leicht als Gefahr für die nationale Sicherheit betrachtet werden könnten und warnt sie gleichzeitig mit unheilschwangeren Worten davor, ihre zerstörten Kirchen wieder aufzubauen oder gar in irgendeiner Weise aktiv zu werden, die als Missionierung ausgelegt werden könnte.

zurück zu Länderübersicht

Platz 14: Nigeria

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Die Situation der Christen in Nigeria, besonders in den nördlichen Provinzen, hat sich seit dem letzten Jahr kaum verändert, die Tendenz ist jedoch negativ. Angesichts von 70 Punkten auf dem Weltverfolgungsindex 2014 (2 Punkte mehr als 2013) muss die Situation in Nigeria weiter beobachtet werden. Die Regierung hat noch immer keine Kontrolle über Boko Haram, die unvermindert Gewalt und Zerstörung verbreiten. Das Leben der Christen in den 12 nördlichen Scharia Staaten ist weiterhin stark vom islamischen Gesetz geprägt.

Triebkräfte der Verfolgung

Der Islamische Extremismus ist in Nigeria die wesentliche Triebkraft für Verfolgung. Obwohl mit der Verfol-

[6] Mohamed Eljarh. “Libya’s Copts Under Attack?” Foreign Policy, March 19, 2013. http://transitions.foreignpolicy.com/posts/2013/03/19/libyas_christians_under_attack
[7] Email communication with Dr. Andrew McGregor, Director of Toronto-based Aberfoyle International Security, October 4, 2013.
[8] “Four ‘Christian Missionaries’ Arrested in Libya,” RT News, February 17, 2013. http://rt.com/news/christian-missionaries-arrested-libya-404/

gung der Christen in Nordnigeria meistens Boko Haram in Verbindung gebracht wird, ist das Schema der Verfolgung viel komplizierter als lediglich die gewaltsamen Übergriffe und die Ermordung von Christen – und auch gemäßigten Muslimen – durch die militante islamistische Gruppe. Das trifft besonders auf die 12 nördlichen Scharia Staaten zu, in denen die örtlichen Behörden und die Gesellschaft den Christen kaum zugestehen ihren eigenen Lebensstil zu führen.

Es gibt Anzeichen, das in einigen Teilen Nigerias auch exklusives Stammesdenken zur Verfolgung der Kirche führt; aus den östlichen Staaten liegen zudem einige Berichte über die Verfolgung von Christen mit animistischem Hintergrund vor.

Schließlich bleibt noch die Frage offen, inwieweit die allgegenwärtige systematische Korruption, die unter anderem von organisierten kriminellen Gruppen gelenkt wird Druck auf die Kirche ausübt.

Aktuelle Einflüsse

Die gegenwärtige Herrschaft des christlichen Präsidenten Goodluck Jonathan führte zu schweren Unruhen in Nigeria. Als Jonathan von der damals bereits regierenden Demokratischen Partei im April 2011 die Präsidentschaftswahlen gewann, löste dies angesichts seiner christlichen Konfession und seiner Abstammung aus dem Süden eine große Debatte aus. Aufgrund einer politischen Übereinkunft zwischen Muslimen und Christen waren Muslime der Überzeugung, der neue Präsident hätte ein Muslim sein müssen. Islamische Leiter und Aufständische schworen sich, dem christlichen Präsidenten das Regieren unmöglich zu machen, wobei Boko Haram als Jonathans offensichtlichster Widersacher auftritt.

Im April 2012 gab Jonathan öffentlich bekannt, er werde Boko Haram in sechs Monaten „erledigen", worauf die Erwiderung folgte, man werde ihn in drei Monaten „vernichten und die Kontrolle übernehmen". Viele Christen fürchten sich vor einem „Zusammenstoß der Titanen" bei den Wahlen im Jahr 2015. Die aktuelle Periode (2011-2015) wird von Jonathans Feinden weiterhin als Legitimierung für terroristische Aktionen gegen Christen und ihre Gemeinschaften betrachtet, die, wie angenommen wird, den „unrechtmäßigen Präsidenten" unterstützen.

Nicht überall in Nigeria erleben Christen Verfolgung durch den Islamischen Extremismus. Betrachtet man das Land unter diesem Aspekt, so kann Nigeria in verschiedene Gebiete eingeteilt werden. Der Norden (19 Staaten und das erweiterte Gebiet der Hauptstadt Abuja) ist überwiegend muslimisch, der Süden (17 Staaten) ist überwiegend christlich, doch der Südwesten (Yoruba) ist zu 50 Prozent muslimisch. Die zwischen dem Norden und dem Süden gelegene mittlere Region ist überwiegend christlich, gleichzeitig leben hier große muslimische Minderheiten. Doch als die Staaten gebildet wurden, haben Muslime große Teile der mittleren Region den zwölf sogenannten Scharia Staaten angegliedert. Die Bevölkerung des Kaduna Gebietes z.B. ist im Norden überwiegend muslimisch und im Süden christlich, doch die Verwaltung ist muslimisch und wird von der Scharia dominiert.

Betroffene Kategorien von Christen

Besonders in den Scharia Staaten birgt die Hinwendung vom Islam zum Christentum große Gefahren und kann schwerwiegende Konsequenzen nach sich ziehen. Doch die Verfolgung beschränkt sich nicht nur auf Christen mit muslimischem Hintergrund, sondern betrifft alle Kategorien von Christen in vielen nördlichen Staaten.

Betroffene Lebensbereiche

In den Scharia Staaten ist die Verfolgung besonders stark ausgeprägt, doch findet sie auch in den benachbarten Staaten statt. Sie beeinträchtigt das Familienleben und das gesellschaftliche Leben der

Christen. So ist es Christen nicht erlaubt, ihre Angehörigen auf öffentlichen Friedhöfen zu bestatten. In allgemeinbildenden Schulen, besonders den Grund- und Mittelschulen, werden Kinder von Christen gezwungen, den Islamunterricht zu besuchen. Christlichen Jugendlichen wird der Zugang zu weiterführenden Schulen oder Hochschuleinrichtungen verweigert, besonders wenn diese Einrichtungen einen sehr hohen Lehrstandard haben, gut ausgerüstet sind und über ausreichend Geldmittel verfügen. Christen werden in den Ausbildungseinrichtungen oft als Bürger zweiter Klasse betrachtet und dementsprechend behandelt. Christliche Mädchen stehen ständig in der Gefahr, entführt und zwangsverheiratet zu werden. In Kano zum Beispiel, wurden in einem Haus über 40 christliche Mädchen entdeckt, die nach ihrer Entführung dort festgehalten, islamisiert und für die Zwangsverheiratung mit Muslimen vorbereitet wurden. Laut Open Doors Feldexperten haben einige der Scharia Staaten sogar Organisationen zu dem Zweck der Entführung und Zwangsbekehrung von christlichen Mädchen eingerichtet.

Auf dem Arbeitsmarkt wurden Christen trotz nachgewiesener Qualifikationen die Einstellung verweigert; anderen werden Arbeitsstellen unter der Bedingung angeboten, dass sie ihren christlichen Glauben verleugnen. Christliche Gemeinschaften werden von lokalen Behörden häufig vernachlässigt. Der Ausbau der Wasserversorgung, Kliniken oder Straßen wird verweigert. Entlegene christliche Dörfer werden bei Entwicklungsprojekten übergangen.
Kirchen stießen auf große Schwierigkeiten bei dem Versuch, Konvertiten aus dem Islam offen zu integrieren. Derartige Aktivitäten erregen leicht die Aufmerksamkeit der islamischen Gemeinschaft und können schnell zu Gewaltausbrüchen gegen alle Kirchen im näheren Umkreis führen. Open Doors Feldexperten berichten von vermehrten Übergriffen islamischer Extremisten auf Pastoren, um das Wachstum der Kirchen zu stoppen.

Auftreten von Gewalt

Auch ohne Gewalt ist der Druck in den Scharia Staaten sehr hoch. Christen leben in ständiger Angst, weil sie in einem unberechenbaren Umfeld leben. Lokale Behörden und verschiedene gesellschaftliche Gruppen setzen sie in unterschiedlichen Lebensbereichen unter Druck. Manchmal werden diese Gruppen von der Scharia Polizei (Hisba) und den Da'awa Komitees (Initiativen zur missionarischen Ausbreitung des Islams) unterstützt. In den sieben anderen Nordstaaten ist der Druck nicht so hoch, dafür ist dort der islamische Terrorismus aktiver. Regelmäßig erhalten wir aus dieser Region Berichte über Vergeltungsmaßnahmen christlicher Jugendlicher für terroristische Übergriffe. Aus dem Süden, der dritten Region, gibt es keine Berichte über Feindseligkeiten gegen Christen. Vergeltungsmaßnahmen an Muslimen für Angriffe im Norden, die von ethnischen christlichen Gruppen aus dem Süden durchgeführt werden, sind sehr selten. Unterdessen sieht die islamische Agenda für Nigeria, wie sie von führenden Islamisten propagiert wird, klar vor, das ganze Land unter dem „Haus des Islam" zu vereinigen.

Das Ausmaß der Gewalt in Nigeria bleibt extrem hoch. Laut Medienuntersuchungen durch die Forschungsgruppe World Watch, wurden im Berichtszeitraum 612 nigerianische Christen getötet, Hunderte von Fällen physischer Gewalt registriert und fast 300 Kirchen zerstört. Zehntausende nigerianische Christen sahen sich angesichts massiver Drohungen gezwungen ihre Häuser zu verlassen. Sexuelle Übergriffe wurden von Boko Haram als Waffe eingesetzt, um Christen einzuschüchtern.

Ausblick

Die gegenwärtige Situation in Nigeria wirft ihre dunklen Schatten voraus, obwohl die Kirche inmitten von Verfolgung eine geistliche Erneuerung erlebt. Die wachsenden Beziehungen zwischen Al Kaida im Maghreb, der Boko Haram und anderen militanten islamistischen Gruppen in dieser Region, lassen die Schlussfolgerung zu, dass die Kirche in Zukunft noch mehr Gewalt und Verfolgung erleiden wird. Open Doors-Feldexperten halten es für durchaus realistisch, dass die antichristliche Gewalt auch die

Kirchen im Süden erreicht. Christliche Jugendliche, die Zukunft der Kirche, stehen beständig in der Versuchung, gewaltsame Vergeltung gegen Muslime zu verüben. Dadurch tragen sie dazu bei, dass der Teufelskreis der Gewalt in einigen Teilen des Landes immer stärker eskaliert.

Die Armut vieler Christen in den nördlichen Staaten bleibt alarmierend hoch. Islamisten können diese Tatsache zu ihrem Vorteil nutzen und Christen finanziell erpressen. Diesen wird oft der Zugang zu Bereichen der öffentlichen Grundversorgung verwehrt. Die nigerianische Zentralregierung scheint indes nicht in der Lage zu sein, ihre christlichen Bürger zu schützen. Es bleibt auch in Zukunft der Druck auf Christen in den Scharia Staaten hoch und in etwas geringerem Maß auch in den zentral gelegenen Staaten.

zurück zu Länderübersicht

Platz 15: Usbekistan

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit einer Wertung von 68 Punkten liegt Usbekistan auf Platz 15 des Weltverfolgungsindex 2014. 2013 rangierte das Land mit 62 Punkten an 16. Stelle. Die Situation der Christen hat sich in den zurückliegenden Jahren in allen Lebensbereichen verschlechtert. Staatliche Behörden üben weiterhin einen enormen Druck auf sie aus, doch die gravierendste Verschlechterung ist im familiären Bereich zu beobachten.

Triebkräfte der Verfolgung

Die Haupttriebkraft der Christenverfolgung in Usbekistan ist „Totalitäre Paranoia“, in geringerem Maße spielen auch „Systematische Korruption“ und „Islamischer Extremismus“ eine Rolle.

Totalitäre Paranoia: Religiöse Aktivitäten sind nur erlaubt, wenn sie vom Staat initiiert oder zumindest kontrolliert werden. Selbst Mitglieder traditioneller protestantischer Kirchen und Zeugen Jehovas werden häufig als „Extremisten“ gebrandmarkt, weil sie ihre Religion außerhalb staatlich legitimierter Strukturen ausüben. Da die Regierung sich im Hinblick auf das Alter und die Gesundheit des Präsidenten auf einen Führungswechsel vorbereitet, ist eine Verringerung des Drucks von dieser Seite eher unwahrscheinlich. Protestanten gelten als destabilisierendes Element der Gesellschaft, das man zumindest kontrollieren, bei gegebenem Anlass aber am besten ausmerzen sollte. Auf der Suche nach Extremisten verwanzen Sicherheitskräfte verstärkt Wohnungen, wovon auch Gläubige und Kirchen betroffen sind. Auch gegen den Religionsunterricht wird härter vorgegangen, gleichgültig, um welche Religion es sich handelt. Hinzu kommt, dass viele Kontrollsysteme und Kontrollmechanismen aus der kommunistischen Ära noch immer existieren.

Systematische Korruption: Korruption ist auf allen Ebenen der Verwaltung und der Regierung verbreitet. Die unterschiedlichen Machtgruppen innerhalb des Regimes haben kein Interesse daran, ihre lukrativen Einkommensquellen zu verlieren. Das Regime konzentriert sich darauf, die verschiedenen Machtblöcke mit taktischen Mitteln auszubalancieren. Rechtsstaatlichkeit ist nicht mehr als eine Wunschvorstellung, da das juristische System von der Exekutive abhängig ist. Darunter leidet das ganze Volk. Wer jedoch wagt dagegen aufzubegehren oder auch nur –wie Christen – in den Verdacht

der Systemkritik gerät, wird unter Druck gesetzt. Unter der mangelnden Rechtstaatlichkeit leiden besonders die Christen, da sie häufiger vor Gericht gestellt werden als andere.

Islamischer Extremismus: Usbekistan ist die Geburtsstätte zweier islamischer Extremistengruppen, die zurzeit in Afghanistan kämpfen. Sie sind nicht dafür bekannt, Christen gezielt anzugreifen. Das hängt fraglos mit der kleinen Anzahl von Christen im Land zusammen. Besonders einheimische Gläubige sind zudem bemüht, ihren Glauben geheim zu halten. Sobald sie entdeckt werden, müssen sie mit großem Druck vonseiten ihrer Familie und Freunde rechnen, die sie zur Rückkehr zu ihrem alten Glauben drängen. Örtliche Mullahs werden gegen sie predigen, wodurch noch mehr Druck auf die Konvertiten ausgeübt wird.

Aktuelle Einflüsse

Der geplante Abzug internationaler Truppen aus Afghanistan in 2014 könnte zu einem Zustrom islamischer Extremisten führen, die von den Kämpfen in ihre zentralasiatischen Heimatländer zurückkehren. Ein beachtlicher Anteil von ihnen stammt aus Usbekistan, besonders aus der Grenzregion zu Afghanistan und dem Ferghanatal. Für die Kirchen wäre dies von großer Bedeutung, da die Regierung ihren Kampf gegen den Extremismus verstärken wird, wovon auch die Kirchen betroffen sein werden. Falls islamische Extremisten nach Usbekistan zurückkehren, wird sich die Situation der Kirche sehr wahrscheinlich rapide verschlechtern. Es ist zu befürchten, dass sie von zwei Seiten unter Druck gesetzt würde: Von der Regierung und den Extremisten.

Ein weiterer Faktor könnte die Lage zusätzlich verschärfen. Wie die russische Menschenrechtsgruppe ‚Memorial' im Jahr 2011 berichtete, hat Usbekistan nicht nur im Vergleich aller Staaten der ehemaligen Sowjetunion die höchste Anzahl politischer Häftlinge, sondern sogar mehr als sie alle zusammengenommen. Das Internationale Komitee des Roten Kreuzes (IKRK) gab im April 2013 die Beendigung seiner Häftlingsbesuche in Usbekistan bekannt, da man die übliche Vorgehensweise nicht ungehindert durchführen könne. Schätzungen reichen von 5.000 bis 10.000 politischen Häftlingen, die bestraft wurden, weil die Regierung ihre Ansichten als abweichlerisch ansah, sie auf irgendeine Weise als extremistisch galten oder weil sie den Islam abseits der staatlich genehmigten Strukturen praktizierten. Sollten diese Häftlinge wegen eines Regierungswechsels oder aus Platzmangel in den Gefängnissen entlassen werden, könnte der Hass gegen die christliche Minderheit noch geschürt werden. Es ist davon auszugehen, dass viele der wegen Extremismus verurteilten Häftlinge sich im Gefängnis radikalisiert haben und nun nach Sündenböcken suchen oder ihre extremistischen Ansichten offen ausleben wollen.

Betroffene Kategorien von Christen

Grundsätzlich gibt es zwei Kategorien von Christen in Usbekistan: eine große, jedoch schrumpfende Gruppe von Anhängern des russisch-orthodoxen Glaubens und eine kleine, aber wachsende Gruppe von usbekisch-stämmigen Gläubigen.

Die Russisch-Orthodoxe Kirche hat sich mit den ihr von der Regierung auferlegten Einschränkungen arrangiert und kann deshalb weitgehend unbehelligt ihren Aktivitäten nachgehen. Gottesdienste werden möglicherweise überwacht, aber nicht gestört, und die Gläubigen genießen Versammlungsfreiheit. Der Druck und die Einfuhr christlicher Literatur hingegen sind ebenso eingeschränkt wie die Einbindung von ausländischen Mitarbeitern. Konvertiten zum Christentum müssen viele zusätzliche Einschränkungen hinnehmen; wenn sie sich versammeln geschieht dies in der permanenten Angst, erwischt zu werden. Die Folge können Bußgelder, Verhaftungen oder eine Gefängnisstrafe sein.

Betroffene Lebensbereiche

Die Christen Usbekistans sind in jedem Bereich ihres Lebens starkem Druck ausgesetzt, ganz besonders jedoch im Privat- und im Gemeindeleben. Es gibt eine wachsende Zahl von Gemeinden außerhalb der staatlich anerkannten Strukturen. Die Regierung fürchtet und bekämpft jede Art von möglichem Aufruhr und wird dies auch weiterhin tun, um ihre Macht zu sichern. Auch andere religiöse Minderheiten, die als gefährlich, extremistisch oder einfach nur als abweichlerisch gelten, wie die islamische „Nursi"-Gruppe, haben zu leiden. Christen, die bei der Durchführung von Gottesdiensten oder beim Besitz christlicher Literatur ertappt werden, müssen mit unvorstellbar hohen Strafen rechnen.

Christen leben mit der beständigen Gefahr, dass ihre Kirche durchsucht, ihr Gottesdienst gestört und beendet und christliche Literatur konfisziert wird. Kirchenmitglieder sind Belästigungen ausgesetzt, müssen Arrest und Gefängnisstrafe aufgrund von „illegaler religiöser Aktivität" oder von Zeit zu Zeit sogar Anzeigen wegen Extremismus befürchten. Als Indiz für letzteres kann das Abhalten privater Gebetstreffen oder der Besitz von „illegaler religiöser Literatur" gelten. Es liegt am Staat, die Illegalität eines Treffens oder eines Schriftstücks zu definieren. Die offizielle Einfuhr von Schriften und christlicher Literatur für registrierte Organisationen, wie z. B. die Bibelgesellschaft, wird verhindert. Kirchen sind verpflichtet sich registrieren zu lassen, allerdings gab es seit 1999 nicht eine einzige Genehmigung. Viele Kirchen haben zudem ihre Zulassung verloren, andere sogar ihre Gebäude.

Auch im privaten und familiären Bereich sowie im gesellschaftlichen Umfeld sind usbekische Gläubige starkem Druck ausgesetzt, wie eine wachsende Zahl von Berichten zeigt. Sich mit anderen Gläubigen zu treffen, einen Gottesdienst in usbekischer Sprache abzuhalten oder Lobpreislieder zu singen, ist staatlich verboten. Zuwiderhandlungen lösen nicht nur eine heftige Reaktion von Seiten des Staates aus, sondern auch vonseiten der „Mahalla" – einer Art Nachbarschaftswache (staatlich sanktionierte Komitees zur Selbstverwaltung von Stadtvierteln und Dörfern).

Auftreten von Gewalt

Es gibt Beweise für Gewalt gegen Christen, obwohl die Regierung bemüht ist, diese Informationen nicht nach außen dringen zu lassen. Obwohl der Staat unerwünschte religiöse Bewegungen eher kontrolliert und mit horrenden Bußgeldern belegt, gibt es auch Christen, die für ihren Glauben ins Gefängnis kommen. Zu ihnen gehören Tohar Haydarov, der im Jahr 2010 zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt wurde und Sharofat Allamova, dem im Mai 2013 eine 18-monatige Haftstrafe auferlegt wurde. Weitere eingesetzte gewalttätige Mittel sind massiver Druck während der Verhöre und manchmal sogar Vergewaltigung.

Weibliche Konvertiten zum Christentum stehen oft in Gefahr, von ihren Ehemännern oder der Familie verprügelt zu werden. Immer wieder müssen Christen innerhalb des Landes oder sogar ins Ausland fliehen, um dieser Gewalt zu entkommen. Regelmäßig werden die Häuser von Christen durchsucht, wobei Bücher und andere Unterlagen beschlagnahmt werden.

Ausblick

Der Blick in die Zukunft usbekischer Christen ist düster. Die Behörden haben ihren Klammergriff auf alle Kirchen noch verstärkt. Für die Zeit nach 2014 rechnen sie mit weitaus schwierigeren Zeiten aufgrund der Rückkehr extremistischer Gruppen aus Afghanistan. Besonders vom Ferghanatal her, das als Brutstätte des Islam gilt und Heimat verschiedener Bevölkerungsgruppen ist, könnten problematische Entwicklungen zusätzlich verstärkt werden. Im Zusammenwirken mit einem unsicheren Regime in einer Phase des Wandels würde dadurch die ganze Region erschüttert. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird das nächste Regime jedoch nur eine Fortsetzung der autokratischen Herrschaft bedeuten,

wenn auch nicht unter dem Namen „Karimov“. Die Namen der Machthaber ändern sich, das System jedoch wahrscheinlich nicht.

Die Feindseligkeit der Gesellschaft gegen Christen nimmt zu, angefacht durch negative Fernsehreportagen. Gleichzeitig wird es für ortsansässige Pastoren immer schwieriger, ihre Gläubigen zu lehren. Obwohl Christen ihren Glauben einfach nur in Frieden ausleben wollen, ist es durchaus möglich, dass sie sich künftig noch stärker als bisher in einer Zwangslage wiederfinden; dies gilt besonders für usbekische Gläubige.

zurück zu Länderübersicht

Platz 16: Zentralafrikanische Republik

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Die Zentralafrikanische Republik (ZAR) rangiert auf dem 16. Platz und ist 2014 erstmalig auf dem Weltverfolgungsindex vertreten. Das Land erreicht mit 67 Punkten eine bemerkenswert hohe Zahl. Dies ist nahezu ausschließlich auf das große Ausmaß an Gewalt gegen Christen zurückzuführen, die durch die Rebellion der Seleka Bewegung ausgelöst wurde.

Triebkräfte der Verfolgung

Die Haupttriebkraft der Verfolgung in der Zentralafrikanischen Republik ist der islamische Extremismus. Die Revolution mit dem Sieg der Seleka Bewegung und der Sturz von Präsident François Bozizé hatten und haben für die Christen dramatische Folgen. Die Seleka setzt sich zusammen aus einheimischen Muslimen sowie zahlreichen Söldnern aus dem Tschad und dem Sudan. Sie verfolgt keine klar erkennbare islamistische Agenda. Bei ihren Verwüstungen wurden allerdings neben Regierungsgebäuden besonders christliche Besitztümer (Häuser und Kirchen) zerstört.

Aktuelle Einflüsse

Am 24. März 2013 eroberte die Koalition der Seleka Rebellen unter der Führung von Michel Djotodia nach dreimonatigem Aufstand die Hauptstadt der Zentralafrikanischen Republik, Bangui, und zwang den Präsidenten Francois Bozizé ins Exil nach Kamerun. Der Auslöser für den Aufstand war die Unzufriedenheit mit dem autoritären Verhalten und der Inkompetenz der amtierenden Regierung. Djotodia setzte sich in der Folge selbst zum Präsidenten ein. Nachdem ihm die Kontrolle über die Seleka Soldaten entglitten war, löste er die Gruppierung im September 2013 offiziell auf. Doch die ehemaligen Kämpfer plündern, morden und brandschatzen offenbar auf eigene Faust weiter. Dabei lässt die hohe Zahl der Opfer mit christlichem bzw. nichtmuslimischem Hintergrund eine mindestens teilweise islamistische Agenda im Hintergrund vermuten.
Die Christen finden sich in einer Situation wieder, die von verschiedenen Beobachtern als interreligiöser Konflikt bezeichnet wurde. Die Schändung von christlichen Kirchen und die Gewalt gegen Christen unterstreichen dies. Seit Ausbruch der Kämpfe hat die Seleka Koalition nur Christen und Nichtmuslime attackiert.

Betroffene Kategorien von Christen

Die christliche Bevölkerung aller Denominationen ist die verwundbarste Gruppe in der aktuellen Krise. Die katholische Kirche verfügt über ein großes Netzwerk an Kirchen, Kliniken und Schulen und stellt die größte christliche Gemeinschaft im Land dar. Es wird berichtet, dass viele Kirchen, Schulen und Krankenhäuser vollständig ihrer Fahrzeuge, Computer und sonstiger Dinge von Wert beraubt wurden. Jede Kirche und jeder Besitz, der einem Christen gehört, sind derzeit Ziele für die Ex-Seleka Kämpfer.

Der Mangel an politischem Konsens und ständige gewaltsame Zusammenstöße werden höchstwahrscheinlich die Schaffung von Institutionen zur Wahrung von Recht und Ordnung verzögern. Bis dahin werden aller Voraussicht nach weiterhin hauptsächlich christliche Gemeinschaften/Ortschaften das Ziel religiös motivierter Gewalt sein.

Es ist wichtig, die großen Spannungen zwischen dem Zentrum des Landes (Bangui und die südlichen Provinzen, mehrheitlich christliche Bevölkerung) und der Peripherie (Nordost und Nordwest, mehrheitlich muslimische Bevölkerung) zu beachten. Ähnliche Triebkräfte für Verfolgung sind auch in anderen afrikanischen Ländern von Mali bis zum Sudan/Südsudan zu beobachten. Im Falle der ZAR bestehen darüber hinaus Spannungen zwischen den verschiedenen ethnischen Gruppen im Norden, die oftmals ihre eigenen Rebellen Fraktionen finanzieren und unterstützen. Ob sich die derzeit einflussreichen Ex-Seleka Kämpfer als dauerhafte Kraft im Land etablieren können, mag fraglich sein. Gegenwärtig ist jedoch ihre Zielsetzung, spezifisch die Bevölkerung der obengenannten zentralen Landesteile anzugreifen, unbestreitbar.

Betroffene Lebensbereiche

Für einen christlichen Mehrheitsstaat wie die ZAR ist das Ausmaß des Drucks auf Christen überraschend. Durch den Aufstand ist die Freiheit der Christen in fast allen Lebensbereichen schwer beeinträchtigt, am meisten ist das soziale, gesellschaftliche und kirchliche Leben der Christen eingeschränkt, ein wenig geringer ist der Druck im Privat- und Familienleben.

Auftreten von Gewalt

Die Gewalt in der ZAR hat ein dort bisher ungekanntes Ausmaß erreicht. Die ZAR weist die höchstmögliche Punktzahl für physische Gewalt gegen Christen auf. Diese Punktzahl berücksichtigt sowohl die Ermordung von 13 Pastoren wie auch die Vergewaltigung vieler Frauen.

Ein Bericht von Human Rights Watch vom September 2013 erwähnt zahlreiche von Seleka Mitgliedern verübte grausame Gewalttaten, denen hauptsächlich Nichtmuslime zum Opfer fielen. Human Rights Watch berichtet, dass Rebellen die Bevölkerung aus christlichen Ortschaften vertrieben und die Dörfer geplündert hätten. Einige Beobachter sehen Anzeichen dafür, dass durch diese Aktionen „Raum geschaffen“ werden soll für bestimmte nomadische Gruppen und ihre Viehherden. Darüber hinaus wurden auch Vorfälle in der Hauptstadt Bangui dokumentiert. Ein besonders bemerkenswerter Vorfall war das Niederschießen von Bürgerwehren durch Regierungsbeamte im September 2013 in der Region Bouar. Andere Menschenrechtsverletzungen an Christen beinhalten die gezielte Ermordung von Zivilisten und die Zerstörung von über 1000 Häusern. Dies hat zu einer verschärften Flüchtlingslage mit ca. 400.000 Binnenflüchtlingen und einer Million weiterer Betroffener geführt, die vor dem Verlust ihrer Existenz stehen. Darüber hinaus kommt es laufend zur weiteren sozialen Ausgrenzung von bereits verwundbaren Gemeinschaften/Bevölkerungsteilen.

Ausblick

Falls die internationale Gemeinschaft nicht in der Lage ist, mit Hilfe der Afrikanischen Union eine ausreichend große Friedenssicherungsmission aufzustellen, droht eine weitere Zunahme der religiösen Spannungen. Die innere Sicherheit, Recht und die öffentliche Ordnung müssen dringend wiederhergestellt werden. Sollte dies innerhalb einer längeren Zeitspanne nicht passieren, wird die Bevölkerung sich bewaffnen, um sich gegen die Plünderungen, Vergewaltigungen und die Morde zu wehren. Bewaffnete Gruppierungen von Zivilisten können sehr schnell in den Sog von Racheakten zwischen „christlichen“ Bürgerwehren und unorganisierten Überbleibseln der Seleka und ansässigen Muslimen gezogen werden. Ein solcher Konflikt ist bereits in Bossongoa ausgebrochen, und es besteht die Gefahr einer Ausbreitung in andere Landesteile. Es ist nicht unwahrscheinlich, dass Muslime in diesem Fall als Minderheit in den Städten und Dörfern, die Hauptlast solcher Ausbrüche (von Gewalt) erleiden müssten.

Wachsende Gewalt kann außerdem zu einer Einmischung fremder Mächte führen. Dadurch würden die Rahmenbedingungen des Konflikts verändert und die Regierung der ZAR in ihrem Handlungsspielraum möglicherweise stark eingeschränkt. Um internationale Anerkennung zu erlangen, wird Präsident Djotodia nach einer Wiedererrichtung des demokratischen Wahlsystems streben, aber er wird zwischen Ordnung, Demokratie sowie den Interessen der Rebellen und des Militärs abwägen müssen. Sein Ruf nach Unterstützung durch die OIC (Organisation für islamische Zusammenarbeit) und die Tatsache, dass er selbst aus dem (muslimischen) Norden stammt, lassen eine Bevorteilung von Muslimen wahrscheinlich erscheinen. Dies wiederum könnte zu einer weiteren sozialen Spaltung des Landes führen und damit zunehmende Instabilität bedingen.

zurück zu Länderübersicht

Platz 17: Äthiopien

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit 65 Punkten steht Äthiopien auf Rang 17 des Weltverfolgungsindex 2014. 2013 rangierte das Land mit 63 Punkten auf Platz 15. Im zurückliegenden Jahr hat sich die Situation der Christen leicht verschlechtert. Das gilt nicht nur für Christen mit muslimischem Hintergrund, sondern auch Mitglieder anderer Kirchen stehen unter einem höheren Druck.

Triebkräfte der Verfolgung

Derzeit sind die Haupttriebkräfte der Christenverfolgung in Äthiopien „Islamischer Extremismus“, „Klerikales Anspruchsdenken“, „Totalitäre Paranoia“ sowie „Exklusives Stammesdenken“. Diese vier Triebkräfte sorgen für eine komplexe Verfolgungssituation.

Islamischer Extremismus: Die Bevölkerung des Landes besteht zu ungefähr 66% aus Christen und zu 34% aus Muslimen. Statistiken der Central Statistical Agency of Ethopia (CSAE) zufolge ist die zweite Bevölkerungsgruppe in 60% der Gebiete vertreten. Vor dem Hintergrund eines auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene zunehmend prominent auftretenden Islamismus sind die Mitglieder aller christlichen Kirchen angreifbarer geworden.

Klerikales Anspruchsdenken ist die zweite Triebkraft. Viele Jahre lang hat die Äthiopisch-Orthodoxe Kirche diejenigen verfolgt, die ihr den Rücken zugekehrt haben, um sich entweder den nicht-traditionellen protestantischen Kirchen oder einer der Erneuerungsbewegungen innerhalb der Äthiopisch-Orthodoxen Kirche anzuschließen. Laut einem Mitarbeiter von Open Doors geschieht dies, indem Kirchenmitglieder Angriffe gegen Mitglieder der Erneuerungsbewegungen verüben.

Totalitäre Paranoia ist die dritte Triebkraft. Es gibt einen wachsenden Verdacht, dass die Regierung sich ideologisch einem chinesischen Regierungsmodell zuwendet und hierdurch eine neue Facette der Christenverfolgung entsteht. Dies zeigt sich in verschiedener Weise. Ein Open Doors Mitarbeiter nennt als mögliche Beispiele, dass Regierungsstellen die Beförderung von Christen innerhalb einer Behörde verhindern oder Beamte Reisen von Kirchenmitarbeitern in entlegene Gebiete des Landes unterbinden.

Exklusives Stammesdenken wird ebenfalls als wachsende Triebkraft sichtbar. Die Oromo sind einer der zwei größten Stämme in Äthiopien. Mehr und mehr Oromo entscheiden sich, ihrer traditionellen Glaubensrichtung, Wakefeta, zu folgen. Wakefeta ist sowohl Tradition als auch Religion. Eine beträchtliche Anzahl von Menschen sind Anhänger von Wakefeta und einige haben begonnen, sich vom christlichen Glauben zu distanzieren. Zur Verfolgung von Christen kommt es, wenn ehemalige Wakefeta Anhänger sich dem christlichen Glauben zuwenden und daraufhin bewusst isoliert und von sozialen Aktivitäten ihrer Stammesgemeinschaft ausgegrenzt werden.

Aktuelle Einflüsse

Die gegenwärtige Christenverfolgung in Äthiopien lässt sich auf mehrere Faktoren zurückführen. Erstens ist Äthiopiens Geschichte seit langer Zeit vom Christentum und dem Islam geprägt. Im Lauf der Zeit haben beide Religionen versucht, ihren Einfluss auszuweiten. Zweitens leben in Äthiopien viele Stämme, die zum Teil animistischen Religionen anhängen. Sie sind dem christlichen Glauben gegenüber nicht unbedingt wohlgesonnen. Darüber hinaus besitzt Äthiopien zwar eine der effizientesten und am besten organisierten Regierungen Ost-Afrikas, doch wird diese von der Partei „Ethiopian People's Revolutionary Democratic Front (EPRFD)" dominiert. Dabei handelt es sich um eine Koalition aus vier verschiedenen ethnischen Gruppen, die laut einem Open Doors Mitarbeiter das chinesische Regierungsmodell als erstrebenswert betrachtet. Folglich bleibt bei ihren Gestaltungsbemühungen für Religion nicht viel Platz. Zuletzt hatte auch die Äthiopisch-Orthodoxe Kirche Schwierigkeiten, sich mit der wachsenden Anzahl nicht-orthodoxer Protestanten und reformorientierter Gruppen innerhalb der eigenen Kirche zu versöhnen.

Betroffene Kategorien von Christen

In Äthiopien gibt es drei Kategorien von Christen: Das sind zunächst die historischen christlichen Gemeinschaften wie die Äthiopisch-Orthodoxe Kirche. Eine zweite Gruppe besteht aus den nicht-traditionellen Protestanten und Gläubigen mit christlichem Hintergrund. Die dritte Gruppe besteht aus Christen muslimischer Herkunft. Ihre Verfolger sind zahlreich. Nichtchristliche religiöse Oberhäupter, z.B. Geistliche und Älteste der erweiterten Familie oder des Stammes, sind die Hauptverfolger im Bereich des Islamischen Extremismus und tragen zu verschiedenen Formen der Christenverfolgung bei. Im Bereich des Klerikalen Anspruchsdenkens sind die Protagonisten größtenteils religiöse Oberhäupter der Äthiopisch-Orthodoxen Kirche, aber auch Anhänger fanatischer Bewegungen, normale Bürger und Mitglieder der erweiterten Familie. Totalitäre Paranoia liegt den Übergriffen von Regierungsbeamten zugrunde, während Exklusives Stammesdenken die treibende Kraft bei der Verfolgung durch Stammesälteste, normale Bürger und Mitglieder der erweiterten Familie ist.

Betroffene Lebensbereiche

Ein Blick auf die Zahlen macht deutlich, dass der konstant herrschende Druck leicht zugenommen hat. In jedem der Lebensbereiche Familie, Gesellschaft, Land und Kirche ist ein leichter Punktanstieg zu verzeichnen. Dieser Anstieg resultiert zum Teil aus der Summe der konkreten Auswirkungen, die die einzelnen Triebkräfte der Verfolgung nach sich ziehen und die alle Arten von Kirchen betreffen. Ein Open Doors Feldforscher hat in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, dass die Regierung das Thema Religion fest in ihrer Agenda verankert hat, um den sozialen Frieden im Land zu wahren. Es ist sehr wahrscheinlich, dass sowohl die religiösen Spannungen innerhalb der äthiopischen Gesellschaft als auch die Reaktion der Regierung auf diese Spannungen zu der leichten Erhöhung des konstanten Drucks geführt haben. Erwähnt werden muss darüber hinaus auch, dass sich die Punktzahlen im Bereich Gewalt erhöht haben.

Auftreten von Gewalt

Ähnlich wie in den Bereichen, in denen der konstante Druck zugenommen hat, gibt es auch im Bereich der Gewalt einen Anstieg. Besonders über Gewalt gegen christliche Frauen wird höchstwahrscheinlich viel zu wenig berichtet. Open Doors Recherchen vor Ort lassen auf mehrere religiös motivierte Zwischenfälle schließen. Verschiedene Kirchengebäude wurden durch Angreifer beschädigt, die entweder durch Islamischen Extremismus oder durch Exklusives Stammesdenken motiviert waren. Das letztgenannte Motiv führte zu mehreren gewalttätigen Übergriffen auf das Eigentum von Christen. Open Doors Recherchen zufolge wurden 50 Christen gezwungen ihre Häuser zu verlassen oder sogar vollständig in den Untergrund abtauchen. Unter ihnen ist ein Gemeindeleiter, der sich gezwungen sah sein Dorf zu verlassen, um seine Familie zu schützen. Auch durch Klerikales Anspruchsdenken motivierte Verfolger trugen zu einem Anstieg der Gewalt gegen Christen bei. So wurden ein Haus und mehrere Geschäfte von Christen wurden aus religiösen Motiven beschädigt. Bei einem weiteren Vorfall aus diesem Bereich wurden mehr als 10 Christen dazu gezwungen, innerhalb des Landes abzutauchen. Gleichzeitig hat der Einfluss Totalitärer Paranoia Open Doors Recherchen zufolge interessanterweise kaum zur Gewalt gegen Christen beigetragen. Andererseits gibt es keine Anzeichen dafür, dass der äthiopische Staat Maßnahmen ergreifen würde, um Christen vor gewaltsamen Übergriffen zu schützen. Das ist ein besorgniserregendes Zeichen und erfordert eine weitergehende Recherche.

Ausblick

Die Situation in Äthiopien ist kompliziert. Wie ein Open Doors Berichterstatter meldet, ist der regierende Premierminister gegenwärtig bemüht, seine Macht zu festigen. Dies kann einerseits eine positive Entwicklung sein, zum anderen zweifeln nach Angaben des Kontakts viele an der Erfahrung der aktuellen politischen Führung. Es gibt einen wachsenden, verdeckten Konflikt zwischen der Regierung und muslimischen Anführern, da die Regierung versucht, extremistische Formen des Islams einzudämmen. Diese Entwicklung hat für die Kirche in Äthiopien und besonders für die Christen muslimischer Herkunft augenscheinlich unangenehme Nebenwirkungen. Ein Open Doors Kontakt gibt an, dass Muslime Versammlungen christlicher Konvertiten aus dem Islam an die Regierung melden, in der Hoffnung, dass diese Treffen von den Beamten wie illegale Versammlungen behandelt werden. In diesem Zusammenhang berichtet der Leiter einer solchen Gruppierung: „Wir treffen uns normalerweise in kleinen Zellgruppen, aber in der gegenwärtigen Situation ist das sehr schwierig.“ Einem Bericht aus dem Land zufolge haben die Kirchen auch an einer anderen Stelle zu kämpfen: Neue Gesetze zielen darauf ab, religiöse Ansprachen in der Öffentlichkeit zu verbieten, Moscheen und Kirchen eingeschlossen. Obwohl dieses Gesetz augenscheinlich alle religiösen Gruppierungen betrifft, könnte es in der Praxis durchaus dazu kommen, dass es nur auf nicht-traditionelle Kirchen angewendet wird. Es bleibt abzuwarten, wie die Kirche in Äthiopien mit diesem vielfältigen Druck umgeht und wie sie es schafft, konstruktiv darauf zu reagieren.

zurück zu Länderübersicht

Platz 18: Vietnam

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit einer Wertung von 65 Punkten liegt Vietnam auf Platz 18 des Weltverfolgungsindex 2014. 2013 befand sich Vietnam mit 57 Punkten auf Rang 21. In den vergangenen Jahren ist die Situation der Christen des Landes weitgehend unverändert geblieben. Vietnams schwankende Platzierungen waren wesentlich auf Verschlechterungen in anderen Ländern zurückzuführen, besonders im Nahen Osten und Afrika. Im Berichtszeitraum hat sich die Situation durch die Einführung eines neuen Religionsgesetzes verschlechtert.

Triebkräfte der Verfolgung

Die Haupttriebkraft der Christenverfolgung in Vietnam ist „Kommunistische Unterdrückung“; hinzu kommen „Exklusives Stammesdenken“ und „Totalitäre Paranoia“.

Kommunistische Unterdrückung: Vietnam ist eines der wenigen verbliebenen Länder der Welt, das der kommunistischen Ideologie folgt. Deshalb stufen die Behörden das Christentum als ausländischen Einfluss und die Christen als westliche Agenten ein. Das Regime basiert nach wie vor auf der Marxistisch/Leninistischen Lehre und den Vorstellungen Ho Chi Minhs, „angeführt durch ein starkes Misstrauen, besonders gegen die katholische Bevölkerung von ca. 8 Millionen und evangelische Protestanten von fast 1,7 Millionen. Vietnam übt starke Kontrolle auf alle religiösen Aktivitäten aus und schränkt jegliche unabhängige religiöse Ausübung strengstens ein, “ so der Bericht der Arbeitsgruppe für ‚Regelmäßige umfassende Überprüfungen des Landes‘, Teil des UN Rats für Menschenrechte, im Juni 2013.

Exklusives Stammesdenken: Schätzungsweise zwei Drittel aller Christen haben einen Stammeshintergrund, viele von ihnen gehören dem Stamm der Hmong an. Der Druck, zu ihrem traditionellen Glauben zurückzukehren und an den Ritualen teilzunehmen, ist besonders in ländlichen Gebieten sehr groß. Der Stammeshintergrund mancher Gläubiger ist auch ein Grund, warum Christen von den Behörden genau beobachtet werden, denn es gibt einige Stammesbewegungen, die auf einen eigenen Staat aus sind. Deshalb überwacht die Regierung Kirchen durch örtliche Zweigstellen und mithilfe von Stammesführern engmaschig.

Totalitäre Paranoia: Die Regierung wird von einheimischen Quellen als „unsicheres Regime“ beschrieben, was zu einem gewissen Grad erklärt, wieso das Regime so streng gegen jegliche abweichende Denkweisen vorgeht. Doch man kann seine Paranoia auch durch zwei weitere Beobachtungen erklären: Vietnam war einmal eng mit China verbunden, eine Beziehung, die belastet wurde, als China die Herrschaft über das ganze Südchinesische Meer für sich beanspruchte. Ein Anspruch, der von den südostasiatischen Nachbarn energisch zurückgewiesen wird. Dazu gehört auch Vietnam, das durch seine lange Küstenlinie besonders betroffen ist. So wiesen die ideologischen Verbindungen erste kleine Risse auf. Das Land blieb von den Veränderungen, die die kommunistische Welt auf den Kopf stellten, unberührt, obschon es eine wachsende Privatwirtschaft gibt („Doi Moi Politik“), die 1986 ihren Anfang nahm. Berichten zufolge gibt es Befürchtungen, dass der sogenannte „Arabische Frühling“ auch Bewegungen in Vietnam entfachen könnte – eine Befürchtung, die zur Paranoia der Regierung noch beiträgt. Dadurch sind Christen und besonders die katholische Kirche betroffen, da diese von einem Ausländer geführt und gut organisiert wird.

Aktuelle Einflüsse

Die “Doi Moi” Politik (wörtlich übersetzt: Renovierung), eingeführt im Jahr 1986, zielte darauf ab, den Wirtschaftssektor zu reformieren und zu verbessern. Es wurden dadurch gute Ergebnisse erzielt, da sich das Bruttoinlandsprodukt in den letzten 10 Jahren verdoppelt hat, außerdem hat sich die Armut verringert und der Arbeitsmarkt verbessert. In 2010 konnte das Land die Schwelle zum mittleren-Einkommen-Status, gemessen an Kriterien der Weltbank, überwinden. Direkt nach China und Indien steht Vietnam an dritter Stelle der asiatischen Länder, die für ausländische Investoren attraktiv sind. Bislang konnte die „Doi Moi“ noch nicht auf das soziale oder politische Leben übergehen, dies wird auch nicht erwartet. Aber durch sie konnten sich die Lebensumstände beachtlich verbessern, obwohl es auch einige Rückschritte gibt.

Die ohnehin schon brüchigen Beziehungen zu China wurden noch mehr belastet, als China im Juli 2013 Aufenthaltsgenehmigungen und Ausweise für all jene erließ, die auf einer Insel leben. Dies geschah, gleichwohl Vietnam für sich beansprucht, dass diese Gebiete in eigenen Hoheitsgewässern liegen. Die neue chinesische Stadt Sansha wird als illegal angesehen. Sie wurde im Juli 2012 erbaut und befindet sich auf einer Insel, um die mit Vietnam gestritten wird. Nur acht Tage nach diesem Vorfall ging das Land bei dem offiziellen Besuch des Präsidenten Truong Tan Sang im Weißen Haus mit der Regierung der Vereinigten Staaten eine umfassende Partnerschaft ein. Die Partnerschaft wird neue Rahmenbedingungen für die US-Vietnamesische Kooperation auf einem weiten Feld von Möglichkeiten ausarbeiten. Es ist bis jetzt noch nicht klar, welche Ergebnisse dieser politische Schachzug langfristig bringen wird, nämlich die US Politik mit einem asiatischen Dreh- und Angelpunkt zu unterstützen und ob die Kooperation in der Praxis genauso einfach verläuft wie auf dem Papier.

Betroffene Kategorien von Christen

Alle Arten von Christen – zugewanderte, traditionelle, konvertierte und nicht-traditionelle – haben unter den Einschränkungen zu leiden, die die kommunistische Regierung erlassen hat, sowie durch ein neues Religionsgesetz, das Dekret 92.

Vor allem konvertierte und nicht-traditionelle Christen waren von Diskriminierung und Verfolgung betroffen, denn sie hatten keinerlei Unterstützung und wurden auch durch Nachbarn, Familie und Freunde zusätzlich unter Druck gesetzt. Jedoch scheint es, dass auch die traditionellen Kirchen, allen voran die Katholische Kirche, das Augenmerk der Behörden auf sich gezogen haben. Grund dafür ist die Tatsache, dass die Katholiken ihre Besitztümer von vor 1975 viel offensiver für sich beanspruchen und dass viele der politisch Andersdenkenden katholisch sind. Wenn sie auf Ungerechtigkeit aufmerksam machen oder fehlende Rechtsstaatlichkeit aufzeigen (wobei es dabei aber nicht einzig um den Nachteil von Christen geht), werden sie ins Visier genommen. Die anerkannte Evangelische Kirche von Vietnam (Südvietnam) wird ebenfalls zunehmend mit Problemen konfrontiert.

Betroffene Lebensbereiche

Den stärksten Druck erleiden die Christen Vietnams beim Leben im Staat und im kirchlichen Leben. Sei es, weil Kirchen überwacht oder nicht anerkannt werden oder weil die Ausbildung von Gemeindeleitern und Mitgliedern, sowie die Jugendarbeit behindert bzw. gar nicht ermöglicht wird. Sowohl die Katholische als auch die Evangelische Kirche sind noch immer mit dem Problem der Enteignung und der Unmöglichkeit, ihren Besitz einzufordern, konfrontiert. Um religiöse Schriften abzudrucken, braucht man die Genehmigung der Regierung, importierte Lizenzen werden so gut wie niemals zugelassen.

Nach dem Dekret 92, welches am 1. Januar 2013 in Kraft getreten ist, müssen religiöse Gruppen ihre Ausübungen zuvor beim lokalen Volkskomitee anmelden. Der Antrag muss die Anzahl der Nachfolger nennen, den Veranstaltungsort, den Zeitplan, die Formen der Ausübung, die religiösen Prinzipien, sowie Namen und Wohnort der Vertreter einer jeweiligen Gruppe. Alle religiösen Ausübungen für das folgende Jahr (2014) müssen bis zum 15. Oktober angemeldet worden sein. Zusätzlich zu diesem beschwerlichen Anmeldeverfahren hat dieses Dekret strenge Voraussetzungen, welche Art von Gruppe sich überhaupt registrieren darf. „Sie müssen ihren Glauben seit mindestens 20 Jahren ohne Unterbrechung praktiziert haben und dürfen kein einziges Gesetz übertreten, nachdem ihre Glaubensausübung genehmigt worden ist“, heißt es im Dekret. Versetzungen von religiösen Mitarbeitern und Offiziellen müssen zuvor bei den Behörden auf Kreis-Ebene angemeldet und durch das örtliche Volkskomitee bestätigt werden. Auch religiöse Verbände und Ausbildungsstätten müssen registriert werden.

Zum Christentum Konvertierte haben außerdem mit starken Einschränkungen im Privatleben und im allgemeinen Lebensumfeld zu tun, im Familienleben ist dies nur etwas weniger ausgeprägt. Sie müssen mit ihrer Religion sehr zurückhaltend umgehen und achtsam sein mit dem Besitz religiöser Schriften. Werden sie erst einmal ertappt, können Konvertiten von Familie und Nachbarn sehr stark unter Druck gesetzt werden, ihrem Glauben abzusprechen, und sie werden mit wirtschaftlichen Einschränkungen konfrontiert. Kinder aus christlichen Familien werden in der Schulbildung benachteiligt. In ländlichen Gebieten ist dies noch stärker ausgeprägt.

Auftreten von Gewalt

Im März 2013 starb ein Ältester des Stammes Hmong, der zur Evangelischen Kirche (Süd) Vietnams gehörte, während er im Polizeigewahrsam war. Später wurde sein Tod als Unfall dargestellt. Mehr als 10 Christen sind zu Haftstrafen verurteilt worden; manche wegen des Vorwurfs der „Verschwörung zum Umsturz der Regierung“, andere wegen ihrer Blogger Aktivität als Andersdenkende oder weil sie an Demonstrationen teilgenommen haben. Bei zahlreichen Übergriffen wurden Häuser von Christen zerstört, Christen wurden körperlich verletzt und viele mussten ihren Wohnort verlassen.

Ausblick

Obwohl sich erst noch herausstellen muss, was sich durch eine engere Kooperation mit dem früheren Erzfeind USA und einer sich fortsetzenden Entfremdung von dem ideologisch nahestehenden, benachbarten China verändern wird, ist es unwahrscheinlich, dass sich die Situation grundlegend zugunsten der Christen wandelt. Andererseits haben Behörden damit begonnen, Bereiche, die zuvor von der Regierung lockerer gehandhabt wurden, nun schärfer einzugrenzen. Wie schon erwähnt, könnte der Grund für die verstärkte Strenge im ‚Arabischen Aufruhr‘ liegen, da die Regierung befürchten muss, dass Einheimische dem anscheinend weltweiten Trend des Regimewechsels nachfolgt und sich von der Idee der Massenproteste anstecken lässt. Die Kirche wird als naturgemäße gesellschaftliche Gruppe angesehen, die zu einem leichten Mobilisierungs-Instrument für solch eine Bewegung wird.

Eine weitere Erklärung für die verschärfte Situation könnte ein Wechsel im Amt für Religion sein. Ein hochrangiger General der kommunistischen Partei wurde als Leiter dieser Regierungsinstanz eingesetzt. Seit er diese Position Anfang 2013 übernommen hat, steigt der Druck auf Christen an. Was auch immer der wahre Grund sein mag, man kann nicht davon ausgehen, dass sich die Situation der Christen mittelfristig verbessern wird.

zurück zu Länderübersicht

Platz 19: Katar

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Katar liegt mit einer Wertung von 63 Punkten auf Rang 19 des diesjährigen Weltverfolgungsindex. 2013 belegte es mit einer Wertung von 58 Punkten Rang 20. Dies lässt sich durch eine gestiegene Punktezahl für die meisten auf dem Index verzeichneten Länder erklären. Einer der Gründe für die höhere Wertung ist die Tatsache, dass mehr Einzelheiten über die schlechte Behandlung von christlichen Arbeitsmigranten in Katar bekannt geworden sind.

Triebkräfte der Verfolgung

Die Haupttriebkraft der Verfolgung ist „Islamischer Extremismus“. Als Verfolger treten – je nach Kategorie der betroffenen Christen – die eigene Sippe, Regierungsmitarbeiter, Anführer von Volksgruppen, nichtchristliche religiöse Führer und gewöhnliche Bürger in Erscheinung. Katars Staatsreligion ist ein streng konservativer Islam. Dementsprechend sind fast alle Katarer per Definition sunnitische oder schiitische Muslime.

Aktuelle Einflüsse

Obwohl Katar schon seit Jahrhunderten überwiegend muslimisch geprägt ist, gab es eine Zeit, in der das Christentum in diesem Wüstenemirat populär war. In den ersten Jahrhunderten nach Christus beherbergte Katar zahlreiche Kirchen und Klöster. Nur wenige Jahrhunderte nach Ankunft des Islam war das Christentum jedoch verschwunden. Erst in den vergangenen 100 Jahren hat sich eine Reihe von Ausländern – darunter auch Christen – in Katar angesiedelt, besonders nach der Entdeckung von Öl. Öffentliche Gottesdienste anderer Religionen als des Islams waren bis vor kurzem verboten.

Die große Anzahl ausländischer Arbeiter spielt auch in der Entwicklung Katars eine wichtige Rolle. Mittlerweile besteht die große Mehrheit der Einwohner aus Arbeitsmigranten: Nicht einmal 300.000 der 1,9 Millionen im Land lebenden Menschen haben einen katarischen Pass. Das ist die weltweit höchste Rate von Zuwanderern im Verhältnis zu Einheimischen und bedeutet gleichzeitig das höchste Bevölkerungswachstum. Ausländer (auch diejenigen aus dem Westen) werden von den Katarern generell als Sklaven betrachtet und auch dementsprechend behandelt. Ihre Arbeitsbedingungen sind mitunter unmenschlich und gefährlich; viele von ihnen werden unterbezahlt, leben in unzureichenden Behausungen (u.a. in unhygienischen und überfüllten Arbeitslagern), sind häuslicher Gewalt und sexuellem Missbrauch ausgesetzt. Es ist nicht ungewöhnlich, dass sie am Arbeitsplatz den Tod finden. Zwangsarbeit und Menschenhandel sind große Probleme.

Katar – eines der reichsten Länder der Welt – ist einer der größten Geldgeber des islamischen Terrorismus. Es ist bekannt für seine Unterstützung der Rebellen in Syrien und Mali. Zudem finanziert das Scheichtum den Bau von Moscheen, u.a. in Europa und Afrika, sowie Krankenhäusern und Schulen. Letztere werden als gute Möglichkeit betrachtet, den Islam zu verbreiten.

Betroffene Kategorien von Christen

Es gibt in Katar zwei Kategorien von Christen: Gemeinschaften von christlichen Arbeitsmigranten (1) und Gemeinschaften von Christen muslimischer Herkunft (2). Der Grad der Verfolgung ist je nach Kategorie verschieden und kann auch innerhalb einer Kategorie variieren. So haben zum Beispiel auf Baustellen beschäftigte Ausländer einen niedrigen gesellschaftlichen Status und werden schlechter behandelt als solche, die in anderen Bereichen arbeiten.

Vor kurzem durchgeführte Ermittlungen von Amnesty International haben ergeben, dass aufgrund der schlechten Arbeitsbedingungen etwa ein Arbeitsmigrant pro Tag stirbt. Laut Human Rights Watch herrschen in Katar die schlimmsten Arbeitsbedingungen für Ausländer auf der ganzen Welt. Momentan ist dies ein großes Thema, da eine große Anzahl von Arbeitern benötigt wird, um den Bau der Sportstätten für die geplante Fußballweltmeisterschaft 2022 voranzutreiben. Migranten aus Asien und Afrika werden generell schlecht behandelt, ungeachtet ihrer Religion. Wer jedoch obendrein noch Christ ist, muss deshalb mitunter zusätzliche Diskriminierungen erdulden. Dazu gehört ein massiver Druck, zum Islam zu konvertieren. Nichtislamische Migranten dürfen ihren Glauben nicht öffentlich ausüben. Viele von ihnen sind in einem speziellen Komplex in der Wüste außerhalb Dohas untergebracht und haben deshalb kaum die Möglichkeit, einem Gottesdienst beizuwohnen.

Vor ein paar Jahren hat der Emir von Katar Land zur Verfügung gestellt, um dort einen Kirchenkomplex errichten zu lassen – eine freundliche Geste an die örtliche christliche Gemeinschaft der Arbeitsmigranten. Die erste offizielle christliche Anbetungsstätte wurde 2008 gebaut, eine andere wurde 2009 eröffnet. Weitere Gebäude offiziell anerkannter Kirchen befinden sich noch im Bau, die offizielle Anerkennung als Kirche ist allerdings schwierig zu erlangen: Eine Voraussetzung ist der Nachweis über mindestens 1500 registrierte Kirchgänger.

Der Nachteil einer Bündelung von Kirchen in einem Gebiet ist das Risiko der Ghettobildung. Es begünstigt außerdem die Kontrolle und Überwachung der Christen – eine ohnehin übliche Praxis unter dem Vorwand, ihre Sicherheit gewährleisten zu wollen. Viele Christen denken zudem, dass der Komplex schon bald zu klein sein wird, um alle Christen Katars aufzunehmen, die sich zum Gottesdienst versammeln. Dafür gibt es gute Gründe: Die christliche Gemeinschaft der Arbeitsmigranten wächst. Viele der Arbeiter, ob zuvor „Namenschristen“ oder Muslime, bekehren sich während ihres Aufenthalts zu einem lebendigen christlichen Glauben. Am Kirchenkomplex herrschen bereits Verkehrsstaus und Parkplatznot. Schon gibt es zahlreiche formlose Treffen, die in Wohnungen und anderen Orten stattfinden, im Allgemeinen jedoch von den Behörden toleriert werden.

Die Verfassung Katars erklärt: „Allen Menschen soll – im Einvernehmen mit dem Gesetz und dem Erhalt der öffentlichen Ordnung und Moral – Freiheit zur Ausübung religiöser Praktiken gewährt werden.“ Allerdings verbietet die Regierung Nichtmuslimen jegliche missionarische Aktivität. Regelmäßig werden evangelisierende ausländische Arbeiter abgeschoben – eine Entwicklung, die sich bereits mehrere Jahre fortsetzt. Anderen wurde wegen derartiger Aktivitäten eine Verlängerung ihres Visums verwehrt. Die Abschiebungen haben zu einer Atmosphäre der Unsicherheit und Furcht unter den christlichen Arbeitsmigranten geführt.

Am stärksten werden Christen muslimischer Herkunft verfolgt. Sie gelten als „Abtrünnige“ und müssen unter Umständen mit der Todesstrafe rechnen. Seit der Unabhängigkeit des Landes im Jahr 1971 wurden allerdings keine Exekutionen oder andere offizielle Strafen für die Abkehr vom (islamischen) Glauben verzeichnet. Fast alle katarischen Christen, die vom Islam konvertiert sind, haben im Ausland zum christlichen Glauben gefunden. Die meisten kehren aus Furcht nicht in ihr Land zurück. Sollte ihr Glaubenswechsel bekannt werden, droht ihnen massiver Druck vonseiten ihrer Familie,

Kollegen und der Regierung. Die Behörden erkennen einen solchen Schritt ohnehin nicht an und behandeln christliche Konvertiten unverändert als Muslime. Von Zeit zu Zeit gibt es Berichte über gewaltsame Übergriffe durch Familienangehörige oder Bekannte von Christen muslimischer Herkunft, weil ihre Hinwendung zum christlichen Glauben als Beschädigung der Familienehre aufgefasst wird. Solche Christen halten ihren Glauben aus Furcht vor Tratsch und Verrat streng geheim.

Betroffene Lebensbereiche

Je nach Art des Christseins variiert der Grad der Verfolgung in den einzelnen Lebensbereichen sehr stark. Christen muslimischer Herkunft erleiden die intensivste Verfolgung innerhalb der eigenen Familie und in ihrem Privatleben, aber auch alle anderen Lebensbereiche sind betroffen (Leben im Staat, gesellschaftliches und kirchliches Leben). Angst hat in der katarischen Gesellschaft einen beachtlichen Stellenwert. Familien kontrollieren sich gegenseitig, Nachbarn kontrollieren Arbeitsmigranten und der Staat kontrolliert alle Bürger.

Christliche Arbeitsmigranten werden besonders in den Bereichen Leben im Staat, kirchliches und gesellschaftliches Leben eingeschränkt. Öffentliche Gottesdienste werden gewöhnlich nur in dazu bestimmten Kirchenkomplexen gefeiert, und die Regierung verbietet Nichtmuslimen jegliche missionarische Aktivität. Jeder christliche Arbeitsmigrant erlebt irgendeine Art der Diskriminierung und darf nicht auf Gleichbehandlung mit einheimischen Katarern hoffen. Migranten aus Asien und Afrika sind der stärksten Unterdrückung ausgesetzt. Das zeigt sich maßgeblich in der Art und Weise, wie sie von den Behörden behandelt werden – bezüglich ihrer allgemeinen Rechte und Pflichten, in der Rechtsprechung, in Verwaltungsangelegenheiten und im öffentlichen Leben. Christliche Arbeitsmigranten werden außerdem in ihrem gesellschaftlichen Umfeld diskriminiert, angefangen bei ihrem Arbeitsplatz, in Geschäften, bei der Gesundheitsfürsorge, der Bildung und dem öffentlichen Leben vor Ort, sowie im Bereich der bürgerlichen Ordnung.

Auftreten von Gewalt

Aus dem Berichtszeitraum liegen Open Doors keine Berichte über gewalttätige Übergriffe gegen Christen vor.

Ausblick

Die politische, soziale und wirtschaftliche Situation Katars scheint relativ stabil zu sein. Scheich Hamad bin Khailifa al-Thani hat im Juni 2013 die Regierungsgewalt überraschend seinem Sohn Scheich Tamim bin Hamad al-Thani übertragen. Für ein Gebiet, in dem Herrscher entweder unter Zwang entthront werden oder noch in der Ausübung ihres Amtes sterben, ein ungewöhnlicher Vorgang. Analysten erwarten von dem neuen Machthaber generell keine großen Veränderungen in der Innen- und Außenpolitik. Der bestätigte dies in seiner ersten Rede und sagte außerdem, er lehne „Spaltungen von arabischen Gesellschaften aufgrund sektiererischer Streitfragen ab.“ Scheich al-Thani betonte zudem die Unabhängigkeit von Katars Außenpolitik; diese basiere „auf Beziehungen zu Staaten, nicht Organisationen“. Seine Aussage, Katar sei nicht für oder gegen bestimmte Strömungen, könnte als Distanzierung von islamistischen Bewegungen verstanden werden. Es ist jedoch viel zu früh, um an dieser Erklärung konkrete Hoffnungen festzumachen. Kurzfristig sind keine tiefgreifenden Veränderungen in der Religionsfreiheit für Christen zu erwarten.

zurück zu Länderübersicht

Platz 20: Turkmenistan

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit einer Wertung von 62 Punkten liegt Turkmenistan auf Rang 20 des Weltverfolgungsindex 2014. 2013 rangierte es mit einer Punktzahl von 58 auf Rang 19. Die Lage der christlichen Minderheit des Landes hat sich zwar in jüngeren Jahren als relativ stabil erwiesen, dennoch hat sich aufgrund des wachsenden Drucks durch Staat und Gesellschaft die Wertung sogar erhöht. Entscheidend für die leicht verbesserte Platzierung sind Entwicklungen in anderen Regionen der Welt, besonders im Nahen Osten.

Triebkräfte der Verfolgung

Die wichtigste Triebkraft für Christenverfolgung in Turkmenistan ist „Totalitäre Paranoia“, hinzukommen in geringerem Maß „Aggressiver Säkularismus“ und „Islamischer Extremismus“.

Totalitäre Paranoia: Turkmenistan wird von einem autokratischen Regime regiert, das großen Wert auf strenge staatliche Kontrolle legt. Dadurch soll das Entstehen von unabhängigen wirtschaftlichen, sozialen oder kulturellen Gruppen (wozu die Kirchen zählen) verhindert werden. Die Führungselite um Präsident Berdymukhamedov ist bereit, alles in ihren Augen Notwendige zu tun, um ihre Macht zu erhalten, und unterdrückt sämtliche Gruppen, die sie für gefährlich hält. Ähnlich wie in anderen Ländern Zentralasiens bedient sich die Regierung in ihrem vielfältigen Streben nach der Kontrolle bestimmter Gruppen, einschließlich Christen, aus dem Arsenal des Kommunismus. Eine weitere Ähnlichkeit besteht in der Tatsache, dass man ohne Bestechung kaum etwas erreichen kann. Deshalb fließen in diesen Bereich Elemente der „Kommunistischen Unterdrückung“ und „Systematischer Korruption“ mit ein.

Aggressiver Säkularismus: Eine spezifisch turkmenische Eigenschaft ist der Schwerpunkt, den das Regime auf die nationale Ideologie namens „Ruhnama“ legt, welche von dem früheren Herrscher Niyazov eingeführt wurde. Sie war bis vor kurzem im ganzen Land allgegenwärtig und musste von jedem Schüler erlernt werden. Ruhnama betonte neben einem ausgeprägten Nationalismus auch den Säkularismus. Der Säkularismus hatte vor allem das Ziel, möglichen islamisch-extremistischen Strömungen entgegenzuwirken, die überall in der Region aufblühten. Der neue Machthaber arbeitet zurzeit daran, seine eigene Ideologie einzuführen. Es ist unschwer zu erkennen, dass die Aufforderung, den Herrscher als gleichsam höheres Wesen zu verehren, Christen und andere religiöse Minderheiten in einen starken Glaubenskonflikt bringen wird.

Islamischer Extremismus: Obwohl bislang keine extremistischen Gruppen ins Blickfeld geraten sind, muss erwähnt werden, dass der Islam ein wichtiger Bestandteil der turkmenischen Kultur ist. Der frühere Herrscher erklärte, dass neben der „Ruhnama“ (das Buch, das der gleichnamigen Ideologie zugrunde liegt) einzig der Koran zu lesen sei. Auch im Alltag spielt der Islam eine wichtige Rolle, besonders in ländlichen Gebieten. Das gesellschaftliche Umfeld und die Familien reagieren heftig darauf, wenn jemand sich entschließt, den Islam gegen einen anderen Glauben einzutauschen. Ein solches Abweichen ist schlicht inakzeptabel. Infolgedessen muss die christliche Minderheit, besonders aber Konvertiten mit muslimischem Hintergrund, mit starkem gesellschaftlichen und familiären Druck rechnen.

Aktuelle Einflüsse

Die Entwicklung Turkmenistans wird besonders nach der Entdeckung enormer Öl- und Gasvorkommen an der Grenze zum Kaspischen Meer rasch vorangetrieben. Dieser Vorstoß hat allerdings zwei Seiten: Einerseits stehen plötzlich große Geldsummen für Investitionen zur Verfügung. Beispielhaft dafür sind Berichte von angeblichen Planungen, wonach die Hauptstadt Aschgabat zu einer „Marmorstadt" werden soll. Die Kehrseite dieser neuen Perspektive besteht jedoch in der Gefahr, dass sich das Land in eine wachsende Abhängigkeit von diesen zwei Exportgütern begibt. Hinzu kommt, dass angesichts des hohen Maßes an Geheimhaltung und Korruption mutmaßlich nur eine kleine Gruppe von Menschen davon profitieren wird.

Turkmenistan gilt als eines der restriktivsten Länder der Welt. Es besteht keinerlei Informations- oder Pressefreiheit. Hinzu kommt ein hohes Maß an Überwachung aller gesellschaftlichen Gruppen, sowie starke Zugangsbeschränkungen zu ausländischen Medien und anderen Informationsquellen. Folglich ist es ebenfalls sehr schwierig, von außerhalb des Landes an Informationen zu gelangen. So wurden zum Beispiel die Ergebnisse der Volkszählung aus dem Jahr 2012 bis heute nicht veröffentlicht.

Betroffene Kategorien von Christen

Es gibt drei verschiedene christliche Gruppen in Turkmenistan: die Russisch-Orthodoxe Kirche, die vergleichsweise geringem Druck ausgesetzt ist; nicht-traditionelle evangelische Kirchen sowie Christen muslimischer Herkunft. Als totalitäres Regime begegnet die Regierung jeder Gruppe feindselig, die sie nicht kontrollieren kann; ihre säkulare Prägung macht sie aber besonders zu Gegnern der Religion. Allein die Russisch-Orthodoxe Kirche wird wegen ihrer Verbindung zu Moskau mehr oder weniger in Ruhe gelassen. Auch sie werden zwar überwacht, genießen aber ein gewisses Maß an Freiheit. Christen aus nicht zugelassenen Kirchen, besonders aber diejenigen mit muslimischem Hintergrund, haben fast keine Möglichkeit, ihre Religion zu praktizieren. Letztere sind nicht nur dem allgemeinen Druck der Regierung ausgesetzt, sondern erleben häufig noch eine weitaus heftigere und direkte Verfolgung vonseiten ihrer Familie und anderer Personen aus ihrem unmittelbaren Umfeld.

Betroffene Lebensbereiche

Der Druck auf Christen in Turkmenistan ist generell hoch, aber der kirchliche und der private Bereich stechen hervor, da hier die oben erwähnten Triebkräfte der Verfolgung besonders zum Tragen kommen. Jeder religiösen Versammlung wird mit Argwohn begegnet. In nicht registrierten Kirchen und Versammlungen werden Razzien durchgeführt und Materialien beschlagnahmt. Besonders Pastoren und Leiter stehen im Visier der Behörden. Es ist zwar möglich, Jugendarbeit zu machen, Nachwuchsleiter können jedoch nur heimlich ausgebildet werden. Open Doors vorliegenden Berichten zufolge werden nicht nur unregistrierte, sondern auch registrierte Kirchen überwacht. Sie leben mit der konstanten Bedrohung einer erzwungenen Schließung, die laut Gesetz zu erfolgen hat, sobald drei Verstöße aktenkundig geworden sind. Behördenvertreter setzen die Verantwortlichen zusätzlich unter Druck indem sie regelmäßig warnen, es habe bereits zwei Verstöße gegeben.

Die umfassende staatliche Kontrolle zwingt alle christlichen Vereinigungen dazu, sich registrieren zu lassen. Jede unregistrierte kirchliche Aktivität ist grundsätzlich illegal und die Regierung benutzt den „Rat für religiöse Angelegenheiten", um Kirchen zu überwachen und unter Druck zu setzen. Innerhalb der Kirchen gibt es Regierungsspitzel, so dass die Christen jederzeit auf der Hut sein müssen, was sie wie sagen. Dabei spielt es keine Rolle, ob ihre Gemeinde registriert ist oder nicht. Die Polizei und der Geheimdienst halten die Kirche unter strenger Beobachtung. Razzien auf Gottesdienste finden mittlerweile in fast allen Regionen Turkmenistans statt. Selbst registrierte Gruppierungen sind davon betroffen. Offizieller religiöser Unterricht ist, abgesehen von kleinen Glaubens-Grundkursen in manchen Moscheen und Russisch-Orthodoxen Kirchen, fast komplett verboten. Religiöse Gemeinschaften dürfen weder Vorträge organisieren, noch Lehrgänge, weiterführende Studien oder Ausbildungsprogramme anbieten, die zu einem offiziellen Abschluss oder einem Diplom führen würden.

Dieser massive Druck setzt sich auch im Privatleben fort. Sich mit anderen Gläubigen im privaten Rahmen zu treffen oder seinen christlichen Glauben öffentlich zu machen, ist sehr gefährlich, besonders für Christen muslimischer Herkunft. Diese Gläubigen werden massiv unter Druck gesetzt, ihrem neuen Glauben abzusagen und häufig werden sie aus der Familie isoliert und verstoßen. Kinder von Christen erleben in der Schule Diskriminierung, werden schlechter benotet und bei Vergünstigungen für Schüler übergangen.

Auftreten von Gewalt

Nachdem er etwa die Hälfte seiner vierjährigen Haftstrafe verbüßt hatte, wurde Pastor Ilmurad Nurliev aufgrund einer allgemeinen Amnestie im Februar 2012 aus dem Gefängnis entlassen. Soweit Open Doors informiert ist, befindet sich zurzeit kein Christ wegen der Durchführung eines illegalen Gottesdienstes im Gefängnis. Die Beschuldigungen gegen Ilmurad Nurliev wurden gemeinhin als fingiert angesehen und die Verhandlung galt als fehlerhaft. Trotz seiner Freilassung ist Nurlievs Freiheit noch immer eingeschränkt, da ihm ein Verkündigungsverbot auferlegt wurde. Zum Zeitpunkt der Abfassung dieses Berichts befinden sich neun Kriegsdienstverweigerer der Zeugen Jehovas im Gefängnis, weil sie der Wehrpflicht nicht nachkommen wollen. Außerdem wurde zu Beginn des Berichtszeitraumes, im November 2012, eine Baptistenkirche in Turkmenbaschi niedergebrannt.

Ausblick

Als Präsident Berdymukhamedov im Jahr 2006 die Macht übernahm, gab es vage Hoffnungen, dass sich das Land und die Gesellschaft zumindest teilweise öffnen würden. Diese Erwartungen erhielten zusätzliche Nahrung, als er in einem ersten Schritt die nationale Ideologie „Ruhnama“ abschaffte. Allerdings wurde diese ohnehin schwache Hoffnung zunichte gemacht, da der neue Herrscher seine eigene Ideologie einführt.

Nach Usbekistan ist Turkmenistan für religiöse Minderheiten der repressivste Staat Zentralasiens. Angesichts des wachsenden Nationalismus und der geistlichen Führerschaft, die dem neuen Präsidenten für sein Land zugesprochen wird, ist nicht mit einer Verbesserung der Lage für die Christen zu rechnen. Die theoretische Möglichkeit, dass der Zuwachs von direkten Investitionen aus dem Ausland zu einer wachsenden Offenheit des Landes führen wird und es dadurch letztlich zu mehr Bürgerrechten und Religionsfreiheit kommt, kann nicht ganz ausgeschlossen werden. Es ist allerdings mindestens ebenso gut möglich, dass die Investoren es vorziehen, sich zu diesen Themen nicht zu äußern.

zurück zu Länderübersicht

Platz 21: Laos

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Laos steht mit einer Punktzahl von 62 auf Platz 21 des Weltverfolgungsindex von 2014. 2013 rangierte das Land mit 59 Punkten auf Platz 18. Auch im vergangenen Jahr haben die Christen hohen Druck erfahren. Davon betroffen waren nicht nur Christen buddhistischer Herkunft, sondern auch Mitglieder traditioneller Kirchen.

Triebkräfte der Verfolgung

Die Triebkräfte der Verfolgung von Christen in Laos sind in erster Linie „Kommunistische Unterdrückung“ sowie in geringerem Maße „Sonstige religiöse Aggression“, „Exklu-

sives Stammesdenken“ und „Systematische Korruption“.

Kommunistische Unterdrückung: Laos ist eines von den fünf verbliebenen marxistisch-leninistischen Ländern der Welt und steht folglich jedem als westlich empfundenen Einfluss feindlich gegenüber. Um die Kontrolle zu behalten, setzt die kommunistische Partei die kleine christliche Minderheit im Land unter enormen Druck, da sie Christen als „Agenten des Auslands“ betrachtet. Der christliche Glaube gilt ihnen als westliche Ideologie, die den Kommunismus in Frage stellt. Die größten Probleme begegnen den Christen jedoch vonseiten der lokalen Behörden. Hier werden sie als Feinde eingestuft und dementsprechend behandelt. Gläubige müssen deshalb extreme Vorsicht walten lassen, wenn sie über ihren Glauben reden. Um Reaktionen der Behörden zu vermeiden, müssen sie sich immer innerhalb bestimmter Grenzen bewegen, die durch ungeschriebene Gesetze festgelegt sind. Lokale Behörden nutzen die in der Gesellschaft weit verbreitete Feindseligkeit gegen Christen, um Überwachungsmaßnahmen zu rechtfertigen.

Sonstige religiöse Aggression: Laos ist eines der fünf Länder, in denen der Theravada Buddhismus (die älteste buddhistische Tradition) befolgt wird. Der buddhistische Glaube ist tief in Land und Gesellschaft verankert. Es gilt als weithin akzeptiert, dass Laos und der Buddhismus untrennbar zusammengehören und dass dem Buddhismus zu jeder Zeit die vorrangige Stellung im Land zusteht. Jeder, der von den üblichen Verhaltensnormen abweicht, gerät ins Fadenkreuz der Obrigkeit und wird überwacht. Das Ziel der einheimischen buddhistischen Führer, ihr Land „rein“ zu halten, und das Ziel der politischen Führer, die Kontrolle zu behalten, ergänzen sich hervorragend. Das Resultat ist eine Allianz beider Parteien zu Lasten der Minderheiten, in erster Linie der Christen.

Exklusives Stammesdenken: Besonders in ländlichen Gebieten werden die Christen durch Exklusives Stammesdenken beeinträchtigt, wobei der Animismus eine große Rolle spielt. In einem Bericht kam ein Zwischenfall zur Sprache, bei dem lokale Behörden Christen dazu bringen wollten „heiliges“ Wasser zu trinken und einen Eid auf animistische Geister zu schwören, um ihre „Loyalität, Unschuld und Unterordnung“ gegenüber den lokalen Behörden nachzuweisen. Wer die Teilnahme an diesem Ritual verweigerte wurde aus dem Dorf verbannt.

Systematische Korruption: Christen werden oft als Geldquelle angesehen. Beamte können von inhaftierten Christen Bezahlung für Unterbringung und Verpflegung verlangen. Einige von ihnen geben an, kein Geld für Christen ausgeben zu wollen, andere verweigern schlichtweg die Begründung, warum sie Geld fordern. Selbst wenn die Landesregierung die Freilassung eines inhaftierten Christen anordnet und der Dorfvorsteher die Papiere unterzeichnet, verlangt die Polizei meistens trotzdem noch Bestechungsgeld. Hin und wieder droht die Polizei selbst Dorfältesten mit Haft, wenn es ihnen nicht gelingt, Geld von Inhaftierten zu erpressen.

Aktuelle Einflüsse

Die Laotische Revolutionäre Volkspartei hat Laos seit 1975 fest im Griff. Dieser Griff lässt Minderheiten im Land keinen Raum zum Atmen. Ihre exklusiven Netzwerke, bestehend aus Familien oder Freunden der Parteimitglieder, sorgen für zusätzlichen Druck auf jeden Bürger, ganz besonders aber auf die Minderheiten. Um das Bild noch zu komplettieren, fehlt es im Land an jeglicher Meinungsfreiheit, oder gar einer freien Presse, die befugt und in der Lage dazu wäre, Fälle von Korruption öffentlich zu machen.

Besonders auf dem Land sind buddhistische Tempel das Zentrum des sozialen und religiösen Lebens. Die meisten laotischen Männer verbringen eine Zeit ihres Lebens als Diener in einem Tempel. Selbst wenn dieser Dienst auf einige Monate, Wochen oder nur ein paar Tage beschränkt ist – der Buddhismus ist zutiefst verankert im Denken und der Kultur der Gesellschaft. Jede Abweichung davon wird dadurch gefährlich und ist eigentlich undenkbar. Da das Land wirtschaftlich auf seine kommu-

nistischen Nachbarn Vietnam und China angewiesen ist, ist ein Nachlassen des Drucks von politischer wie von religiöser Seite nicht zu erwarten.

Betroffene Kategorien von Christen

Alle Kategorien von Christen, seien es traditionelle Kirchen, Konvertiten oder nicht-traditionelle Protestanten, stehen unter strikter Überwachung und hohem Druck. Während die traditionelle und anerkannte Lao Evangelical Church (LEC) gewisse Freiheiten genießt, sehen sich neuere, ihr nicht angeschlossene protestantische Bewegungen der Forderung der Regierung gegenüber, entweder Teil der LEC oder der Kirche der Siebenten-Tags Adventisten zu werden. Angeblich will die Regierung hiermit „Disharmonie“ vorbeugen und hat anderen protestantischen Denominationen keine offizielle Registrierung genehmigt. Daraus folgt, dass ihre Aktivitäten illegal sind und Drohungen, Verhaftungen und andere Schikanen nach sich ziehen können.

Christen mit einem Stammeshintergrund – was die meisten der Christen in Laos umfasst – leiden am meisten. Immer wieder werden einige von ihnen verhaftet, eingesperrt und unter Druck gesetzt, ihren Glauben aufzugeben. Das gilt besonders für Christen aus dem Stamm der Hmong, die teilweise sogar getötet werden. Als Verfolger tritt oft die Armee in Erscheinung, wenn zum Beispiel Kirchen angegriffen werden, in denen christliche Flüchtlinge Zuflucht suchen.

Betroffene Lebensbereiche

Obwohl sich der Druck auf Christen gleichmäßig auf alle Lebensbereiche verteilt, erleben laotische Christen die größten Probleme im Bereich des kirchlichen Lebens. Hier ist der Druck extrem hoch. Es dürfen nur begrenzt Gottesdienste abgehalten werden, da religiöse nichtbuddhistische Versammlungen auf wenige registrierte Versammlungen beschränkt sind. Es fehlt an Leitern und biblischer Lehre, da die meisten Christen in entlegenen Gebieten leben. Seit Laos 1975 ein kommunistischer Staat wurde, durfte keine Bibelschule eröffnet werden.

Im Bereich des Privatlebens und des Lebens im Staat ist der Druck ebenfalls sehr hoch. Christen werden von ihrer Familie und Nachbarn überwacht. Regelmäßig werden sie daran gehindert, sich zu treffen und leiden generell unter zahlreichen Einschränkungen. Das Leben im Staat wird hinsichtlich der Religionsausübung durch das Dekret 92 geregelt, der für jede religiöse Aktivität die vorherige Zustimmung der Regierung vorschreibt. Jede Aktivität ohne Zustimmung ist demnach illegal. Der Wechsel zu einem anderen Glauben, das Evangelium weiterzugeben und alle kirchlichen Aktivitäten müssen vom Staat genehmigt werden. Die Erfahrungen christlicher Leiter zeigen jedoch, dass die Regierung nur selten Genehmigungen erteilt. Auch die Herstellung und der Import von christlicher Literatur werden durch das Dekret eingeschränkt.

Auftreten von Gewalt

Nur selten kommt es in Laos zu direkt sichtbarer Gewalt, bei der Christen umgebracht und Kirchen zerstört werden. Regelmäßige Berichte von Open Doors zeigen jedoch eine Zunahme der Verhaftung von Christen, die ihren Glauben mit anderen teilen. Ihre Haft dauert manchmal nur Tage, manchmal mehrere Monate. Andere Christen werden unter Hausarrest gestellt oder schwer geschlagen.

Besonders in den ländlichen Gegenden werden Konvertiten bei ihrer Entdeckung zunächst unter Druck gesetzt. Man droht, ihre Kinder zu vergiften oder von der Schule und anderen Gemeinschaftseinrichtungen auszuschließen. Wenn sie an ihrem Glauben festhalten, müssen viele ihre Häuser verlassen und werden aus der Dorfgemeinschaft verstoßen. Christen werden außerdem beschuldigt, „Disharmonie“ zu schaffen und einigen wurden ihre Papiere abgenommen.

Ausblick

Die Regierung scheint in der auf den Buddhismus reduzierten Religion ein wichtiges Werkzeug gefunden zu haben, um das vorrangige Parteiziel zu erreichen: den Machterhalt. Der Buddhismus ist zutiefst Teil der Nation und der Gesellschaft. Die traditionelle laotische Kultur bietet Loyalität gegenüber der Obrigkeit im Austausch für Schutz und Hilfe in Zeiten der Not. Solange Regierung, Mönche und Schamanen in der Lage sind, ihren Teil der Abmachung einzuhalten – den Buddhismus als einzige Religion zu fördern und gleichzeitig für Ruhe und Kontrolle zu sorgen – ist zu erwarten, dass sich die Situation nicht verändern wird.

Wenn man berücksichtigt, dass Laos direkte Nachbarn Vietnam und Myanmar dieselbe Strategie verfolgen, den Buddhismus und den Kommunismus aneinander zu binden, wenn auch auf anderen Ebenen, dann sind kaum Anreize zur Verbesserung der Menschenrechte zu erwarten – am allerwenigsten für die christliche Minderheit, deren Unterdrückung vorrangig auf ihre Ethnie zurückzuführen ist. Dies wird auch durch die Tatsache unterstrichen, dass die größten Investoren in Laos China, Vietnam und Thailand sind – Länder, die sich ganz sicher nicht für die Einhaltung der Menschenrechte in Laos interessieren.

zurück zu Länderübersicht

Platz 22: Ägypten

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit einer Gesamtpunktzahl von 61 Punkten rückt Ägypten auf Platz 22 des Weltverfolgungsindex 2014 vor. Im Jahr 2013 belegte es mit 54 Punkten Platz 25. In den letzten Jahren sind Christen in Ägypten vermehrt unter Druck geraten. Davon waren nicht nur die Christen muslimischer Herkunft betroffen, sondern vermehrt auch die große Gemeinschaft der einheimischen Kopten.

Triebkräfte der Verfolgung

Die Haupttriebkraft der Christenverfolgung in Ägypten ist „Islamischer Extremismus“; dazu kommen in einem geringeren Maß „Totalitäre Paranoia“ und „Systematische Korruption“.

Islamischer Extremismus: Die Bevölkerung Ägyptens ist größtenteils islamisch, doch besonders in den letzten Jahren ist der Islam deutlich sichtbarer als in der Vergangenheit in Erscheinung getreten und hat bei Teilen der Bevölkerung zu einer Radikalisierung geführt. Darüber hinaus haben militante Islamistengruppen, wie die Muslimbrüder und die noch radikaleren Salafisten, ihre Chance genutzt, sich nach der Revolution 2011 aktiv auf der politischen Bühne zu beteiligen. Dabei konnten sie zunächst mit einer breiten Unterstützung aus der Bevölkerung rechnen (ein Teil der Bevölkerung befürwortet bis heute die Rückkehr der Muslimbrüder an die Macht). Diese islamistischen Tendenzen führten unvermeidbar zu Konflikten mit der großen christlichen Minderheit der Kopten, die gut 10 Prozent der einheimischen Bevölkerung ausmachen.

Totalitäre Paranoia: Die Tradition der autokratischen Herrschaft ist das vielleicht einzige dauerhafte Merkmal des politischen Systems in Ägypten, das zuletzt drei Regimewechsel in drei Jahren erlebt hat. 2011 wurde die jahrzehntelange Herrschaft einander ablösender militärischer Diktatoren durch massive öffentliche Proteste beendet. Es fanden Wahlen statt, die mit einem Sieg der Muslimbruderschaft endeten. Die auf diesem Weg demokratisch gewählte Regierung unter Präsident Mohammed Mursi konnte in der Folgezeit allerdings nicht den Nachweis ihrer Demokratiefähigkeit erbringen und wurde nach erneuten Massenprotesten durch einen Militärputsch im Juli 2013 entmachtet. Gegenwärtig wird Ägypten von einem Militärregime regiert, das den grundlegenden Menschenrechten und dem demokratischen Pluralismus nur geringe Priorität einzuräumen scheint. In dieser Situation ist die religiöse Freiheit von Christen nicht gesichert.

Systematische Korruption: Die beiden zuvor genannten Triebkräfte haben im Zusammenwirken mit weitverbreiteter Kriminalität, Korruption und Unsicherheit zu einem Klima der Gesetzlosigkeit geführt. Als Folge davon wurden Übergriffe gegen die schwächsten Gruppen der Gesellschaft, die auf der politischen Bühne keinen Fürsprecher haben, häufig nicht geahndet. Davon sind in besonderem Maß Christen betroffen, die eine leicht angreifbare Minderheit bilden. Darüber hinaus hat dieses Klima der Gesetzlosigkeit eine Zunahme der Gewalt gegen Frauen jeglichen religiösen Hintergrunds nach sich gezogen, wobei christliche Frauen aufgrund ihrer ohnehin schwachen Position verstärkt betroffen sind.

Aktuelle Einflüsse

Der entscheidenden Auslöser für die Massenproteste gegen die Regierung von Präsident Mursi war deren Versagen, die wirtschaftlichen Probleme des Landes in den Griff zu bekommen. Dieses Versagen führte schließlich zu Mursis Absetzung durch das Militär, nicht etwa die durch ihn vorangetriebene Aushöhlung der demokratischen Institutionen oder seine Islamisierung der ägyptischen Politik. Wobei das Letztere in den Köpfen der Demonstranten fraglos eine Rolle spielte. Bereits 2011 hatte vor allem die Frustration über die prekäre wirtschaftliche Lage des Landes die Menschen auf die Straße getrieben und dies war unzweifelhaft auch der Hauptgrund für die Proteste in 2013.

Die rasche Folge der Revolutionen zeigt nicht nur die tiefe Frustration der Bevölkerung angesichts der wirtschaftlichen Situation des Landes, sondern offenbart auch ein instabiles demokratisches System sowie die tiefe Gespaltenheit der ägyptischen Gesellschaft. Für viele Menschen mag die militärische Einmischung 2013 überraschend gekommen sein, aber man darf nicht vergessen, dass Mursi nur die Hälfte der Wählerschaft hinter sich bringen konnte. Bei seiner Wahl zum Präsidenten entfielen im zweiten Wahlgang nur 51,7 Prozent der abgegebenen Stimmen auf ihn (und dabei gehen manche Beobachter noch von Wahlfälschung aus).

Betroffene Kategorien von Christen

Es gibt hauptsächlich zwei christliche Gruppen in Ägypten: (a) die historisch gewachsene Gemeinschaft der Kopten, die meisten von ihnen orthodoxen Glaubens und (b) die kleine, aber wachsende Gruppe der Christen muslimischer Herkunft. Beide sind im ganzen Land vertreten, obwohl es eine deutliche Konzentration der Kopten in Oberägypten sowie in den Metropolen Kairo und Alexandria gibt. Die Schwere der Verfolgung ist in allen Landesteilen vergleichbar.

Christen muslimischer Herkunft haben in Ägypten zu allen Zeiten unter Verfolgung gelitten. Die große koptische Minderheit hingegen war zwar Repressalien ausgesetzt, im Großen und Ganzen wurde sie aber wegen ihrer historischen Präsenz und ihrer demographischen Größe (ungefähr 10 Millionen) toleriert. Christen muslimischer Herkunft werden vor allem durch die eigene Familie verfolgt: Angehörige bestrafen Konvertiten oft dafür, den Islam verlassen und damit Schande über die Familie gebracht zu haben. In den letzten Jahren hat allerdings eine Verlagerung der Verfolgung stattgefunden, so dass verstärkt auch traditionelle Christen Opfer von Verfolgung werden.

Betroffene Lebensbereiche

Ägyptens Christen erfahren den meisten Druck im Bereich der Gesellschaft, in der Kopten besonders anfällig für Ausgrenzungen zu sein scheinen. Berichte von Open Doors Kontakten zeigen, dass Christen nur eingeschränkt Zugang zu rechtlicher Unterstützung, Ausbildung und grundlegenden Sozialleistungen haben sowie generell stärker in der Gefahr stehen zu verarmen.

Im Bereich des Privat- und Familienlebens, aber auch im kirchlichen Leben, genießen Kopten relative Freiheit. Dies kann nur durch die Größe der koptischen Gemeinschaft erklärt werden. Im Gegensatz dazu haben die Christen muslimischer Herkunft mit schwerwiegenden Einschränkungen in ihrem häuslichen Umfeld und in ihrer erweiterten Verwandtschaft zu kämpfen. Im kirchlichen Bereich wird die Autonomie der Kirchen zwar größtenteils respektiert, aber Kopten haben durchaus mit administrativen Hürden zu kämpfen.

Auftreten von Gewalt

Neben den strukturellen Herausforderungen der Christen im Bereich ihres Alltagslebens sind sie, und hier besonders die Kopten, immer wieder massiven religiös motivierten Angriffen ausgesetzt. Die jüngste Welle der Gewalt im August 2013 steht in einer Reihe von gewaltsamen Übergriffen auf Christen, zu denen auch das „Maspero Massaker“ von 2011 und der Bombenanschlag am Neujahrstag 2011 gehören. Auch im Jahr 2013 setzten sich die Gewaltakte durch radikale, den Salafisten nahestehenden Gruppierungen fort. Die daraus resultierende Abwanderung von Christen ins Ausland gibt Anlass zu ernster Besorgnis.

Kurz nach dem Militärputsch zur Entmachtung von Präsident Mursi kam es zu einem derartig massiven Anstieg religiös motivierter Gewalt gegen koptische Christen, das Amnesty International das Ausmaß als „bislang beispiellos“ bezeichnete.

Im August 2013 brannten Anhänger der Muslimbruderschaft 38 Kirchen nieder und beschädigten 23 weitere. Hinzu kamen zahlreiche Geschäfte und Privathäuser von Christen. Im Vorfeld waren sie durch die Muslimbruderschaft für die Absetzung von Präsident Mursi verantwortlich gemacht worden. Das Militär unternahm nichts, um die Christen zu schützen und machte sich damit zu einem stillschweigenden Komplizen der Angriffe.

Ausblick

Ägyptens Zukunft wird wesentlich von politischen Aspekten bestimmt werden. Solange die gegenwärtige Instabilität weiterbesteht und niemand den wirtschaftlichen Herausforderungen angemessen begegnet, werden die Proteste weitergehen. Der tiefe ideologisch-religiöse Graben zwischen Vertretern verschiedener Ausprägungen des radikalen Islams (vom Salafismus bis zur Muslimbruderschaft) auf der einen und den politisch liberalen Säkularen auf der anderen Seite stellt für das Land ein augenscheinlich unüberwindbares Hindernis dar. Die neu zu erarbeitende Verfassung wird den Charakter des ägyptischen Staates massiv verändern und auch die Position des Militärs neu definieren.

Die derzeitige politische Entwicklung und die schleichende Islamisierung der Gesellschaft, lassen ein Szenario wahrscheinlich erscheinen, in dem die Kirche die Rolle einer nichtmuslimischen Minderheit („dhimmitude“) einnimmt. Da der Islam mehr und mehr die Kultur des Landes bestimmt, wächst die Ablehnung gegenüber Christen. Nichtsdestotrotz gibt es die positive Entwicklung, dass eine Minderheit von ägyptischen Muslimen Interesse am Evangelium zeigt und die Kirche in Ägypten sehr langsam wächst.

zurück zu Länderübersicht

Platz 23: Myanmar (Birma)

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit 59 Punkten rangiert Myanmar (früheres Birma) auf Platz 23 des Weltverfolgungsindex 2014, gegenüber Rang 32 im Jahr 2013 mit 50 Punkten. Die politischen Veränderungen der letzten Jahre in Richtung Demokratie haben sich auf die Stellung der Christen im Land im Großen und Ganzen nicht ausgewirkt. Das hat damit zu tun, dass die meisten von ihnen ethnischen Minderheiten angehören und es ihnen gegenüber keine eindeutig definierte Vorgehensweise gibt. Der Anstieg hinsichtlich Punkte und Rangfolge ist teilweise auf eine Zunahme der Gewalt zurückzuführen und andernteils darauf, dass mehr Informationen über die Christen in entlegenen Gebieten vorliegen.

Triebkräfte der Verfolgung

Die sich auf Christen in Myanmar auswirkenden Triebkräfte der Verfolgung sind 'Andere religiöse Aggression' (die Haupttriebkraft) und in geringerem Maße 'Kommunistische Unterdrückung', 'Islamischer Extremismus' sowie 'Systematische Korruption'.

Andere religiöse Aggression: Die Bevölkerungsmehrheit in Myanmar ist der Volkszugehörigkeit nach birmanisch, auch als *'bama'* bezeichnet. Bama sein heißt buddhistisch sein. Jeder, der von diesem Erbe abweicht, wird als potentiell gefährlich eingestuft. Druck kommt von zwei Seiten: zum einen von der Gesellschaft einschließlich des relativ neuen Phänomens der "969" bezeichneten Bewegung extremistischer buddhistischer Mönche, zum anderen von der Regierung, die derartige Bewegungen stillschweigend unterstützt. Darüber hinaus unterhält das Ministerium für religiöse Angelegenheiten auch eine Abteilung für die Förderung und Propagierung der *Sasana* (buddhistische Lehren).

Kommunistische Unterdrückung: Die Regierung ist dem Namen nach kommunistisch und tut alles für ihren Machterhalt. Das Regime macht sich den Buddhismus als Mittel zu Eigen, um die starken ethnischen Minderheiten und mit ihnen die Bama, die rund zwei Drittel des Volkes ausmachen, zu einen. Einige der größeren Minderheiten sind vorwiegend christlich, und der Staat betreibt infolgedessen sogenannte Na-Ta-La-Schulen (Schulen in Grenzgebieten für die Entwicklung Jugendlicher einheimischer Ethnien), die für Minderheiten der Bevölkerung attraktiv sind, da diese Schulen keine Gebühren erheben. In diesen Schulen werden jedoch die jungen Menschen intensiv mit den Lehren des Buddhismus beeinflusst. Einige wurden sogar gezwungen, Nonnen- oder Mönchskleidung zu tragen. Als die Kinder sich weigerten, den Buddhismus als Religion anzunehmen, wurden sie so schlimm schikaniert, dass sie aus den Schulen flohen. Man möchte solche Methoden als Zeichen religiöser Aggression werten, vielmehr macht es aber deutlich, dass das kommunistische Regime religiöse Mittel und die Unterstützung örtlicher religiöser Führer einsetzt, ihr oberstes Ziel zu erreichen, nämlich die Kontrolle zu behalten.

Systematische Korruption: Teile des Landes stehen weitgehend unter Armeeverwaltung (Tatmadaw). Da viele Rohstoffe wie Erze und Nutzholz in vorwiegend von Christen besiedelten Gebieten wie dem Staat Shan oder bei den Chin und den Kachin zu finden sind, erfahren sie harte Bedrängnis durch die Armee. Einmal weil die Regierung die Nation zusammenhalten will und weiter auch aus drängenden wirtschaftlichen Interessen. Unternehmen werden oft von Militärs oder hochrangigen Politikern ge-

führt, bei denen Vetternwirtschaft herrscht. Es gibt keinerlei Interesse, den Reichtum des Landes mit dem Volk zu teilen.

Islamischer Extremismus: Erstaunlicherweise spielt diese Triebkraft der Verfolgung eine Rolle in dem buddhistischen Staat. Muslime erleben selbst Verfolgung durch einen starken buddhistischen Widerstand, mit teils äußerst gewaltsamen Zusammenstößen, besonders im Staat Rohingya. Weniger bekannt ist, dass es unter ihnen eine kleine Gruppe von Christen gibt, die Verfolgung zuerst wegen ihres Rohingya-Hintergrunds erleiden, und dann noch zusätzlich seitens ihrer muslimischen Familien und Gemeinschaften, weil sie Christen geworden sind.

Aktuelle Einflüsse

Während der letzten drei Jahre geriet Myanmar recht häufig in die internationalen Schlagzeilen. Die Entlassung der Freiheitsikone und Nobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi aus dem Hausarrest im November 2010 wurde weltweit als positives Zeichen gewertet und hat dem Land geholfen, sein Image als geächteter Staat zu überwinden. Außerdem hat man viele – nicht alle – politischen Gefangenen aus der Haft entlassen und vorläufige Waffenstillstandsabkommen mit verschiedenen ethnischen Minderheitsgruppen geschlossen. Der neue Präsident Thein Sein hat gemäßigte demokratische Reformen angekündigt und eingeführt.
Trotz aller Gespräche und Bemühungen, einen stabilen Waffenstillstand zu erreichen, wird zwischen der Armee und der Kachin Independence Organisation weiterhin gekämpft. Weiter hat der Präsident angekündigt, nicht für eine zweite Amtszeit zu kandidieren. So ist also der Weg für Armeechef Than Shwe für die kommenden Wahlen geebnet. Der Demokratisierungsprozess des Landes einschließlich einer aktiven Rolle aller Minderheiten braucht wohl noch einen langen Atem.

Betroffene Kategorien von Christen

Alle Kategorien von Christen sind in dem Land präsent: Ausländische sowie Angehörige historischer Kirchen, Konvertiten und auch die nicht-traditioneller protestantischer Gemeinden. Religionsfreiheit haben sie alle nicht, die beiden letzten Kategorien erfahren jedoch die ganze Wucht der Verfolgung.

Die meisten Christen sind Angehörige einer ethnischen Minderheit und sind schon alleine deswegen Zielscheibe von Attacken, zusätzlich auch durch die Armee, die jegliche Unabhängigkeits- oder Autonomiebewegungen bekämpft. Doch selbst Christen mit birmanischem Hintergrund ("bama") werden beobachtet, unter Druck gesetzt und als Verräter abgestempelt. Die wenigen Christen mit muslimischem Hintergrund erleiden Anfeindungen von allen Seiten.

Betroffene Lebensbereiche

Die Christen in Myanmar erleben den meisten Druck im kirchlichen Leben, aber auch auf staatlicher und gesellschaftlicher Ebene. Besser sieht es im privaten und familiären Leben aus. Das spiegelt in gewissem Maße wider, dass die meisten Christen ethnischen Minderheiten angehören, die in sich selbst zumeist homogen sind; Druck vonseiten der Familie geschieht hier eher selten. Der kommt zumeist von außen im Umgang mit der Regierung. So ist es beispielsweise unmöglich, christliche Materialien zu veröffentlichen, zu drucken oder zu importieren. Kirchen werden überwacht, manchmal sogar geschlossen, eine Registrierung ist oft unmöglich, wobei viel von den örtlichen Verwaltungschefs abhängt.

Besonders Christen mit Bama- und mit muslimischem Hintergrund erfahren aus dem familiären und gesellschaftlichen Umfeld zusätzliche Bedrängnis, sie sollen ihren neuen Glauben widerrufen. Alle Kinder von Christen müssen bei Bildung bzw. Ausbildung eine andauernde Benachteiligung in Kauf nehmen.

Auftreten von Gewalt

Myanmar gehört auch auf dem Weltverfolgungsindex 2014 wieder zu den zehn gewalttätigsten Staaten Christen gegenüber. Trotz etlicher Waffenstillstandsabkommen mit verschiedenen ethnischen Gruppen, darunter auch einige mit christlicher Bevölkerungsmehrheit, halten die Zusammenstöße zwischen Armee und der größten Gruppierung weiter an. Die geschehen an der chinesischen Grenze und weiten sich auch auf chinesisches Territorium aus.

Deshalb unterhält China auch ein großes Flüchtlingslager mit über 100.000 Kachin, die vor den Angriffen geflohen sind. Das hat dazu geführt, dass China Druck auf beide Seiten ausübt, neuen Friedensgesprächen zuzustimmen. Trotz der Gespräche sind Berichten zufolge Dutzende Christen getötet und sowohl Kirchen als auch Häuser zerstört worden. Vergewaltigungen und der Verkauf von Kinderbräuten werden als Kriegstaktik eingesetzt. Zudem geraten Christen oft einfach auch deswegen unter Beschuss, weil sie dem Ziel der Regierung – die Bewahrung des Buddhismus - im Weg stehen.

Ausblick

Die Wirtschaft im Lande floriert. Wechselstuben sind wie Pilze aus dem Boden geschossen, ein Zeichen dafür, dass der Geldumlauf im Land legal abläuft. Der Handel lebt auf und mit ihm die Export- und Importindustrie. Natürlich wird als Kehrseite davon auch die Armee profitieren. Außerdem haben Drogen- und Menschenhandel zugenommen, Fälle von Rassendiskriminierung treten häufiger auf. Dunkelhäutige Bürger (Nachfahren indischer Migranten aus der britischen Besatzungszeit; aber auch die Rohingyas sind dunkelhäutig) erleben eine ungleiche Behandlung gegenüber den hellhäutigen Birmanen. Die Einheimischen verwenden für Personen mit dunkler Haut den abschätzigen Namen *"Kala".*

Christen sind zunehmend gezwungen, Partei zu ergreifen, da Birmanen von ihnen wissen wollen, auf welcher Seite sie stehen. Solange ein echtes Bemühen um Versöhnung fehlt und darum, ethnischen Minderheiten Raum und Mitspracherecht im Lande zu gewähren, kann sich die Lage nicht verbessern. Da Christen zumeist ja auch ethnischen Minderheiten angehören, leiden sie in besonderem Maß unter dem Druck, der von allen Seiten kommt.

zurück zu Länderübersicht

Platz 24: Brunei

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit einer Wertung von 57 Punkten belegt Brunei Platz 24 auf dem Weltverfolgungsindex 2014 von Open Doors. Im Jahr 2013 rangierte das Land mit 53 Punkten auf Platz 27. Da die Islamisierung in dem Land immer weiter fortschreitet, hat sich die Situation der Christen in Brunei in den vergangenen Jahren langsam aber stetig verschlechtert. Brunei ist seit sieben Jahren auf dem Weltverfolgungsindex vertreten und bewegt sich seitdem zwischen den Plätzen 20 und 30.

Triebkräfte der Verfolgung

Die Haupttriebkraft der Verfolgung ist „Islamischer Extremismus“. Brunei ist eine islamische Nation,

die auf einer Ideologie mit dem Namen „Malaiisch Islamische Monarchie“ begründet ist. Kontakt mit Christen aus anderen Ländern, die Einfuhr von Bibeln und das öffentliche Feiern von Weihnachten sind nach einer gesetzlichen Verordnung verboten. Im Jahr 1991 hat Seine Majestät, Sultan Hassanal Bolkiah, eine konservative Ideologie namens „Melayu Islam Beraja“ -MIB- (oder Malaiisch Islamische Monarchie) eingeführt, welche die Monarchie als Verteidigerin des Glaubens darstellt. Mit dieser Berufung vor Augen hat der Sultan vor kurzem die Demokratisierung der bruneiischen Regierung zugelassen und sich selbst zum Präsidenten und Premierminister ernannt. In 2004 wurde der Gesetzgebende Rat, der 1962 aufgelöst wurde, wieder eingesetzt. Seit 2011 gilt die umfängliche Anwendung der Scharia für alle Muslime des Landes. Der Islam bestimmt alle Lebensbereiche in Brunei. Die Regierung geht dem Vorhaben nach, die Stammesvölker zu islamisieren und unterstützt die sogenannte „Dahkwa“ Bewegung (islamisches Missionieren). Christliche Pastoren und Mitarbeiter gelten als „Feinde“. Das Betreten eines Stammesdorfs wird von der Regierung durch Spione und Polizei überwacht.

Aktuelle Einflüsse

Der Sultan hat die alleinige Macht. Das Land wird seit über 600 Jahren von Sultanen beherrscht. Alle wichtigen Positionen hat der Sultan selbst inne, er ist Premierminister, Finanzminister, Innenminister, Verteidigungsminister und auch Oberhaupt der Glaubensgemeinschaft. Er wird vom Volk hoch geachtet und respektiert, jegliche Kritik ist undenkbar.

Das fällt den Menschen im Land deshalb so leicht, weil der Sultan im wahrsten Sinne des Wortes für sein Volk sorgt: Seine Regierung stellt kostenlose, medizinische Versorgung zur Verfügung und bezuschusst Güter wie Reis oder Wohnungen. Es werden keine Gebühren für öffentliche Schulen erhoben, und die Bürger Bruneis müssen auch keine Einkommenssteuer zahlen. Diese Art von Staatsführung ist durch die Gewinne aus riesigen Öl- und Gasvorkommen möglich, die 90 % des Bruttoinlandprodukts ausmachen. Die meisten Bürger haben nie unter einem anderen System gelebt, auch nicht bevor das Land 1984 von der britischen Herrschaft unabhängig wurde, denn der Sultan ist älter als die Unabhängigkeit Bruneis.

Betroffene Kategorien von Christen

Es gibt in Brunei eine Gemeinschaft ausländischer Christen sowie eine Gruppe von Konvertiten, die ihren Glauben größtenteils heimlich leben müssen. Die Anglikanische und Katholische Kirche sind die einzigen im Land anerkannten Religionsgemeinschaften, doch auch sie müssen sehr vorsichtig sein. Sie dürfen zwar Gottesdienste abhalten, aber darüber hinaus ist ihr Wirken eingeschränkt. Bürger, die zum Christentum konvertiert sind, besonders malaiische (also muslimische), sind weitaus massiverem Druck ausgesetzt. Nicht-registrierte Gemeinden werden als „illegale Sekten“ angesehen und somit geschlossen, zumindest aber in ihrem Tun eingeschränkt und überwacht.

Betroffene Lebensbereiche

Im kirchlichen und privaten Lebensbereich sind die Einschränkungen am höchsten. Es herrscht aber auch massiver Druck im Familien- und im gesellschaftlichen Leben. Ehemalige Muslime erfahren Feindschaft vonseiten der Familie, Freunde und Nachbarn, auch in Form von Gewalt. Es ist unmöglich, die Religion im Ausweis ändern zu lassen. Kirchenvertreter müssen überall und ständig vorsichtig bei dem sein, was sie sagen und tun.

Berichten zufolge werden die sonntäglichen Gottesdienste von Regierungsbeamten überwacht. Die Pastoren formulieren ihre Predigten mit größter Vorsicht, um die Regierung oder die königliche Familie nicht zu beleidigen. Die Bahasa-Malaiisch sprechenden Pastoren werden ständig von der Regierung überwacht. Erweiterungen und Renovierungen von Kirchengebäuden sind verboten.

Aktivitäten von Kirchenleitern werden besonders scharf überwacht, und es gestaltet sich schwierig, Kirchenmitglieder auszubilden oder theologische Schulungen anzubieten. Christliche Buchläden sind in Brunei verboten, und man kann pro Person nur eine Bibel zum Eigengebrauch mit ins Land bringen. Das Drucken christlicher Literatur im Land ist nicht möglich, die Einfuhr ist verboten. Es wurden zwar keine gewalttätigen Übergriffe während des Berichtszeitraums registriert, aber das Maß an Furcht unter der christlichen Minderheit ist sehr hoch.

Die Regulierung von christlichen Schulen verdient eine besondere Erwähnung, da der Sultan verkündet hat, dass alle Schulen ab Januar 2013 „Islam“ als Pflichtfach anbieten müssen.

Auftreten von Gewalt

Es gibt keine Berichte von Gewalt gegen die christliche Minderheit. Die Verfolgung von Christen geschieht in Brunei vor allem durch massiven Druck und Einschränkungen („squeeze = Unterdrückung“), nicht aber durch gewaltsame Übergriffe („smash = zerschmettern“).

Ausblick

Solange der Monarch im Amt sich als Verteidiger des islamischen Glaubens ansieht und die Regierungsbehörden seinen Willen umsetzen, wird die christliche Minderheit im Fokus stehen; sie wird diskriminiert und an den Rand der Gesellschaft gedrängt. Die Freiheit, den christlichen Glauben auszuleben, wird mehr und mehr eingeschränkt; Druck und Angst innerhalb der christlichen Minderheit wird zunehmen. Angesichts der jüngsten Ankündigung des Sultans zur Scharia, ist davon auszugehen, dass der Druck auf Christen anhalten oder sogar noch zunehmen wird.

zurück zu Länderübersicht

Platz 25: Kolumbien

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit einer Wertung von 56 Punkten liegt Kolumbien auf Position 25 des Weltverfolgungsindex 2014. 2013 rangierte es mit einer Punktzahl von 41 auf dem 46. Platz. Damit ist es eines der beiden Länder, das auf dem WVI den größten Sprung nach oben gemacht hat. Ein Hauptgrund sind die Aktivitäten verschiedener Rebellengruppen, die Teile des Landes kontrollieren und ihr Aktionsgebiet beständig erweitern. Damit gehen ein sehr hohes Maß an Gewalt und zahlreiche Entführungen einher. Die äußerst lückenhafte Strafverfolgung sorgt dafür, dass alle Bewohner Kolumbiens unter dem seit Jahrzehnten anhaltenden Konflikt leiden. Viele Christen sind darüber hinaus ins Visier der Terroristen geraten, weil sie durch ihren persönlichen Einsatz als einflussreiche Pastoren (öffentliche Meinungsführer), politische Führer, Journalisten, Juristen, Menschenrechtsaktivisten, Fürsprecher indigener Gruppen oder des Umweltschutzes bekannt geworden sind. Ihre christliche Überzeugung veranlasst sie zu einem Auftreten, das die primär finanziellen Interessen der kriminellen Netzwerke bedroht. Deshalb werden sie mitunter brutal bekämpft.

Triebkräfte der Verfolgung

Die Christenverfolgung in Kolumbien ist auf drei Triebkräfte zurückzuführen: „Systematische Korruption“, „Exklusives Stammesdenken“ und „Aggressiver Säkularismus“.

Systematische Korruption: In bestimmten Gebieten agieren revolutionäre und konterrevolutionäre paramilitärische Gruppierungen – eng verwoben mit dem organisierten Verbrechen – in einem Umfeld das gekennzeichnet ist von Straffreiheit, Korruption, Anarchie, Drogenkriegen und struktureller Gewalt. Vor einem solchen Hintergrund sind Christen ein leichtes und gleichzeitig bevorzugtes Ziel, da allein ihre Anwesenheit eine Bedrohung für die Vormachtstellung krimineller Organisationen darstellt. Der christliche Glaube zeigt besonders jungen Menschen einen alternativen Weg auf, sich in der Gesellschaft zu verhalten. Dadurch wird die Kirche zu einer direkten Konkurrenz von kriminellen Organisationen. Fast die Hälfte der kolumbianischen Landfläche steht unter der Kontrolle von Guerillas und paramilitärischen Gruppen. Dieser Teil des Landes hat die geringste Bevölkerungszahl.

Exklusives Stammesdenken: Wenn sich in Kolumbien Menschen innerhalb indigener Gemeinschaften zum christlichen Glauben bekehren, kommt es regelmäßig zu Spannungen. Diese Christen (über die keine verlässlichen Zahlen vorliegen) sind in besonderem Maß Verfolgungen ausgesetzt. Open Doors liegen Berichte von Christen aus der Cauca Region vor, denen regelmäßig Zugang zur sozialen Grundversorgung verwehrt wird, und die in Entscheidungsprozessen übergangen werden. Außerdem laufen sie Gefahr, gefoltert oder vertrieben zu werden.

Aggressiver Säkularismus: Dieser Faktor gewinnt in Kolumbien beständig an Bedeutung als Triebkraft der Verfolgung. Anzeichen dafür sind wiederholte Äußerungen von Intoleranz gegenüber der Teilnahme von Christen am öffentlichen Leben, im Besonderen in öffentlichen Universitäten.

Aktuelle Einflüsse

Kolumbien ist ein Land mit vielen Realitäten. Formal gesehen ist Kolumbien ein modernes, demokratisches Land, indem ein Rechtssystem existiert und Religionsfreiheit garantiert wird. Allerdings stehen große Teile des Landes unter der Kontrolle krimineller Organisationen, Drogenkartellen und paramilitärischer Gruppen.

Indigene Territorien werden in Kolumbien durch ein Bundesgesetz beschützt, das ihnen auch Autonomie garantiert. Aufgrund dieser Autonomie ist es Sicherheitskräften der Regierung (Polizei und Militär) gesetzlich verboten, die Gebiete zu betreten. Die Gebiete werden von indigenen Organisationen verwaltet, die aber so schwach sind, dass sie von der Guerilla infiltriert werden. Da es dort praktisch keine staatlichen Gesetzeshüter gibt und demnach auch keinen Gesetzesvollzug, haben sich diese Gebiete zu einem sicheren Hafen für den groß angelegten Drogenhandel der Guerilla entwickelt. Einige dieser Aktivitäten sind auf Bündnisse zurückzuführen, die zwischen Teilen der indigenen Bevölkerung und den Guerillas bestehen. Open Doors Quellen weisen darauf hin, dass die indigene Bevölkerung materielle Unterstützung vonseiten der Guerillas erhält, um Christen indigener Herkunft zu verfolgen.

Betroffene Kategorien von Christen

Alle Arten von Christen können zu Opfern der systematischen Korruption werden. Besonders sind allerdings solche betroffen, die klar zu ihrem Glauben stehen und im gesellschaftlichen oder öffentlichen Leben Verantwortung übernehmen, oder in einer Führungsposition auf kommunaler oder nationaler Ebene stehen. Christen indigener Herkunft werden als Bedrohung für den Erhalt regionaler Gesetze und uralter indigener Traditionen angesehen (exklusives Stammesdenken). Da man durch sie den Fortbestand der indigenen Kultur gefährdet sieht, werden die Christen unter der ländlichen Be-

völkerung einer Reihe von autonomen Gebieten Kolumbiens (z.B. Gebiete in Cauca, Córdoba und den Putumayo Gebieten) immer wieder Opfer von Anfeindungen.

Von aggressivem Säkularismus sind besonders Christen in größeren Städten betroffen, die unter der Kontrolle der Regierung stehen.

Betroffene Lebensbereiche

Die grassierende Korruption beeinflusst alle Lebensbereiche und führt zu einer Kultur der Angst, die besonders im gemeinschaftlichen Leben zu spüren ist. Exklusives Stammesdenken folgt demselben Muster. Auch wenn systematische Korruption die Haupttriebkraft der Verfolgung in Kolumbien darstellt, führt das Stammesdenken zu intensiver Verfolgung von Christen in indigenen Gemeinschaften. Manchmal wirkt diese Triebkraft mit systematischer Korruption zusammen, besonders dann, wenn sich die Guerilla mit indigenen Stammesführern gegen Christen verschwört.

Auftreten von Gewalt

Die herrschenden Triebkräfte bewirken ein hohes Maß an Gewalt. Zahlreiche Christen werden von ihrem Land vertrieben, auch sexuelle Gewalt gegen sie nimmt zu; Predigten werden überwacht und Gottesdienste gestört.

Ausblick

Die Sicherheitslage in Kolumbien ist instabil. Es ist Rebellen gelungen, Teile der Gebiete zurückzuerobern, die sie während der Regierungszeit von Präsident Alvaro Uribe Velez an die Armee verloren hatten. Ungeachtet der laufenden Friedensgespräche zwischen der kolumbianischen Regierung und der FARC rechnen viele Analysten damit, dass die Guerilla ihre Gebiete dazu nutzen wird, ihre Organisationen neu auszurüsten, was zu verstärkter Verfolgung von Christen führen würde.

Zudem wird die Gewalt in Kolumbien trotz der Friedensgespräche bis auf weiteres ein strukturelles Phänomen bleiben. In Gebieten, wo die Regierung ihre Kontrolle über die öffentliche Sicherheit verloren hat, können Drogenkartelle und illegale, bewaffnete Gruppen ungestraft agieren. Das bedeutet, Christen werden weiterhin Ziel von Verfolgung sein, weil ihre Gegenwart eine alternative Säule der Gesellschaft ist und sie durch die Beteiligung an sozialen und politischen Aktivitäten ihren Glauben bekannt machen.

zurück zu Länderübersicht

Platz 26: Jordanien

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Auf dem Weltverfolgungsindex (WVI) 2014 von Open Doors belegt Jordanien in diesem Jahr Rang 26 gegenüber Rang 34 im Vorjahr, das ist für das Land der bislang höchste Rang seit Bestehen des Weltverfolgungsindex. Auf dem Index ebenso wie in der Punktewertung gibt es einen deutlichen Anstieg: von 48 auf 56 Punkte. Der Anstieg erklärt sich hauptsächlich aus der weiter abnehmenden Religionsfreiheit für Christen, besonders für die mit muslimischem Hintergrund.

Triebkräfte der Verfolgung

Die Haupttriebkraft von Verfolgung in Jordanien ist der „Islamische Extremismus“. Der versucht das Land und die Welt durch gewalttätige und nicht-gewalttätige Aktionen in das „Haus des Islam“ zu zwingen. „Exklusives Stammesdenken“ spielt ebenfalls eine wichtige Rolle. Typisch für diese Triebkraft ist das Bestreben, die für das Stammesleben wichtigen uralten Normen und Werte auch heute mit Druck umzusetzen. Exklusives Stammesdenken kann im Gewand der traditionellen Religion auftreten, im Fall von Jordanien ist es deutlich mit dem Islam vermischt. Urheber dieser Art von Verfolgung sind Regierungsangestellte, Leiter und Älteste ethnischer Gruppierungen, fanatische Bewegungen, Mitbürger und die erweiterte Familie.

Unter dem Einfluss des Arabischen Frühlings gibt es ein wachsendes Spannungsfeld zwischen gemäßigten und islamistischen Teilen der jordanischen Gesellschaft. Muslimbruderschaft und Salafisten haben, durch ihren wachsenden Einfluss in der Region ermutigt, den Wunsch nach Reformen in ihre Agenda integriert, um so die Umgestaltung von Jordanien in einen islamischen Gottesstaat voranzutreiben. Jordanien wurde von großen Terroranschlägen verschont, der letzte wurde im Jahr 2005 verzeichnet. Es gab jedoch in jüngerer Vergangenheit versuchte Angriffe auf westliche Diplomaten oder Einkaufszentren in Amman. Ausländische Gotteskrieger durchqueren Jordanien auf ihrem Weg nach Syrien. Außerdem sollen hunderte von jordanischen Dschihadisten zusammen mit anderen islamischen Extremisten aus allen Teilen der Welt in Syrien gegen Assad kämpfen.

Aktuelle Einflüsse

Jordaniens Gesellschaft besteht aus verschiedenen Volksstämmen – das bildet sich auch im Königshaus ab. Der verstorbene König Hussein stammt aus Saudi Arabien, seine zweite Frau und Mutter des derzeitigen Königs Abdullah II ist Britin. König Abdullah selbst ist mit einer Palästinenserin verheiratet. Die Bevölkerung besteht überwiegend aus Palästinensern, von denen die meisten nach den Arabisch-Israelischen Kriegen von 1948 und 1967 ins Land kamen. In den frühen 1950er Jahren erhielt ein Großteil von ihnen die Staatsbürgerschaft. Palästinensische Jordanier (“Westbankler”) werden allerdings benachteiligt im Vergleich zum Großteil der weiteren Bevölkerung, die von den Beduinen („Ostbankler“) abstammt und schon seit Jahrhunderten in diesem Gebiet lebt. Generell halten Letztgenannte dem König die Treue. Jordanien ist Herberge für große Flüchtlingsgruppen, insbesondere aus dem Irak und Syrien (jeweils ca. eine halbe Million). Da so viele verschiedene Nationalitäten in dem Königreich vertreten sind, ist nicht klar, was die nationale Identität eines jordanischen Bürgers ausmacht. Außerdem führt die hohe Anzahl von Flüchtlingen zu wirtschaftlichem, politischem und religiösem Druck, was sie zu einem möglichen destabilisierenden Faktor macht.

Für lange Zeit galt Jordanien in Bezug auf Religionsfreiheit als eines der liberalsten Länder der Region. Für Christen scheint sich hier aber das Blatt zu wenden. Obwohl traditionelle Christen noch immer einen relativ hohen Grad an Religionsfreiheit genießen, erleben Christen mit muslimischer Herkunft die Auswirkungen eines wachsenden radikalen Einflusses in der Gesellschaft.

Betroffene Kategorien von Christen

Es gibt in Jordanien vier Kategorien von Christen: 1. Gemeinden ausländischer Christen; 2. Traditionelle Kirchen; 3. Gemeinden von zum Christentum Konvertierten; 4. Nicht-traditionelle protestantische Gemeinden.

Von allen christlichen Gruppen werden die vom Islam zum Christentum Konvertieren am stärksten wegen ihres Glaubens verfolgt. Wird ihr neuer Glaube bekannt, können sie von allen genannten Verfolgern Unterdrückung erleiden: Regierungsangestellte, Führer von Volksgruppen, fanatische Bewegungen, Mitbürger und erweiterte Familie. Besonders Letztere übt Druck aus, der zu ernsthafter Ge-

walt ausufern kann, bis hin zur Ermordung. Um den Druck auf einen Konvertiten zu erhöhen, informieren Familien auch die Behörden, was nicht selten zur Inhaftierung führen kann.

Die World Watch Unit hat Berichte zahlreicher Christen mit muslimischem Hintergrund erhalten, denen aufgrund ihrer Bekehrung der Entzug des Sorgerechts für ihre Kinder angedroht wurde. Auch wenn der Staat darin keine aktive Rolle spielt, so lässt er diese Praktiken doch gewähren. Christen muslimischer Herkunft werden diskriminiert, außerdem wird ihnen wird von ihren Familien, Regierungsmitarbeitern und auch Mitbürgern körperliche oder seelische Gewalt angedroht.
An zweiter Stelle hinsichtlich Widerstands – besonders durch Behörden – stehen die Gemeinden nicht-traditioneller protestantischer Christen. Sie sind von der jordanischen Regierung nicht anerkannt. Die Geheimpolizei überwacht ihre sowie die Aktivitäten von Untergrundkirchen. In manchen Fällen kann die Regierung selbst zum Verfolger werden, insbesondere weil sie Gewalt gegen Christen nicht bestraft.

Betroffene Lebensbereiche

In den Bereichen Privatleben, Familien- und kirchliches Leben erreicht Jordanien eine relativ hohe Punktezahl. Geschuldet ist dies dem sehr hohen Druck in diesen Lebensbereichen auf Christen mit muslimischem Hintergrund. Nicht viel besser ist ihre Situation auf der gesellschaftlichen und politischen Ebene, sobald ihr Glauben bekannt geworden ist.

Der Islam ist Staatsreligion. Die Rechtsprechung basiert auf Gesetzen syrischen und zu einem geringeren Anteil ägyptischen Ursprungs. Beim Erbrecht gilt ausschließlich die islamische Gesetzgebung, ungeachtet des Glaubens der Betroffenen. Das Familienrecht basiert auf der Scharia und gilt für alle, die der Staat als muslimisch ansieht, also auch für Kinder von Vätern, die zum Islam übergetreten sind. Bekehrungen aus dem Islam heraus werden vom Staat offiziell nicht anerkannt und das öffentliche Evangelisieren von Muslimen verstößt gegen die Grundsätze der Regierung. Muslime, die Christen werden, fallen noch immer unter die Gerichtsbarkeit der Scharia, was bedeutet, dass ihre Ehen annulliert werden können; sie können auch das Sorgerecht für ihre Kinder und weitere Bürgerrechte verlieren.

Christen mit muslimischem Hintergrund bemühen sich, nicht aufzufallen, um Schikanen und Verhören aus dem Weg zu gehen. Berichten zufolge wurden sie vom Sicherheitsdienst zu ihrem Glauben verhört und mit Anklagen vor Gericht und anderen möglichen Konsequenzen bedroht. Zudem wurden ihnen Belohnungen, wie zum Beispiel ein Arbeitsplatz versprochen, wenn sie zum Islam zurückkehren. Weiter wurde berichtet, dass Behörden Zeugnisse für gute Führung verweigerten, die für Bewerbungen und Firmengründungen nötig sind. Arbeitgebern wurde aufgetragen, Christen mit muslimischer Herkunft zu entlassen.

Im Vergleich zu anderen Ländern in der Region ist das Kirchenleben aufgrund des Bestehens einer Reihe von anerkannten Kirchen weniger eingeschränkt – besonders für traditionelle Christen. Das gilt wiederum nicht für Christen muslimischen Hintergrunds, die Bedrängnis vonseiten ihrer Familien und durch die zunehmenden Aktivitäten islamischer Extremisten erleiden. Besonders deutlich zugenommen hat das im gesellschaftlichen und Familienleben.

Es gab für einige Jahre beachtliche Spannungen zwischen evangelikalen und traditionellen Kirchen im haschemitischen Königreich. Die wurden zwar weitgehend abgebaut, die Schwierigkeiten zwischen den einzelnen Denominationen haben sich jedoch kaum verringert. Die meisten neuen Gläubigen in nicht-traditionellen protestantischen Kirchen kommen aus Teilen der Bevölkerung mit christlichem Ursprung, in letzter Zeit jedoch finden vermehrt Muslime zum christlichen Glauben. Während die Kirche als Ganzes in der Zahl eher rückläufig ist, erleben die evangelikalen Kirchen ermutigendes Wachstum. Deshalb werden diese Kirchen verstärkt von den Behörden überwacht, Sicherheitsbeam-

te in Zivil zeigen ihre Präsenz vor Kirchengebäuden einiger Denominationen. Manche Kirchenleiter jedoch sagen, dass die Gegenwart der Sicherheitsbeamten dem Schutz der christlichen Gruppen in der Region diene, die Drohungen erhalten hatten.

Seit der Unabhängigkeit des Landes 1946 hat sich die Anzahl der Christen im Land verringert. Gründe dafür sind eine niedrigere Geburtenrate und die vermehrte Abwanderung ins Ausland. Derzeit strömt eine große Anzahl von muslimischen Flüchtlingen aus Syrien und dem Irak ins Land. Zusammen mit dem Anstieg eines politisierten Islam setzt dies Christen vermehrt unter Druck, besonders betroffen sind evangelikale und Christen mit muslimischem Hintergrund.

Auftreten von Gewalt

Im Berichtszeitraum hat sich Meldungen zufolge der Druck auf Christen muslimischer Herkunft erhöht, es kam zu mehr gewalttätigen Übergriffen. Wegen ihres Glaubens wurden Christen getötet, inhaftiert, körperlich misshandelt und zwangsverheiratet. Christinnen mit muslimischem Hintergrund stehen besonders in Gefahr, Opfer eines Ehrenmords oder einer Zwangsheirat zu werden, sollte ihr Glauben entdeckt werden. Selbst ausländische Christen können verhaftet werden, wenn sie Kontakt zu solchen Christen haben. Es gibt auch vermehrt Berichte über Christen, die aus dem Land fliehen mussten. Meldungen über Christen, die sich im Land verstecken müssen, sind in etwa gleich geblieben.

Ausblick

Die meisten Beobachter erwarten, dass König Abdullah II trotz regionaler und nationaler Unruhen für die nächsten Jahre im Amt bleibt. Die beherrschenden Entwicklungen derzeit sind der regionale Bevölkerungszufluss aus Syrien und eine wachsende Unzufriedenheit bei den „Ostbanklern“. Der Bevölkerungszufluss aus Syrien geht zum Teil auf die vielen ins Land drängenden syrischen Flüchtlingen zurück, dazu kommt ein zunehmendes Risiko durch Gewalt von Dschihadisten. Auch wenn die Jordanier mit ihren wirtschaftlichen Perspektiven oder dem politischen System nicht zufrieden sind, ist ihnen im Hinblick auf die Situation in Syrien und Ägypten klar, dass rapide Veränderungen nicht unbedingt von Vorteil sind.

Derweil ist die Bedrohung durch den radikalen Islam ein Faktor, der in Betracht gezogen werden muss. Zurzeit kämpfen hunderte jordanische Gotteskrieger in Syrien. Wenn sie zurückkehren, stellen sie für die Stabilität des Königreichs ein massives Sicherheitsrisiko dar. Die wachsende Macht fanatischer Muslime nach dem Arabischen Frühling und der Aufruf der jordanischen Regierung an die Bevölkerung, dem Islam zu folgen, sind für die Christen wichtige Warnsignale. Die Entwicklung des Bürgerkriegs in Syrien wird die Situation der Christen in Jordanien stark beeinflussen. Die mögliche Entstehung eines von Sunniten geführten Regimes in Syrien wird voraussichtlich die Muslimbruderschaft stärken und ihre verstärkte Forderung nach mehr Demokratie kann ihnen die Tür zur Macht öffnen. Wie auch immer, für die Christen und besonders für die mit muslimischem Hintergrund würden sich diese Entwicklungen nicht positiv auswirken. Sollte Präsident Assad seine völlige Kontrolle zurückerhalten, wird je nach Grad der Gewalt und des (bewaffneten) Widerstands in seinem Land dennoch eine stabilere Situation erwartet.

zurück zu Länderübersicht

Platz 27: Oman

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Es hat in den letzten Jahren keine sichtbare Veränderung in der Situation der Christen im Oman gegeben. Auf dem Weltverfolgungsindex 2014 von Open Doors erzielt der Oman 56 Punkte, die gleiche Punktzahl wie 2013. Das Land ist gleichzeitig von Platz 22 auf Rang 27 gesunken, was mit den Veränderungen in anderen Ländern zusammenhängt.

Triebkräfte der Verfolgung

Verfolgung im Oman geschieht hauptsächlich durch „Islamischen Extremismus“ und einer „Totalitären Paranoia“.

Islamischer Extremismus: Der Islam ist Staatsreligion und die Gesetzgebung basiert auf islamischem Recht. Islamunterricht steht auf den Lehrplänen aller staatlichen Schulen. Der Abfall vom Islam ist zwar keine strafbare Handlung, wird aber auch nicht vom Rechtssystem anerkannt, das davon ausgeht, dass alle Staatsbürger Muslime sind. Den Glauben zu wechseln kommt damit für einen omanischen Staatsbürger einem Bannfluch gleich. Ein Konvertit ist mit Problemen bezüglich seines Familienstandes und des Familienrechts konfrontiert, welches einem Vater das Sorgerecht für seine Kinder abspricht, wenn er den Islam verlässt. Die Abschiebung ausländischer Arbeitskräfte (wegen ihrer christlichen Aktivitäten) hält an.

Aufgrund einer Totalitären Paranoia erleben Christen dann Einschränkungen, wenn die Machthaber in deren Aktivitäten eine Bedrohung für ihre Interessen sehen.

Aktuelle Einflüsse

Seit Januar 2011 gab es im Oman Proteste und Unruhen, die zum Tod von zwei Menschen führten. Der Aufruhr legte sich jedoch größtenteils, nachdem den Bürgern 50.000 Arbeitsstellen, mehr Redefreiheit, die Verbesserung des Sozialhilfesystems und eine Auswechslung des Kabinetts versprochen wurden.

Betroffene Kategorien von Christen

Der christlichen Gemeinde (etwa 35.000) gehören fast ausschließlich Ausländer an; es gibt nur wenige einheimische Christen. Alle religiösen Organisationen müssen sich registrieren lassen, christliche Versammlungen werden auf politische Botschaften und Besuch durch Staatsbürger hin überprüft. Ausländischen Christen wird gestattet, in Privathäusern oder auf Werksgeländen diskret Gottesdienste zu halten. Ihre Einrichtungen unterliegen allerdings strengen Auflagen, um jeglichen Anstoß bei Einheimischen zu vermeiden. Christen muslimischer Herkunft droht Verfolgung seitens der Familie und der Gesellschaft. Das kann Ausschluss aus der Familie bedeuten, Verlust von Haus und Arbeitsplatz oder sogar den Tod. Meldungen über Vorkommnisse von Gewalt liegen für den Berichtszeitraum jedoch nicht vor.

Betroffene Lebensbereiche

Laut Bertelsmann Transformation Index (2012) ist der Oman hinsichtlich Religionsausübung relativ tolerant: "Obwohl der Islam Staatsreligion ist und die Scharia Grundlage der Rechtsprechung, verhält das Regime sich sehr tolerant gegenüber den unterschiedlichen religiösen Gruppen. Die religiöse Führungsschicht befindet sich unter strikter staatlicher Kontrolle und kann ohne vorherige Zustimmung der herrschenden Elite kaum eine öffentliche Verlautbarung ausgeben." Außerdem erklärt die omanische Verfassung, dass „die Freiheit, religiöse Riten in Übereinstimmung mit anerkannten Bräuchen auszuführen, gewährleistet ist, sofern sie nicht die öffentliche Ordnung stören oder in Konflikt mit den allgemein anerkannten Verhaltensnormen stehen."

In seinem International Religious Freedom Report schreibt das US Außenministerium: "Die Regierung verbietet nicht-muslimischen Gruppen den Druck religiöser Literatur, im Ausland gedruckte, religiöse Schriften dürfen jedoch importiert werden. Mitgliedern aller religiöser Gruppen ist es erlaubt, Verbindung zu Glaubensgenossen im Ausland zu halten und Auslandsreisen zu religiösen Zwecken zu unternehmen. Geistlichen aus dem Ausland ist der Besuch gestattet, um Aufgaben in religiösen Organisationen wahrzunehmen, die registriert sind." Eine Registrierung ist zwar schwierig, aber nicht unmöglich.

Auftreten von Gewalt

Laut Middle East Concern und Quellen von Open Doors gibt es seit 2011 keine Meldungen zu gewalttätigen Übergriffen gegen Christen, allerdings ist bekannt, dass Christen muslimischer Herkunft „von Seiten ihrer Familien weiterhin starken Druck erfahren" (MEC, 2012).

Ausblick

„In den letzten Jahren wurden einige ausländische Christen des Landes verwiesen, da sie ihren Glauben offen bezeugt hatten." MEC erklärt dazu, dass „Missionierung zwar nicht illegal sei, doch werde die Regierung jegliche Beschwerde zum Anlass nehmen, um gegen jede Person, Gruppe oder Einrichtung vorzugehen. Für die Verbreitung religiöser Literatur (außer islamisches Material) muss eine Erlaubnis der Behörden eingeholt werden." Sollten die sozialen Unruhen zukünftig andauern, könnte dies zu einer Schwächung des Regimes und damit zu einer weiteren Islamisierung der politischen Institutionen des Landes führen, was eine striktere Anwendung der Scharia zur Folge haben könnte.

zurück zu Länderübersicht

Platz 28: Indien

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit einer Wertung von 55 Punkten belegt Indien Platz 28 auf dem Weltverfolgungsindex 2014. Im Jahr 2013 belegte Indien mit 50 Punkten Rang 31. Die Lage der Christen in Indien ist in den vergangenen Jahren immer komplizierter geworden, da sich der Druck von zahlreichen Seiten verstärkt hat. Dabei ist wichtig zu erwähnen, dass man Indien nicht als einzelnen Block ansehen kann: Während Christen in manchen Teilen Indiens massivem Druck ausgesetzt sind, genießen sie in anderen Teilen große Freiheit.

Triebkräfte der Verfolgung

Indien ist kulturell, gesellschaftlich und religiös eines der vielschichtigsten Länder der Welt. Daher ist es äußerst schwierig, die hier wirkenden Triebkräfte von Verfolgung ohne Verallgemeinerungen zu beschreiben. Einzelne Strömungen, die Druck auf die wachsende christliche Kirche ausüben, werden hier nur zusammengefasst erwähnt. Dabei sind sie aber nicht unbedingt nach dem Grad ihrer Wirksamkeit geordnet, da je nach Region ein anderes Bild vorgefunden wird.

Die Haupttriebkraft der Christenverfolgung in Indien ist „Sonstige religiös motivierte Aggression", außerdem treten in geringerem Ausmaß „Exklusives Stammesdenken", „Islamischer Extremismus" und „Kommunistische Unterdrückung" in Erscheinung.

Sonstige religiös motivierte Aggression: Zu den heftigsten Verfolgern der christlichen Minderheit gehören militante religiöse Gruppierungen, besonders Hindu Nationalisten, die fordern, dass jeder Inder ein Hindu sein muss. Ihre Ideologie, die „Hindutva", wird von zahlreichen politischen Parteien und den angeschlossenen Jugendbewegungen verbreitet und findet in der Gesellschaft starken Widerhall. Diese Ideologie ist außerdem in vielen behördlichen Strukturen wie der Polizei tief verwurzelt und wird mitunter stark unterstützt. Daher kann die christliche Minderheit niemals auf eine gerechte Behandlung zählen und wird häufig davon abgehalten, ihre Rechte einzufordern. Ein herausragendes Beispiel dafür ist die mangelhafte Rechtsprechung bei den Gerichtsverhandlungen nach den Ausschreitungen von Kandhamal/Orissa im Jahr 2008. Selbst Mörder gingen straffrei aus, ein klarer Indikator für das Ausmaß, mit dem die Gesellschaft von der „Hindutva" infiltriert worden ist. Auch die Medien verbreiten die „Hindutva"-Ideologie.

Exklusives Stammesdenken: Die indische Kirche ist eine wachsende Kirche. Fast 80 % der Kirchenmitglieder sind Dalits (‚Unberührbare')oder Stammeszugehörige. Für diese stärkste Randgruppe der Gesellschaft war die Botschaft, dass es einen liebenden Gott gibt, der sogar sein Leben für sie hingegeben hat, im wahrsten Sinne des Wortes eine „Gute Nachricht". Diese starke Bewegung ist massivster Gegenwehr von Stammesführern und ihren Anhängern ausgesetzt, die vor allem in ländlichen und abgelegenen Gebieten leben und ihre traditionellen Werte und Überzeugungen um jeden Preis bewahren wollen. Allerdings sind alle Christen hinduistischer Herkunft in Indien Verfolgungen ausgesetzt, besonders wenn sie einer niedrigen Kaste angehören wie die Dalits oder andere unterentwickelte Kasten.

Islamischer Extremismus: Eine strenge Auslegung des Islams spielt in Indien eine vergleichsweise geringe Rolle bei dem Thema Christenverfolgung. Der Islamismus ist allerdings in bestimmten Regionen wie Assam, dem Kaschmirtal und Kerala auf dem Vormarsch. Hier löst er sehr massiven Druck auf die christliche Minderheit aus. Christliche Konvertiten aus dem Islam werden von ihren Familien, Freunden und Nachbarn verstoßen.

Kommunistische Unterdrückung: Die für Indien vielleicht überraschendste Triebkraft von Verfolgung ist Kommunistische Unterdrückung. In mindestens zwölf indischen Bundesstaaten, vor allem in einigen zentral gelegenen, ist die sogenannte naxalitische Bewegung aktiv. Dabei handelt es sich um eine maoistisch-kommunistische Gruppe, die die Regierung bekämpft. In Chhattisgarh und Orissa wurden hunderte christliche Familien mit vorgehaltenen Waffen gezwungen, ihre Häuser und Dörfer zu verlassen. 2012 wurde ein Pastor von Naxaliten getötet. Je mehr Boden die Bewegung gewinnt, umso gefährlicher wird die Lage in den von ihr beherrschten Gebieten für die christliche Minderheit. Sie sehen Christen als Feinde und Verbündete westlicher Regierungen an. In manchen Staaten wie Andhra Pradesh unterstützt eine geringe Anzahl von Christen die Maoisten, während andere zu Opfern werden, weil man sie für Polizeispione oder Informanten hält.

Aktuelle Einflüsse

Es ist unmöglich, all die in Indien ablaufenden Entwicklungen in nur einem Satz oder Absatz zu beschreiben. Man darf nicht vergessen, dass alles, was man über dieses Land hört oder liest, nicht mehr als eine Momentaufnahme ist. Es kann allerdings gesagt werden kann, dass zwei der größten Herausforderungen dieses vielfältigen Landes wirtschaftliche und soziale Probleme sind.

Die indische Wirtschaft ist enorm gewachsen, wovon nicht alle Inder profitiert haben, etwa in Form besserer Lebensbedingungen. Heute ist Indien gemessen an der Kaufkraftparität die viertgrößte Wirtschaft der Welt. Schätzungen des Internationalen Währungsfonds (IWF) prognostizierten für das Jahr 2013 ein Wachstum der indischen Wirtschaft um 5,7%. Allerdings gibt das Unvermögen der Regierung, Korruption und Inflation einzudämmen, Anlass zur Sorge. Dies könnte sie bei den nächsten Wahlen die Macht kosten. Die wachsende Mittelschicht erwartet eine verantwortungsbewusste Regierungsführung, und die nach wie vor zahlreichen armen und ausgeschlossenen Bürger wollen beteiligt werden und verlangen verbesserte Lebensbedingungen.

Bezüglich der sozialen Frage muss man einmal mehr die gewaltige Vielschichtigkeit bedenken. Die indische Gesellschaft ist höchst uneinheitlich und unterscheidet sich von Ort zu Ort und von Volk zu Volk. Wenn es jedoch eine Sache gibt, die für die soziale Ordnung in Indien charakteristisch ist, dann ist es die Kastenordnung. Das jahrhundertealte System hat sich so tief in die Gesinnung der Inder eingegraben, dass es nahezu unmöglich ist, es abzuschaffen. Selbst Glaubenssysteme, die die Kastenordnung ablehnen und stattdessen die Gleichheit aller Menschen lehren, sind durch dieselbe Ordnung beeinträchtigt, die sie bekämpfen. Islam, Sikhismus und Christentum sind Beispiele dafür. Obwohl die Regierung sie verboten hat, wird die indische Nation weiterhin von der Kastenordnung verfolgt, was Gräueltaten gegen die niederen Kasten und die Unberührbaren (Dalits und Stammeszugehörige) einschließt. Zahlreiche Beobachter sprechen sogar von einem „rassistischen“ System.

Betroffene Kategorien von Christen

Generell gibt es in Indien zwei Hauptkategorien von Christen: Angehörige traditioneller Kirchen und von anderen Religionen konvertierte Gläubige. Dazu kommen große Gruppen von nicht-traditionellen Protestanten und christliche Arbeitsmigranten aus ganz Asien.

Da in der Öffentlichkeit eine Zunahme an nationalistischer und radikal-hinduistischer Rhetorik zu verzeichnen ist, die von entsprechenden Taten begleitet wird, sind alle Arten von Christen einem gewissen Maß an Druck ausgesetzt. Allerdings tragen die Konvertiten, sowie gläubige Dalits und Stammeszugehörige die Hauptlast der Verfolgung. Je stärker sich Kirchen bei der Verbreitung der christlichen Botschaft engagieren, umso mehr werden sie unter Druck gesetzt. Man kann generell davon ausgehen, dass Christen in den Städten mehr Freiheiten genießen. Aber auch sie sind mit Problemen und Einschränkungen konfrontiert.

Betroffene Lebensbereiche

Die Christen Indiens werden in allen Lebensbereichen nahezu gleich starkem Druck ausgesetzt. Einerseits wird hier deutlich, wie schwierig es ist, in einem Land mit so großen Unterschieden das Thema Christenverfolgung in Zahlen auszudrücken und dabei ihre alltäglichen Schwierigkeiten angemessen wiederzugeben. Andererseits wird eine zunehmende religiöse Intoleranz sichtbar, obwohl Religion eine immer wichtigere Rolle in Indien spielt. Der Hinduismus erlebt einen Aufschwung, der sehr stark durch besondere Veranstaltungen sowie durch elektronische und Printmedien vorangetrieben wird. Dies ist vor allem ein Werk der Hindutva Aktivisten, deren großes Ziel in einer Rückkehr der Nation in die angeblich glorreiche Hindu-Vergangenheit liegt. Von den politischen Parteien, die dieser Ideologie anhängen, ist die BJP („Bharatiya Janata“ Partei, übersetzt „ Indische Volkspartei“) die erfolg-

reichste. Sie ist in sieben der insgesamt 28 indischen Staaten in der Regierung bzw. daran beteiligt. In fünf dieser Staaten wurden Anti-Bekehrungsgesetze verabschiedet (meistens, aber nicht zwangsläufig durch die BJP angestoßen), die regelmäßig als Vorwand dienen, um kirchliche Gottesdienste zu stören und auch um Christen und christliche Leiter zu belästigen, zu verprügeln oder anzuklagen. Unzählige Berichte aus ganz Indien liefern Beispiele von derartigen Vorfällen, nun auch immer häufiger aus dem Süden des Landes.

Alle Kirchen werden überwacht; radikale Hindus haben angefangen, christliche Aktivitäten bis ins Detail zu kontrollieren. Viele haben Spione in Kirchen eingeschleust, die sich bei bestimmten Anlässen gegen die Christen erhoben haben. Gelegentlich haben sich daraus juristische Schritte gegen die Kirche ergeben. In manchen Staaten ist es praktisch unmöglich, eine Genehmigung zum Bau oder zur Renovierung eines Kirchengebäudes zu erhalten. Das gilt besonders dort, wo Hindu Nationalisten regieren. Für den Bau eines Hindutempels ist hingegen nicht einmal eine Genehmigung erforderlich. Auch in Staaten mit gemäßigten Regierungen haben radikale Hindugruppen und ihre Netzwerke bereits zahlreiche örtliche Verwaltungen infiltriert.

In einigen Staaten herrscht mittlerweile ein Klima der Angst. Hier ist es für Christen eine besonders große Herausforderung, ihren Glauben zu bezeugen, christliche Literatur zu verteilen oder sich sozial zu engagieren. Zwar sind diese Dinge gewöhnlich nicht gesetzlich verboten, da aber jegliche kirchliche Aktivität als „Verletzung religiöser Gefühle“ oder als „Störung von Frieden und Ordnung“ bewertet werden kann, müssen Christen sehr vorsichtig sein. Einige wurden verprügelt, anderen wurde der Prozess gemacht, Hauskirchen wurden durchsucht und Bibeln und Gesangbücher beschlagnahmt, weil sie als „Bekehrungsmaterial“ eingestuft wurden. Es gibt unzählige Fälle, bei denen die hinduistischen Angreifer straffrei ausgingen und stattdessen ihre christlichen Opfer angezeigt wurden. Die Anti-Bekehrungsgesetze werden bewusst gegen Christen missbraucht und führen dazu, dass die Übeltäter regelmäßig ungestraft bleiben.

Auftreten von Gewalt

Die Gewalt gegen Christen nimmt in Indien überhand und ist besonders häufig in den Zentralstaaten zu verzeichnen, in denen die BJP regiert. Es gibt häufig Berichte von tätlichen Angriffen auf Pastoren und Kirchenmitglieder, denen man „Bekehrungen“ vorwirft; immer wieder werden Christen sogar getötet. Während des Berichtszeitraums wurden Kirchengebäude und Häuser von Christen zerstört; viele neu Bekehrte mussten aus ihrem Wohnort fliehen, darunter auch christliche Dalits.

Das hohe Maß an Gewalt in Indien hat nur bedingt Einfluss auf die Platzierung des Landes auf dem Weltverfolgungsindex. Denn es gibt auch zahlreiche Christen, die überhaupt keine Gewalt erleiden. Dennoch gibt aber wöchentlich – fast sogar täglich – Meldungen über christliche Versammlungen, die unterbrochen werden sowie von Pastoren und anderen Christen, die angeklagt und körperlich misshandelt werden.

Ausblick

Es ist schwierig, einen Ausblick für die zu erwartende Entwicklung Indiens zu geben. Die Situation der Christen im Land hat sich in den letzten 12 Monaten beständig verschärft, was die Häufigkeit der Übergriffe sowie die Ausbreitung nach Südindien belegen. Angesichts der bevorstehenden Wahlen – Parlamentswahlen und Kommunalwahlen in Staaten, in denen die BJP gute Erfolgsaussichten hat – gilt es als sicher, dass die Christen noch intensiver unter Druck geraten werden. Zeiten des Wahlkampfes sind immer auch Zeiten der Christenverfolgung. Ein Open Doors-Feldmitarbeiter bringt es auf eine einfach Formel: „Schlage die Christen, so sicherst du dir Wählerstimmen“ – eine Strategie, die die BJP regelmäßig mit Erfolg für sich anzuwenden weiß. Hinzu kommt, dass die Regierung weiterhin das Problem der Verfolgung ignoriert und lediglich von „kriminellen Handlungen“ spricht, oh-

ne den religiösen Aspekt zu benennen. Besonders deutlich wurde dies bei der nachsichtigen Vorgehensweise der Schnellgerichte, die Mordfälle von Hindus an Christen bei dem Gewaltausbruch in Kandhamal 2008 zu behandeln hatten.

Solange sich diese Einstellung nicht ändert, wird für die christliche Minderheit alles beim Alten bleiben. Sie werden in gesellschaftlichen Fragen auch weiterhin benachteiligt werden. Es ist fraglos ermutigend, dass immer mehr Dalits sich dem christlichen Glauben zuwenden. Doch sollte man nicht übersehen, dass die Kirche dadurch auch vor zusätzlichen Herausforderungen steht, denn die Dalits bringen auch ihre zahlreichen Nöte mit.

zurück zu Länderübersicht

Platz 29: Sri Lanka

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit einer Punktzahl von 55 Punkten steht Sri Lanka auf Platz 29 des Weltverfolgungsindex 2014. Im Index von 2013 war das Land nicht unter den ersten 50 Ländern. In früheren Jahren rangierte Sri Lanka auf den unteren Plätzen der Liste, doch zuletzt tauchte es gar nicht mehr auf. Der Wiedereinstig in diesem Jahr hat mehrere Gründe: deutlich vermehrte gewaltsame Angriffe gegen Christen und Kirchen sowie das Aufkommen von nationalistischen und religiös intoleranten Gruppierungen im Land seit Juli 2012. Dies verschlechterte das gesellschaftliche Klima und erhöhte den sozialen Druck auf alle Minderheiten: Muslime, Hindus und Christen.

Triebkräfte der Verfolgung

Haupttriebkräfte der Christenverfolgung in Sri Lanka sind „Sonstige religiöse Aggression“ (hauptsächlich) und in geringerem Maße „Totalitäre Paranoia“.

Sonstige religiöse Aggression: Die Mehrheit der Bevölkerung Sri Lankas sind Buddhisten. Nach dem Ende des Bürgerkrieges (zwischen Tamilen und Singalesen) 2009 und der Niederlage der militanten tamilischen Minderheit ist nicht nur die Rhetorik der Herrschenden sondern auch ihre Handlungsweise von der singalesischen Vorherrschaft geprägt. Jeder Singalese soll Buddhist sein, so dass folglich nicht nur die tamilischen Christen als Bürger zweiter Klasse angesehen werden. Auch die singalesischen Christen werden mit Argwohn betrachtet, verleumdet und angegriffen. Schon der Name des für religiöse Fragen zuständigen Ministeriums spricht für sich („Ministerium für religiöse Angelegenheiten und buddhistisches Sasana (Lehre)“), doch zusätzlich sind auch buddhistische Extremistengruppen an der Unterdrückung der Christen beteiligt. Diese Gruppen, hauptsächlich die BBS (Bodu Bala Sena) und Sinhala Ravaya, attackieren unter der Führung buddhistischer Mönche die christliche Minderheit. In aller Regel ist eine stillschweigende Unterstützung dieser Gruppen durch die Regierung zu beobachten.

Totalitäre Paranoia: Die Regierungsgeschäfte des Landes wurden in den letzten Jahrzehnten durch einige wenige Familien kontrolliert. Der aktuelle Präsident hat eine extrem starke Position, da er

mehrere Ministerposten auf sich vereinigt und viele Familienmitglieder (darunter seine Brüder, sein Sohn, Neffen und Vettern) einflussreiche Posten innehaben. Auch das Militär befindet sich in einer starken Position. Der Sieg im Bürgerkrieg, der das Land 26 Jahre lang beeinträchtigte, verhalf dem Präsidenten bei den Singalesen zu großer Popularität. Diese wird jedoch geschmälert durch aufkommende Forderungen, Kriegsgräuel oder sogar Kriegsverbrechen aus der Zeit des Bürgerkrieges aufzuklären und die schlechte Menschenrechtslage auf der Insel zu verbessern. Als Folge davon ist eine Politik der harten Hand gegenüber jeder Gruppierung zu beobachten, die von der Regierung als kritisch, mit dem Ausland verbunden oder für fähig gehalten wird, öffentliche Opposition zu organisieren.

Aktuelle Einflüsse

Das Land folgt der Lehre des Theravada Buddhismus und sieht sich selbst als der Bewahrer der reinen buddhistischen Lehre. Auf alle anderen buddhistischen Länder wird herabgeschaut, da jedes in einer speziellen Weise als unrein gilt, sei es durch den Einfluss des Kommunismus oder durch den Volksglauben wie im Fall von Thailand. Um den Buddhismus Sri Lankas zu verstehen, muss man mit dem traditionellen Dreieck Sri Lankas vertraut sein. Singalesen leben in einem Gefüge aus drei Punkten: dem Tempel, dem Dorf und dem See (welcher für die Landwirtschaft steht). Nichts Fremdes darf in dieses Dreieck eindringen, und aus diesem Grund wird alles andere mit Argwohn beäugt. Es geht hier also nicht um den philosophischen Buddhismus, der im Westen so beliebt ist, sondern um einen Kampf zur Bewahrung des traditionellen Dreiecks. Alle Aktivitäten der BBS und der Sinhala Ravaya können aus dieser Perspektive als Verteidigung gegen einen – so wahrgenommenen – Angriff auf dieses Dreieck gesehen werden.

Sri Lanka ist immer noch bemüht, sich von dem Bürgerkrieg zu erholen, der das Leben seiner Einwohner eine Generation lang dominierte. Während die wirtschaftlichen Aussichten eher positiv sind und in der Hauptstadt Colombo ein Bauboom zu beobachten ist, findet der dringende Bedarf an Aussöhnung kaum Beachtung. Auf internationalen Druck hin hat der Präsident eine Kommission für „Gelernte Lektionen und Versöhnung“ ins Leben gerufen, aber die Empfehlungen der Kommission wurden größtenteils ignoriert; die Gesellschaft ist immer noch gespalten. Manche Beobachter sprechen von einer „rassistischen“ Haltung gegenüber der tamilischen Minderheit. Christen, die versuchen diesen ethnischen Graben zu überbrücken, werden mit Argwohn betrachtet. Aber selbst sie haben mit ethnischen Fragen zu kämpfen, da sie sich in der Praxis häufig nicht zuerst als Christen verstehen und ihr Handeln davon bestimmen lassen, sondern vielmehr von ihrer Herkunft als Tamilen oder Singalesen.

Betroffene Kategorien von Christen

In Sri Lanka gibt es eine sehr kleine Gruppe ausländischer Christen, von denen die meisten in Colombo leben, und eine große Gruppe traditioneller, anerkannter Kirchen wie die Katholische Kirche. Angehörige dieser Kirchen ziehen es bei Verfolgungsfällen zumeist vor stillzuhalten, obwohl auch sie in wachsendem Maß davon betroffen sind. Andere traditionelle, protestantische Kirchen sind von der Regierung anerkannt, aber besonders in ländlichen Gegenden können sie sehr schnell zu verwundbaren Zielen werden.

Die meiste Verfolgung erleiden nicht-traditionelle, protestantische Kirchen und Konvertiten buddhistischer Herkunft sowie, zu einem deutlich kleineren Anteil, Christen mit hinduistischem Hintergrund. Sie werden nicht nur durch den Staat, sondern auch durch Gruppen außerhalb der Regierung verfolgt. Am stärksten davon betroffen sind wiederum die Kirchen in ländlichen Gebieten, während in Colombo viele größere Kirchen ihren Sitz haben und sowohl Kirchengebäude als auch christliche Statuen deutlich sichtbar sind. Aber selbst in Colombo beginnen die Christen vorsichtig zu sein.

Betroffene Lebensbereiche

Diese Angst spiegelt sich in der Punktzahl für das Privatleben wider. Christen stehen weiterhin unter der Beobachtung buddhistischer Mönche und werden von ihnen bedroht, teilweise unterstützt durch (gewaltbereite) Mobs. Aus diesem Grund lassen Christen die größtmögliche Vorsicht walten, wenn es um die Aufbewahrung von christlichen Materialien oder die Durchführung privater Treffen geht, von Gesprächen über den Glauben mit Außenstehenden ganz zu schweigen.

Konvertiten müssen ihren Glauben geheim halten und setzen deshalb alles daran, nicht entdeckt zu werden. Daher ist auch die Punktzahl im gesellschaftlichen Umfeld hoch. Nachbarn und Mönche begnügen sich oftmals nicht damit, die Christen misstrauisch zu beobachten und sie zu diskriminieren, viele von ihnen werden aktiv. Die Angst ist in ländlichen Gebieten am größten, die drei Viertel des Landes ausmachen, aber auch in den Städten werden Christen vorsichtiger.

Es ist wichtig zu wissen, dass in Sri Lanka die Entscheidung für ein Leben als Mönch anders als zum Beispiel in Myanmar von lebenslanger Dauer ist. Niemand kann nur für ein paar Wochen oder Monate Mönch sein. Folglich sind sie in der Gesellschaft hoch angesehen und werden als natürliche Autoritäten und Garanten für den Frieden in den Dörfern betrachtet. Da sie und die Tempel größtenteils auf Almosen und Spenden angewiesen sind, gefährdet alles, was das zuvor genannte Dreieck bedroht, das kostbare Gleichgewicht.

Es wird kaum überraschen, dass auch der nationale und der kirchliche Lebensbereich hohe Punktzahlen erhalten. Obwohl religiöse Minderheiten ein verfassungsmäßiges Recht auf Religionsfreiheit haben, befinden sie sich oft in einer rechtlichen Grauzone. So verlangt etwa ein Regierungserlass von ihnen ein zusätzliches Registrierungsschreiben des Ministeriums für „Buddhistische Sasana (Lehre) und religiöse Angelegenheiten“. Obwohl diese Forderung gegen die Verfassung verstößt, gibt sie extremistischen Mönchen einen Vorwand, um Mobs gegen Christen und Muslime zu organisieren und ermöglicht den lokalen Behörden, Druck auf sie auszuüben. Während es in der Hauptstadt Colombo viele Kirchen gibt und ganze Stadtviertel durch große Jesus- und Heiligenstatuen „geschützt“ werden, sieht das Bild in den ländlichen Gebieten vollständig anders aus. Die Christen versammeln sich zumeist in Hauskirchen und müssen sich dabei unauffällig verhalten. Ein Pastor im zentralen Hochland sagte: „Wenn ich ein Kreuz auf das Gebäude gesetzt hätte, dann hätten sie mich umgebracht.“

Einige Pastoren haben Verfassungsbeschwerden eingereicht, die auch durchaus ernst genommen werden. Doch ihre Handhabung und insbesondere die Umsetzung der gewonnenen Erkenntnisse sind das eigentliche Problem. Hinzu kommt, dass die Regierung mehr oder weniger offen die extremistischen Buddhistengruppen unterstützt, in der Hoffnung daraus politischen Gewinn schlagen zu können. Wenn ein Präsident sowohl den obersten Richter als auch die meisten anderen hohen Richter des Landes persönlich ernennt, sind Gerechtigkeit und Rechtsstaatlichkeit zweitrangig, um nicht zu sagen kompromittiert. Regierungskräfte unterstützen die buddhistischen Extremistengruppen relativ offen und schützen sie vor Strafverfolgung wegen Angriffen und Volksverhetzung. Auch dies wird weithin als Werbung um Wählerstimmen gesehen.

Kommt es zu Gewalt gegen Christen, erscheint die Polizei meist zu spät auf der Bildfläche und dann auch meist nur mit dem Ziel, die öffentliche Ordnung zu wahren, und nicht um die Rechte der christlichen Minderheit zu schützen. Es gibt allerdings durchaus Berichte über Polizeibeamte, die ihr Bestes tun, um Christen zu schützen. Andererseits droht gerade diesen Beamten ihre Versetzung, wenn sie es übertreiben. Wenn Christen den Mut aufbringen Anzeige zu erstatten, werden die Fälle als „Bruch des Friedens“ erfasst, was eine Ermittlung der Behörden in beide Richtungen nach sich zieht. Regelmäßig wird die Not der Christen vor den Gerichten nicht gehört. Es gibt Berichte, nach denen in den Verhandlungen anwesende Mönche die Anwälte beschimpft und „Alle Macht den Buddhisten“ oder „Buddhistische Mehrheit“ skandiert haben.

Auftreten von Gewalt

Und genau hier kommt Gewalt ins Spiel. Allein im Jahr 2013 gab es mehr als 50 Angriffe auf größtenteils protestantische Kirchen, aber auch katholische. Im Normalfall tauchten Mönche während des Gottesdienstes auf und verlangten die unverzügliche Schließung der Kirche. Viele Male wurden sie dabei von einem Mob (40 bis 800 Menschen) begleitet, der Pastoren und Gemeindemitglieder unter Druck setzte. Sehr oft kam es in solchen Fällen zu Gewalt, Häuser und Eigentum wurden zerstört. In wenigstens einem Fall mussten ein Pastor und seine Familie unter Lebensgefahr fliehen, da ihre Namen auf einer Todesliste standen. In einem anderen Fall blockierten Mönche die Straße vor einer Kirche in der Nähe von Colombo mehrere Stunden lang und brachten sogar ein Fernsehteam mit, das die Vorkommnisse sehr einseitig dokumentierte.

In mindestens einem anderen Fall wurden Christen als „schlimmer als die LTTE (Tamil Tigers/Freiheitskämpfer)“ bezeichnet. „Diese Leute kämpften wenigstens für ihre ethnische Gruppe. Wofür kämpft ihr?“

Diese Auffassung ist beispielhaft für das generelle Bemühen, das Land „rein“ zu halten. Gleichzeitig gibt es kaum eine schlimmere Anschuldigung, als mit einer (vermeintlichen) Terroristengruppe verglichen zu werden. Darüber hinaus muss zur Kenntnis genommen werden, dass nicht nur Christen von Übergriffen und Gewalt betroffen sind, sondern auch die muslimische und die hinduistische Minderheit.

Ausblick

Die Entlassung des obersten Richters durch den Präsidenten im Jahr 2013 löste einen internationalen Aufschrei aus und führte sogar zu einem Warnschreiben der internationalen Juristenkommission. Dieses Beispiel wie auch die öffentliche Ablehnung gegenüber der UN Hochkommissarin für Menschenrechte, Navi Pillay, und ihrer Kommentare nach dem Besuch in Sri Lanka wegen ihrer tamilischen Abstammung – obwohl sie südafrikanische Staatsbürgerin ist – zeigen die Richtung, in die das Land sich bewegt. Die unverblümte Weigerung auf dem letzten Commonwealth Treffen in Sri Lanka, über Menschenrechtsthemen zu sprechen, bekräftigt dies. Wachsende Feindseligkeiten betreffen auch die muslimische Minderheit. Derzeit kann keine Verbesserung der Situation erwartet werden, eher ein zunehmender Druck auf religiöse Minderheiten, besonders wenn den buddhistischen Extremistengruppen kein Einhalt geboten wird.

zurück zu Länderübersicht

Platz 30: Tunesien

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Auf dem Weltverfolgungsindex 2014 nimmt Tunesien mit 55 Punkten den 30. Platz ein. Damit ist die Platzierung des Landes unverändert, allerdings ist die Punktzahl gegenüber 2013 um 5 Zähler gestiegen. Dieser Anstieg erklärt sich durch den wachsenden Druck auf die kleinen christlichen Gemeinschaften im Land und eine höhere Anzahl gewalttätiger Übergriffe auf Christen.

Triebkräfte der Verfolgung

Die wesentliche Triebkraft der Christenverfolgung in Tunesien ist „Islamischer Extremismus“. Sein Einfluss kommt an verschiedenen Stellen zum Tragen. Ehemalige Muslime, die sich zum christlichen Glauben bekehrt haben, erfahren von ihrer Familie keinerlei Unterstützung bei diesem Schritt. Im Gegenteil, in manchen Fällen werden solche Konvertiten von ihren eigenen Familien in ihrem Haus eingesperrt. Gewalttätige Salafisten verbreiten im ganzen Land Angst und prägen so das gesellschaftliche Leben. Im politischen Bereich haben islamistische Parteien die Regierung fest im Griff und führen schrittweise islamistische Gesetze ein.

Aktuelle Einflüsse

In der gegenwärtigen politischen Situation Tunesiens wächst die Gefährdung der Christen zusehends. Eine Anzahl gewalttätiger Vorfälle gegen Christen, Veränderungen in der Gesellschaft und der öffentlichen Meinung bedeuten für die Christen eine beunruhigende Entwicklung. Die Situation im Land verschlechtert sich rasant. Nicht nur die kleine Anzahl von Christen (überwiegend ehemalige Muslime) leidet unter den dramatischen politischen Veränderungen; die in weiten Teilen säkular und liberal geprägte Bevölkerung droht ebenso dem Islamischen Extremismus zum Opfer zu fallen. Und auch die kleine jüdische Gemeinschaft Tunesiens erleidet Verfolgung. Rückwirkend betrachtet war die Revolution der erste Schritt des Islamisierungsprozesses von Tunesien. Unter Christen wie säkularen Tunesiern herrscht gleichermaßen Angst vor der Zukunft.

Die vielversprechende Entwicklung des Jahres 2011, die auch für andere Länder zum Auslöser von Revolutionen wurde, hat sowohl Christen als auch Säkulare enttäuscht. Während des Regimes von Ben Ali, war Tunesien ein säkulares Land, das zaghafte Äußerungen des christlichen Glaubens tolerierte. Mittlerweile erleben Christen Verfolgung von zwei Seiten: von einer moderaten islamischen Regierung auf der einen und den sehr präsenten und aggressiven salafistischen Gruppen, die ungestraft im Land operieren, auf der anderen Seite.

Betroffene Kategorien von Christen

In Tunesien gibt es zwei Gruppen von Christen: ausländische Christen und Konvertiten aus dem Islam. Während ausländische Christen zumindest innerhalb ihrer Kirchenmauern eine gewisse Freiheit erleben, stehen Christen mit muslimischem Hintergrund unter hohem Druck und haben mit vielen Schwierigkeiten zu kämpfen.

Betroffene Lebensbereiche

Mit Ausnahme des Lebens im Staat erleben die Christen in allen Lebensbereichen großen Druck. Das gilt vor allem im Privat- und Familienleben. Dabei bestehen große Unterschiede zwischen der Situation der Christen in den ländlichen Gegenden und der Hauptstadt Tunis, wo es den Christen bedeutend besser geht.

Obwohl Tunesiens Verfassung derzeit die Religionsfreiheit gewährleistet und die Abkehr vom Islam nicht offiziell verboten ist, handeln Vertreter der Behörden auf allen Ebenen oft völlig anders. Der Import christlicher Bücher in arabischer Sprache wird blockiert. Einheimischen Kirchen wird die erforderliche Registrierung verweigert – seit der Unabhängigkeit des Landes im Jahr 1956 ist keine einzige Kirche offiziell registriert worden. Tunesier, die sich vom Islam dem christlichen Glauben zugewendet haben, werden verhört und geschlagen, sobald man von ihrer Bekehrung erfährt.

Auftreten von Gewalt

Im Berichtszeitraum kam es zu mehreren Vorfällen, bei denen Christen von Menschen aus ihrem Umfeld oder von Salafisten bedroht und aus ihren Häusern vertrieben wurden. Andere wurden von ihrer Familie für längere Zeit unter Hausarrest gestellt, um sie vom Gottesdienstbesuch abzuhalten, wieder andere von Schulen verwiesen, von der Polizei schikaniert und verhaftet und des Proselytismus (Verführung anderer zum eigenen Glauben) beschuldigt. Diese Vorfälle sind vor allem deshalb erwähnenswert, weil sie dem Trend des relativen Friedens und religiöser Toleranz zuwiderlaufen. Ein besonders brutaler Vorfall ereignete sich im Juni 2013, als Christen auf der Insel Djerba von Salafisten zusammengeschlagen wurden.

Ausblick

Die Entwicklung im Jahr 2013 ist insgesamt negativ. Nachdem die Islamisten die Wahlen gewonnen haben, befürchten viele Analysten eine Verschärfung der Lage. Auf der politischen Ebene bleibt das säkulare Rechtssystem zunächst bestehen. Das wird sich jedoch voraussichtlich im nächsten Jahr ändern, da die islamische Regierung des Landes Schritte unternimmt, um das islamische Recht, die „Scharia“, einzuführen und in die Verfassung zu integrieren. Wenn dies geschieht, wird es zu weiteren Einschränkungen für die Christen führen. Außerdem verbreiten fanatische salafistische Bewegungen sehr viel Angst. Die Salafisten sind in der Öffentlichkeit sehr präsent und finden in einer Atmosphäre wachsender Intoleranz gegenüber Christen in der Bevölkerung regen Zulauf. Vielen Gläubigen bereitet der aufstrebende Salafismus ohne Zweifel große Sorge.

Für die Christen im Land gibt es äußerlich kaum Hoffnungszeichen: Der wachsenden Druck in ihrem persönlichen Umfeld, eine düstere politische Entwicklung und eine immer stärker werdende islamische Bewegung sind keine guten Voraussetzungen für eine baldige Verbesserung ihrer Lage. In dem Ursprungsland des „Arabischen Frühlings“ wird das kurze demokratische Intermezzo wahrscheinlich bald einer neuen Entwicklung in der politischen Geschichte des Landes weichen: der islamischen Regierung. Es ist nicht davon auszugehen, dass sich die Situation der kleinen christlichen Bevölkerungsgruppe in Tunesien verbessern wird.

zurück zu Länderübersicht

Platz 31: Bhutan

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit einer Gesamtzahl von 54 Punkten rangiert Bhutan an 31.Stelle auf dem Weltverfolgungsindex 2014. Im Jahr 2013 stand Bhutan mit 52 Punkten auf dem 28. Platz. Im Berichtszeitraum hat sich die Lage der Christen im Land nicht sehr verändert. In den letzten Jahren hat sich ihre Stellung sogar leicht verbessert, wenn es auch weiterhin Zeichen für eine mögliche Verschlechterung gibt.

Triebkräfte der Verfolgung

Die Haupttriebkraft der Christenverfolgung in Bhutan ist „Sonstige religiöse Aggression“, hinzu kommt in geringerem Maße „Exklusives Stammesdenken“.

Sonstige religiöse Aggression: Die strikte Betonung des Buddhismus als geistliches Erbe des Landes macht es der christlichen Minderheit schwer, ihren Platz zu behaupten. Bhutan ist seit Jahrhunderten ein buddhistisches Königreich. Trotz der Einrichtung einer konstitutionellen Monarchie und der Einführung demokratischer Wahlen spielt der Buddhismus weiterhin die dominierende Rolle im Land. Gemäß Artikel 3(1) der Verfassung ist der Buddhismus „das geistliche Erbe Bhutans", der unter anderem „die Grundsätze und Werte des Friedens, der Gewaltlosigkeit, des Mitgefühls und der Toleranz" fördert. Dementsprechend gilt der Buddhismus offiziell nicht als Staatsreligion. Stattdessen definiert die Verfassung Bhutan als säkularen Staat und bejaht religiöse Toleranz. Obwohl dies durchaus mehr ist als ein bloßes Lippenbekenntnis, hat es im Moment doch auf dem Papier stärkere Geltung als in der Realität. Besonders in entlegenen, ländlichen Gebieten betrachten buddhistische Mönche Christen mit großem Argwohn und bereiten ihnen große Schwierigkeiten, während die Behörden nichts unternehmen.

Exklusives Stammesdenken: Auch Schamanen des traditionellen animistischen Bön-Glaubens üben Druck auf die Christen aus. Obwohl die meisten Bürger nicht ausschließlich diesem Glauben anhängen, halten sie besonders in ländlichen Gebieten seine Riten und Traditionen ein. Christen mit buddhistischem oder hinduistischem Hintergrund, die daran nicht teilnehmen möchten, werden unter Druck gesetzt und müssen mit Ausgrenzung und Widerstand rechnen.

Aktuelle Einflüsse

Nach der Einführung einer konstitutionellen Monarchie im Jahr 2001 gab der König seinem Land 2008 eine schriftlich festgelegte Verfassung. Im selben Jahr fanden die ersten allgemeinen Wahlen in Bhutan statt. Nach Ablauf der Legislaturperiode fanden 2013 die nächsten Wahlen statt, die mit einem Überraschungssieg der Oppositionspartei endeten. Obwohl beide Parteien königstreu sind, darf man einige Veränderungen erwarten. Bislang ist jedoch noch nicht klar, was all das für die christliche Minderheit bedeuten wird.

Die allgemeine Einstellung gegenüber Christen in Bhutan zeigt sich in einem Interview, das der damalige Premierminister Jigme Thinley im Jahr 2011 gab. Seiner damaligen Einschätzung nach schlägt in Bhutan „die demokratische Kultur langsam feste Wurzeln". Gleichzeitig sprach er der kleinen christlichen Minderheit jedoch vehement das Recht ab, ihren Glauben weiterzugeben. Es gebe für die Christen keinen nachvollziehbaren Grund dafür, andere Menschen zum Übertritt zu ihrem Glauben einzuladen, sagte Thinley und formulierte damit eine in Bhutan weit verbreitete Überzeugung. Im Jahr 2010 beschloss das Parlament ein Anti-Bekehrungsgesetz und zog eine Abänderung des Strafrechts in Erwägung. Christen im Lande bestreiten, dass sie durch Geldgeschenke oder durch Zwang versuchen würden, andere zu einem Religionswechsel zu bewegen.

Betroffene Kategorien von Christen

In Bhutan gibt es drei Kategorien von Christen: Eine kleine Gruppe von Ausländern, die weitgehend unbehelligt gelassen wird, Konvertiten mit buddhistischem oder (in geringerem Maße) hinduistischem Hintergrund sowie nicht-traditionelle protestantische Gemeinschaften. Die beiden letztgenannten Gruppen werden von den Behörden beobachtet und müssen aufpassen, nicht zu sehr aufzufallen. Besonders die Konvertiten versuchen sorgfältig, ihren neuen Glauben zu verheimlichen. Aus gutem Grund: Sobald ihr christlicher Glaube entdeckt wird, werden sie unter Druck gesetzt, diesem Glauben abzusagen – sei es seitens örtlicher Behörden, durch die Familie, Freunde oder Nachbarn.

Betroffene Lebensbereiche

Bhutans Christen sehen sich starkem Druck in allen Lebensbereichen gegenüber, aber die Bereiche des kirchlichen und gesellschaftlichen stechen besonders hervor. Die relativ hohe Punktezahl in der

Kategorie Gesellschaftliches Leben spiegelt den Grad an Beobachtung und Druck wider, unter dem Christen besonders in ländlichen Gebieten stehen. Man schließt sie von lokalen Entscheidungsprozessen aus und bedrängt sie, ihrem Glauben abzusagen. Mehr noch als andere Bhutaner setzen Christen alles daran, ihre Kinder zur Ausbildung ins Ausland zu schicken – vorausgesetzt, sie haben die finanziellen Mittel dazu. Ein Grund hierfür ist der für alle verpflichtenden Unterricht in der Mehrheitsreligion, und zudem dürfen Christen, sobald man sie als solche erkennt, keine Gleichbehandlung erwarten.

Da sich Christen sonntags ohne behördliches Eingreifen regelmäßig in Privathäusern versammeln können, ist die Kirche in Bhutan keine landesweite Untergrundkirche mehr. Dennoch bleiben viele Herausforderungen bestehen. Christen in entlegenen Dörfern stoßen immer noch auf viele Schwierigkeiten, da kirchliche Versammlungen weiterhin beobachtet und gestört werden. Die Registrierung von Gemeinden oder der Besitz eines Kirchengebäudes ist nicht möglich. Christliche Leiter genießen gewisse Freiheiten bei der Ausübung ihres Glaubens im privaten Rahmen, aber die Regierung beschränkt die Errichtung nichtbuddhistischer Anbetungsstätten und die Feier einiger nichtbuddhistischer Feste.

Ein weiteres großes Thema für Christen sind Bestattungen. Da man ihnen keine Begräbnisstätten bzw. Grundstücke für Friedhöfe gibt, treffen Christen auf viele Probleme, wenn sie ihre Lieben bestatten möchten. In Bhutan ist die Leichenverbrennung üblich. Für Christen jedoch ist eine Beerdigung die normale Praxis. Alle Verhandlungen mit örtlichen und staatlichen Behörden zu diesem Thema sind bislang gescheitert.

Auftreten von Gewalt

Christenverfolgung ist in Bhutan nie sehr gewaltbehaftet gewesen. Im Mai 2013 wurde ein Christ nach drei Jahren aus dem Gefängnis entlassen; er war in Haft, weil er den Jesus-Film gezeigt hatte. Ein anderer Pastor und zwei Gemeindemitglieder wurden etliche Tage lang für Verhöre von der Polizei festgehalten. Gelegentlich werden Christen geschlagen oder man fügt ihnen sonstigen körperlichen Schaden zu. Doch im Vergleich zum letzten Berichtszeitraum hat das Niveau der Gewalt etwas abgenommen.

Ausblick

Die Demokratie scheint in Bhutan immer mehr zu gedeihen. Deshalb besteht berechtigte Hoffnung auf Verbesserungen im Bereich der Menschenrechte. Das bedeutet nicht automatisch eine bessere Behandlung religiöser Minderheiten, da die Lage instabil bleibt und die kleine christliche Minderheit stark von der Gunst örtlicher Beamter abhängt. Eine weitere Frage ist der künftige Umgang mit der großen nepalesischen Minderheit im Süden des Landes. Der angekündigte Wechsel von der Konzentration auf das „Bruttonationalglück“ hin zu stärker sachorientierten Aspekten bei der Entwicklung der Nation kann als weiterer bedeutender Schritt gesehen werden.

Andererseits bleibt die Hervorhebung des Buddhismus bestehen, und der geostrategische Druck der benachbarten Riesenländer Indien und China könnte leicht zur Suche nach einer originär bhutanischen Identität führen. Dass die Religion als wesentlicher Bestandteil des kulturellen Erbes dabei eine dominante Rolle spielen wird, erscheint naheliegend. Deshalb bleibt abzuwarten, ob die Hoffnungen auf Entwicklung und Wohlstand wirklich wahr werden.

zurück zu Länderübersicht

Platz 32: Algerien

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Auf dem Weltverfolgungsindex 2014 erhält Algerien 54 Punkte und nimmt damit Rang 32 ein (51 Punkte und Rang 29 im Jahr 2013). Allgemein gesprochen ist die Lage der Christen im Land so schwierig wie zuvor und hat sich sogar ein wenig verschlechtert. Letzteres wird hauptsächlich durch die Tatsache erklärt, dass islamistische Gruppierungen mehr Einfluss auf nationale und lokale Regierungen ausüben.

Triebkräfte der Verfolgung

Der Haupttriebkraft für Verfolgung in Algerien ist islamischer Extremismus. Die Regierung Algeriens islamisiert sich zunehmend und die Freiheiten der Christen werden gleichzeitig immer mehr eingeschränkt. Zunehmender Druck seitens islamistischer Bewegungen auf Regierung und Gesellschaft sowie der Druck von Familienmitgliedern auf christliche Konvertiten aus muslimischem Hintergrund erklären die Position Algeriens auf dem Weltverfolgungsindex. Negative Entwicklungen wiegen schwerer als die wenigen positiven Entwicklungen (wie die offizielle Anerkennung der Église Protestante d'Algérie nach 35-jährigen Bemühungen), und das Gesamtbild zeigt ein Land, in dem sich Christen zunehmend schlechter behandelt werden.

Vom arabischen Frühling in anderen nordafrikanischen Ländern ermutigte islamistische Gruppen verstärken ihren Druck auf eine Regierung, die bereits mit islamischen Parteien zusammenarbeitet. Zwar ist die Islamische Heilsfront (Islamic Salvation Front – FIS) weiterhin verboten, doch Islamisten werden immer sichtbarer und beobachten christliche Aktivitäten sowie andere nicht-muslimischen Minderheiten wie die kleinen Gemeinschaften der Juden und Baha'i.

Aktuelle Einflüsse

Algerien hatte früher ein säkulares sozialistisches Regierungssystem. Mit der wachsenden Rolle des Islamismus in der Region wurde Algerien zunehmend Schauplatz von mehr Terror durch islamistische Bewegungen, besonders von Al Kaida im Maghreb (AQIM). Die algerische Regierung wird von Al Kaida bedrängt, zum Nachteil der kleinen christlichen Bevölkerungsgruppe des Landes mehr islamische Gesetze einzuführen.

Größere Proteste gegen das autoritäre Regime führten 2011 zur Aufhebung des 19 Jahre alten Ausnahmezustandes, der in den 1990er Jahren verhängt wurde, damit die algerischen Behörden in einem brutalen Konflikt mit islamistischen Rebellen diese bekämpfen konnten. Den Protesten, bei denen fünf Menschen getötet und über 800 verletzt worden sind, wurde infolge massiver Drucks durch die Polizei nach nur wenigen Monaten ein Ende bereitet. Anders als in Nachbarländern brachten diese Proteste keinen Regimewechsel zustande. Die Militärregierung unter Präsident Abdelaziz Bouteflika besteht nahezu unverändert weiter; die Aufhebung des Ausnahmezustandes war von symbolischer Bedeutung ist, weil der Ausnahmezustand ein Symbol der Macht des Herrschers ist. In der Praxis herrscht dieser aber unverändert weiter.

Betroffene Kategorien von Christen

Fast alle Christen in Algerien sind Christen muslimischer Herkunft. Das Gesetz verbietet öffentliche Versammlungen, um einen anderen Glauben als des Islam auszuüben. In katholischen Kirchen, darunter die Kathedrale in Algier (der Sitz des Erzbischofs), werden jedoch ohne staatliche Einmischung Gottesdienste durchgeführt; ebenso kann auch eine protestantische Gemeinde Gottesdienste feiern. Daneben bestehen nur ein paar kleine Gemeinden und Nicht-Muslime versammeln sich zu religiösen Diensten gewöhnlich in Privathäusern.

Im vergangenen Jahr ist das Maß an Unterdrückung der Christen gleich geblieben. Kirchliche Leiter sprechen aber davon, dass der Druck auf Christen zunimmt. Oft wird einzelnen Gemeinden die Registrierung verweigert. Die sehr junge algerische Kirche (die zumeist aus Gläubigen der ersten Generation besteht) sieht sich vielen Formen der Diskriminierung durch den Staat und Familienmitglieder gegenüber. Die Inhaftierung von Frauen sowie Druck durch Dorfälteste oder Imame, sich von Christen scheiden zu lassen, sind üblich.

Betroffene Lebensbereiche

In diesem Stadium seiner Entwicklung ist der islamische Extremismus im ganzen Land gegenwärtig und übt in allen Lebensbereichen Druck auf Christen aus. Die Freiheit von Christen steht aufgrund der neu herausgegebenen und gegen Christen gerichtete Gesetzgebung und der Durchsetzung der sehr restriktiven Vorschrift 06-03 insbesondere im Bereich „Leben im Staat“ unter Druck.[9]

Die zunächst positive Nachricht, dass die EPA (Protestantische Kirche Algeriens) 2011 die Registrierung nach vielen Jahren vergeblichen Wartens erhielt, stellte sich als Enttäuschung heraus. Echte Freiheit wurde nicht gegeben, da es für die örtlichen Gemeinden weiterhin erforderlich ist, selbst registriert zu werden. Auf Ortsebene hat sich die Unterdrückung verstärkt, und bisher ist keine zur EPA gehörende Ortsgemeinde registriert worden. Auch generell wurde seit Inkrafttreten der Vorschrift 06-03 im Februar 2008 keine neue Gemeinde registriert, und so treffen sich Christen weiterhin in inoffiziellen "Hauskirchen", bei denen es sich oft um Privatwohnungen oder Büros von Gemeindemitgliedern handelt. Die meisten dieser Gruppen halten die Gottesdienste heimlich in Privatwohnungen ab.

---

[9] Die neue Gesetzgebung zur Einschränkung nicht-muslimischer Gottesdienste wurde im März 2006 verabschiedet und trat am 1. September in Kraft. Die Einführung dieses „Anti-Bekehrungsgesetz“ genannten Dokuments im Jahr 2006 war ein Wendepunkt für die Kirche in Algerien und bedeutete einen Rückschritt für die Religionsfreiheit. Vorschrift 06-03 verbietet jede Handlung, welche "einen Muslim zum Übertritt in eine andere Religion auffordert, nötigt oder entsprechende Verführungsmethoden anwendet oder hierfür Einrichtungen der Lehre, Bildung, Gesundheit, [Einrichtungen] gesellschaftlicher oder kultureller Natur oder Schulungsinstitutionen oder irgendeine andere Einrichtung oder ein finanzielles Mittel benutzt". Die Strafe sind zwei bis fünf Jahre Gefängnis und eine Geldbuße. Das Gesetz untersagt zudem christliche Aktivitäten außerhalb eines staatlich anerkannten Kirchengebäudes. Ab November 2007 stiegen die Maßnahmen gegen die Kirche im Land sowie der Druck auf die Christen merklich an. Zwischen November 2007 und Mai 2008 schloss die Regierung 26 Kirchen – 16 der EPA und 10 freikirchliche. Seit Januar 2008 wurden 15 Christen festgenommen und vor Gericht gestellt. Einige von ihnen wurden zu Gefängnis und hohen Geldstrafen verurteilt. Besonderen Anlass zur Sorge gibt die schwammige Wortwahl von Erlass 06-03, die sie anfällig für willkürliche Auslegung und Anwendung macht. Der Druck auf die Kirche hat sich seit 2010 noch einmal erhöht.

Auftreten von Gewalt

Die Zahl der gemeldeten Zwischenfälle ist im Vergleich zum Vorjahr konstant geblieben. Trotz einiger positiver Entwicklungen sind die allgemeinen Trends hinsichtlich der Religionsfreiheit negativ. Zwar wurden keine Christen getötet oder inhaftiert, aber es kommt weiterhin zu Bedrohungen von christlichen Gemeinden und Medienorganen, und Zeitungen berichten negativ über Christen.

Ausblick

Für das kommende Jahr werden keine dramatischen Verbesserungen erwartet. Die Zukunft der Kirche wird zum großen Teil von der politischen Lage abhängen. Zu einem noch unbekannten Termin 2014 werden Präsidentenwahlen abgehalten. Sicher ist, dass der Islam an Einfluss gewinnt und die Islamisten eine realistische Chance haben, bei den Präsidentenwahlen zu siegen.

zurück zu Länderübersicht

Platz 33: Mali

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mali belegte 2013 mit 73 Punkten Platz 7 des Weltverfolgungsindex, weil separatistische Tuareg-Rebellen und islamistische Kämpfer 2012 den nördlichen Teil des Landes besetzt hatten. Nach der Militärintervention durch Frankreich im Januar 2013 konnte die Bedrohung durch die Islamisten zumindest vorübergehend gebannt werden. Kirchliches Leben ist im Norden allerdings noch nicht wieder möglich und die Christen haben Angst, nach ihrer Flucht zurückzukehren. Deshalb erhält Mali 54 Punkte für 2014, weniger zwar als 2013, aber immer noch hoch wegen der anhaltenden Bedrängnis der Christen im Land.

Triebkräfte der Verfolgung

Die Haupttriebkraft der Verfolgung in Mali ist der Islamische Extremismus. Mali war immer ein typisch westafrikanisches Land mit einem (weitgehend) gemäßigten Islam und einer Verfassung, die politisch-religiöse Parteien verbot, obwohl ein hoher Prozentsatz der Bevölkerung Muslime sind. Religion gilt als Privatsache mit freier Wahl des Glaubens und wird nicht mit Politik vermischt. Die Gesellschaft Malis gab den Christen immer genügend Raum, auch hinsichtlich ausländischer christlicher Missionare. Im Norden war die Situation zwar schwieriger, doch selbst dort konnten internationale Missionare arbeiten. Christen muslimischer Herkunft sahen sich allerdings von jeher größeren Herausforderungen ausgesetzt als andere Christen, sowohl Druck als auch Gewalt gegen sie waren in der Regel erträglich.
Die Situation nahm eine Wendung, als im Norden von Mali der unabhängige Staat Azawad ausgerufen wurde (April 2012). Die Islamisten, ihrer Prägung nach zumeist Wahhabiten, errichteten dort einen islamischen ‚Staat' unter einem strengen Scharia-Regime. Noch bevor die Islamisten die Macht völlig übernommen hatten, flohen die meisten Christen. Kirchen und andere Gebäude der Christen wurden zerstört. Ab Beginn der Kämpfe im März 2012 sind zehn- wenn nicht sogar hunderttausende Malier aus dem Norden in den Süden oder in benachbarte Länder geflohen.

Aktuelle Einflüsse

Seit der Machtübernahme durch die Islamisten im nördlichen Mali Mitte 2012 und der darauf Anfang 2013 folgenden und von Frankreich geführten Intervention, um die Autorität der Malier im gesamten Land wiederherzustellen, hat die Situation hinsichtlich bürgerlicher Freiheiten und politischer Rechte weder im Norden noch im Süden des Landes zu ihrem ursprünglichen Stand zurückgefunden. Obwohl die Behörden Malis am 18. Juni 2013 einen Vertrag zur Wiedereinsetzung der Behörden wie auch der Malischen Armee in der nördlich gelegenen und von Aufständischen Freiheitskämpfern der MNLA kontrollierten Stadt Kidal mit den Tuareg-Rebellen unterzeichneten, war dies noch kein umfassender Friedensvertrag, der die Rebellion beenden würde. Seit Mai 2013 sind die Regionen im Norden wieder unter Regierungskontrolle mit Ausnahme der Region nordöstlich von Kidal.

Der Konflikt zwischen der Regierung und den militanten Oppositionskräften ist hart. Dabei stellte die oppositionelle ‚Nationale Bewegung für die Befreiung von Azawad' (MNLA) die größte Bedrohung für Malis Regierung dar. Die MNLA repräsentiert die seit 2011 für Unabhängigkeit kämpfenden Milizen der Tuareg, ihre Geschichte reicht jedoch bis ins Jahr 1916 zurück. Seit damals gab es mindestens fünf Aufstände der Tuareg im Norden Malis, sowohl unter französischer Herrschaft als auch nach der Unabhängigkeit Malis 1960. Ziel war immer ein von der Führung in der Hauptstadt Bamako unabhängiger Staat namens Azawad. Im Lauf der Zeit waren christliche Missionare im Norden tätig gewesen und hatten im Lauf des 20. Jahrhunderts mehrere Gemeinden gegründet.

Betroffene Kategorien von Christen

Weniger als 5% der Bevölkerung sind Christen, die meisten davon gehören zur römisch-katholischen Kirche, aber auch die Protestanten stellen einen erheblichen Teil. Ähnlich wie die Muslime Malis mischen auch die Christen oft ihren Glauben mit einheimischen animistischen Inhalten. Sie sind gegenüber anderen Glaubensformen moderat und offen. Auch wenn die Mehrheit der Christen im Süden lebt, empfinden sie die Islamisten im Norden als Bedrohung. Die französische Intervention hat jedoch durch die Vertreibung der Islamisten aus dem Land und insbesondere den Städten im Norden die Bedrohung minimiert.

Betroffene Lebensbereiche

Druck auf die Christen im Süden gab es eigentlich schon immer, besonders auf die mit muslimischem Hintergrund (MBBs). Doch das Leben war erträglich. Auch wenn die Islamisten vertrieben wurden, sind sie dennoch nicht vollständig bezwungen. Die Angst, dass sie wiedererstarken und es zu einem neuen Aufstand kommt, bleibt. Alle Lebensbereiche sind daher betroffen, wobei das Leben im Staat weniger Druck erfährt, da ja im Süden relative Freiheit herrscht. Kirchliches Leben jedoch ist im Norden weiterhin unmöglich.

Auftreten von Gewalt

Der Grad an Gewalt gegen Christen ist nicht so hoch, wie der beständige Druck auf sie. Allerdings haben Christen Todesdrohungen von Islamisten erhalten. Und auch die Familie kann gegenüber Konvertiten gewalttätig werden. In einem Fall wurde ein zum christlichen Glauben konvertiertes Mädchen von ihren Eltern verprügelt und schließlich aus dem Haus geworfen.

Ausblick

Mali kämpft hauptsächlich mit der Zunahme eines militanten Islam. Der Trend ist im Norden allgegenwärtig, im Süden weniger. Doch sogar dort haben sich Mitglieder von Sub-Sahara-, also südlichen Stämmen, den Islamisten im Bürgerkrieg 2012 angeschlossen, insbesondere der Gruppierung

MUJWA (Movement for Unity and Jihad in West Africa), die von der AQIM gegründet worden war, gerade um Afrikaner der Sub-Sahara einzubinden. Die Propaganda von MUJWA zielt stark auf die Verehrung westafrikanischer ‚schwarzer' Jihad-Führer des 19. Jahrhunderts wie Usman dan Fodio ab, im Gegensatz zu arabischen oder nordafrikanischen Leitern, von denen sich die Mitglieder von AQIM angesprochen fühlen.

Die Islamisten mussten zwar aus dem nördlichen Mali fliehen, die Präsenz und Infrastruktur der Christenheit ist jedoch (weitgehend) zerstört. Viel Zeit wird vergehen, bis diese wieder aufgebaut sind. Dies umso mehr, als die Islamisten nicht völlig bezwungen wurden. Zudem sehen sich auch die Christen im Süden einer zunehmenden Präsenz verschiedener wahhabitischer Gruppierungen gegenüber. Gleichwohl die Besetzung des Nordens gestoppt werden konnte, ist eine fortschreitende Radikalisierung der malischen Bevölkerung nicht auszuschließen, mit der Folge, dass der Druck und auch Gewalt gegenüber Christen und ihren Kirchen zunimmt.

zurück zu Länderübersicht

Platz 34: Palästinensergebiete

Nach UN Richtlinien schließen die Palästinensergebiete Gaza und die Westbank mit ein. Das betrifft die Grenzen von 1967 und schließt die Gebiete A, B und C mit ein, die teilweise unter gemeinsamer oder vollständiger israelischer und/oder palästinensischer Kontrolle sind.

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Die Palästinensergebiete befinden sich auf dem 34 Platz, zwei Plätze höher als im letzten Jahr. Im Vergleich zum Vorjahr stiegen die Punkte auf 53 Punkte (Vorjahr 48). Die Hauptursache hierfür ist die wachsende Radikalisierung der Muslime sowohl in der Westbank als auch in Gaza. Der Druck auf Christen aufgrund ihres Glaubens nimmt immer weiter zu, vor allem auf ehemalige Muslime.

Triebkräfte der Verfolgung

Die Haupttriebkraft der Verfolgung in den Palästinensergebieten ist der Islamische Extremismus. Er zielt darauf ab, das gesamte Land und schlussendlich die Welt unter das „Haus des Islam" zu unterwerfen, sei es durch friedliche oder gewalttätige Handlungen. Die Verfolger sind unter anderen Regierungsbeamte, nichtchristliche Religionsführer, fanatische Bewegungen, einfache Bürger, die (erweiterte) Familie, politische Parteien, Revolutionäre oder paramilitärische Gruppen sowie Mitglieder oder Gruppierungen des organisierten Verbrechens.

Im Allgemeinen ist die Verfolgung in beiden Territorien vergleichbar, obwohl in Gaza aufgrund der islamischen fanatischen Bewegungen eine deutlich stärkere Unterdrückung herrscht als in der Westbank. Während der letzten Jahre sind in Gaza und der Westbank noch radikalere islamistische Kämpfer aktiv geworden als die Hamas. Sie finden gerade bei der Jugend großen Anklang und ebenso bei Hamas- oder Fatah-Anhängern. Trotz der Tatsache, dass diese salafistischen Gruppen keine größere Macht haben, sollte ihr Einfluss nicht unterschätzt werden. Sie sind verantwortlich für den größten

Teil der Raketenangriffe von Gaza auf Israel, womit sie ihre Fähigkeit zur Eskalation beweisen. Auch als Ergebnis ihres Einflusses unternimmt die Hamas gelegentlich Maßnahmen zur Islamisierung. Im Januar 2013 wurde eine Wertekampagne ins Leben gerufen, die Frauenkleidung kontrollierte, in den Schulen den Hijab (spezielle Form der Kopfbedeckung für Frauen) zur Pflicht machte und männlichen Friseuren verbot, Frauen zu frisieren. Nach dem Widerstand der einheimischen Bevölkerung, des Westens und verschiedener Menschenrechtsaktivisten wurden die letzten beiden Punkte widerrufen.

Aktuelle Einflüsse

Die Gründe der Verfolgung von Christen in den Palästinensergebieten sind komplex. Christen geraten zwischen die Fronten des israelisch-palästinensischen Konflikts, ihre ethnische (arabische) Zugehörigkeit hat viele Einschränkungen der israelischen Seite zur Folge und ihr Glaube macht sie zu einer Minderheit in der palästinensischer Gesellschaft.

Faktisch sind die Territorien momentan unter verschiedenen Regierungen. Die regierende Fatah Partei in der Westbank gründet formell auf säkularen Prinzipien und Christen genießen einige Rechte. Allerdings muss beachtet werden, dass "säkular" im Zusammenhang in einem nahöstlichen Verständnis nicht „frei von jedem religiösen Hintergrund" bedeutet, es meint nur „nicht islamistisch". Sechs Christen sitzen im Parlament und der Bürgermeister von Betlehem ist traditionellerweise ein Christ. Mindestens 60 % der Westbank befindet sich unter israelischer Kontrolle. Im Gazastreifen dagegen werden die Rechte der Christen weder aufrechterhalten noch geschützt, obwohl die islamistische Hamas die Christen in der Regel toleriert. Neben der „normalen" Diskriminierung werden Christen auch von islamistischen extremistischen Gruppen bedroht.

Die Gesamtzahl der Christen hat durch Emigration und sinkende Geburtsraten mit der Zeit abgenommen. Ein Hoffnungsschimmer ist die kleine, aber wachsende Zahl von Christen, die früher Muslime waren.

Betroffene Kategorien von Christen

In den Palästinensergebieten gibt es vier Gruppen von Christen: 1. Ausländische Christen 2. Traditionelle Christen 3. Konvertiten aus dem Islam oder anderen Religionen 4. Protestantische christliche Gemeinschaften. Die meisten Christen gehören Griechisch-Orthodoxen oder katholischen Kirchen an. Es gibt einige protestantische Kirchen und wenige Christen mit muslimischem Hintergrund.

Die Mitglieder der Orthodoxen und der katholischen Kirchen in Gaza stehen in der Gefahr zum Islam zu konvertieren, weil sie keinen großen Unterschied mehr zwischen dem christlichen Glauben und dem Islam sehen. Sie sind Christen aufgrund Geburt und nicht, weil sie sich dafür entschieden haben. Andererseits ist das Zugehörigkeitsgefühl sehr stark und die meisten dieser Konvertiten bereuen ihre Entscheidung; oft fühlen sie sich gefangen oder sie konnten den Drohungen nicht standhalten.

Wenn Christen aus der traditionellen in eine nichttraditionelle Kirche wechseln, führt das oft zu Problemen mit ihren Familien. Leiter der traditionellen Kirchen empfinden die evangelikalen Kirchen als Bedrohung für ihre Gemeinden. Nichttraditionelle Kirchen sind dafür bekannt, dass sie evangelisieren und andere Menschen erreichen wollen – was zur Bedrängnis durch die Gesellschaft führen kann. Von allen einheimischen Gruppen von Christen erleben ehemalige Muslime die stärkste Verfolgung. In der Westbank werden sie bedroht und unter Druck gesetzt, in Gaza ist ihre Situation so gefährlich, dass sie ihren Glauben unter höchster Geheimhaltung leben müssen. Trotzdem wächst die Zahl ehemaliger Muslime langsam.

Betroffene Lebensbereiche

Im Allgemeinen schützen die Gesetze in der Westbank die Religionsfreiheit, während die Gesetze in Gaza diese einschränken. Das palästinensische Grundgesetz - das zurzeit als vorläufige Verfassung

fungiert – erklärt den Islam zur offiziellen Religion und die Scharia (die islamische Gesetzgebung) als Hauptquelle der Rechtsprechung.

Einheimischen Christen zufolge steigt der soziale und wirtschaftliche Druck, zum Islam zu konvertieren, besonders in Gaza. In der Westbank wächst die Angst aufgrund der angespannten Situation zwischen Iran und Israel und inmitten der politischen Unruhen und dem wachsenden Einfluss des radikalen Islam im Nahen Osten. Auch wird der Islam in der Westbank immer kühner: Die Lautsprecher von immer mehr Moscheen werden immer lauter aufgedreht und immer mehr Frauen verschleiern sich. Auch in diesem Bereich versuchen die meisten ehemaligen Muslime, ihren Glauben geheim zu halten, zumindest vor ihren Familien und der Gesellschaft. Manchmal müssen ehemalige Muslime ihr Zuhause verlassen, weil sie von ihren Familien bedroht werden, ihrem Glauben abzuschwören. Andere halten ihren Glauben geheim und wagen es nicht, ihn öffentlich zu bekennen. Gewöhnlich mischt die palästinensische Behörde sich in solche Fälle nicht ein.

In Gaza ist es offensichtlich, dass die Hamas die islamische Lebensweise fördert: in den Straßen sieht man viele verschleierte Frauen und zudem immer mehr, die den Ganzkörperschleier tragen und auch ihre Hände bedecken. Bis jetzt wurden christliche Frauen nicht genötigt, ihren Kopf zu bedecken, außer in der Universität von Gaza, wo weibliche Studentinnen zwingend ein Kopftuch tragen müssen. Wenn christliche Frauen kein Kopftuch tragen, können sie aber belästigt werden und fühlen sich daher unwohl. Besonders Jugendliche fühlen sich in Gaza eingesperrt und sehnen sich danach, an einem freien und sicheren Ort zu leben.

Während die Gewalt gegen Christen meistens durch islamische Extremisten verursacht wird, erleben ehemalige Muslime zusätzlich Gewalt in allen Lebensbereichen durch Familienmitglieder. Der Grad der Verfolgung hängt von der Familie und der Region ab – etwa von Armut, Reichtum und Einfluss, zudem wird die Verfolgung in Gaza viel stärker sein als in der Westbank. Die Behörden versagen darin, die Rechte des einzelnen Christen aufrechtzuhalten und zu schützen und in einigen Fällen sind die Christen gezwungen zu fliehen, um anderswo in Sicherheit leben zu können. Abgesehen von der Unterdrückung durch radikale muslimische Gruppen, die im Gazastreifen aktiv sind, zwingen auch der Druck von Seiten der Hamas-Regierung und die hoffnungslose wirtschaftliche und politische Situation viele Christen dazu, ihre Heimat zu verlassen.

Auftreten von Gewalt

Während des Berichtszeitraums erhielt Open Doors mehr Berichte über Vorfälle von Gewalt, die gegen Christen gerichtet waren. Ein griechisch-orthodoxes Kloster in der Westbank wurde wiederholt zum Angriffsziel, Fensterscheiben wurden eingeschlagen, es wurde mit Steinen beworfen und geplündert. Im Juli verfassten die Nonnen des Klosters einen Brief an Präsident Abbas und baten um sein Eingreifen. In Gaza wurden Christen gezwungen Muslime zu werden, besonders während des Ramadan. Ihnen wurden Arbeitsplätze, Häuser, Frauen und Studienabschlüsse versprochen. Ein junger Christ wurde körperlich misshandelt, um ihn zum Islam zu bekehren. Einige junge christliche Männer wurden bedroht und flohen von Gaza in die Westbank. Laut den Berichten, die Open Doors erreichten, hat mindestens ein ehemaliger Muslim das Land verlassen. Für ehemalige Muslime – besonders für Frauen – besteht die Gefahr, einem Ehrenmord zum Opfer zu fallen.

Ausblick

Es ist unwahrscheinlich, dass sich die Situation für die Christen in näherer Zukunft verbessert. Die Behörden in Gaza geraten immer stärker unter den Einfluss bestimmter islamischer Kräfte, die durch die aktuellen Veränderungen im Nahen Osten ermutigt werden. Die Arabische Revolution und der Krieg in Syrien haben dazu beigetragen, Gazas Position als einen fruchtbaren Rekrutierungsboden zu bestätigen, denn Salafisten aus dem Streifen kämpfen in Syrien und werden immer radikaler. Je mehr die Fatah-Regierung in der Westbank ihre Glaubwürdigkeit unter der einheimischen Bevölke-

rung verliert, desto mehr Macht gewinnen die radikalen Kräfte. Während sich die wirtschaftliche Situation in der Westbank etwas verbessert hat, wird die Situation in Gaza von Tag zu Tag schlimmer. Das betrifft sowohl Christen als auch Muslime, doch da die Christen als Minderheit diskriminiert werden, trifft es sie härter. Im Allgemeinen radikalisiert sich die palästinensische Gesellschaft sowohl in der West Bank als auch in Gaza. Das ist für die Kirchen in beiden Gebieten eine offensichtlich negative Entwicklung.

zurück zu Länderübersicht

Platz 35: Vereinigte Arabische Emirate

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Die Situation der Christen in den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) bleibt nahezu unverändert. Das Land belegt mit 51 Punkten Platz 35 auf dem Weltverfolgungsindex 2014, im letzten Jahr mit nur 3 Punkten mehr Platz 26.

Triebkräfte der Verfolgung

Die Hauptantriebskraft der Verfolgung in den VAE ist „Islamischer Extremismus“. Alle Staatsbürger werden als Muslime definiert. Das Gesetz verweigert den Muslimen unter Androhung der Todesstrafe die Freiheit, ihren Glauben zu wechseln. Um Tod, gesellschaftliche Stigmatisierung und andere Repressionen zu vermeiden, stehen Konvertiten, deren Glaubenswechsel bekannt geworden ist, unter dem starken Druck, zum Islam zurückzukehren oder in andere Länder auszureisen, in denen ihr „Christ-Sein“ erlaubt ist. Es gibt sehr wenige einheimische Gläubige unter der muslimischen Bevölkerung. Evangelisation ist verboten, aber nicht-muslimische Gruppen können in bestimmten Gebäuden oder privaten Häusern frei anbeten.

Neben dem Islamischen Extremismus gibt es eine weitere Triebkraft der Verfolgung, die als „Totalitäre Paranoia“ bezeichnet werden könnte. Grund dafür ist, dass der Emir weiterhin tyrannisch über sein Land herrscht.

Aktuelle Einflüsse

Die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) sind eins der liberalsten Länder in der Golfregion. Ausländer machen rund 80 Prozent der Bevölkerung aus. Die Verfassung sieht Religionsfreiheit unter der Bedingung vor, dass weder geltende Sitten, noch die öffentliche Moral und Ordnung verletzt werden. Die Regierung schränkt diese Freiheit in der Praxis ein.

Betroffene Kategorien von Christen

Ausländische Christen genießen einige Freiheiten, werden jedoch ebenfalls mit Einschränkungen konfrontiert. Der Druck auf Christen mit muslimischem Hintergrund egal, ob sie aus dem In- oder Ausland stammen, ist im ganzen Land deutlich größer. Afrikanische und asiatische Ausländer genießen mehr Freiheiten, aber nicht in demselben Maße wie westliche Ausländer; dies ist allerdings nur

solange der Fall, wie sie Muslime nicht evangelisieren. Christen muslimischer Herkunft leben unter großem Druck vonseiten der Familie, der Verwandtschaft und der muslimischen Gesellschaft, alles in allem aber bedingt durch die islamische Regierung, Gesetz und Kultur.

Betroffene Lebensbereiche

Es lagen kaum Berichte über religiöse Gewalt vor. Allerdings ist der Unterschied zwischen der religiösen Freiheit von Ausländern und der der wenigen Christen muslimischer Herkunft am deutlichsten im Bereich der Familie zu erkennen. In der Privatsphäre der Christen muslimischer Herkunft ist der allgemeine Druck systematisch.

Christen in den VAE, meist ausländische Arbeitskräfte, werden vor allem durch die diskriminierende Haltung der Regierung gegenüber Christen und der durch und durch islamischen Gesellschaft behindert, was manchmal zu Ausweisungen führt. Die Regierung schränkt die Entwicklung von Einrichtungen für christliche Migranten ein. Das ist landesweit zu beobachten, obwohl die kleineren, konservativeren Emirate einschränkender sind als die größeren.

Auftreten von Gewalt

Es liegen keine Berichte über erhebliche Gewaltanwendungen vor, wobei das Risiko von Ehrenmorden unter Christen muslimischer Herkunft, besonders für Frauen, sehr groß ist. Ausländische Christen werden weiterhin mit Diskriminierung konfrontiert, aber es ist nicht immer eindeutig, ob diese religiös motiviert ist.

Ausblick

Obwohl der Arabische Frühling die VAE nicht stark beeinflusst hat, werfen die neuesten Entwicklungen bei den Einheimischen die Frage auf, was eine gute Regierung ausmacht. Christen im Land haben so mehr Möglichkeiten zu einem muslimisch-christlichen Dialog. Obwohl ihre Situation schwierig bleiben wird, werden Christen in den VAE bis zu einem gewissen Grad akzeptiert.

zurück zu Länderübersicht

Platz 36: Mauretanien

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mauretanien steht mit 51 Punkten auf Rang 36 des Weltverfolgungsindex 2014 und wurde mit 5 Punkten weniger bewertet als im Vorjahr. Die Situation im vergangenen Jahr hat sich zwar nicht wesentlich geändert, jedoch lagen der World Watch Unit mehr auswertbare Informationen für den jetzigen Berichtszeitraum vor, woraus auch die Punktzahl ermittelt wurde. Mauretanien bleibt weiter eines der am meisten verschlossen Länder der Welt.

Triebkräfte der Verfolgung

Die Hauptantriebskraft der Verfolgung in Mauretanien ist der „Islamische Extremismus“. Die Blasphemiegesetze des Landes verstärken dessen Wirkung, da sie gegen jede Aktivität von Nicht-Muslimen gerichtet sind. Von jeglicher Gemeinschaft mit Nicht-

Muslimen wird - den entsprechenden kulturellen Normen folgend - auf Schärfste abgeraten. Mauretanien ist eine der weltweit nur vier offiziellen „Islamischen Republiken“. Die Verfassung schreibt den Islam als einzige Religion und die Scharia (Islamisches Gesetz) als die einzig offiziell anerkannte Quelle der Gesetzgebung für die etwa 3,5 Millionen Einwohner vor. Christen sind unter dem Gesetz des Landes geschützt, solange sie nicht proselytieren, was als kriminelle Handlung gilt. Mauretanier, die den Islam verlassen, werden mit dem Tod bestraft. Alle christlichen Versammlungen müssen von der Regierung genehmigt werden. Christliche Aktivitäten beschränken sich ausschließlich auf Ausbildungs- und Entwicklungsprojekte. Darüber hinaus nimmt der Einfluss von Al Kaida im Maghreb (AQIM) beständig zu. Einheimische Mauretanier unterstützen die Gruppe vermehrt, die auch bestrebt ist, christliche Aktivitäten im Land zu überwachen. Regionen im Norden und Osten des Landes geraten zunehmend unter den Einfluss extremistischer, muslimischer Gruppierungen, die meist mit Al Kaida in Verbindung stehen. So gewinnt auch die islamistische Ideologie immer mehr Raum, was der wachsende Einfluss der Salafisten belegt, die eine Befolgung der Regeln der islamischen Moral durchsetzen wollen, schreibt ‚Magharebia‘, eine von der USA gesponserte Webseite in einem jüngst veröffentlichten Länderbericht.

Aktuelle Einflüsse

Mauretanien taucht selten in den Schlagzeilen auf und scheint von der internationalen Gemeinschaft vergessen zu sein. Sehr wenig beachtet wird das Leid der kleinen, einheimischen Kirche. Aufgrund strenger Einschränkungen durch die Regierung ist jegliche Tätigkeit von christlichen Missionswerken und Christen im Allgemeinen sehr schwierig. Mauretanien wird auf dem von PEW Forum erstellten ‚Einschränkungen durch Regierungen Index‘ mit „hoch“ eingestuft, d.h. religiöse Glaubensrichtungen und deren Praxis werden durch Gesetze, Richtlinien und Maßnahmen von Seiten der Regierung stark eingeschränkt. Glücklicherweise ist die Regierung hinsichtlich deren Durchsetzung schwach aufgestellt und toleriert christliche Aktivitäten, soweit sie nicht „den öffentlichen Frieden“ stören.

Betroffene Kategorien von Christen

Da die einheimische, islamische Kultur sowie das mauretanische Gesetz entschieden gegen Proselytismus vorgehen, sind die Mehrheit der Christen im Land entweder Gastarbeiter oder Auswanderer (Ausländer). Die Katholische Kirche unterhält mehrere Diözesen wie in Nouakchott, einer Hafenstadt im nördlichen Nouadhibou, in der Stadt Rosso am Senegal Fluss, in der nördlich der Landesmitte liegenden Oasen-Stadt Zouerat sowie der Wüsten-Oasen-Stadt Atar und auch in der Stadt Kaedi, südlich der Landesmitte am Senegal Fluss. Der Druck auf Christen mit muslimischem Hintergrund von Seiten der Familie, Stammesangehörigen und Vorstehern lokaler Moscheen ist sehr hoch. Kirchen ausländischer Christen haben gewisse Freiheiten, aber auch für sie ist das Leben im Land kompliziert. Weiterhin ist die Registrierung ihrer Kirchen für die Christen im Land unmöglich, Versammlungen können also nur im Untergrund stattfinden.

Betroffene Lebensbereiche

Der Druck auf die Christen in Mauretanien ist in allen Lebensbereichen so hoch, dass sie ihren Glauben kaum ausleben, geschweige denn weitergeben können. Durch den Druck von Seiten der Familie, der Regierung und bewaffneter Gruppen wie Al Kaida im Maghreb ist die Furcht der Christen groß.

Die Islamisten bauen gezielt Spannungen und Widerstände gegen die Christen auf. In der Nationalversammlung vom Dezember 2010 befragten islamistisch orientierte Parlamentarier die Regierung nach ihrer Einstellung zu ausländischen, christlichen Organisationen. Das führte zu einer erhöhten Überwachung angeblich verdächtiger, christlicher Aktivitäten. Im Juli 2011 bat der Rat der Imame Mauretaniens die Regierung, erkennbaren Abfall vom Islam sowie Proselytismus als Straftat zu werten.

Auftreten von Gewalt

Nur wenige gewaltsame Übergriffe gegen Christen wurden während des Berichtszeitraums aus Mauretanien gemeldet. Das bedeutet jedoch nicht, dass es keine Verfolgung gibt. Zwar existieren für diesen Zeitraum keine Berichte über Verhaftungen von Christen, wohl aber aus jüngster Vergangenheit. Zudem gibt es Einzelberichte über Familien, die ihre Angehörigen unter Druck setzen, dem neuen Glauben wieder abzusagen.

Vor nicht allzu langer Zeit gab es allerdings einige Vorfälle gewaltsamer Verfolgung von Christen in Mauretanien. Im Jahr 2009 wurde der Lehrer und Leiter eines Gemeinschaftszentrums in Mauretanien, Chris Leggett, von islamistischen Extremisten ermordet, weil er angeblich missioniert haben soll. Laut einem anderen Bericht sollen Vater und Brüder eine junge Frau zu Tode geprügelt haben, weil diese sich weigerte, ihren kürzlich gefundenen Glauben an Jesus Christus aufzugeben.

Ausblick

Der Islam, seit 1.000 Jahren fest verwurzelt in Mauretanien, wurde in diesem Zeitraum kaum infrage gestellt. Die weite Wüste und das harte Regime haben dieses Land vom Rest der Welt isoliert. So ist nachzuvollziehen, dass eine dem Arabischen Frühling vergleichbare Entwicklung bis jetzt dort ausgeblieben ist, die ja in den Nachbarländern große soziale und politische Verschiebungen ausgelöst hat. Da nun der Islamische Extremismus voranschreitet, wird dies zu einer zunehmenden Unterdrückung der Christen führen.

Die Aussicht auf einen Aufstand der an Stärke zunehmenden, gewaltbereiten Salafisten in Mauretanien, stellt die größte Bedrohung für die Christen im Land dar. Der Bürgerkrieg im benachbarten Mali mit beidseitig offenen Grenzen sowie Handelsbeziehungen zu ethnischen Tuareg und ethnischen Arabern in Mauretanien und über die Sahara hinaus, werden in einer von militanten Salafisten aufgeheizten Atmosphäre voraussichtlich die Radikalisierung der Jugend Mauretaniens vorantreiben. Der Algerier Mokhtar Belmokhtar, der als der gefährlichste, weil sehr gewaltbereite Salafistenführer Westafrikas gilt, hat den Al Kaida Ableger al-Mulathameen (die Maskierten) in einer entlegenen Region der Sahara im Nordosten Mauretaniens etabliert. Eine weitere der Al Kaida nahestehende Organisation, die ‚Bewegung für Einheit und Dschihad in Westafrika' (MUJAO) mit Sitz im nördlichen Mali, wird von dem Tuareg-stämmigen Mauretanier Ahmed Ould Amer angeführt. Die beiden Organisationen haben im August offiziell ihre Vereinigung bekannt gegeben.

zurück zu Länderübersicht

Platz 37: China

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit einer Wertung von 51 Punkten belegt China auf dem Weltverfolgungsindex 2014 Rang 37. Das ist dieselbe Platzierung wie im Jahr 2013, als das Land allerdings nur eine Punktezahl von 48 aufwies. Die Situation der Christen in China hat sich in jüngeren Jahren beachtlich verbessert, obwohl die Lage in diesem riesigen und vielfältigen Land insgesamt sehr unterschiedlich ist. Sowohl Christen aus ethnischen Minderheiten als auch andere haben noch immer mit ernsthaften Einschränkungen und Beeinträchtigungen zu kämpfen.

Triebkräfte der Verfolgung

Die Haupttriebkraft der Christenverfolgung in China ist „Kommunistische Unterdrückung“, in geringerem Ausmaß treten auch „Islamischer Extremismus“ und „Sonstige religiös motivierte Aggression“ in Erscheinung.

Kommunistische Unterdrückung: Die kommunistische Regierung kontrolliert wie in der Vergangenheit auch weiterhin alle religiösen Aktivitäten. In jüngeren Jahren hat sie ihre strenge Kontrolle der christlichen Aktivitäten etwas gelockert, trotzdem stehen die Christen jederzeit unter genauer Beobachtung. In Bezug auf die ethnischen Han Kirchen sprechen Beobachter von drei Arten von Kirchen: den illegalen „schwarzen“ Kirchen, die vom Staat bekämpft werden; den staatlich anerkannten „roten“, die kontrolliert werden; und den „grauen“, die trotz fehlender Genehmigung toleriert werden und der die Mehrheit der Christen angehören.

In von ethnischen Minderheiten bewohnten Gebieten werden religiöse Aktivitäten sehr engmaschig von der Regierung überwacht, besonders bei Volksgruppen, die durch ihre traditionelle Religion beeinflusst werden. Die stärksten Einschränkungen der Religionsfreiheit herrschen in muslimisch und tibetisch geprägten Gebieten, vor allem in den Provinzen Xinjiang und Tibet. Die Regierung hält die starke Kontrolle in diesen Gebieten aufrecht, um Beschwerden von Religionsführern traditioneller ethnischer Minderheiten zu vermeiden. Sie spielen eine wichtige Rolle, um die „soziale Harmonie“ zu bewahren. Eventuelle Zwischenfälle mit Gläubigen traditioneller Religionen erhöhen das Risiko, die Situation in diesen politisch sensiblen Gebieten noch zu verschlimmern. Das ist die sogenannte „Aufrechterhaltung des Gleichgewichts zwischen verschiedenen Religionen“.

Islamischer Extremismus: Christen muslimischer Herkunft werden einerseits von der Regierung unter Druck gesetzt wie oben beschrieben. Hinzu kommt, dass sie mit Verfolgung durch die eigene Familie, Nachbarn und Freunde rechnen müssen. Angesichts der massiven Kontrolle der muslimischen Minderheit im Nordwesten Chinas (vor allem in Xinjiang) durch die kommunistische Regierung ist ein Abweichen vom der islamischen Glaubenstradition inakzeptabel. So ein Verhalten würde für Komplikationen sorgen und die behördlichen Bemühungen um Kontrolle und Wahrung der „gesellschaftlichen Harmonie“ behindern. Informationen aus dieser Region sind schwer zu bekommen, doch die verfügbaren Berichte enthalten Belege für gewalttätige Verfolgung. Aus diesem Grund ist Islamischer Extremismus in muslimisch geprägten Regionen eine wesentliche Triebkraft der Verfolgung.

Sonstige religiös motivierte Aggression: Was über den Islamischen Extremismus zu sagen ist, gilt auch für die noch kleinere Gruppe tibetischer Christen buddhistischer Herkunft in Westchina (Tibet). Sonstige religiös motivierte Aggression bezieht sich hier auf den tibetischen Buddhismus und resultiert in massivem Druck von Familie, Nachbarn und Dorfgemeinschaften. Die Situation Tibets liegt stärker im internationalen Blickfeld als die von Xinjiang, dies gilt jedoch nicht für die Situation der kleinen christlichen Minderheit. Angesichts der höheren Aufmerksamkeit auf die Region Tibets ist auch der Druck auf Anhänger anderer Glaubensrichtungen stärker.

Aktuelle Einflüsse

„Alles, was man über die Kirche Chinas hört, trifft wahrscheinlich zu.“ Diesen Satz hört man häufig, wenn man die Situation der Christen in China hinterfragt, denn er gibt die in verschiedenen Landesteilen herrschende Vielfalt gut wieder. Die Behörden haben gelernt, abseits der öffentlichen Wahrnehmung zu agieren; Pastoren werden nicht mehr auf Polizeistationen vorgeladen, sondern man lädt sie „zum Teetrinken“ ein, um Richtlinien und Beschränkungen zu klären.

Die Behörden konzentrieren sich weder auf Christen noch auf Kirchen, sondern vor allem darauf, das kontinuierliche Wirtschaftswachstum aufrechtzuhalten und den riesigen Herausforderungen gerecht

zu werden, mit denen China in einer viel größeren Dimension als jedes andere Land konfrontiert ist. Jedes dieser Stichworte verdiente einen eigenen Bericht: Verstädterung, Arbeitsmigration, demographischer Wandel, um nur einige zu nennen. Jede gesellschaftliche Gruppierung, die in dem Verdacht steht eines dieser Ziele zu gefährden, wird unter Beobachtung gestellt und von der Regierung streng kontrolliert, meistens durch örtliche Behörden.

Betroffene Kategorien von Christen

Bei den christlichen Glaubensgemeinschaften besteht in China eine grundsätzliche Trennung zwischen registrierten und von der Regierung anerkannten Kirchen – evangelisch und katholisch – sowie nicht-registrierten, unabhängigen Kirchen. Letztere werden auch Hauskirchen genannt, obwohl dieser Begriff irreführend ist, da einige von ihnen tausende Mitglieder haben. Sie versammeln sich auch nicht heimlich, sondern oftmals in gewerblichen Gebäuden. Wie bereits erwähnt geht es der Regierung hauptsächlich darum, die Gesellschaft zu kontrollieren. Auch Christen sind hiervon zu einem gewissen Grad betroffen.

Christliche Konvertiten, ob aus muslimischem oder buddhistischem Hintergrund, werden oft von mehreren Seiten unter Druck gesetzt: sowohl vom Staat als auch von ihren Familien, Freunden und Nachbarn. In China ist die Verfolgung generell nicht gewalttätig, sondern eher „sanft“. Sie ist vor allem in Form von konstantem Druck wirksam, den der Weltverfolgungsindex zu messen versucht.

Betroffene Lebensbereiche

China ist von einer solchen Größe und Vielfalt, dass sich dadurch der Druck in den verschiedenen Lebensbereichen zu einem gewissen Grad ausgleicht. Es ist allerdings keine Überraschung, dass die Wertung im kirchlichen Bereich am höchsten ausfällt. Neben der bereits erwähnten Trennung zwischen registrierten und nicht-registrierten Kirchen ist es wichtig zu wissen, dass die Regierung vor allem daran interessiert ist, diese Kirchen zu „führen“. Viele nicht-registrierte Kirchen werden generell von den Behörden in Ruhe gelassen, sofern sie sich an die unausgesprochenen Regeln halten. Diese sind: 1. Regelmäßige Berichte an die Behörden über jüngste Aktivitäten; 2. Ausländische Christen dürfen nicht teilnehmen, es darf kein ausländisches Geld angenommen werden; 3. Keine öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten; 4. Während sensibler Phasen dürfen nur „reguläre“ christliche Aktivitäten stattfinden. Das Befolgen dieser Richtlinien kann als „formlose Registrierung“ angesehen werden.

Die Religionsbehörde (State Authority on Religious Affairs, SARA) ist für den allgemeinen Umgang mit Religionen zuständig und reagiert zuweilen sehr streng. Häufig jedoch hängt das Ausmaß der Reaktion sehr viel stärker von der jeweiligen örtlichen Behörde ab, als von der Zentralverwaltung in Beijing – eine Tatsache, die weiterer Nachforschungen bedarf.

Das bis hierhin Gesagte macht deutlich, wie unterschiedlich die Lage der Kirchen im heutigen China ist. Es ist nicht zutreffend, dass in China jeder Christ Religionsfreiheit im wahrsten Sinne des Wortes hat. Die Kirchen werden überwacht, und auch wenn nur Kirchen mit sehr starkem öffentlichen Engagement geschlossen werden – da dies häufig als politische Handlung wahrgenommen wird –, so schwebt doch ein Damoklesschwert über allen nicht-registrierten Kirchen Chinas. Wenn es die Regeln erfordern, können Gottesdienste jederzeit unterbrochen oder Kirchen geschlossen werden. Bis auf weiteres verfolgen die Behörden die geänderte Taktik, Kirchenleiter „zum Teetrinken“ einzuladen. Dabei wird ihnen von einem Beamten erläutert, dass man sie überwacht und welches Verhalten von ihnen erwartet wird. In einigen Fällen wurden Vermieter zur Auflösung von Mietverträgen für Räumlichkeiten gedrängt, die als Kirchen dienten.

Häufig stehen Christen noch immer im Verdacht, mit ausländischen Mächten verbündet zu sein. Das gilt besonders für die Katholische Kirche, weil Teile von ihr dem Papst die Treue halten. Es ist Kirchen offiziell verboten, mit Jugendlichen unter 18 Jahren zu arbeiten. Dieses Gesetz wird aber nicht durchgesetzt, so dass es viele Dienste an Jugendlichen gibt. Es herrscht ein großer Mangel an ausgebildeten Christen, besonders in leitender Verantwortung. Allerdings dürfen sie nur in staatlich anerkannten theologischen Seminaren ausgebildet werden. Da diese jedoch bei weitem nicht ausreichen, um den herrschenden Bedarf an Mitarbeitern zu decken, hat nahezu jede Hauskirche ihre eigene Bibelschule oder ihr theologisches Seminar. Registrierte Kirchen sind befugt, ausländische Christen als Ausbilder einzuladen, allerdings benötigen sie dafür eine Genehmigung. Nicht-registrierte Kirchen dagegen würden an dieser Stelle ihre Grenzen überschreiten und ihre Leiter müssten mit einer „Einladung zum Tee“ und entsprechenden Warnungen rechnen. In jedem Fall beobachten die Behörden Besuche aus dem Ausland. Im Internet haben Christen Zugriff auf christliche Webseiten, da die Regierung sich bei ihrer Internetzensur vor allem auf politische und als extremistisch geltende Inhalte konzentriert.

Christen, die einer Minderheit angehören, werden deutlich stärker unter Druck gesetzt als andere. Dies betrifft besonders das öffentliche Leben, aber auch im privaten und familiären Bereich sind sie einem gewissen Druck ausgesetzt. In Tibet und Xinjiang ist die Situation sehr angespannt, zum Teil sogar explosiv. Hier kommt es regelmäßig zu Zusammenstößen, wodurch der Grad an staatlicher Kontrolle stark erhöht ist. Die wenigen dort lebenden Christen sind alle vom islamischen bzw. buddhistischen Glauben konvertiert und leben traditionell in engen Familienverbänden. Sie sind deshalb in der Regel sehr darum bemüht, ihren christlichen Glauben vor ihrer Familie und den Menschen in ihrem örtlichen Umfeld geheim zu halten. Sie verstecken sorgfältig alle Bibeln und sonstigen christlichen Materialien, um nicht enttarnt werden. Es gibt Berichte über Christen, die von ihren Familien enteignet und vertrieben worden sind.

Auftreten von Gewalt

Im Verhältnis zur Größe der chinesischen Kirche ist die Gewalt gegen Christen eher gering. Die relativ hohe Wertung im Bereich „Gewalt“ (auf einem Niveau mit dem an 9. Stelle platzierten Iran) erweckt den Anschein, als sei Gewalt etwas Alltägliches. Das ist jedoch für die meisten chinesischen Christen nicht der Fall. Hier ist zu beachten, dass die Punktzahl lediglich die Summe nackter Zahlen aus dem ganzen Land darstellt, nicht den relativen Grad der Verfolgung. Gewalt umfasst zudem weitaus mehr, als dass Christen für ihren Glauben sterben müssen oder es zu groß angelegten Zerstörungen von Kirchengebäuden kommt, obwohl es auch hier Ausnahmen gibt. Es sind jedoch nach wie vor einige Christen inhaftiert, die langjährige Gefängnisstrafen verbüßen müssen. Heutzutage ist es gebräuchlicher, Christen nur noch für kurze Zeit zu inhaftieren, von einer Nacht bis hin zu 15 Tagen. Manchmal werden Christen bei Razzien verletzt.

Der Großteil physischer Gewalt gegen Christen in China betrifft Angehörige ethnischer Minderheiten, die häufig körperliche oder seelische Misshandlungen vonseiten ihrer Familien oder Freunden erdulden müssen. Auch Entführungen und Zwangsehen werden von ihnen als Mittel eingesetzt, um christliche Konvertiten zurück zum „wahren Glauben“ zu bringen.

Ausblick

In ihrem ersten Regierungsjahr hat sich die neue Führung auf die Konsolidierung ihrer Macht konzentriert. Dabei ist die alles beherrschende Frage, wie man grundlegende Veränderungen bewirken kann, ohne, wie Präsident Xi es formulierte, „zum Gorbatschow Chinas“ zu werden. Allem Anschein nach ist der Wechsel an der Spitze gut gelungen, und manche Beobachter zeigen sich überrascht davon, wie schnell Präsident Xi es geschafft hat seine Machtbasis zu vergrößern. Es muss sich erst noch herausstellen, ob diese Einschätzung der Wahrheit entspricht und ob sich der „Chinesische

Traum“ erfüllen wird, dieses Jahrhundert zu einem Chinesischen zu machen. Augenscheinlich ist die Aufmerksamkeit der Regierung nicht auf die christliche Minderheit gerichtet, solange sie sich an die geltenden Regeln hält.

Bedenkt man den überragenden Stellenwert einer intakten Wirtschaft, um das System und die soziale Harmonie stabil zu halten, ist es sehr wahrscheinlich, dass die wirtschaftliche Entwicklung unter der neuen Regierung weiterhin eine hohe Priorität haben wird. Je nach Erfolg ihrer Bemühungen, wird sich die Regierung nicht allzu sehr mit der Kontrolle der Christen beschäftigen, die Minderheitenregionen ausgenommen. Die jüngsten Entscheidungen, das System der Arbeitslager zum Ende des Jahres abzuschaffen und die Ein-Kind-Politik aufzuweichen, deuten für das kommende Jahr auf einen anderen Schwerpunkt der chinesischen Obrigkeit hin und geben Anlass zu vorsichtiger Hoffnung.

zurück zu Länderübersicht

Platz 38: Kuwait

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Die Situation der Christen in Kuwait hat sich im letzten Jahr nicht maßgeblich verändert. Im Weltverfolgungsindex 2013 hatte das Land 49 Punkte, im Jahr 2014 50 Punkte. Obwohl sich nichts Wesentliches für die Christen im Land geändert hat, nimmt Kuwait im Weltverfolgungsindex 2014 mit Rang 38 eine um fünf Plätze niedrigere Position ein. Dies liegt vor allem daran, dass das Land von Verschlechterungen in anderen Staaten überholt wurde.

Triebkräfte der Verfolgung

Die Haupttriebkräfte der Verfolgung von Christen in Kuwait sind Islamischer Extremismus, Totalitäre Paranoia und Exklusives Stammesdenken. Der Islamische Extremismus zeigt sich vor allem im Familienleben; Einschränkungen durch die Regierung lassen sich zumeist mit Totalitärer Paranoia erklären, da der Herrscher des Landes verhindern will, dass eine organisierte Gruppe seine Herrschaft bedroht. Da es auch ethnische Spannungen gibt, ist das Exklusive Stammesdenken eine weitere Triebkraft der Verfolgung von Christen.

Aktuelle Einflüsse

Die kuwaitische Verfassung verfügt, dass der Staat die Religionsfreiheit schützt. Allerdings nennt sie auch einige Einschränkungen: die Ausübung von Religion solle nicht mit der öffentlichen Ordnung oder Moralvorstellungen in Konflikt geraten sowie den allgemein üblichen Gebräuchen entsprechen. Die Verfassung nennt den Islam als Staatsreligion und das islamische Recht der Scharia ist eine wichtige Quelle für die Rechtsprechung. Die Regierung schreibt den Islamunterricht für alle Schüler in privaten und öffentlichen Schulen vor. Christliche Inhalte zu unterrichten ist verboten, selbst wenn die Schüler vom Gesetz anerkannte Christen sind.

Betroffene Kategorien von Christen

Die Gemeinschaft der Christen im Land besteht größtenteils aus ausländischen Gastarbeitern. Ausländische Christen sind relativ frei darin, ihren Glauben informell zu praktizieren. Es gibt vier registrierte Denominationen, die sich auf abgegrenzten Geländen treffen. Allerdings sind diese Grundstücke zu klein für die Zahl der Menschen, die sich dort versammeln und die kuwaitischen Nachbarn fühlen sich durch den Lärm und den Verkehr zu diesen überfüllten Versammlungsorten gestört. Die extremen Schwierigkeiten, Immobilien für Gottesdienste zu erwerben sind eine zusätzliche Belastung. Die gemeinsame Nutzung der Versammlungsorte hat allerdings zu einer verbesserten Zusammenarbeit und Gemeinschaft der Kirchen geführt.

Der Übertritt vom Islam zu einer anderen Religion ist nicht erlaubt und die Regierung unterstützt aktiv Missionsbemühungen sunnitischer Muslime. Für Christen mit muslimischem Hintergrund sind die Familie und islamische Extremisten die Hauptverfolger, in geringerem Maße die Behörden. Es gibt nur einige hundert kuwaitische Christen, da die meisten Christen ausländische Gastarbeiter sind. Die Zahl der Christen mit muslimischem Hintergrund wächst allerdings rasch und sie werden zunehmend mutiger, ihren Glauben mit anderen zu teilen.

Betroffene Lebensbereiche

Wie die Organisation „Middle Eastern Concern“ (MEC) berichtet, findet wenig Verfolgung von Christen muslimischem Hintergrunds durch den Staat statt, es gibt aber Belästigungen und Druck durch die Familien. Die Regierung legt ausländischen Kirchen bestimmte Beschränkungen auf, obwohl sie gleichzeitig in begrenztem Maße Aktivitäten einiger anderer Kirchen außerhalb ihrer offiziellen Versammlungsorte zulässt, solange es keine Beschwerden gibt. Konvertiten stehen in der Gefahr diskriminiert oder belästigt zu werden, die Polizei überwacht ihre Aktivitäten, verhaftet willkürlich, sie können körperlich und verbal misshandelt werden. Zudem wird ein Wechsel der Religion (weg vom Islam) offiziell nicht anerkannt und dies führt zumeist zu rechtlichen Schwierigkeiten im Personenstandsrecht oder bei Eigentumsstreitigkeiten vor Gericht. Einige Konvertiten erfahren außerdem Benachteiligungen in ihrer Arbeitsstelle.

Mehr noch: „Kirchen und kirchliche Einrichtungen haben mehrfach um Genehmigungen für zusätzliche oder erweiterte Gebäude gebeten. Im Jahr 2010 erhöhte der Vermieter der griechisch-orthodoxen Kirche die Miete unverhältnismäßig. Die Kirche suchte nach einem alternativen Grundstück und suchte nach Möglichkeiten, die gesteigerten Kosten zu finanzieren. Eine Bewerbung der römisch-katholischen Kirche für eine Einrichtung in Mahlouba wurde durch den Stadtrat im November 2010 blockiert. Die Regierung begrenzt die Anzahl der Mitarbeiter der anerkannten christlichen Gruppen, in dem sie die Anzahl an Visa für ordinierte Mitarbeiter und Laien begrenzt.“ (MEC, 2012)

Auftreten von Gewalt

Es wurden keine Vorfälle von Gewalt gegen Christen gemeldet.

Ausblick

Es gibt derzeit keine Anzeichen, dass sich die Situation der Christen in der näheren Zukunft verändern könnte.

zurück zu Länderübersicht

Platz 39: Kasachstan

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit einer Gesamtpunktzahl von 49 Punkten steht Kasachstan auf Platz 39 des Weltverfolgungsindex 2014. 2013 war das Land mit einer Punktzahl von 38 Punkten noch auf Platz 48. In den letzten Jahren hat sich die Situation der Christen verschlechtert, zumal selbst die bisher unangetastete Russisch-Orthodoxe Kirche sich zunehmend Schwierigkeiten gegenübersieht. Nicht zu schweigen von den kasachisch-stämmigen Christen, die zusätzliche Probleme bekommen, da für sie selbstverständlich angenommen wird, dass sie muslimisch sind.

Triebkräfte der Verfolgung

Die Triebkräfte der Verfolgung von Christen in Kasachstan sind „Totalitäre Paranoia“ (Haupttriebkraft) und in geringerem Maße „Islamischer Extremismus“.

Totalitäre Paranoia: Obwohl der kasachische Präsident nicht so sehr vergötzt wird wie in anderen Ländern Zentralasiens, kann man weiterhin seine Hand in einen goldenen Handabdruck von Präsident Nazarbayev legen, der in einem Turm/Hochhaus der Hauptstadt Astana ausgestellt ist. Nicht enden wollende Gerüchte über die Gesundheit des Präsidenten heizen Spekulationen an und machen die Arbeit der Regierung schwierig. Daher ist es für sie wichtig, jede Gruppierung und generell alles unter Kontrolle zu halten. Das ist der Grund, warum Vorurteile gegen die christlichen Minderheiten bestehen, besonders wenn diese Christen ethnisch Kasachen sind, da sie normalerweise traditionell Muslime sind. Christentum wird als etwas für Russen angesehen. Daher verweigert man ihnen die Registrierung und sie haben mit strikter Kontrolle durch den Staat zu kämpfen, da sie als „illegal“ eingestuft werden.

Islamischer Extremismus: Der Islam spielt im alltäglichen Leben keine große Rolle, Verfolger in dieser Triebkraft sind eher muslimische Familien und Nachbarn. Dies zeigt der Druck auf Christen mit muslimischem Hintergrund. Bisher folgte die Regierung dem Weg des Säkularismus, um sich vor dem radikalen Islam zu schützen, doch ihr aktuelles Engagement im Bereich der islamischen Institutionen im Land (das „Spiritual Board“) könnte das derzeitige Bild ändern.

Andere Triebkräfte: Kasachstan ist ein Land der Widersprüche. Auf der einen Seite wirkt es sehr offen und sehr an internationaler Zusammenarbeit sowie der Mitarbeit in internationalen Organisationen interessiert. Auf der anderen Seite steht der Staat Christen, die nicht Mitglied der Russisch-Orthodoxen Kirche sind, sehr skeptisch gegenüber. Letztere hat ihren Schwerpunkt im Nordteil des Landes. Um Dinge voranzubringen ist es üblich, Bestechungsgelder zu zahlen und jeder, der dagegen etwas sagt, gerät rasch in Schwierigkeiten. Daher spielen die Triebkräfte „Organisierte Korruption“ und „Klerikale Arroganz“ auch eine gewisse Rolle. Denn hin und wieder macht die Russisch-Orthodoxe Kirche den nicht-traditionellen Kirchen das Leben schwer, entweder um einen guten Stand bei der Regierung zu haben oder als Reaktion auf das sogenannte „Schafe stehlen“, den Wechsel innerhalb der christlichen Denominationen.

Aktuelle Einflüsse

Kasachstan ist mindestens in doppelter Hinsicht ein spezieller Fall, verglichen mit allen anderen zentralasiatischen Ländern. Es ist bei weitem das wohlhabendste Land in seiner Nachbarschaft, da es reich ist an Erzen, Gas und Öl. Allerdings ist es auch sehr abhängig von deren Ausbeutung und die Reichtümer des Landes erreichen die Bevölkerung nur zum Teil. Die zweite Besonderheit ist das Interesse des Landes an internationaler Zusammenarbeit und es spielte eine recht aktive Rolle auf der internationalen Bühne in den letzten Jahren. Diese Offenheit führte allerdings nicht zu einer Offenheit für Menschenrechte oder Religionsfreiheit.

Präsident Nazarbayev wird 2014 74 Jahre alt und Berichte deuten darauf hin, dass er sich nicht bester Gesundheit erfreut. Es gibt regelmäßige Gerüchte über Herzprobleme, manchmal sogar Berichte über Herzattacken oder kleinere Schlaganfälle, und diese Gerüchte führen zu der immer noch unbeantworteten Frage, was beziehungsweise wer nach ihm kommen wird. Da die herrschende Elite und etliche Familien viel zu verlieren hätten, ist keine große Veränderung zu erwarten, aber die Unsicherheit wächst und befeuert die Totalitäre Paranoia. Eine wachsende Gruppe islamischer Extremisten, die im Oktober 2011 kleinere Bombenanschläge verübten, vermehren die Sorgen des Landes zusätzlich.

Betroffene Kategorien von Christen

Obwohl es alle Arten von Christen in Kasachstan gibt, sind die nicht registrierten, zumeist protestantischen Christen am meisten von der Verfolgung betroffen. Sie werden überwacht und massiv unter Druck gesetzt, in dem sie in ihrer Versammlungsfreiheit eingeschränkt werden sowie die Produktion von religiöser Literatur und deren Benutzung eingeschränkt ist. Die Rechtslage erlaubt auch die Unterbindung der Arbeit mit Jugendlichen.

Dieser Druck betrifft auch die Konvertiten, die zusätzlich Druck durch die lokalen muslimischen Geistlichen sowie der eigenen Familie und Nachbarschaft erfahren. Sie sind regelmäßig eine Quelle von Druck und Schikane. Mehrere Christen wurden durch ihre Verwandten verletzt oder mussten aus ihren Häusern fliehen.

Während des Berichtszeitraumes gab es sogar Berichte, dass Christen mit russisch-orthodoxem Hintergrund durch die Behörden unter Druck gesetzt wurden, was für lange Zeit undenkbar war.

Betroffene Lebensbereiche

Kasachstans Christen erfahren den meisten Druck im Bereich des kirchlichen Lebens, besonders durch Gesetze namens „Gesetz zu religiösen Aktivitäten und religiösen Organisationen“ und „Gesetz zur Einführung von Erweiterungen und Zusätzen zu verschiedenen juristischen Entscheidungen der religiösen Aktivität und der religiösen Organisationen“ aus dem Oktober 2011. Ihre Umsetzung erfolgte streng und hinterließ bei Christen und anderen religiösen Minderheiten große Unsicherheit und ein Gefühl der Willkür. Die strikte Umsetzung wird am besten durch einen Richterspruch vom März 2013 illustriert, der die Vernichtung von 121 religiösen Büchern, darunter Bibeln, anordnete. Nach einem internationalen Aufschrei ordnete ein regionales Gericht schließlich den Stopp der Aktion an.

Ein anderer Bereich, der Christen besonders trifft, ist die Verfolgung im Privatleben. Konvertiten werden durch ihre Verwandten und Nachbarn unter hohen Druck gesetzt, ihren neuen Glauben zu verlassen. Die Regierung unterstützt sogar eine Organisation finanziell, die Beratung anbietet und hilft, Angehörige aus „Sekten“ zu retten. Dieser Druck wirkt sich auch auf den Bereich des familiären Lebens und der Gesellschaft aus, allerdings nicht in der gleichen Intensität.

Auftreten von Gewalt

Obwohl das Maß der Gewalt nicht sehr hoch ist, gab es in diesem Berichtszeitraum Berichte von gewalttätigen Vorfällen. Der 66-jährige Pastor Bakhytzhan Kashkumbaev wurde verhaftet und bleibt im Gefängnis mit der Anklage, ein Mitglied seiner Gemeinde mit dem Abendmahlswein vergiftet zu haben. Als seine Haft im Oktober 2013 in Hausarrest umgewandelt werden sollte, wurde er gleich wieder verhaftet, die Anklage lautete diesmal „Extremismus“. Ein anderer Pastor, Vyatcheslav Lim, ein Staatenloser, wurde im September 2013 wegen „illegaler missionarischer Tätigkeiten“ ausgewiesen. Verschiedene Berichte von Durchsuchungen und die erzwungene Schließung von Kirchen runden den Eindruck wachsender Verfolgung ab.

Ausblick

Die Situation der christlichen Minderheit scheint sich zunehmend zu verschlechtern und wird angespannter. Die kürzlich erfolgte Ankündigung, den „traditionellen Islam“ zu benutzen, um Extremismus zu bekämpfen, und die erneute Verhaftung von Pastor Kashkumbayev wegen „Extremismus“ deuten in eine Besorgnis erregende Richtung.

Der Vorsitzende der für religiöse Angelegenheiten verantwortlichen Behörde (ARA), Kairat Lama Sharif, verkündete im Oktober 2012, dass er das Verhältnis der Organisationen, die aufgrund des Registrierungsgesetzes schließen müssten, auf 1:3 schätze. Daher kann nur ein Drittel aller religiösen Gruppierungen überhaupt damit rechnen, wieder registriert zu werden. Kasachstan versucht also anscheinend „Ordnung ins Haus“ zu bringen, wie es der Präsident bei der Einführung der neuen Religionsgesetze nannte. Der Vorsitzende der ARA wurde zwar vor kurzem entlassen und die Stelle war bis zum Erscheinen des Berichts noch unbesetzt, aber das scheint nicht auf eine zurückhaltendere Umgangsweise mit religiösen Minderheiten hinzuweisen. Eher im Gegenteil: es ist sehr wahrscheinlich, dass Christen durch den Kampf gegen Extremismus in Mitleidenschaft gezogen werden, inklusive der russisch-orthodoxen Christen.

zurück zu Länderübersicht

Platz 40: Malaysia

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit einer Punktzahl von 49 Punkten steht Malaysia auf Platz 40 des Weltverfolgungsindex 2014. 2013 war Malaysia auf Platz 42, mit 45 Punkten. Malaysia ist relativ neu auf dem Weltverfolgungsindex. Das Land war 2004 unter den ersten 50 Ländern, fiel dann aus dem Index und ist nun das dritte Jahr in Folge erneut auf dem Index. Besonders die Situation der Christen mit muslimischem Hintergrund hat sich verschlechtert, aber auch traditionelle Kirchen erfahren wachsenden Druck.

Triebkräfte der Verfolgung

Die Haupttriebkraft der Verfolgung von Christen in Malaysia ist der „Islamische Extremismus“.

Islamischer Extremismus: In den Augen (und Worten) von Premierminister Najib Razak wird der Islam immer wichtiger sein als die Politik, ja, diese unwichtig machen. Folglich rief er die Menschen dazu auf „den Islam zu schützen, den Glauben seiner Anhänger, die Lehren des Islam, das islamische Recht und die islamische Infrastruktur", Uneinigkeit zu vermeiden und die Ausbeutung durch die „Feinde" zu verhindern. Dies sagte er in einer Rede während der Feiern des Landes zum Ramadan im August 2012. In einer weiteren Rede warnte Najib, dass ein größerer Liberalismus eine Gefahr für das Land sei. „Pluralismus? Liberalismus? Alle diese "Ismen" sind gegen den Islam und wir sind verpflichtet sie zu bekämpfen.", sagte er zu mehr als 10.000 islamischen Leitern, kurz vor einem muslimischen Fest. Folgerichtig ist auch Najibs Unterstützung für die Menschenrechte beschränkt, sie sollen innerhalb „der Grenzen gelten, die der Islam setzt".

Obwohl es möglich ist, Kirchen zu betreiben und für Christen die Freiheit besteht, sich zu Gottesdiensten zu versammeln, wofür die Gläubigen dankbar sind, sehen viele von ihnen die Notwendigkeit, vorsichtig zu sein. Die Regierung schweigt sich weiterhin über Themen aus, wie die Verwendung des Worts „Allah" für Gott in einer katholischen Zeitung – eine Verwendung, die vom Berufungsgericht (Court of Appeal) im Oktober 2013 untersagt wurde. Zudem tolerierte die Regierung radikale Aussagen größtenteils malaiischer Organisationen gegen Christen.

Aktuelle Einflüsse

Malaysia ist ein Land, das stark darauf achtet, sein erkanntes nationales und kulturelles Erbe zu bewahren. Malaie zu sein, bedeutet Muslim zu sein. Bürger mit anderen ethnischen Hintergründen wie Chinesen oder Inder können Buddhisten, Hindus oder Christen sein, aber Malaien müssen Muslime sein. Mehr noch, die islamische Rhetorik und Praxis ist in der Politik angekommen. Sich auf den Islam zu berufen bringt Stimmen – aber es geht noch um mehr. Die Regierung bevorzugt Malaien, anstatt einen Kurs der Gleichbehandlung zu verfolgen. Das betrifft auch die Christen. Etwas mehr als die Hälfte der Bevölkerung sind Malaien, etwa ein Viertel ist chinesischer Abstammung, 11 Prozent sind indigener Abstammung und ungefähr sieben Prozent haben einen indischen Hintergrund.

Die dreizehnten Wahlen am 5. Mai brachten eine Stärkung der bereits seit langem regierenden Partei Barisan National (BN). Viele stellten vorher einen Sieg der Koalition in Frage, da die Opposition über deutlich höhere Popularitätswerte verfügte. Selbst nach einem verbissen geführten Wahlkampf zeigt die regierende Koalition keine Anzeichen, ihre auf Rasse und Religion basierte Politik aufzugeben, die sie viel Unterstützung gekostet hat. Wegen der sich ausweitenden Aufsplitterung der Stimmen der Malaien zwischen BN und Opposition wurde immer wieder die Rassen- und Religionskarte ausgespielt, in der Hoffnung, die geteilten malaiischen Muslime zu vereinen. Ost-Malaysia hat eine starke christliche Bevölkerung.

Betroffene Kategorien von Christen

Die Christenheit in Malaysia besteht aus ausländischen und traditionellen Christen, Gläubigen, die zu unabhängigen Kirchen gehören sowie Christen mit muslimischem Hintergrund.

Obwohl im März 2013 eines der größten Kirchengebäude Südostasiens eröffnet wurde und nichtmalaiische Christen bemerkenswerte Freiheiten genießen, sind sich Christen sicher, dass Kirchen ausspioniert und überwacht werden. Dass dem Einspruch einer katholischen Tageszeitung gegen ein Verbot der Regierung, das Wort „Allah" für Gott zu verwenden, nicht stattgegeben wurde, zeigt, dass selbst zu traditionellen Kirchen gehörende Christen wachsenden Restriktionen gegenüber stehen.

Deutlich stärker betroffen sind aber die Christen muslimischer Herkunft, was im Wesentlichen alle Christen malaiischer Abstammung meint. Sie werden nicht nur durch die eigene Familie, Nachbarn und von Freunden unter Druck gesetzt, sondern auch durch den Staat.

Betroffene Lebensbereiche

Sieht man den hohen Druck, verwundert es nicht, dass das Privatleben und das Familienleben hohe Punktzahlen aufweisen, welche die Ansichten und Handlungen der Gesellschaft widerspiegeln. In der im April 2013 erschienenen Pew Forum Studie „The World's Muslims: Religion, Politics and Society" zeigt sich Malaysia als eine der konservativsten Gesellschaften Südostasiens. Eine Feststellung ist besonders bemerkenswert. Über Extremistengruppen befragt, die sie am meisten fürchten, gaben 31 Prozent an, am meisten wegen christlicher Extremistengruppen besorgt zu sein – obwohl es bisher nie eine solche Gruppe im Land gab.

Es ist nahezu unmöglich für einen malaiischen Muslim, Christ zu werden. Alle Übertritte müssen durch ein Scharia-Gericht bestätigt werden und das Prozedere erfordert eine dreimonatige Zeit des Überdenkens in einem Umerziehungslager. Es ist verboten, Muslimen einen anderen Glauben weiterzugeben. In fünf Bundesstaaten – Perak, Malacca, Sabah, Terengganu und Pahang – ist der Übertritt zu einem anderen Glauben eine strafbare Handlung, die mit einer Geld- oder Gefängnisstrafe belegt werden kann. In Pahang können Konvertiten zusätzlich mit bis zu sechs Stockschlägen bestraft werden.

Wird ein Konvertit entdeckt, kann er in ein Umerziehungslager geschickt und dort solange festgehalten werden, bis er der Rückkehr zum Islam zustimmt. Mehrere Christen mit muslimischem Hintergrund mussten ihre Familien und ihr Umfeld verlassen. Manche waren sogar gezwungen, aus dem Land zu fliehen, um dem Aufenthalt in einem Umerziehungslager zu entgehen. Darüber hinaus ist die malaysische Regierung aktiv an der Islamisierung der ost-malaysischen Provinz Sarawak beteiligt, indem sie finanzielle Mittel bereitstellt und die Politik der „Dahkwa" (eine islamische Missionsstrategie) unterstützt. Dieses Programm wird als „Unit Saudara Kita" (USK) bezeichnet oder „Our brother's unit".

Auftreten von Gewalt

Trotz der harten Gesetze bezüglich des Übertritts zu einem anderen Glauben, gibt es wenige Berichte über Gewalt gegen Christen. Es kommt zu Gewalt, aber diese ist oft gar nicht notwendig in einer Gesellschaft, in der der Druck bereits so hoch ist.

Ausblick

Da der Islam in Malaysia als Unterscheidungsmerkmal und einigendes Element für das Land gesehen wird, ist eine Verbesserung der Situation für die christliche Minderheit nicht zu erwarten. Da die gewählte Regierung offenbar weiterhin die Politik der Betonung der malaiischen Abstammung fortsetzen will und der bereits erwähnte Richterspruch aus dem Oktober 2013 zeigt, dass selbst die Gerichte dazu tendieren, dem Druck der Straße nachzugeben, muss davon ausgegangen werden, dass sich die Lage der christlichen Minderheit in Malaysia vorerst nicht verbessern wird.

zurück zu Länderübersicht

Platz 41: Bahrain

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Die Situation der Christen in Bahrain hat sich nicht verbessert, die Gesamtpunktzahl des Landes im Weltverfolgungsindex 2014 ist die gleiche wie 2013: 48 Punkte, es liegt damit auf Platz 41. Im Vergleich zu 2013 verliert das Land zwar sechs Plätze, doch ist dies auf die Verschlechterung der Lage in mehreren anderen Ländern zurückzuführen, die Bahrain überholt haben.

Triebkräfte der Verfolgung

Die Haupttriebkraft der Verfolgung von Christen in Bahrain ist „Totalitäre Paranoia“. Zwar ist auch „Islamischer Extremismus“ ein relevanter Faktor, doch die Verfolgung im Land lässt sich am besten durch Totalitäre Paranoia erklären – der Regent des Landes verfolgt das Ziel, um jeden Preis an der Macht zu bleiben. Die Verfassung Bahrains erklärt, dass die Staatsreligion der Islam ist und dass „der Staat die Unantastbarkeit der Gottesverehrung garantiert sowie die Freiheit gewährt, religiöse Riten, Prozessionen und Treffen durchzuführen in Übereinstimmung mit den Gebräuchen des Landes“. Die Scharia (islamische Rechtsprechung) ist die Hauptquelle der Gesetzgebung. Da die Gesellschaft Bahrains auf Stammeszugehörigkeit basiert, wirkt auch „Exklusives Stammesdenken“ in einigen Fällen einschränkend auf die Freiheit der Christen.

Aktuelle Einflüsse

In Bahrain hat die mehrheitlich schiitische Bevölkerung gegen die sunnitische Regierung demonstriert, das Land ist daher der Schauplatz eines Hegemonialwettstreits zwischen Saudi Arabien, das seine Truppen zur Unterstützung der Regierung sandte, um den Funken der Revolution aus den arabischen Aufständen 2011 zu ersticken, und Iran, dessen Reaktion aber bisher auf rhetorische Drohungen beschränkt blieb.

Das hauptsächlich schiitisch-islamische Land ist generell eher tolerant, da es eine wichtige Rolle im internationalen Bankenwesen und im Handel spielt. Es gibt mehrere christliche Buchläden und auch christliche Krankenhäuser. Eine beachtliche Zahl ausländischer Christen (größtenteils aus Südasien) lebt und arbeitet in Bahrain und sie sind relativ frei, ihren Glauben in privaten Räumlichkeiten zu leben. Es ist allerdings verboten, einen Muslimen zu einem anderen Glauben zu führen. Da die Anzahl der Treffpunkte für Christen beschränkt ist, müssen sich Dutzende von Gemeinden dasselbe Gebäude teilen. Es ist ihnen nicht erlaubt, ihre Gottesdienste in Arabisch bekanntzumachen, wohl aber in Englisch.

Betroffene Kategorien von Christen

Christen mit muslimischem Hintergrund stehen in Bahrain unter erheblich höherem Druck als die wenigen historisch-christlichen Gemeinschaften und die ausländischen Gemeinden. Auf Christen muslimischen Hintergrunds wird systematisch Druck ausgeübt. Ausländischen Christen werden oft weitere offizielle Treffpunkte verweigert.

Betroffene Lebensbereiche

Traditionell toleriert die Gesellschaft Konvertiten vom Islam zu einer anderen Religion nicht. Familien und die Umgebung haben sie häufig verstoßen. Die meisten von ihnen wagen es nicht, über ihren neu gefundenen Glauben zu sprechen und einige von ihnen haben es bevorzugt, das Land für immer zu verlassen. Der meiste Druck kommt von Familie und Umgebung, zu einem geringeren Maß vom Staat.

Christen mit muslimischem Hintergrund leiden unter erheblichen Ängsten und spüren daher auch enormen Druck in allen Lebensbereichen. Für sie ist der Druck im Bereich Privatleben, Familie und Gesellschaft am höchsten, aber die Regierung schränkt zudem auch das Leben im Staat und das kirchliche Leben für Christen ein.

Auftreten von Gewalt

Im Berichtszeitraum wurde von keiner Gewalt berichtet.

Ausblick

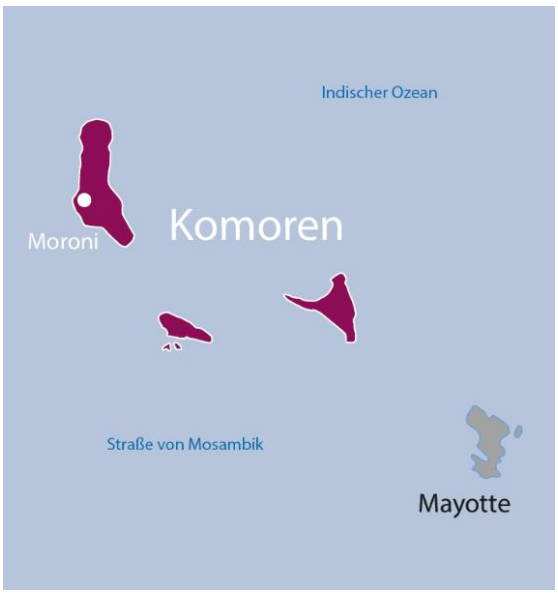
Die Verfassung bestimmt den Islam als Staatsreligion und sieht das islamische Recht als eine wichtige Quelle der Rechtsprechung. Dies bedeutet aber auch, dass Muslime ihren Glauben nicht wechseln dürfen. Christen muslimischen Hintergrunds werden durch den Staat weiterhin als Muslime angesehen und eine rechtliche Anfechtung dieser Tatsache wurde nicht erlaubt, was vor allem starke Auswirkungen auf das Familienrecht hat. Andererseits bleibt Bahrain in Sachen Religionsfreiheit für ausländische Christen eines der liberalsten Länder auf der arabischen Halbinsel.

zurück zu Länderübersicht

Platz 42: Komoren

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit 48 Punkten nehmen die Komoren Platz 42 auf dem Weltverfolgungsindex 2014 ein. 2013 belegte die Inselgruppe - mit den Inseln Grande Comore, Anjouan, Mohéli - mit 45 Punkten Platz 41. Im Land entwickeln sich die Dinge für Christen langsam zum Schlechteren. Der Verfolgungsdruck wird intensiver. Das betrifft vor allem Christen, die einen muslimischen Hintergrund haben, aber auch die kleine Gemeinschaft ausländischer Christen.



Triebkräfte der Verfolgung

Die Haupttriebkraft der Verfolgung auf den Komoren ist der „Islamische Extremismus“.

Islamischer Extremismus: 2009 wurde ein Referendum abgehalten, dass der Regierung der Komoren erlaubte, ihre Verfassung zu ändern und den Islam als Staatsreligion einzuführen. Diese Änderung schränkt die Existenz anderer Religionen stark ein. Zeitgleich stieg die Unterstützung für den islami-

schen Extremismus, besonders auf den Inseln Anjouan und Mohéli. Die wachsende Sympathie für den Islam unter der Mehrheit der Bevölkerung, den Regierungsbeamten, nichtchristlichen religiösen Führern und besonders unter den muslimischen Jugendlichen löst Besorgnis bei der christlichen Minderheit aus.

Aktuelle Einflüsse

Mehrere Faktoren sind wichtig, um die Hintergründe der Verfolgung auf den Komoren zu verstehen.

Die Hauptreligion auf den Komoren ist der sunnitische Islam. In der Vergangenheit sah sich die Inselgruppe politischer Instabilität ausgesetzt – was sich teilweise in einer negativen Menschenrechtsbilanz und mehreren Staatsstreichen niederschlug. Doch seit 2006 sind die Komoren in einem Demokratisierungsprozess, was zu einem wachsenden Gefühl der Rechtmäßigkeit des Prozesses bei der einheimischen Bevölkerung und einer zunehmenden Fähigkeit führte, sich konstruktiv mit sozialen Konflikten auseinanderzusetzen. Ein Bericht von der NGO Freedom House lobte diese Entwicklung als „gewählte Demokratie“.

Im Mai 2009 wurde ein Referendum abgehalten. Es ermöglichte der Regierung, den Islam als Staatsreligion festzulegen, die Scharia einzuführen und damit nach und nach die Religionsfreiheit und die Entwicklung der Kirchen einzuschränken. Ein weiterer Faktor, um die Verfolgung auf den Komoren zu verstehen, bezieht sich auf wachsende islamische Einflüsse trotz einer positiven Entwicklung in Richtung „Stärkung der Demokratie“.

Teilweise wird diese Haltung durch die Entwicklung in Nachbarländern wie der Inselgruppe Sansibar angeregt. Auch der Einfluss des früheren Präsidenten Sambi spielt hier eine Rolle. Teilweise wurde er im Iran ausgebildet und ist mit dem früheren iranischen Präsidenten Ahmadinedschad eng befreundet . Aufgrund dieser Beziehung unterhalten die Komoren enge, bilaterale Beziehungen zu dem Iran. Diese beiden Faktoren machen eine Radikalisierung und sogar eine Entwicklung hin zum militanten Islam sehr wahrscheinlich. Außerdem könnte die „exzessive“ Liberalität der benachbarten, säkularen Mayotte-Inseln von muslimischen Konservativen ausgenutzt werden, um eine strengere Durchsetzung des Islam zu rechtfertigen. Vor allem junge und arbeitslose Komorer könnten dafür empfänglich sein.

Der letzte wichtige Faktor, der hilft, die gegenwärtige Entwicklung der Verfolgung zu verstehen, ist der jüngste Staatsstreich im April 2013. Er zielte darauf ab, die immer noch amtierende Regierung zu stürzen. Der Versuch schlug fehl, doch laut einheimischen Quellen folgten daraufhin Razzien bei christlichen Aktivitäten, was die einheimischen Christen noch ängstlicher und vorsichtiger werden lässt.

Betroffene Kategorien von Christen

Auf den Komoren gibt es zwei Gruppen von Christen. Zum einen die Gemeinschaft ausländischer Christen, zum anderen Christen mit muslimischem Hintergrund. Beide Gruppen von Christen erleben Verfolgung, allerdings unterschiedlich intensiv. Ausländische Christen erleben Verfolgung meisten durch Regierungsbeamte, nicht-christliche, religiöse Autoritäten und im kleineren Umfang durch Führer politischer Parteien und ihre Anhänger. Die stetig wachsende Gemeinschaft von Christen muslimischer Herkunft erfährt nicht nur Verfolgung seitens dieser Gruppen, sondern zusätzlich durch die (Groß-) Familie und radikale Bewegungen.

Betroffene Lebensbereiche

Die Christen auf den Komoren stehen aufgrund ihres christlichen Lebensstils unter erheblichem Druck, was auch an der Punkteverteilung erkennbar wird. Allerdings geht dieser Druck nicht mit religiöser Gewalt einher. Komorische Christen, besonders Christen mit muslimischem Hintergrund, erleben starken Druck in allen 5 Bereichen (Privatleben, Familie, Gesellschaft, Staat und Kirche); die stärkste Verfolgung erfolgt allerdings durch Familie und Gesellschaft. Das führt dazu, dass die Christen ein relativ isoliertes Leben führen. Wie ein Open Doors Feldmitarbeiter über die Verfolgung im Familienleben ausführt: “Wenn ein Komorer sich für den christlichen Glauben entscheidet, erfährt er oder sie erhebliche Probleme innerhalb der Familie. In den meisten Fällen werden alle Brücken zur Familie abgebrochen… Allein die Möglichkeit ihre Familie zu verlieren, hält viele Jugendliche davon ab, sich für Christus zu entscheiden”. Große Teile der Bevölkerung auf den Komoren sind unter 20 Jahre alt. Ein Sprichwort dort sagt: 'Wer immer die Jugend beeinflusst, hat die Zukunft‘. Da viele junge Menschen, die Christen werden möchten, vor diesem Schritt zurückschrecken, geht hier eine Möglichkeit verloren, sie mit dem Evangelium zu erreichen.

Zusätzlich erleben Christen aus muslimischem Hintergrund auch, dass sie von der Gesellschaft als Randgruppe behandelt werden. Zum Beispiel erhalten sie nur eingeschränkten Zugang zu medizinischer Versorgung.

Weiter berichtet der Feldmitarbeiter von Open Doors, dass die Regierung der Komoren dem Westen gegenüber zeigen will, dass ihr Land Religionsfreiheit gewährt. Andererseits will sie Ländern wie Saudi-Arabien und dem Iran gefallen, indem sie örtliche Behörden (etwa die Polizei) dazu auffordert, Christen muslimischer Herkunft zu „ermutigen“, zum Islam zurückzukehren. Es gibt Berichte, dass Christen aus muslimischem Hintergrund von den Behörden gezwungen werden, Dokumente zu unterschreiben, in denen sie versprechen, sich nie wieder mit anderen Christen zu treffen oder ihren Glauben mit anderen zu teilen. Die Situation der ausländischen Christen ist in ähnlicher Weise eingeschränkt. Zum Beispiel dürfen sie kein christliches Material einführen oder über die Verfolgung berichten, die sie erleben.

Auftreten von Gewalt

Wie bereits erwähnt, gründet sich die Verfolgung auf den Komoren kaum auf religiös basierter Gewalt. Dennoch berichtet ein Mitarbeiter von Open Doors, dass zumindest einige Christen in der Öffentlichkeit aufgrund ihres Glaubens misshandelt worden sind, verbunden mit dauerhaften körperlichen und psychischen Folgen. Auch die Überwachung der Gläubigen von Seiten der Regierung hat zugenommen, was auch zu verschärften Verhören und Reiseeinschränkungen von Bürgern führt, von denen man annimmt, dass sie Christen sind.

Ausblick

Inmitten eines als paradox zu bezeichnenden Prozesses, bleibt die Zukunft der Kirche auf den Komoren ungewiss. Es scheint immer weniger Raum für die Entwicklung und das Wachstum kirchlichen Lebens zu geben. Beispiele für diesen enger werdenden Raum sind die Einführung des Islam als Staatsreligion, einschränkende Regeln und Gesetze, die das Kirchenleben betreffen sowie die offensichtliche Radikalisierung der Mehrheit der komorischen Bevölkerung, insbesondere der muslimischen.

Die Wirtschaft auf den Komoren ist sehr instabil. Die Bevölkerung im Allgemeinen, und damit konkret viele Einzelfamilien, sind wirtschaftlich abhängig von der Unterstützung durch die Verwandtschaft aus dem Ausland und deren Einkommen (viele Komorer leben in Frankreich). Laut Bericht eines Feldmitarbeiters von Open Doors, gibt diese wirtschaftliche Abhängigkeit den Muslimen ein gutes

Druckmittel in die Hand, um neue Gläubige zur Rückkehr zum Islam zu bewegen. Daher ist es hilfreich, wenn diese Konvertiten entsprechend Unterstützung bekommen, damit sie wirtschaftlich unabhängig werden und bleiben können. Dadurch werden sie weniger angreifbar für den Druck durch die muslimische Gesellschaft und damit für Verfolgung. Vor diesem Hintergrund scheint die Freiheit der komorischen Christen davon anhängig zu sein, wie sich der zukünftige, religiös-politische Trend für die Komoren entwickeln wird. Andererseits gibt es auch eine Entwicklung, der dieser Erwartung entgegenläuft. Eine große Zahl Komorer scheint z.Z. ernsthaft auf der Suche nach Christus zu sein. Die Kirche hat auf diese Suche reagiert und ist Ansprechpartner für diese Menschen.

zurück zu Länderübersicht

Platz 43: Kenia

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit einer Punktzahl von 48 Punkten steht Kenia auf Platz 43 des Weltverfolgungsindex 2014. Im Jahr 2013 belegte das Land mit 47 Punkten Platz 40. Das Land als Ganzes ist im zweiten Jahr in Folge auf dem Index. Während sich die Verfolgung in Form von Gewalt deutlich verringert hat, nahm der Druck auf Christen in den verschiedenen Lebensbereichen ebenso deutlich zu.

Triebkräfte der Verfolgung

Die stärkste Triebkraft der Verfolgung von Christen in Kenia ist der „Islamische Extremismus“. Es gibt aber auch Anzeichen dafür, dass „Exklusives Stammesdenken“, „Organisierte Korruption“ und der „Aggressive Säkularismus“ das Wachstum der kenianischen Gemeinde beeinflussen. Hierzu ist verstärkte Forschung erforderlich.

Islamischer Extremismus: Ungefähr 10 bis 15 Prozent der kenianischen Bevölkerung sind Muslime, die Mehrheit zählt sich zu den Sunniten, während weniger als 10% aller Muslime Schiiten sind. Eine Studie zeigt, dass 95 Prozent der Muslime ihren Glauben als sehr wichtig für ihr Leben ansehen. Noch wichtiger ist, dass kenianische Muslime Politik und Religion als miteinander verknüpft anzusehen scheinen, zwei Drittel befürworten außerdem die Einführung der Scharia. Vor kurzem etablierte Kenia das Kadhi-Gerichtssystem im Rechtssystem des Landes, welches derzeit auf Muslime beschränkt ist, die sich freiwillig dieser Gerichtsbarkeit unterstellen. Obwohl dieses doppelte System existiert, bevorzugen wohl die meisten Muslime die Demokratie gegenüber anderen Regierungsformen. Allerdings hat die muslimische Bevölkerung, die vornehmlich in der Küstenregion lebt, angefangen, auf eine gefühlte Entfremdung der kenianischen Bevölkerung zu reagieren. Dies beruht zum Teil auf einem Empfinden der Diskriminierung, fehlender Entwicklung und extrem hoher Arbeitslosigkeit unter muslimischen Jugendlichen (bis zu 70% bei den 14 bis 24-jährigen) und wird weiter durch den islamischen Extremismus, der aus dem Nachbarland Somalia übergreift, angeheizt. Es wird berichtet, dass Politiker, die muslimisch dominierte Wahlkreise vertreten, den Plan verfolgen, die Kirche aus diesen Wahlkreisen zu verdrängen. Neben dieser Drohung laufen auch Beamte mit christlichem Hintergrund Gefahr, aus muslimisch dominierten Gebieten versetzt zu werden.

Aktuelle Einflüsse

Mehrere Fakten sind wichtig, um den Hintergrund der Verfolgung von Christen in Kenia zu verstehen. Zunächst ist Kenia ethnisch sehr komplex zusammengesetzt. Des Weiteren ist Kenia ein Land mit christlicher Mehrheit und einer deutlich kleineren, muslimischen Minderheit. 80% der Bevölkerung bezeichnen sich als Christen, nur 10 bis 15 Prozent bezeichnen sich selbst als Muslime. Kenias Regierung kann als „Hybrid"-Regime bezeichnet werden. Es wird zwar auf den ersten Blick eher demokratisch als autokratisch regiert, aber sowohl Präsident Uhuru Kenyatta als auch Vizepräsident William Ruto sind derzeit vor dem Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag angeklagt. Ihnen wird vorgeworfen, die Gewalt nach den umstrittenen Wahlen 2007/2008 angefacht zu haben. Darüber hinaus kommt es regelmäßig zu Ausbrüchen von Stammes- und ethnisch begründeter Gewalt. Diese hat oft eine politische Dimension; die Gewalt nach den weithin als gefälscht angesehenen Wahlen von 2007/2008 ist dafür ein gutes Beispiel. Ein anderes Element, um die derzeitige Verfolgung von Christen zu verstehen, ist religiöser Natur. Kenia hat, was einen interreligiösen Konflikt betrifft, keine Geschichte. Christen und Muslime scheinen friedlich miteinander zu leben. Es gibt aber Anzeichen, dass sich dies ändern könnte. Darüber hinaus ist Kenias Militär in Somalia im Einsatz und das Land beherbergt eine große Zahl Flüchtlinge aus benachbarten Ländern, auch Somalier. Islamische Extremistengruppen nutzen diese, um die muslimische Bevölkerung Kenias zu radikalisieren. Die Wahlen im März 2013 fanden in einer Atmosphäre des Misstrauens statt, die das Land tief gespalten hat.

Betroffene Kategorien von Christen

In Kenia gibt es vier Arten von Kirchen. Die erste ist die der ausländischen Kirchengemeinschaften. Dann gibt es die orthodoxen Kirche, die nicht traditionelle, protestantische Kirche und die Christen mit muslimischem Hintergrund. Generell kann man die erste Gruppe in Nairobi und in anderen größeren, urbanen Zentren finden, während die orthodoxen und nicht traditionellen, protestantischen Kirchen im ganzen Land ansässig sind. Kirchen von Christen mit muslimischem Hintergrund gibt es größtenteils in den muslimisch dominierten Gebieten im Nordosten (z.B. die Provinz Waijr) und entlang der Küste (inklusive Mombasa). Christen mit muslimischem Hintergrund sehen sich mit anders gearteter Verfolgung konfrontiert als die Mitglieder der anderen drei Gruppen.

Betroffene Lebensbereiche

Wie bereits in der Einführung erwähnt, verringerte sich die Punktzahl im Bereich „Gewalt" um 5 Punkte gegenüber dem letzten Jahr. Die Gewalt ist damit geringer als in anderen Ländern der Region wie z.B. Eritrea, Sudan oder Äthiopien. Dass allerdings die Gesamtpunktzahl um einen Punkt gestiegen ist, zeigt, dass sich der Grad der Verfolgung hinsichtlich des Drucks merklich verstärkt hat. Dies hat sich für die vier verschiedenen Kirchentypen unterschiedlich bemerkbar gemacht. Informationen von Open Doors Mitarbeitern deuten darauf hin, dass Christen muslimischen Hintergrunds den verstärkten Druck vor allem im Bereich des Privat-, Familien- und gesellschaftlichen Lebens erfahren. Die Hauptverfolger hinter diesem Vorgang sind primär nahe Familienangehörige oder Mitglieder der erweiterten Familie, nicht-christliche Religionsführer und Stammesführer. In Bezug auf die letztere Gruppe meint ein einheimischer Open Doors Kontakt: „Die Stammesältesten sind die Bewahrer des Islam in den nordöstlichen Teilen des Landes. Sie verfolgen alle, die sich Christus zuwenden und machen auch das Leben der Kirche in diesen Teilen des Landes schwer". Die anderen drei Kirchentypen des Landes erleben Druck vor allem in den Bereichen des Lebens im Staat und des kirchlichen Lebens. Die Verfolger sind hier Beamte, politische Parteien mit Verbindungen zum Islam und das Umfeld der religiösen Führer, das sind deren Anhänger, die sich aus normalen Bürgern, aber auch aus fanatischen Moslems zusammensetzen.

Auftreten von Gewalt

Wie bereits erwähnt, zeigen Nachforschungen einen merklichen Rückgang der allgemeinen Gewalt gegen Christen. Dennoch ist das Niveau gezielter Gewalt immer noch beunruhigend hoch. Ein Open Doors Feldforscher berichtete von mehreren Gewaltakten mit religiösem Hintergrund: Im Berichtszeitraum wurden mehr als zehn Menschen wegen ihres Glaubens getötet. Mindestens drei Kirchen in Mombasa wurden nach der Ermordung muslimischer Geistlicher angegriffen. Die Schuldigen an diesen Morden sind bisher noch nicht gefunden worden. Zudem wurde eine Kirche der Heilsarmee zweimal angegriffen. Es gab Berichte von verbalem und mentalem Missbrauch durch Muslime, Open Doors Untersuchungen zeigen, dass dies besonders Kinder von Christen im nordöstlichen Teil des Landes betrifft. Es gab einen Bericht über die Plünderung des Hauses eines Christen, Abdi Welli. Dabei wurde sein Besitz geraubt (unter anderem auch christliche Bücher und DVDs). Schließlich haben Open Doors Feldforscher allgemein berichtet, dass die Christen verängstigt sind und dass schon der Gang zur Kirche als ein mutiger Glaubensschritt empfunden wird. Kirchen, die in der Lage waren, Metalldetektoren zu kaufen, haben diese aus Angst vor Selbstmordattentätern installiert. Open Doors wurde berichtet, dass aus Angst vor solchen Anschlägen, der Besuch von Gottesdiensten und kirchlichen Veranstaltungen nachgelassen habe.

Ausblick

Trotz des Nachlassens der gewalttätigen Verfolgung von Christen ist die allgemeine Situation der Christen nicht positiv zu werten. Der Druck auf Christen hat sowohl im Privat-, Familien- und im gesellschaftlichen Leben zugenommen, sowie im staatlichen als auch im kirchlichen Leben. Ein Open Doors Kontakt berichtet von einem paradoxen Geschehen hinsichtlich der Position der Kirche im Angesicht wachsender Verfolgung. Zum einen scheint die Mehrheit der kenianischen Kirche die Anzeichen der wachsenden, wirtschaftlichen Macht der muslimischen Gemeinschaften in Kenia nicht wahrzunehmen und ebenso die zumindest teilweise stattfindende, politische Radikalisierung mit dem Ziel, Christen an den Rand zu drängen und schlussendlich die Kirche in Kenia auszulöschen, nicht zu sehen. Zum anderen versuchen einflussreiche Kirchenleiter, konstruktive Gespräche mit der Regierung zu führen, damit diese die Nöte der Kirche im Angesicht der Verfolgung von Christen wahrnimmt und dagegen angeht. Allerdings ist es schwierig, die Aufmerksamkeit der kenianischen Regierung zu erlangen, und diese dazu zu veranlassen, nachhaltige Aktionen zu initiieren und am Laufen zu halten. Grund dafür sind nicht nur die limitierten Möglichkeiten der Regierung, sondern auch deren Haltung gegenüber religiösen Institutionen (auch christlichen Organisationen), die sich zu verschlechtern scheint. So versucht zum Beispiel die Regierung, Gesetze einzuführen, die Regulierungen und Einschränkungen für die Präsenz von religiösen Organisationen vorsehen.

Gleichzeitig scheint der Austausch zwischen christlichen Leitern und den muslimischen Führern immer schwieriger zu werden, da die christliche Seite die Motive der muslimischen Führer bei der Einführung der Kadhi-Gerichte hinterfragt. Der vor kurzem erfolgte Angriff auf das Westgate Shopping Center im Herzen Nairobis durch die islamische Extremistengruppe al Shabaab verkompliziert die Dinge weiter. Er führte, laut einem lokalen Kontakt, zu nur oberflächlichen Versöhnungsgesprächen zwischen den beiden Religionsgemeinschaften. Im Angesicht dessen setzt sich die Gewalt gegen Christen und ihre Kirchen offenbar fort. Folglich wächst mehr und mehr ein Misstrauen des christlichen Teils der kenianischen Gesellschaft gegenüber den muslimischen Gemeinschaften in ihrer Mitte. So bleibt, trotz langsamen Wachstums der Kirche in Kenia, ihre Situation doch prekär. Ein lokaler Kontakt sagte zwar : „Durch die aktuellen Entwicklungen im Land ist der Wille zur Zusammenarbeit in den Kirchen sehr hoch“, doch bleibt abzuwarten, ob die Kirche in der Lage ist, mit der wachsenden, ablehnenden Haltung ihrer Mitglieder gegenüber Muslimen konstruktiv umzugehen und wie sie auf den wachsenden Druck – teilweise durch die Regierung - reagiert.

zurück zu Länderübersicht

Platz 44: Marokko

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Marokko steht mit 47 Punkten auf Platz 44 des Weltverfolgungsindex 2014. Im letzten Jahr belegte dieses Land bei gleicher Punktzahl Platz 39, was damit zu erklären ist, dass sich die Situation in anderen Ländern verschlechtert hat und auch zwei Wiedereinstiege auf dem Index sind.

Triebkräfte der Verfolgung

Die Hauptantriebskraft der Verfolgung in Marokko ist der „Islamische Extremismus“, dies umso mehr, als an der Spitze der Regierung eine islamische Partei steht. Wenngleich lokale Behörden, Nachbarn und in geringem Ausmaß Familienangehörige weiterhin für die meisten Feindseligkeiten gegenüber Christen verantwortlich sind, muss auch die Partei der Islamisten, die bei den letzten Wahlen gewonnen hat, erwähnt werden. Diese Tatsache verursacht die größte Verunsicherung unter den Christen. Islamische Organisationen, häufig von Saudi Arabien finanziert, üben zunehmenden Einfluss im Land aus.

Aktuelle Einflüsse

Die aus den Ländern Nordafrikas und des Mittleren Osten als „Arabischer Frühling“ bekannte Welle der Revolutionen hat auch Marokko erreicht. Zwar haben die Proteste nicht das Ende der Monarchie bewirkt, König Mohammed VI. musste jedoch einige Reformen zur Sicherung des sozialen Friedens auf den Weg bringen. Die Proteste wurden schließlich im Juli 2011 unter Kontrolle gebracht, als der König sich gezwungen sah, große politische Zugeständnisse zu machen: Veränderungen in der Regierung, ein Referendum hinsichtlich einer Verfassungsreform sowie eine Verpflichtungserklärung, die bürgerlichen Rechte in größerem Maße zu schützen und die Korruption zu beenden.

Aus rein pragmatischen Überlegungen gab Mohammed VI. - er wird als direkter Nachfahre des Propheten Mohammed, dem Begründer des Islam, angesehen - dem Druck der gemäßigten islamischen ‚Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung‘ (PJD) nach. In den Parlamentswahlen Ende 2011 errang die PJD einen überwältigenden Sieg. Sie stellte daraufhin auf der Grundlage der neuen Verfassung den Premierminister.

Betroffene Kategorien von Christen

Leidtragende der Verfolgung sind zuallererst Christen mit muslimischem Hintergrund, obwohl die Einschränkungen ebenfalls die historisch gewachsene, katholische Kirche oder Gemeinschaften ausländischer Christen im Land betreffen. Die einheimische, marokkanische Kirche ist vom Staat nicht anerkannt, Kirchen der ausländischen Christen wohl. Sie haben dennoch beständig Unterdrückung erlebt, wenngleich diese nicht so stark wie in anderen nordafrikanischen Nachbarstaaten war.

Der Islam ist zwar offiziell Staatsreligion, die Verfassung bietet jedoch auch ein gewisses Maß an Religionsfreiheit. Dennoch gibt es eine Reihe von praktischen Einschränkungen, die diese Freiheit beschneiden. Beispielsweise verbietet die Regierung die Verbreitung christlicher Materialien sowie Proselytismus jeder Art. Sie toleriert einige religiöse Minderheiten, allerdings mit unterschiedlichen

Einschränkungen. Gemeinschaften ausländischer Christen dürfen ihren Glauben offen praktizieren. Der freiwillige Wechsel des Glaubens ist nach marokkanischem Gesetz keine kriminelle Handlung, von daher also grundsätzlich akzeptiert. Allerdings werden marokkanische Muslime, die sich tatsächlich dem Christentum zuwenden, von der Polizei wie Verbrecher behandelt und sehen sich zudem der Ablehnung durch Freunde und meist auch Familienangehörige ausgesetzt.

Christen sind nicht die einzige verfolgte Minderheit in Marokko. Auch Schiiten werden verfolgt und regelmäßig diskriminiert, da der König sunnitisch ist.

Betroffene Lebensbereiche

Da das Land eine muslimische Bevölkerungsmehrheit hat, sind die Verfolgungsursachen ganz ähnlich denen in den angrenzenden Maghrebstaaten, obwohl die Gesetzgebung in Marokko im Vergleich etwas weniger restriktiv ist. Deshalb gibt es noch einen gewissen Bewegungsspielraum an Autonomie im Privatleben der Christen. Im Vergleich zum Vorjahr sind keine auffälligen Veränderungen festzustellen, doch deuten die Ergebnisse auf eine Zunahme des Drucks auf Christen im gesellschaftlichen Leben hin.

Dort hat die Bedrängnis offensichtlich zugenommen. Auch ausländische Mitarbeiter kommen nur noch mit großen Schwierigkeiten ins Land. Viele Christen sehen pessimistisch in die Zukunft, da die Partei der Islamisten und weitere islamistische Bewegungen ihren Einfluss im Land vergrößern.

Auftreten von Gewalt

Nur wenige gewaltsame Übergriffe gegen Christen wurden während des Berichtzeitraums aus Marokko gemeldet. Ein ungewöhnlich schwerer Vorfall wurde allerdings aus Taounat bekannt, wo ein Christ verhaftet und zu 2 ½ Jahren Gefängnis sowie einer Geldstrafe von 5.000 Dirham (ca. 450 €) verurteilt wurde. Ein anderer Christ muss 15 Jahre im Gefängnis von Agadir verbüßen. Diese zwar schweren Einzelfälle dürfen aber nicht als eine allgemeine Verschlechterung der Lage gewertet werden.

Ausblick

Gemessen an den Vorjahren hat sich die Situation der Christen in Marokko nicht wesentlich verändert. Zweifellos ist die Tatsache, dass nun eine islamistische Partei mitregiert, die für die Christen bedeutendste Änderung. Islamistische Kräfte treten im Land immer deutlicher in Erscheinung. Während die marokkanische Kirche im Jahr 2010 unter enormem Druck stand - mehr als 150 Missionare und ausländische Mitarbeiter wurden des Landes verwiesen - gab es 2011 nur wenige Vorfälle gegen Christen. Die Behörden waren überwiegend damit beschäftigt, die Aufstände im Land niederzuhalten, so blieb wenig Zeit für die Überwachung der marokkanischen Christen und ihrer Kirchen.

Der „Arabische Frühling“ weckte Hoffnungen in der jüngeren Generation der Christen und auch Entschlossenheit, sich mehr für ihre Freiheit einzusetzen. Die Zukunft wird zeigen, ob aus der Hoffnung Realität wird, oder ob die Einschränkungen durch die Regierung wieder überhand nehmen. „Können die Islamisten im Land Al Kaida in Schach halten?“ fragte die Zeitung Le Monde Diplomatique schon 2007. Bis heute ist diese Frage offen. Die Antwort darauf hängt davon ab, wie moderat sich die Islamisten in der Regierung geben werden und auch, ob die gemäßigten Muslime eine Koalition werden formieren können, die dem Druck von Al Kaida und anderen fundamentalistischen Gruppierungen Stand hält.

zurück zu Länderübersicht

Platz 45: Tadschikistan

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit 47 Punkten liegt Tadschikistan auf Platz 45 des Weltverfolgungsindex (WVI) 2014. 2013 war das Land mit 42 Punkten auf Platz 44. In den letzten Jahren ist die Lage der Christen in diesem Land relativ stabil geblieben.

Triebkräfte der Verfolgung

Die wesentliche Triebkraft der Christenverfolgung in Tadschikistan ist der „Islamische Extremismus“, hinzu kommt in geringerem Maße der Faktor „Kommunistische Unterdrückung“.

Islamischer Extremismus: Er ist besonders stark im östlichen Teil des Landes (Gorno-Badakhshan), doch ist seine Wirkung auf Christen bisher begrenzt. Die islamischen Extremisten werden von der Regierung bekämpft. Konvertiten sind jedoch einer starken, gesellschaftlichen Kontrolle ausgesetzt, die von Familie, Freunden und der lokalen Gemeinschaft ausgeübt wird. Aus diesem Grund stehen Christen muslimischer Herkunft unter einem zusätzlichen Druck. Sie nutzen jede Vorsichtsmaßnahme, um nicht entdeckt zu werden.

Kommunistische Unterdrückung: Auch wenn der Ausdruck „Kommunistische Unterdrückung“ nicht ganz beschreibt, was in Tadschikistan geschieht, verweist er doch auf die Mechanismen, mit denen die Regierung Kontrolle ausübt. Diese wird nicht aus islamistisch-extremistischen Gründen Einzelnen oder Gruppierungen auferlegt, sondern um die Interessen der herrschenden Autoritäten zu schützen. Die regierende Elite unter Präsident Rahmon, der im Jahr 1992 an die Macht kam und in Zeiten des Sowjetregimes ausgebildet wurde, wird alles tun, um an der Macht zu bleiben. Dreh- und Angelpunkt ihrer Strategie ist die staatliche Kontrolle aller sozialen und religiösen Gruppierungen. Christen, die sich diesen Zielen widersetzen, geraten automatisch in den Fokus der Regierenden. Obwohl die kommunistische Ära in Tadschikistan mit dem Zusammenbruch des Sowjetregimes endete, blieb das Erbe der kommunistischen Religionsbürokratie erhalten. So müssen sich zum Beispiel religiöse Gruppen im Lande immer noch beim Amt für Religiöse Angelegenheiten, das dem Rat der Minister untersteht, registrieren lassen. Religiöse Gruppen, die dies nicht tun, sind „illegal“. Ähnlich wie in der kommunistischen Ära haben nur die religiösen Gruppen ein Existenzrecht, die vom Staat anerkannt werden. Da der Kult um die Person von Präsident Rahmon nicht die Ausmaße des Kults um die Machthaber in den umliegenden Ländern erreicht, ist es nicht gerechtfertigt, außerdem von „Totalitärer Paranoia“ zu sprechen.

Aktuelle Einflüsse

Tadschikistan ist das einzige zentralasiatische Land, dessen Landessprache persischen Ursprungs ist. Abgesehen von dieser Besonderheit ist es ein typisches zentralasiatisches Land, das wie alle anderen Länder dort mit den Problemen der Region konfrontiert ist, allerdings in größerem Ausmaß. Die Wirtschaft stützt sich sehr stark auf Überweisungen der Arbeitsmigranten aus dem Ausland – man geht davon aus, dass bis zu 20 Prozent der Bevölkerung in Russland oder Kasachstan arbeitet. Etwa. 60 Prozent der Bevölkerung lebt von dem Geld, dass diese Migranten verdienen. Das bedeutet nicht nur ein sehr hohes Risiko, sondern hat auch enorme sozialen Kosten. Familien werden auseinandergerissen und viele Kinder wachsen ohne männliche Verwandte auf.

Auch die Tatsache, dass in Tadschikistan viele verschiedene ethnische Gruppen zusammenleben, hat Auswirkungen. Ebenso wie in den Nachbarländern empfinden sich ethnische Minderheiten nicht als Bürger des Landes. Dieses hat sehr unter dem Bürgerkrieg von 1992-1997 gelitten. Ethnische Spannungen flammen immer wieder auf, wobei die Ursachen dafür nicht angesprochen werden. Es ist nicht klar, ob Versöhnung der Gruppen überhaupt ein von der Regierung verfolgtes Ziel ist oder ob sie einigen regionalen, militanten Gruppierungen Vorteile oder – vereinfacht gesagt – ein „Stück des Kuchens" versprochen hat. Hier wird ein drittes, typisches Merkmal für Zentralasien sichtbar: Korruption ist allgegenwärtig.

Betroffene Kategorien von Christen

In Tadschikistan gibt es drei Kategorien von Christen: die traditionellen Kirchen, im Besonderen die Russisch-Orthodoxe Kirche, die nicht-traditionellen, protestantischen Kirchen und die Konvertiten, die entweder die nicht-traditionellen, protestantischen Kirchen besuchen oder unabhängig von diesen beiden Kirchen ihren Glauben leben.

Hauptsächlich die letzten beiden Gruppen befinden sich im Fokus der Verfolger, da die Russisch-Orthodoxe Kirche in den letzten Jahren dadurch an Einfluss verloren hat, dass ethnische Russen - wie in anderen zentralasiatischen Ländern auch – das Land verlassen haben, um zurück nach Russland zu gehen. Stimme und Einfluss der Russisch-Orthodoxen Kirche werden schwächer, auch wenn sie sich immer entschieden hatte, den diplomatischen Weg zu gehen.

Betroffene Lebensbereiche

Obwohl Christen, insbesondere die Konvertiten, den Druck in allen Bereichen des Lebens spüren, heben sich doch zwei Bereiche besonders hervor: der private und der kirchliche. Berichten zufolge, die Open Doors erreicht haben, wurden entdeckte Konvertiten körperlich misshandelt, ihr Besitz zerstört und in anderen Fällen kam es zu noch stärkeren Übergriffen.

Ein besonderes Gewicht liegt auf der Verfolgung im Bereich der Kirche. In den letzten zehn Jahren wurde nicht eine Kirche neu registriert und selbst wenn Kirchen Versammlungen und sogar Gottesdienste abhalten konnten, mussten sie stets mit Überwachungen oder Störungen rechnen. Auch wurden Gläubige verhört. Ein 2011 verabschiedetes Gesetz schränkt die Arbeit mit Jugendlichen ein. Ein anderes 2012 eingeführtes Gesetz verbietet es tadschikischen Bürgern, ins Ausland zu gehen, um dort eine religiöse Ausbildung zu erhalten, zu predigen, religiöse Lehren zu verbreiten oder Kontakte zu religiösen Organisationen zu knüpfen. Auch wenn dieses Gesetz alle religiösen Gruppen betrifft, muslimische Minderheiten eingeschlossen, sind doch die Christen stark davon betroffen. Es gibt keine Bibelschule oder religiöses Trainingszentrum im Land. Jeder Kurs auf lokaler oder auf Kirchenebene muss bei den lokalen Autoritäten gemeldet werden.

Gemäß einem weiteren 2011 eingeführten Gesetz kann jeder bestraft und mit einer Geldbuße belegt werden, der religiöses Material besitzt, druckt oder importiert. Laut einem Bericht von Forum 18, wurden seit Sommer 2013 mindestens sechs Christen zu einer Geldstrafe verurteilt. Eine weitere Besonderheit ist, dass Gläubige von Experten auf eigene Kosten ein Gutachten anfertigen lassen müssen, um die Legalität von religiösem Material bestätigen zu lassen. Die Gebühren dafür sind unbezahlbar hoch und summieren sich zu den Geldstrafen.

Auftreten von Gewalt

Gewalt wird normalerweise nicht von der Regierung benutzt, aber ab und zu werden Razzien in Kirchen durchgeführt und manchmal werden Christen inhaftiert oder dazu gezwungen, sich einer psychologischen Behandlung zu unterziehen. Christen mit muslimischem Hintergrund werden häufiger

mit Gewalt konfrontiert, besonders durch ihre Familien. Open Doors wurde berichtet, dass eine junge Konvertitin zwangsverheiratet wurde und dass andere Frauen von Familienmitgliedern heftig geschlagen und sogar vergewaltigt worden sind. Von Zeit zu Zeit mussten Christen aus ihrem Lebensumfeld fliehen und sich verstecken.

Ausblick

Mit einer Verbesserung der Situation der christlichen Minderheit ist nicht zu rechnen. Die Regierung übt starken Druck auf alle „abweichenden" Gruppierungen aus. Zusätzlich gibt es noch einen äußeren Faktor, der schwer einzuschätzen ist: Ohne Frage wird Tadschikistan von dem beeinflusst werden, was im benachbarten Afghanistan nach dem Abzug der internationalen Truppen 2014 geschieht. Durch Verschärfung bereits bestehender Gesetze und deren verstärkten Durchsetzung, versucht die Regierung, sich auf die Zukunft vorzubereiten und erhöht so den Druck auf die christliche Minderheit im Land. Besonders das neue Jugendgesetz engt die Christen und andere religiöse Minderheiten sehr stark ein, vor allem weil nicht eindeutig ist, was gesetzlich erlaubt ist, und was nicht.

Ein weiteres, besorgniserregendes Ereignis war ein Einsatz des Militärs im Juli 2012 im Osten des Landes gegen islamistische Kämpfer. Es hat nicht nur gezeigt, dass extreme islamistische Gruppierungen im Lande sind, sondern auch, dass die Regierung versucht, Kompromisse und Übereinkünfte mit ihnen zu finden. Vor kurzem wurde ein Übereinkommen ausgehandelt, die Regierung wird aber verhindern, dass diese Gruppierungen sich in anderen Regionen ausbreiten. Ob und wie sich dies auf die Situation der Christen auswirkt, ist nicht absehbar. Aber wenn Christen als solche entdeckt werden, könnte es Verschlechterungen geben.

zurück zu Länderübersicht

Platz 46: Dschibuti

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Dschibuti ist ein kleines und von Armut gebeugtes, muslimisches Land, das an Eritrea, Äthiopien, Somalia und den Golf von Aden grenzt. Der Stadt-Staat hat nur wenig natürliche Rohstoffe innerhalb der Landesgrenzen, liegt jedoch geographisch sehr günstig an einer der meist befahrenen Schiffsrouten. Mit 46 Punkten belegt Dschibuti Platz 46 auf dem Weltverfolgungsindex 2014. Im Vorjahr war das Land mit 44 Punkten auf Rang 43 des Index gelistet.

Die leichte Zunahme an gemeldeten, gewaltsamen Übergriffen gegen Christen hat die Punktzahl des Landes insgesamt erhöht. Dabei blieb jedoch die Lage der Christen weitgehend stabil; dies gilt auch für die nicht-traditionellen, protestantischen Gemeinden, die Mitglieder der Orthodoxen Kirche und für die Christen mit muslimischem Hintergrund. Das bestätigt zudem den Bericht eines Open Doors Mitarbeiters im Land, der keine nennenswerten Veränderungen in der Situation der Christen festgestellt hat. Wahrscheinlich ist dies dem Empfinden der regierenden Elite dieser Präsidialrepublik zuzuschreiben, die sich in ihrer Position recht sicher fühlt, trotz der größeren Unruhen in den Nachbarländern.

Triebkräfte der Verfolgung

Die Verfolgung der Christen in Dschibuti stützt sich hauptsächlich auf den "Islamischen Extremismus" und „Totalitäre Paranoia".

Islamischer Extremismus: Etwa 95% der Bevölkerung in Dschibuti sind sunnitische Muslime. Ausländische Christen (zum Beispiel Militärpersonal aus Frankreich und den USA), Christen der Orthodoxen Kirche zumeist aus Äthiopien und einheimische Christen aus christlichen Familien erleben selten Einschränkungen in ihrem Glaubensleben. Menschen, die aus dem Islam zum Christentum konvertiert sind, müssen allerdings mit Druck seitens ihrer Familien oder der Gesellschaft rechnen. Die Einschränkungen ihrer Glaubensfreiheit sind hauptsächlich im Privatleben zu spüren. Bedrängnis erfahren die diese Christen durch die Großfamilie und durch (religiöse) Leiter im gesellschaftlichen Umfeld.

Totalitäre Paranoia: Die Regierung hält die verfassungsmäßig geschützte Religionsfreiheit weitgehend ein. Allerdings will sie die Kontrolle darüber behalten, was in den Moscheen gepredigt wird, denn sie fürchtet die Zunahme eines radikalen Islam. Die allgemeine Haltung der Regierung gegenüber Christen und anderen religiösen Minderheiten ist durchgängig negativ. Als Hauptagitatoren der Verfolgung sind die dschibutischen Regierungsbeamten zu nennen. Die Haltung der Regierung gegenüber den Christen könnte sich jedoch in Zukunft verschlechtern, da ausländische Investoren aus den benachbarten Golfstaaten ihre Aktivitäten im Land erhöhen (einschließlich Islamisches Bankwesen[10]).

Aktuelle Einflüsse

Um den Entwicklung der Christenverfolgung in Dschibuti zu verstehen, müssen mehrere Einflüsse beachtet werden. Historisch gesehen ist der Islam in der Gesellschaft des Landes tief verwurzelt. Eine beträchtliche Anzahl der Einwohner haben zudem familiäre Verbindungen ins Nachbarland Somalia, wo negative Einstellungen und Haltungen gegenüber dem Westen und den Christen fest verankert sind. Diese spiegeln sich daher auch in der dschibutischen Gesellschaft wider. Gleichzeitig ist jedoch das Christentum schon lange Zeit in Dschibuti angesiedelt, z.T. durch die Verbindung zu Äthiopien. Seit seiner Unabhängigkeit im Jahr 1977 wird das Land von einem nicht-demokratischen, präsidialen Regime regiert, dem zurzeit Präsident Ismail Omer Guelleh vorsteht. Der löste 1997 seinen Onkel ab und ist damit der zweite Präsident seit 1977. Während des Arabischen Frühlings haben Präsident Guelleh und seine Partei ‚Volksversammlung für Fortschritt' mehrere Wellen von Straßenprotesten durch gewaltsame Niederschlagungen überdauert.

Die Wirtschaft von Dschibuti ist anfällig, zum einen wegen des Mangels an Rohstoffen und zum anderen wegen der schwach entwickelten Industrie. So ist das Land auf internationale Unterstützung angewiesen. Die kommt aus arabischen Ländern, Islamischen Staaten (z.B. Türkei) und Ländern des Westens. Im Gegenzug für die Unterstützung durch Letztere, stärkt die Regierung von Dschibuti westliche Bemühungen gegen islamistischen Terrorismus, wie beispielsweise den Kampf gegen Piraterie vor den Küsten von Somalia und im Golf von Aden. Die internationale Unterstützung führt zwar nicht zu einem Gesinnungswandel in der negativen Haltung gegenüber Christen, bietet diesen aber einen gewissen Schutz vor unterdrückenden Maßnahmen des Regimes.

---

[10] Reuters, "Djibouti enlists Islamic finance to boost banking penetration," 7. November 2013, aufgerufen am 20.11.2013

Betroffene Kategorien von Christen

In Dschibuti sind vier Kategorien von Christen anzutreffen. Neben einer kleinen Ausländergemeinde existieren historisch gewachsene Kirchen, nicht-traditionelle, protestantische Gemeinden und Gemeinschaften von Christen mit muslimischem Hintergrund. Sie erleben Verfolgung unterschiedlich stark. Ausländische Christen können ihren Glauben relativ frei ausüben. Angehörige der ausländischen Streitkräfte etwa dürfen Gottesdienste auch in den Militärstützpunkten abhalten. Christen der Orthodoxen Kirche werden vom Regime geduldet. Christen der anderen Glaubensgemeinschaften, also nicht-traditionelle, protestantische Gemeinden und die Gemeinschaften der Konvertiten, haben es da schwerer. Letztere können ihren Glauben aufgrund Feindseligkeiten seitens Familie und Gesellschaft nur heimlich ausüben.

Betroffene Lebensbereiche

Insgesamt hat sich die Lage für die Christen in Dschibuti leicht verschlechtert. Sichtbar wird dies in einem erhöhten Druck auf Christen hinsichtlich ihres Lebens im Staat sowie im kirchlichen Leben. Konvertiten erleiden verstärkte Bedrängnis in den Bereichen Privatleben, Familie und Gesellschaft. Dem Bericht eines Open Doors Mitarbeiters zufolge nehmen Christen mit muslimischem Hintergrund eine Zunahme des wahhabitischen Islam aus Saudi Arabien wahr, obwohl die Mehrheit der Einwohner Dschibutis Sunniten sind.

Auftreten von Gewalt

Wie schon erwähnt hat die Gewalt gegenüber den aus dem Islam konvertierten Bürgern zugenommen. Daraus entstand die etwas höhere Punktzahl im Vergleich zum Vorjahr. Ein Mitarbeiter von Open Doors berichtet von einem Angriff auf eine Untergrundkirche, die von Konvertiten besucht wird. Weiter wurde der Sohn eines aus dem Jemen stammenden Christen mit muslimischem Hintergrund entführt. Das gleiche Schicksal ereilte auch einen anderen Konvertiten, der vor seiner späteren Freilassung vergewaltigt wurde. Der Leiter einer Konvertitengemeinde wurde attackiert. Andere Christen mit muslimischem Hintergrund wurden gezwungen, ihre Häuser zu verlassen; sie fanden Zuflucht in eigens dafür eingerichteten Schutzhäusern. Ein anderer Christ, so wurde uns berichtet, bekam eine Morddrohung und floh daraufhin mit seiner ganzen Familie ins Ausland.

Ausblick

Trotz zahlreicher Missstände in unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen hat Präsident Ismail Omer Guelleh sein Land fest im Griff. Aufgrund gegenseitiger Unterstützung zwischen westlichen Ländern (insbesondere Frankreich und USA) einerseits und der Regierung von Dschibuti andererseits, hat Letztere kein Interesse daran, das Leben der Christen unnötig zu erschweren. Würde jedoch der Einfluss des Westens abnehmen – entweder weil sich dessen Länder zurückziehen oder weil die arabischen Länder mehr Präsenz zeigen – könnte dies eine Schwächung der Stellung der Christen insgesamt und der Konvertiten im Besonderen zur Folge haben. Die Gewalt gegen sie während des Berichtzeitraums könnte eine Anomalie sein. Genauso aber kann sie ein Hinweis auf eine zunehmende Feindseligkeit gegenüber verschiedenen Kategorien der Christen in Dschibuti sein. Es bleibt abzuwarten, ob und wie das Land sich den Einflüssen eines extremistischen Islam konstruktiv widersetzen kann.

zurück zu Länderübersicht

Platz 47: Indonesien

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit einer Punktzahl von 46 ist Indonesien auf Platz 47 des Weltverfolgungsindex 2014. Im Vorjahr lag das Land mit 41 Punkten auf Platz 45. Die Situation der Christen ist komplex. Einerseits gibt es einen zunehmenden Trend muslimischer Extremistengruppen, Christen in bestimmten Landesteilen zu unterdrücken. Andererseits können aber in anderen Landesteilen viele Christen ihren Glauben relativ ungestört ausleben. Deshalb nimmt Indonesien einen vergleichsweise niedrigen Platz im WVI ein.

Triebkräfte der Verfolgung

Die Haupttriebkraft der Verfolgung in Indonesien ist der „Islamische Extremismus“. In geringerem Maß üben auch “Sonstige religiöse Aggressionen” und „organisierte Korruption“ einen Einfluss aus.

Islamischer Extremismus: Im Allgemeinen verfolgt nicht die Regierung die Christen, sondern muslimische Extremistengruppen. Obwohl sie keine starke politische Vertretung haben, ist ihr Einfluss groß, denn sie aktivieren ihre Anhänger auf die Straße zu gehen und beeinflussen stark die öffentliche Meinung. Eine bedeutende Anzahl radikal-islamischer Gruppierungen wie z.B. Hizbut-Tharir Indonesia, die Islamische Verteidigungsfront (FPI) und die Islamische Front (FUI) operieren im Land. Diese Organisationen haben die Einführung der Scharia in einer strengen und exklusiven Auslegung befürwortet und die Verletzung der Rechte von religiösen Minderheiten damit legitimiert. Wenn es um die Schließung von Kirchen geht, ist dies eher ein Nachgeben der Lokalregierung, als ein Handeln der nationalen Regierung, deren Gleichgültigkeit gegenüber der wachsenden Anzahl von Menschenrechtsverletzungen religiöse Minderheiten betreffend, viele davon betroffene Bürger frustriert und erzürnt hat. Das beste Beispiel dafür ist wohl die Schließung der GKI Yasmin Kirche in Bogor. Trotz eines Richterspruchs des obersten Gerichts waren weder der Bürgermeister noch die Lokalregierung bereit oder in der Lage, das Recht der Gläubigen durchzusetzen. Andere Kirchen in der Gegend könnten dieses Schicksal teilen.

Sonstige religiöse Aggression: Indonesien ist ein religiös vielfältiges Land, die Insel Bali ist größtenteils hinduistisch. Wird ein Hindu Christ, wird er von Familie, Freunden und Nachbarn unter Druck gesetzt, „zum richtigen Glauben“ zurückzukehren.

Organisierte Korruption: Indonesien ist für seinen hohen Grad an Korruption in allen Lebensbereichen bekannt. Besonders Minderheiten leiden unter diesem Zustand, da sie meist von Schutz-Netzwerken ausgeschlossen sind, und darüber hinaus eine beliebte, weil im Allgemeinen recht schutzlose Zielgruppe für verbrecherische Machenschaften sind. Das gilt auch für die christliche Minderheit.

Aktuelle Einflüsse

Indonesien ist als das größte, muslimische Land bekannt. Von den rund 240 Millionen Bürgern sind 86 Prozent Muslime. Der Inselstaat besteht aus mehr als 17.000 Inseln, ausgebreitet über 5.000 Kilometer in Ost-West Richtung, was große Herausforderungen hinsichtlich Infrastruktur und Entwick-

lung mit sich bringt. Mehr als 360 Ethnien und mehr als 700 Dialekte verkomplizieren die Situation weiter.

Daher rief der Gründungsvater des Landes, Präsident Sukarno, 1945 die allumfassende und verpflichtende Staatsideologie namens „Pancasila“ aus. Ihre fünf Prinzipien sind der Glaube an den einen und einzigen Gott (ohne eine der monotheistischen Religionen zu bevorzugen), eine gerechte und zivilisierte Menschheit, die Einheit des Landes, Demokratie geführt durch innere Weisheit und soziale Gerechtigkeit. In den folgenden Jahren wurde Indonesien zum Modell für eine muslimische Demokratie und wurde regelmäßig als Vorbild für Toleranz in seinem ethnisch und religiös vielfältigen Land angesehen. „Pancasila“ hat immer noch eine wichtige Stellung in der Verfassung des Landes, aber deutlich weniger Einfluss auf das tägliche Leben. Es bleibt abzuwarten, ob sie weiter an Bedeutung verlieren wird, wenn 2014 Wahlen stattfinden.

Betroffene Kategorien von Christen

Es gibt alle Arten von Christen in Indonesien. Christen sind in allen Teilen des Landes ansässig, in manchen Provinzen bilden sie die Mehrheit, wie z.B. in Papua. In anderen Teilen des Landes müssen sie unter an der Scharia angelehnten Gesetzen, oder wie in der Provinz Aceh, unter der vollständigen Scharia leben.

Besonders Christen aus nicht-traditionellen oder unabhängigen, protestantischen Kirchen haben unter Widerstand und teilweise unverhohlener Verfolgung zu leiden. Den stärksten Druck erleben jedoch Christen mit muslimischem, manchmal auch buddhistischem Hintergrund. Traditionelle Kirchen werden mehr oder weniger toleriert, können aber ebenso angegriffen werden.

Betroffene Lebensbereiche

Die Probleme der christlichen Minderheit sind mehr oder weniger gleichmäßig über alle Lebensbereiche verteilt. Der familiäre Bereich hebt sich leicht hervor, da hier der Druck auf Christen mit muslimischem und buddhistischem Hintergrund bei folgenden Angelegenheiten besonders hoch ist: Registrierung, Heirat, Taufen, Begräbnisse, Regelungen im Zusammenhang mit christlichen Kindern und auch Erbschaftsangelegenheiten.

Der Bereich des kirchlichen Lebens zeigt die hohe Vielfalt des Landes und die Tatsache, dass ein Großteil der Christen seine Gottesdienste ungestört feiern kann. Allerdings verheimlicht die Punktzahl ein wenig, dass die Kirchen eine Erlaubnis brauchen, um Gottesdienst feiern zu können. Diese ist in manchen Gegenden nur schwer zu bekommen. Basierend auf dem Joint Ministerial Decree von 2006 kann eine Kirche offiziell agieren, wenn sie mindestens 90 Mitglieder hat, 60 andersgläubige Nachbarn der Eröffnung zustimmen und sowohl die Zustimmung des Lokalvorstehers als auch des Forums für zwischenreligiöse Harmonie vorliegen. Allerdings funktioniert dieses Gesetz in der Praxis nicht allzu gut. Viele Kirchen können diese Genehmigung nur schwer bekommen, selbst wenn sie alle Voraussetzungen erfüllt haben. In muslimisch dominierten Gegenden ist der Prozess, eine Genehmigung zu erhalten, lang und beschwerlich. Im Gegensatz dazu können Muslime sehr leicht eine Moschee errichten. Selbst wenn eine Kirche eine Genehmigung hat, kann der Lokalvorsteher diese sehr einfach widerrufen.

Auftreten von Gewalt

Das Maß an Gewalt gegen Christen ist hoch, besonders wenn man es mit der Gewalt gegen Christen in anderen Ländern in der Region Südostasien vergleicht. Mehr als 10 Kirchen wurden angegriffen oder geschlossen, andere bleiben versiegelt; die GKI Yasmin Kirche in Bogor, West Java, obwohl eine Entscheidung des obersten Gerichts Gottesdienste dort genehmigte.

Christen wurden auf Grund falscher Anklagen wegen Evangelisation und Blasphemie festgehalten. Werden Christen mit muslimischem Hintergrund entdeckt, haben sie Gewalt zu fürchten und es geschieht immer wieder, dass ganze Familien ihren Wohnort fluchtartig verlassen müssen, um woanders eine neue Existenz aufzubauen.

Ausblick

Vieles hängt vom Ausgang der Wahlen 2014 ab. Werden die radikalen Muslimgruppen wieder Proteste organisieren und mehr politischen Einfluss bekommen, als sie eigentlich laut Wahlergebnissen haben sollten? Die Kampagnen haben schon begonnen und es ist nicht klar, ob Indonesien seine Rolle als Vorbild für Toleranz in einer muslimischen Gesellschaft wird halten können.

Ein deutliches Vorzeichen dazu setzte die Kampagne gegen eine christliche Beamtin in einer mehrheitlich muslimischen Umgebung, die dann erst richtig interessant wurde und Gewicht bekam, als der Innenminister sich offiziell auf die Seite der protestierenden Islamistengruppen stellte. Oberflächlich läuft solch ein Konflikt nach einem wohlbekannten Muster ab: Christen werden verleumdet, angegriffen (vorerst nur verbal) und es werden sogar (gefälschte) Unterschriften gesammelt, um die angebliche Unzufriedenheit der Bevölkerung zu zeigen. Aber unter der Oberfläche zeigt sich ein größerer Konflikt: Diese Beamtin, um die es ging, Susan Jasmine Zulkifli, wurde durch den Gouverneur von Jakarta, Joko Widodo, bekannt als „Jokowi“ (und seinem christlichen Stellvertreter Basuki Tjahaja Purnama, auch bekannt als „Ahok“) ernannt. Beide sind im ganzen Land außerordentlich beliebt, da sie das Leben von Millionen Menschen im Stadtgebiet Jakarta verbesserten, sehr zum Missfallen der Regierung und verschiedener islamischer Extremisten.

Jokowi ist als Präsidentschaftskandidat für die Wahlen 2014 aufgestellt und Umfragen vom August 2013 zeigen, dass 41 Prozent in ihm jemanden sehen, der das Wohl des Landes nicht nur mit Worten sondern auch mit Taten verfolgt. Daher scheint bei den islamistischen Kräften die Sorge zu wachsen, an Einfluss zu verlieren, denn wenn Jokowi gewählt und sein Stellvertreter „Ahok“ Gouverneur werden würde, so wäre ein Christ Gouverneur von Jakarta. Jokowis Popularität zeigt, dass viele Bürger genug haben von der islamischen Rhetorik und einfach nur eine Regierung an der Macht sehen wollen, die ihre Bedürfnisse ernst nimmt.

zurück zu Länderübersicht

Platz 48: Bangladesch

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit 46 Punkten nimmt Bangladesch Platz 48 auf dem Weltverfolgungsindex 2014 ein. 2013 war das Land nicht auf dem Weltverfolgungsindex gelistet, in den neun Jahren davor pendelte es zwischen den Plätzen 38 und 49. Die Situation der Christen im Land hat sich erneut negativ entwickelt. Obwohl die Verschlechterung nicht dramatisch ist, betrifft sie alle Lebensbereiche, und dies so spürbar, dass das Land erneut zu den 50 Ländern zählt, in denen Christen wegen ihres Glaubens am härtesten verfolgt werden.

Triebkräfte der Verfolgung

Die Haupttriebkraft der Christenverfolgung in Bangladesch ist „Islamischer Extremismus“; in geringerem Ausmaß spielt auch „Totalitäre Paranoia“ eine Rolle.

Islamischer Extremismus: Bangladesch ist ein säkularer Staat, der laut Verfassung Anhängern aller Religionen die Freiheit einräumt, ihren Glauben zu praktizieren. Blasphemie- oder Anti-Bekehrungsgesetze gibt es nicht. Extremistische islamische Gruppierungen (Islamic Chatra Shibir, Jamat-e-Islam, Hefazat-e-Islam, Horkatul Jihad) bedrängen jedoch die Regierung, die bestehende Verfassung in 13 gewichtigen Punkten zu ändern. Neben anderen Forderungen gehört dazu auch die der Einführung der Scharia (Islamisches Recht), um sichtbar zu machen, dass das Land zum ‚Haus des Islam‘ gehört. Um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen, setzen die Gruppierungen politische Mittel wie Streiks und Kundgebungen ein. Sie schrecken aber auch nicht vor Blockaden der Infrastruktur oder vor Morden zurück. Imame und lokal einflussreiche Muslime stehen an vorderster Front bei der Verfolgung von Christen, von der besonders Konvertiten betroffen sind. Verfolgung geschieht aber auch durch die Familie und Nachbarn.

Totalitäre Paranoia: Die Machthaber in Bangladesch haben wenig Interesse am Wohl der Bürger. Wer an der Macht ist, füllt zuerst die eigenen Taschen, das Wohlergehen des Volkes ist zweitrangig. Bangladesch ist eine funktionierende Demokratie mit regelmäßigen Veränderungen in Parlament und Regierung. Die beiden großen Parteien sind jedoch nicht nur Konkurrenten, sondern regelrechte Feinde. Christen und andere Minderheiten geraten bei politischen Streitigkeiten deshalb immer wieder zwischen die Fronten und werden schnell von Politik und Gesellschaft zum Sündenbock gemacht. Verknüpft mit dieser eher schwach ausgeprägten Totalitären Paranoia ist die grassierende Korruption, die alle Lebensbereiche und dabei besonders die Regierungskreise wie eine soziale Krankheit befallen hat. Da Korruption so tief in der Gesellschaft verwurzelt ist – worunter das gesamte Volk leidet – kann sie gemäß Beobachtungen von Open Doors bislang nicht als treibende Kraft einer spezifisch gegen Christen gerichteten Verfolgung betrachtet werden. Auffällig ist jedoch, dass die Christen gegenüber der durchschnittlichen Bevölkerung ärmer und damit stärker betroffen zu sein scheinen.

Aktuelle Einflüsse

Der Graben zwischen den beiden großen politischen Parteien hat sich in den letzten Monaten im Vorfeld der Wahlen vertieft. Premierministerin Sheik Hasina hat bereits eine klare Ansage gemacht, indem sie den Wählerinnen und Wählern düstere Zukunftsszenarien ausmalte, sollten sie eine andere Regierung wünschen. Sie beschuldigte die Nationalistische Partei von Bangladesch (BNP) ‚Jamaat-Hefajat‘, im Fall eines Wahlsieges zu Mitteln wie Terrorismus, Aggression und Morden zu greifen. Der Oberste Gerichtshof hat im August 2013 die Registrierung von Jamaat-e-Islami, einer anderen der BNP nahestehenden Partei, als illegal erklärt. Der Antrag, Jamaat zu verbieten, geht zurück auf eine Petition der ‚Bangladesch Tariquat Foundation‘ aus dem Jahr 2009, denn die Sufi Organisation möchte das Land zu einem säkularen Staat machen. Jamaat wurde in der Petition als eine von Religion motivierte politische Gruppierung bezeichnet, welche die Unabhängigkeitsbestrebungen unterminieren wolle. Die Premierministerin widersetzte sich auch der Einsetzung einer Übergangsregierung, welche die Wahlen für den 5. Januar 2014 vorbereiten sollte.

Die Regierung um Hasina hat auch unerbittlich die Strafverfolgung hochrangiger Beamter, hauptsächlich aus der Jemaat-e-Islami, betrieben, die an Kriegsverbrechen während des Befreiungskrieges zwischen Bangladesch und Pakistan beteiligt waren. So wurde Abdul Qader Mollah, ein Leiter der Jemaat-e-Islami, im September 2013 zum Tode verurteilt. Weiter wurden im November 152 frühere Soldaten im Zusammenhang mit einer blutigen Meuterei für schuldig befunden und zum Tod verurteilt. Dies führte zu einem internationalen Aufschrei, belegt aber auch deutlich, wie unberechenbar die Situation im Land ist.

Betroffene Kategorien von Christen

Drei Kategorien von Christen sind in Bangladesch anzutreffen: Historisch gewachsene christliche Gemeinschaften wie die Katholische Kirche, nicht-traditionelle protestantische Kirchen und Christen muslimischer Herkunft. Die Katholische Kirche erfährt Feindseligkeiten in beschränktem Ausmaß, jedoch weit weniger als die nicht-traditionellen protestantischen Kirchen und die ehemaligen Muslime.

Mit dem zahlenmäßigen Anwachsen der christlichen Minderheit haben auch die Einschränkungen und Schwierigkeiten zugenommen. Verantwortlich hierfür ist allerdings weniger die Regierung, sondern vielmehr extremistisch islamische Gruppierungen sowie lokale religiöse Führer und Familien. Die Konkurrenz zwischen den beiden großen politischen Parteien im Land spielt dabei eine erhebliche Rolle. Deutlich wird dies an dem Beschluss der Regierung, alle religiös ausgerichteten politischen Parteien zu verbieten, was bewusst auf die muslimischen Extremisten abzielt. Das verschafft zwar religiösen Minderheiten wie den Christen etwas Luft zum Atmen, die Kehrseite ist jedoch, dass die islamischen Gruppierungen diesen Entscheid boykottierten und mit unterschiedlichen Protesten reagierten. Erschwerend kommt hinzu, dass gewaltbereite islamische Gruppen die Christen für das Gesetz verantwortlich machen und deshalb ihre Aggressionen gegen sie richten.

Betroffene Lebensbereiche

Christen erleben in allen Lebensbereichen Bedrängnis. Wie bereits erwähnt hat Bangladesch eine säkulare Regierung, die auch die Kirchen im Großen und Ganzen in Ruhe lässt. Und doch ist das Land laut Verfassung offiziell ein islamischer Staat. Kirchen, und besonders Hauskirchen, in denen sich Christen muslimischer Herkunft treffen, zeigen bewusst keine christlichen Symbole nach außen, um unentdeckt zu bleiben. Zuweilen erleben historische oder etablierte Kirchen sogar Anfeindungen durch ihre Nachbarn, denen ein Kreuz oder ähnliche religiöse Symbole ein Dorn im Auge sind.

Dennoch gilt die meiste Verfolgung den Christen muslimischer Herkunft, deren Privat- und Familienleben ähnlich ihrem gesellschaftlichen Leben starken Einschränkungen unterliegt. Den Glauben zu wechseln ist nicht per se verboten, aber die Familien, Freunde und Nachbarn fordern Konvertiten unmissverständlich auf, ihrem christlichen Glauben wieder abzuschwören. Christen werden privat genauso diskriminiert wie im Geschäftsleben. Es liegen Berichte von Christen vor, die aufgrund des Drucks der muslimischen Mehrheit ihre Läden oder Unternehmen schließen mussten. Kinder von Konvertiten müssen sich mit Benachteiligungen und Vorurteilen vonseiten ihrer Lehrer und Mitschüler abfinden, während die Konvertiten selbst aus ihren Familien ausgegrenzt werden. Eine Eintragung ihrer Kinder bei den Behörden ist problematisch, da diese in der Regel automatisch als Muslime registriert werden.

Auftreten von Gewalt

Die Verfolgung von Christen in Bangladesch ist nur in Einzelfällen mit Gewalt verbunden. So wurde Pastor Arun Kanti Chakma im Juli 2013 in den Hügeln der Stadt Khagrachori ermordet. Mindestens fünf Kirchen und zwei Bibelschulen wurden zerstört, beschädigt oder mussten schließen. Manchmal werden Christen verhaftet oder entführt, oft in Verbindung mit Gewaltanwendung. Es liegen Berichte von der Vergewaltigung mehrerer christlicher Frauen und Mädchen liegen vor, zusätzlich droht Konvertiten die Zwangsheirat. Einige von ihnen werden auch von ihren Familien aus dem Haus geworfen und sind wohnungslos.

Ausblick

Bei ihrer ersten Demonstration mobilisierte die islamische Gruppe „Hefazat-e-Islam“ Millionen extremistischer Muslime. Die Gruppe trat sehr gewaltsam auf, um die Regierung dazu zu zwingen, das Islamische Gesetz einzuführen. Nie zuvor hatte es in Bangladesch derartige Demonstrationen von Muslimen gegeben und schon gar nicht in diesem Umfang. Dies hat die Furcht bei den Christen im Land verstärkt. Dabei sind sie nicht die einzigen, die verfolgt werden, denn die muslimische Mehrheit geht auch gegen Hindus und Buddhisten vor.

Die Neuwahlen vom 5. Januar 2014 erbrachten kein belastbares Resultat, da die Opposition die Wahlen boykottierte und die Wahlbeteiligung bei nur 20% lag. Das Wahlergebnis ist deshalb voraussichtlich bedeutungslos und die Entscheidung über Bangladeschs politische Zukunft vertagt.

Und selbst wenn bei der nächsten Wahl alle Parteien teilnehmen, werden die Wahlen dann friedlich verlaufen und frei und fair? Wird die unterlegene Partei das Ergebnis anerkennen oder sofort ‚Betrug‘ rufen? Und werden Christen auch weiterhin nur Spielball der Politik sein oder als vollwertiger Teil der Gesellschaft anerkannt, der zur Entwicklung des Landes beiträgt und davon auch profitieren darf? Werden am Ende Parteien und Gruppierungen mit islamistischer Agenda die Macht übernehmen? Die Situation der christlichen Minderheit bleibt heikel bis gefährlich.

zurück zu Länderübersicht

Platz 49: Tansania

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit 46 Punkten belegt Tansania Platz 49 auf dem Weltverfolgungsindex 2014. Im Vorjahr war dieses Land mit 55 Punkten und Platz 24 zum ersten Mal auf den Index vertreten. Die Lage der Christen scheint sich allgemein verbessert zu haben, auch für Christen mit muslimischem Hintergrund.

Triebkräfte der Verfolgung

Die Verfolgung der Christen in Tansania geht hauptsächlich vom „Islamischen Extremismus“ aus.

Die Bevölkerung im Land ist mehrheitlich christlich. Dennoch hat der politische Islam in den letzten Jahren an Bedeutung zugenommen, besonders auf den Inseln Sansibars, die zu Tansania gehören. Dort nutzt die islamistische Separatistenbewegung UAMSHO (ein Akronym aus dem Suaheli für ‚Vereinigung für Mobilisierung und Verbreitung des Islam‘ mit der Bedeutung ‚Islamisches Wiedererwachen oder Revolution‘) Sansibar als Sprungbrett, um die islamische Agenda in Tansania zu verbreiten. UAMSHO und ähnliche Gruppierungen wollen einen islamischen Staat errichten, der Sansibar und beträchtliche Teile des tansanischen Festlandes entlang der Küste einschließt. In diesem neuen, muslimischen Staat wäre kein Raum für Christen oder Anhänger anderer Religionen. Wie es aussieht, gewinnt diese Vorstellung mehr und mehr an Popularität unter den Muslimen, auch auf dem Festland.

Aktuelle Einflüsse

Wenn es um die Ursachen für die Verfolgung in Tansania geht, spielen mehrere Faktoren zusammen. Tansania war in den 1950er Jahren ein sozialistisches Land. Gegenwärtig steht dem Land, das zu den demokratischsten in der Region Ostafrika zählt, eine ‚Misch-Regierung' vor, die autoritäre aber auch demokratische Züge aufweist. Genau dieser Umstand spielt dem islamischen Extremismus in die Hände. Die Bevölkerung des Sansibar-Archipels ist mehrheitlich muslimisch und ihrer Ansicht nach werden sie gezielt und systematisch aller Entwicklungsmöglichkeiten durch die tansanische Zentralregierung beraubt. Um dieser augenscheinlichen Ungerechtigkeit zu begegnen, setzen sich islamistische Gruppierungen – teilweise finanziert von arabischen Ländern – für die Errichtung eines islamischen Staates ein, damit ihre Belange vorankommen. Der neue Staat soll das Sansibar-Archipel und Teile des tansanischen Festlandes entlang der Küste umfassen. Weiter scheint der Anteil der muslimischen Bevölkerung zu wachsen, obwohl die Bevölkerungsmehrheit aus Christen besteht. Besonders junge Muslime scheinen anfällig für Radikalisierungstendenzen zu sein. Ein weiterer Punkt sind die reichen Gas-, Öl- und Kohlevorkommen sowie Abbaumöglichkeiten anderer natürlicher Ressourcen. Die locken Akteure aus dem Ausland an, die sich dann in tansanische Angelegenheiten einmischen. Es besteht die Gefahr, dass Streitigkeiten um Ressourcen auch auf religiöser Ebene ausgetragen werden könnten. Man muss wissen, dass Tansania gerade die Verfassung überarbeitet, deren neuer Rahmen die Zukunft bestimmen soll. Dabei wird auch darüber entschieden werden, welche Rolle die Religion künftig in Tansania spielen wird.

Betroffene Kategorien von Christen

In Tansania sind vier Kategorien von Christen anzutreffen. Die Mitglieder der Orthodoxen Kirche, die der nicht-traditionellen Protestantischen Kirchen und die der Ausländerkirchen (diese Gruppierung war nicht ganz so stark betroffen) sahen sich gezielten gewaltsamen Übergriffen ausgesetzt. Dies geschah hauptsächlich in von Muslimen dominierten Gebieten, aber auch in anderen Regionen. Christen mit muslimischem Hintergrund leiden jedoch am meisten unter dem Islamischen Extremismus. Die jüngsten Morde und Anschläge haben die Kirche in Tansania aufgeschreckt und eine unsichere Atmosphäre geschaffen. Im Blick auf diese Vorfälle berichtete ein Open Doors Mitarbeiter, dass „die Gemeinde insgesamt schockiert war, als sie feststellen musste, dass die Menschen, die sie bis dahin als friedlich eingeschätzt hatten, in so zerstörerischer Weise handeln können."

Betroffene Lebensbereiche

Paradoxerweise stellte unser Mitarbeiter eine Verbesserung der Lage hinsichtlich Christenverfolgung im Land fest, obwohl die Furcht unter den Christen aller vier Kategorien wegen der neuerlichen, islamischen Aggression zugenommen hat. So ist die Punktezahl für die Bereiche Privatleben, Familienleben und gesellschaftliches Leben leicht zurückgegangen. Die Anzahl gewalttätiger Übergriffe nahm sogar stark ab, die Bedrängnis auf der kirchlichen und staatlichen Ebene ging ebenfalls leicht zurück. Das verschafft den Eindruck, dass die Kräfte im Land, die zuvor mittleren und starken Druck auf die Christen ausgeübt haben (nicht-christliche religiöse Leiter, fanatische Bewegungen, Großfamilie, Bevölkerung im Allgemeinen sowie politische Parteien) ihre anti-christlichen Haltung zumindest etwas verändert hätten.

Wie ist das zu erklären? Obwohl nicht anzunehmen ist, dass alle Betreiber von Verfolgung in einer konzertierten Aktion handeln, bemerkte einer unser Mitarbeiter eine gewisse Logik hinter der abnehmenden Bedrängnis und Verfolgung. Derzeit wird die Verfassung überarbeitet und ein Ergebnis könnte die Unabhängigkeit Sansibars sein. Die Muslime sind deshalb bemüht, das Wohlwollen der Bevölkerung zurückzuerlangen und vermeiden darum alles, was gesellschaftliche Spannungen her-

vorrufen könnte. Davon erhoffen sie sich eine andere Wahrnehmung der muslimischen Gemeinschaft in der Gesellschaft, was dann bei der Überarbeitung der Verfassung zu ihren Gunsten ausschlagen könnte, beispielsweise darin, dass sie Ämter wie das des Mufti und des Kadi am Gericht besetzen könnten, um so der Scharia zur Anwendung und Umsetzung zu verhelfen.

Auftreten von Gewalt

Im Vergleich zum Vorjahr gingen die gewaltsamen Übergriffe gegen Christen zurück. Open Doors Mitarbeiter berichten jedoch von landesweit mehreren schweren Vorfällen. Auch wenn die Verfolgung gleichsam eine Kampfpause eingelegt hat, werden an diesen Vorfällen die anhaltenden gesellschaftlichen und religiösen Spannungen zwischen Christen und Muslimen in Tansania deutlich. Einige Beispiele: Ein Kirche der Assemblies of God wurde zerstört. Im Dezember 2012 wurde ein Pastor in Geita, einer Stadt im Nordwesten des Landes, ermordet. Während der Einweihungsfeier wurde am 8. Mai ein Anschlag auf eine Kirche verübt, bei dem fünf Christen starben und etwa 40 bis 60 verletzt wurden. Ein Mitarbeiter im Land berichtet, dass sich insbesondere die Familien von christlichen Leitern auf Sansibar von sexueller Belästigung bedroht fühlen, während aus anderen Landesteilen bereits Vergewaltigungen und sexuelle Übergriffe gemeldet werden, die gezielt gegen Christinnen verübt werden. Weiter ereignete sich in Geita ein gewaltsamer Zusammenstoß zwischen Muslimen und Christen, bei dem fünf Menschen starben und Eigentum zerstört wurde. Desweiteren wurden mehrere Christen – darunter ein Bischof – gezwungen, ihre Häuser zu verlassen und sich zu verstecken, da sie wegen ihres Glaubens Morddrohungen erhalten hatten. Die Gewalt ist zwar weniger geworden, Grund zur Sorge bleibt jedoch auch in Zukunft.

Ausblick

Mit Hinblick auf die laufende Überarbeitung der Verfassung muss der momentane Rückgang der Verfolgung richtig verstanden werden, denn er ist möglicherweise nur von kurzer Dauer. Aus den Moscheen und Koranschulen hört man noch immer negative Lehren über das Christentum und da diese der Nährboden für anhaltende, feindselige Einstellungen gegenüber den Christen sind, können jederzeit erneut gewalttätige Aktionen gegen Christen durchgeführt werden. Sollte die Überarbeitung der Verfassung nicht tiefgehend genug erfolgen, steht zu befürchten, dass die Spannungen zwischen Christen und Muslimen erneut und heftiger auftreten werden. Das würde dem Open Doors Mitarbeiter im Land zufolge zu Verfolgung in zweierlei Richtung führen: Muslime gegen Christen und Christen gegen Muslime. Die Regierung würde dann gegen beide Seiten hart durchgreifen. Erwähnenswert ist auch, dass das Gemeindewachstum im Land sehr gering ist. Zum Teil ist dies der rückläufigen Bemühung der Gemeinden, die Gesellschaft Tansanias mit dem Evangelium zu erreichen, zuzuschreiben. Beobachtungen zufolge hat die Kirche im Land keine wirkliche Strategie und verspürt wohl auch kein Drängen, Muslimen das Evangelium weiterzugeben. Es wäre wichtig, dass die Einheit der Kirche in Tansania wächst, wenn sie in den zu erwartenden, unsicheren Zeiten bestehen will.

zurück zu Länderübersicht

Platz 50: Niger

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Niger kam 2013 durch die gewalttätigen Reaktionen auf einen Film über Mohammed im Zindergebiet auf den Weltverfolgungsindex. Dieses Gebiet liegt nahe dem äußersten Norden Nigers. Dort gewann der Islamismus die Oberhand, weil islamistische Terrorgruppen wie die Boko Haram dort tätig sind und zum Teil auch in Niger hinein agieren. Niger hatte auf dem Weltverfolgungsindex 2013 35 Punkte (Platz 50), dieses Jahr belegt es mit 45 Punkten ebenfalls Platz 50. Der Anstieg der Gesamtpunktzahl des Landes lässt sich durch den zunehmenden islamistischen Einfluss im Land erklären.

Triebkräfte der Verfolgung

Die Haupttriebkraft der Verfolgung von Christen in Niger ist der „Islamische Extremismus“. Der größte Teil der Bevölkerung bekennt sich zum Islam (mehr als 98 Prozent), die Zahl der Christen wird auf 52.000 geschätzt. In den letzten Jahren hat Niger die Eigenschaften eines typisch westafrikanischen, verfassungsmäßig säkularen Staates, mit einem meist moderaten Islam, abgelegt. Ursprünglich wurde Religion als Privatangelegenheit des persönlichen Bekenntnisses betrachtet und blieb frei von Politik.

Jetzt gibt es jedoch Anzeichen dafür, dass die demokratische Regierung nicht genügend Abstand zu den muslimischen Führern hält, umgekehrt ebenso. Es gibt eine Niederlassung der radikalen Muslimengruppe der Izala, die auch als radikale Gruppierung in Nigeria agiert. Andere islamistische Interessengruppen wie Tariqa (arabisch: „der Weg“, der Weg der Sufis zu Gott) sind in bestimmten Gegenden des Landes (z.B. Maradi und Niamey) aktiv. Izala und Tariqa bauen Druck auf religiöse Minderheiten und auf alle Muslime auf, die sie als Abweichler vom Islam sehen.

Aktuelle Einflüsse

Die religiöse Situation Nigers ist im größeren Kontext des Islam in Westafrika zu sehen. Ein externer Analyst betont, dass der vorherrschende Islam in Westafrika ein größtenteils moderater und toleranter, von den Sufis inspirierter, synkretischer Islam ist. Diese afrikanische Form des Islam bedient sich massiv lokaler Traditionen und Aberglauben. Er wurde maßgeblich durch zwei Bruderschaften verbreitet, den Qadiriyya und den Tijaniyya.

Bis in die 1990er Jahre unterdrückten die verschiedenen Militärregime in Niger jede echte und potentielle Quelle von Widerspruch und Bedrohung eigener Interessen. Daher wurden religiöse Führer immer beobachtet und überwacht. Vor 1990 war die Islamic Association of Niger (IAN) die einzige legale Vertretung der muslimischen Gemeinschaft und diente der Armee als Helfer. Nach der Liberalisierung des Organisationsrechts entstanden Dutzende von islamistischen Organisationen, unter ihnen auch wahabitische Gruppen. Diese Organisationen befassen sich größtenteils mit der angeblichen Aushöhlung der religiösen Identität Nigers durch den demokratisch-säkularen Staat. 2011 erreichten sie z.B. die Zurückstellung der Pläne für ein neues Familiengesetz, das Frauen mehr Rechte eingeräumt hätte. Diese Organisationen attackieren zudem die als heidnisch wahrgenommenen Praktiken der Bruderschaften.

Betroffene Kategorien von Christen

Das Land ist die Heimat von drei verschiedenen Gruppen von Christen: Katholiken, Christen mit muslimischem Hintergrund und Evangelikale; daneben gibt es noch einige, kleine Gruppierungen. Manchmal betrifft der Druck nur Christen muslimischer Herkunft, manchmal sind alle drei Arten von Christen betroffen. Bemerkenswert ist, dass Christen muslimischen Hintergrunds meist bereits bestehenden Kirchen beitreten. Eltern und Verwandte mögen dem Wechsel zum christlichen Glauben entgegenstehen, doch die Regierung greift hier nicht ein.

Betroffene Lebensbereiche

Der Druck in den Bereichen Privatleben und kirchliches Leben ist geringer als der Druck in den Bereichen Familie und gesellschaftliches Leben. Auf vielerlei Weise werden Christen aus dem gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen. Feindseligkeiten werden mehr durch die Gesellschaft – (erweiterte) Familie und lokales Umfeld – als durch die Regierung ausgeübt.

Auftreten von Gewalt

Im Berichtszeitraum gab es weiterhin gewalttätige Vorfälle. Mindestens sieben Kirchen wurden attackiert, zwei in Zinder, zwei in Niamey und drei in Maradi. Christen wurden außerdem mit Entführung und Tod bedroht.

Ausblick

In Niger gehören die meisten der Wahabiten der Izala Bewegung an. Wie die Izalas in Nigeria und Benin verachten auch nigerische Izalas den Sufi Islam und andere „unislamische Praktiken“. Sie sind bekannt für ihre „grass-root“ Bekehrungskampagnen. Die Schaffung des National Islamic Council (NIC) im Jahr 2003 erhielt weitestgehend die Unterstützung der Sufi Führer, die ihn als Mittel ansahen, die Izalas unter Kontrolle zu halten, da diese im Laufe der Jahre in mehrere gewalttätige Aktionen involviert gewesen waren. Die größte Gefahr von Bewegungen wie den Izalas geht von ihren Bemühungen aus, Druck auf „abweichende Muslime“ und auch auf Anhänger anderer Minderheitsreligionen aufzubauen. Dieser Druck ist im alltäglichen Leben der Verfolgten zu spüren. Wie die jüngere Geschichte gezeigt hat, gehören gewaltsame Übergriffe immer noch zu diesem Vorgehen.

Ein Ausblick in die Zukunft der Kirche in Niger ist beunruhigend. Die Verfolgung von Christen ist scheinbar von zunehmendem Druck und blanker Gewalt gegen Christen gekennzeichnet. Ein nicht zu vernachlässigender Teil des südlichen Drittels des Landes steht in der Gefahr, immer wieder von Islamisten attackiert zu werden. Die Nähe der islamistischen Hardliner im Norden Nigerias und Malis (Azawad) ist besorgniserregend. Die Berichte deuten auf eine schwache Kirche: Sie konzentriert sich auf ihren politischen Nutzen, es gibt Rivalitäten zwischen den Denominationen und Schwächen bei dem Versuch, das Umfeld mit dem Glauben zu erreichen. Die Kirche scheint nicht auf stärkeren Druck durch den Islamischen Extremismus vorbereitet zu sein.

zurück zu Länderübersicht

Open Doors in Kürze

Schätzungsweise 100 Millionen Christen werden weltweit aufgrund ihres Glaubens verfolgt. Sie werden u.a. bespitzelt, verhört, misshandelt, eingesperrt und im schlimmsten Fall getötet. Darüber hinaus werden viele weitere Millionen Christen ausgegrenzt und diskriminiert.

Open Doors ist ein überkonfessionelles christliches Hilfswerk, das in über 50 Ländern mit stark eingeschränkter Religionsfreiheit verfolgte und benachteiligte Christen unterstützt, stärkt und ermutigt. Unsere Hilfe gilt christlichen Kirchen aller Bekenntnisse.

Seit 58 Jahren ist das Hilfswerk aktiv für verfolgte Christen.

Gegründet wurde es von dem Holländer Anne van der Bijl – nach seiner Bestsellerbiographie später bekannt als «Bruder Andrew». Das Buch «Der Schmuggler Gottes» wurde mit einer Auflage von 10 Millionen Stück in 36 Sprachen verbreitet. Den Decknamen «Bruder Andrew» legte van der Bijl sich zu, als er begann, Bibeln zu Christen in Länder hinter dem Eisernen Vorhang zu bringen. Als die Empfänger ihn nach seinem Namen fragten, antwortet er: «Ich bin allen ein Bruder, die Jesus Christus lieben und ihm nachfolgen».

Open Doors unterstützt in Zusammenarbeit mit lokalen christlichen Gemeinden und Partnern verfolgte Christen mit Bibeln und christlicher Literatur sowie Hilfe zur Selbsthilfe-Projekten, bildet Gemeindeleiter aus, engagiert sich für Gefangene und unterstützt die Familien ermordeter Christen.

Gebet ist das erste, worum verfolgte Christen bitten. Eines der wichtigsten Anliegen von Open Doors ist es daher, dieser Bitte zu entsprechen und zum Gebet aufzurufen.

Mit einer breiten Öffentlichkeitsarbeit («Sprachrohrdienst») informiert Open Doors in Ländern der sogenannten freien Welt – etwa in Deutschland – in Publikationen und mit Vorträgen über Christenverfolgung und ruft zu Hilfe für verfolgte Christen auf.

Im Jahr 2012 stellte das Werk rund 2,4 Millionen Bibeln, Studienliteratur, Kinderbibeln und Lehrmaterial für Pastoren und Gemeindemitarbeiter sowie andere Literatur bereit.

Nahezu 220.000 Christen nahmen im Jahr 2012 an Open Doors Schulungen teil. Die Programme reichen von theologischer Ausbildung über kürzere Verfolgungs- und Ermutigungsseminare bis hin zu Glaubensschulung via Satellit und Internet.

Im Jahr 2012 unterstützte Open Doors mehr als 207.000 Personen in Notsituationen und beim Aufbau einer Existenzgrundlage.

Die Arbeit des deutschen Zweiges – Open Doors Deutschland e.V. – wird durch Spenden finanziert. Das Werk trägt das Spendenprüfzertifikat der Deutschen Evangelischen Allianz.

Kontakt

Open Doors Deutschland e.V.
Postfach 1142
65761 Kelkheim

Telefon +49 (0) 6195-6767-0
E-Mail info@opendoors.de
www.opendoors.de

Pressebüro - für Interviewanfragen und Bilder, Grafik Weltkarte
Telefon +49 (0) 6195-6767-180
E-Mail pressebuero@opendoors.de

zurück zu Inhalt